HEFT 12 DEZEMBER 1982 5,- DM C 4143 E

Konkret

Wie die USA uns totrüsten

Bomben-Geschäfte mit dem Krieg

Fememord

Bericht aus der rechtsradikalen Szene

in konkret Dezember 1982

Inhalt

an Konkret

Heute in einem Jahr von Hermann L. Gremliza

Nachrichten

Entgiftet die Drogendebatte von Günter Amendt
Nachrichten

Bombengeschäfte von Martin Kilian
Pork Politics – Wie in den USA an der Rüstung verdient wird

Entlassen und vergessen von Werner Heine
Überall in der Bundesrepublik gründen sich Arbeitslosen-Initiativen. Enttäuscht von Gewerkschaften und Parteien wollen die Menschen, die keiner mehr vertritt, für sich selber kämpfen

Stille Macht – heilige Macht von Rolf Uesseler, Jürgen Saupe
Das Kapital des Vatikan – Milliarden von Dollar in Geld, Gold, Aktien und Immobilien – arbeitet weltweit

Der häßliche Deutsche: Rechts und Ordnung von Otto Köhler
Ein kaltes Nordlicht macht dem Bonner CSU-Innenminister Zimmermann Konkurrenz. Ob Kampfgas, Bundessammellager oder Berufsverbote: Ministerpräsident Uwe Barschel ist die jüngste Hoffnung der CDU

Moorburg wird ausradiert von Sabine Rosenbladt
Die Elbdörfer Moorburg, Altenwerder und Francop-Ost sollen verschwinden. Das beschloß die Hamburger Bürgerschaft im Januar 1982. Ein halbes Jahr später wäre die Entscheidung so nicht mehr gefallen: Die GAL, seit Juni im Stadtparlament, stellt sich quer. Denn: Wofür und ob das Gelände, tatsächlich gebraucht wird, kam niemand sagen. Die Wahlen am 19. Dezember müssen zeigen, ob eine solche Politik in Hamburg Zukunft hat

Deutsche Gespräche von Horst Tomayer

Konkret-ExtraFememord – Bericht aus der rechtsradikalen Szene von Stefan Aust
Nach offizieller Darstellung gibt es in der Bundesrepublik 75 rechtsradikale Organisationen, nach unabhängigen Schätzungen 135 neo-nazistische Gruppen und Grüppchen. Trotz wachsender Brutalität spüren Verfassungsschützer immer noch lieber linken Lehrern als rechten Bombenlegern nach. Das hat sich auch nach dem Attentat vom Münchner Oktoberfest im September 1980 kaum geändert. Täter aus der rechtsradikalen Szene gelten immer noch als Einzelgänger. Dabei sind Bluttaten die Folge des neonazistischen Mummenschanzes. KONKRET dokumentiert einen Fememord unter Hamburger Rechtsradikalen

Konkret-ExtraDer Offensive von rechts widerstehen von Reinhard Kühnl

Eine die sich wehrt von Peggy Parnass
Weil Ursula Schneider nicht an Kriegsprojekten mitarbeiten wollte, wurde ihr das Arbeitslosengeld gesperrt

Kunst auf Kreditkarte von Hans Platschek

Der Bildhauer KAY ist ein »Jahrhundertgenie«, und seine »liegende Eva« kommt per Express - per American Express. Die Kreditkartenorganisation bietet das Stück Marmor-Porno 399 mal für neun Monatsraten á 116,40 Mark an (»effekt. Jahreszins 16,3%«). Kredit-Vereine wie American Express und Diners Club bauen Ihren Versandhandel mit Massen-Kunst immer weiter aus. Und der»exklusive Kreis der Karteninhaber« fällt darauf herein

Geerbtes Gift von Martin Buchholz

Ist Krebs eim Erbkrankheit? Amerikanische Forscher wollen das jetzt beweisen. Sie helfen damit der Industrie, die unsere Umwelt verpestet

Muß die Schallplatte jetzt auf den Müll von Rüdiger Zeitz

Neue HiFi-Technik per Laser soll die Rillen verdrängen

Plattentips»Hören üben!« von Thomas Doberstein

Was hab‘ ich diesem Mann getan? von Brigitte Kraemer, Susanne Mersmann

Auch in der Ehe gilt oft das Recht des Stärkeren. Frauen werden vom eigenen Mann gequält, geprügelt, vergewaltigt. Sie schweigen, weil sie abhängig sind, weil sie sich schämen, weil sie Angst haben, weil sie nicht wissen, wohin. Brigitte Kraemer lebte ein halbes Jahr lang mit mißhandelten Frauen im Frauenhaus von Duisburg

Der Büttel im Kopf von Wolf Donner

»Yol« ist kein militanter Film, aber er macht seine Zuschauer militant. Sein Regisseur Yilmaz Güney hat ihn aus türkischen Gefängnissen heraus und während seiner Flucht vor dem Militärregime in Ankara erarbeitet. Bei den Filmfestspielen in Cannes wurde »Yol« (zusammen mit Costa Gavras' »Missing«) mit der goldenen Palme ausgezeichnet, Anfang Dezember läuft er in unseren Kinos an

KONKRET-Interview von Yilmaz Güney, Jürgen Roth

Jürgen Roth sprach mit Yilmaz Güney über den türkischen Widerstand und die Fehler der Opposition

Kulturnotizen

»Fast wie im Leben« von Winfried Thomsen

13 Milliarden Mark werden dieses Jahr in den USA für Videospiele ausgegeben. Auch bei uns bestimmen sie jetzt das Weihnachtsgeschäft, während gemütliche Alternative noch um den »Klassenkampf« würfeln

Bücher: Ausradieren, aus Prinzip von Randolph Braumann

Wessen Väter Land Palästina ist – diese Frage beantwortet Abdallah Frangi so, wie es Israel gar nicht liebt: unpolemisch, kühl

Bücher: Ein Held, der kein Held sein will von Uwe Timm

Der kolumbianische Schriftsteller Gabriel Garcia Márquez ist vor allem in Lateinamerika auch für seine journalistischen Arbeiten bekannt. Bei uns erscheint als KiWi-Taschenbuch sein »Bericht eines Schiffbrüchigen«

Bücher: Die typisch deutsche Waffe von Ulf Engberg

In seinem Buch »Der chemische Alptraum« entwirft Hans Günter Brauch das wahrscheinliche Szenario für den Krieg in Europa

Bücher: Gut geplündert von Martin Buchholz

Jonathan Schells Bestseller »Das Schicksal der Erde« wird von links bis rechts gelobt

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 12/82, S. 3

Inhalt

Fememord: In diesen Wochen feiern Bundeskriminalamt und Generalbundesanwalt wieder mal große Fahndungserfolge. Waffen wurden ausgebuddelt und drei Terroristen festgenommen. Der Zugriff war gut vorbereitet. Die Medien pusteten ihn dementsprechend auf. Warum? Es waren Verdächtige aus der »linken Szene«. Bei Verhaftungen rechter Terroristen wird weit weniger Aufsehen gemacht. Fahndungserfolge sind da auch mehr zufälliger Art. So waren die riesigen Waffenlager des rechtsradikalen Försters Lembke der Presse nur kleine Meldungen wert. Das hat System, denn die Gefahr von rechts wird in der Bundesrepublik immer noch kleingeschrieben. Stefan Aust dokumentiert einen rechtsradikalen Feme-Mord, KONKRET-Extra, Seite 51.

Wahlen: In Hamburg wird am 19. Dezember wieder mal abgestimmt. Die SPD will ihre Verluste wettmachen. Die CDU mit der Warnung vor dem rot/grünen Bündnis den Bürger für eine Rechts-Koalition ködern. Die FDP wird erneut durchfallen. Zünglein an der Waage ist also wie schon die vergangenen sechs Monate die GAL - die Grün-Alternative-Liste. Von den Hamburger Parteien und der marktbeherrschenden Springer-Presse wird sie als eine Gruppe verteufelt, die gegen alles ist. So einfach ist das. Einer der Programmpunkte der GAL ist der Kampf gegen die Hafenerweiterung. *Sabine Rosenbladt* beschreibt den Fall Moorburg (Seite 40). Hier wird deutlich, wer warum und wie manipuliert.

Frauenhaus: Vor gut sechs Jahren entstand in Berlin das erste Frauenhaus. Heute gibt es schon weit über hundert. Zuchtburgen für Frauen, die n ihren Männern gequält, geprügelt, vergewaltigt wurden. Aber noch immer sind Frauenhäuser ein Tabu. Authentische Berichte sind selten. Angemahnt hat sie keiner, denn das Thema ist allen unangenehm, Dem Staat, weil er kein Geld geben will, den Männern, weil sie es nicht wahrhaben wollen, den Frauen, weil sie Angst haben. Die Fotografin *Brigitte Kraemer* sorgt jetzt für Öffentlichkeit (Seite 84). Sie hat im Duisburger Frauenhaus gelebt und Protokolle der Mißhandelten aufgezeichnet. Brigitte Kraemer: »Das Bekennen der persönlichen Geschichten ist Teil des Kampfes der Frauen um ihre Interessen, denn sonst werden die Frauen durch ihr eigenes Schweigen weiter zur Tabuisierung männlicher Gewalt beitragen.«

Co-Autorin des Beitrages ist KONKRET-Redakteurin Su*sanne Mersmann.* Sie hat - nach »Stern« und bevor sie zu uns kam - drei Jahre Erfahrungen als Mitarbeiterin der Leitstelle Gleichstellung der Frau beim Hamburger Senat sammeln können.

Tomayer: Zum vierten Mal erscheinen in diesem Heft die »Deutschen Gespräche«. Diesmal ist *Horst Tomayer* in die Rolle des 90jährigen Louis Trenker geschlüpft und hat den gerade mit dem Goethe-Preis ausgezeichneten 87jährigen Schriftsteller Ernst Jünger angerufen. Den Dialog der beiden lesen Sie auf Seite 48.

KONKRET ist oft gefragt worden, ob Tomayers Telefonate tatsächlich so geführt worden sind. Viele Leser dachten an Satire. Doch dem ist nicht so. Alles, was da gedruckt ist, ist so auch gesagt worden.

Konkret 12/82, S. 4

an Konkret

Das große Kotzen

KONKRET 11/82: »Altersheim, nein danke« - Viola Roggenkamp über eine Altenkommune in der Eifel

Da kann einen nur noch die Wut packen. Alte Menschen leben friedlich in einer Wohngemeinschaft zusammen und helfen sich gegenseitig; sie fallen niemandem zur Last. Schon aber zerbricht sich ein Vertreter staatlicher Macht den Kopf darüber, wie dieses bißchen Altersglück kaputtgeschlagen werden kann. Gesetzliche Handhaben, mögen sie noch so sehr an den Haaren herbeigezogen sein, finden sich leider immer. Resultat: Eingriffe in die persönliche Freiheit, Zwang, Entmündigung und Zerstörung des menschlichen Selbstbewußtseins. Wem käme da nicht das große Kotzen an?

MARTHA TEWS

HAAN-GRUITEN

Flurbereinigung

KONKRET 11/82: »Sprüche helfen uns nicht weiter«. Interview mit SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz

Trotz seiner absoluten inhaltlichen Armut war die Lektüre doch interessant, »KONKRET« sei Dank. Werden doch Vermutungen in den Charakter der anstehenden SPD-»Oppositionspolitik« bestätigt: Keine Spur von substantieller Veränderungsbereitschaft. Nicht einmal auf dem Gebiet der bisher von der SPD unterstützten militärischen Angriffsstrategie der NATO, für deren Realisierung die weitere nukleare Vorrüstung - hierzulande als »Nachrüstung« apostrophiert -von hoher Bedeutung ist. Und keine Spur einer ernsthaften Bündnisbereitschaft gegenüber den Grünen und Alternativen. Stattdessen: der bis zu peinlicher Penetranz wiederholte Wunsch, den Grünen ihre Wähler abzujagen. Als politischer Diebstahl durch Volksverdummung muß diese Strategie bezeichnet werden, solange dieses Ziel bloß durch die Veränderung der Werbemethoden verfolgt wird. Dabei geht es den Integrationsstrategen der SPD garnicht in erster Linie darum, die Konservativen alsbald wieder von der Regierungsmacht zu trennen. Dazu müßten sie durch eine glaubwürdige Sozial- und Wirtschaftspolitik erst einmal ihre zur CDU abgewanderten Arbeiterwähler zurückholen. Und dazu müßten sie ein Bündnis mit den Grünen suchen, was nur durch substantielle Veränderungen ihrer Politik möglich wäre. Mit der Nominierung Vogels, ganz auf Glotz-Linie, hat aber die SPD wieder einmal Staatsräson über Partei-Kalkül gestellt. Denn die Staatsräson gebietet keine Politik der raschen Rückgewinnung der Bonner Ministerien. Sondern eine Politik der parlamentarischen »Flurbereinigung«.

THOMAS EBERMANN

FRAKTIONSSPRECHER DER GAL-HAMBURG

Fucker

KONKRET-Extra 11/82: » Teure Nieten« - Otto Köhler über deutsche Manager und ihre Pleiten

Ich hab gerade das neue KONKRET durchgeblättert, und dabei ist mir bei KONKRET-Extra die Manager-Serie ins Auge gefallen. Ich bin da gerade so ein Buch am Lesen von Wallraff, »Die da oben, wir da unten«. Ich sitze nämlich im Knast, wegen ein paar Gramm Haschisch. Und wie ich die Fucker da so gesehen hab', hab' ich mir gedacht, du sitzt in der Kiste, und die wahren Verbrecher laufen frei rum. Das mußte mal gesagt werden. Glaube das wars, es heißt ja in der Kürze liegt die Würze, oder so.

PETER OBGENOTH

GELDERN

Das aufgezeigte Miß- und Miesmanagement deutscher Unternehmer zeigt mit aller Deutlichkeit, daß man in einer kapitalistischen Welt unfähig ist, die sozialen Wirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu beherrschen. Deshalb ist auch die langanhaltende Krise in diesem Jahrzehnt nicht allein nur die Folge politischer Fehlleistungen dieser oder jener Regierung.

Kurt Tucholsky schrieb zu Beginn der Wirtschaftskrise im Jahre 1931: »Wenns gut geht, wirft sich der Unternehmer in die Brust; sein Verdienst beruht auf seinem Verdienst, weil er das Risiko getragen hat, will er auch den Hauptteil des Gewinnes für sich. Wenns schief geht, sind die Umstände daran schuld. Da muß der Staat einspringen und das Defizit decken, denn Kohlengruben, Stahlwerke und die Landwirtschaft dürfen nicht Not leiden. Und sie leiden auch keine Not, weil sie notleidend sind.

Auf alle Fälle aber kann der Unternehmer nichts dafür, er trägt die Verantwortung, und wir tragen ihn.«

KARL KIRCHNER

WÜRZBURG

Auf der Alm

KONKRET 6/82: KONKRET-Auftleber »Reagan go home«

Dies Foto konnte ich im Berner Oberland in der Schweiz machen, bei einer kleinen Almhütte ca. 2.000 m hoch. Der Ruf »Reagan go home« ist bis in die entlegensten Winkel vorgedrungen.

REINHARD WEPPLER

KASSEL

Kränkelsänger

KONKRET 11/82: »Dichter mit doppeltem Film« - Hartmut Schulze über den Streit im Schriftstellerverband VS

Kurz nach meiner Flucht in den Westen sah ich Kunzes Film »Die wunderbaren Jahre« und war maßlos enttäuscht, denn mit der DDR-Realität hatte der schlimme Streifen so gut wie gar nichts zu tun. Und Biermann? Drüben hatten seine Lieder für mich noch eine ungeheure Bedeutung, sie stimmten und machten Mut. Hier erlebe ich Biermann mehr und mehr als den großen schlimmen Vereinfacher, mit dem mich politisch inzwischen so gut wie gar nichts mehr verbindet. Sein manieriertes Getue ödet mich an, seine Haltung zur Friedensbewegung, zu Polen oder Afghanistan ist für mich in vielem nur noch absurd.

Und viele Linke hier, für die die DDR oder Polen doch so weit weg sind wie Alaska oder die Fidschi-Inseln, halten diese Urteile auch noch für die absolute Wahrheit.

WERNER BEHRENS

HAMBURG

Hört hört! Kränkelsänger Biermann mausert sich jetzt also vom profilierungsgeilen Salonlinken mit DDR-Background zum Sprachrohr und Vortänzer der bundesdeutschen Rechten - beabsichtigt oder nicht - und damit ihn niemand falsch versteht, holt er gleich zum Rundumschlag aus gegen DKP-Leute (zu welchen er sein traumatisches Verhältnis pflegt) und gegen die gesamte Friedensbewegung - nach Art des bekannten bayerischen Schandmauls. Bei derart viel Dummheit und Arroganz halte ich's der Einfachheit halber doch auch einmal so polemisch wie er: »Eins in die Fresse, mein Herzblatt!«,

HENDRIK MÜLLER-LENHARTZ

BERLIN

Ich finde es gut, daß Hartmut Schulze dieses Thema so »belichtet«. Wollen diese Herren, deren Namen noch unbekannt waren, als Bernt Engelmann schon die nazistische Vergangenheit mit ihrem Weiterwirken bis heute für uns transparent machte, sich etwa zu »Berufs-Dissidenten« stilisieren? Müssen sie wegen des vielleicht nachlassenden »Solschenizyn-Effekts« erneut auf sich aufmerksam machen, oder haben sie sich bereits im »Solschenizyn-Syndrom« entwickelt? Damit wäre weder ihnen noch uns geholfen.

GISELA BÖHM

HAMBURG

Aus Tradition gut

KONKRET 11/82: »Kampfgas gegen Bürger« - Bericht über den geplanten Einsatz von CS-Gas und dessen Wirkung,

Was Herr Springer zu schaffen versucht, wird zukünftig Innenminister Zimmermann mit »seinem« CS-Kampfgas versuchen - Sicherheit nach außen propagieren, um Blinde im Inneren für die Wahl am 6. März zu schaffen.

OLIVER NOWKA

BERLIN

Die deutsche Staatsgewalt erinnert sich der Geschichte: Gas war schon immer 'ne saubere Sache, um gegen unerwünschte Subjekte in unserer Gesellschaft wirkungsvoll vorzugehen. Aus Tradition gut!

Aber CN/CS ist nicht etwa lebensgefährlich - das können die neuen Gasmänner im schwarzen Gewand bürgerwirksam beweisen. Auch wenn es dazu notwendig ist, mal einen Obduktionsbefund mit freundlicher Mitarbeit eines finanziell abhängigen wissenschaftlichen Instituts zu türken.

KONKRET hat den Nebel mal wieder etwas gelichtet. Dank dafür.

MARCUS KIEPPE

DÜREN

Einen Tag nach der großen Friedensdemonstration in Bonn am 10. Oktober vergangenen Jahres demonstrierten 20.000 Bürger gegen die Startbahn West. Mit einem unwahrscheinlich massiven Kampfgas-Einsatz löste die Polizei an der Startbahn einen evangelischen Friedensgottesdienst auf.

Auch ich bekam von dem Gas ab. Ein Sanitäter mußte mir sofort die Augen ausspülen, nur war speiübel vom Einatmen des Gases und ich bekam Angstzustände und Beklemmungen. Viele Demonstranten mußten sofort ins Krankenhaus. Uns allen ist dieser brutale Polizeieinsatz noch gut als »Giftgas- und Knüppelsonntag« in Erinnerung.

Ich bin froh, daß KONKRET dieses Thema aufgegriffen hat.

ALEXANDER SCHUBART

FRANKFURT

Der Staat erreicht mit seiner starken Polizeiaufrüstung nicht unsere »Distanz«, sondern eine verstärkte Konfrontation. Und er »züchtet« meiner Ansicht nach den Terrorismus, den er an uns meint bekämpfen zu müssen - ein Teufelskreis, der sich nie schließt, und eine Rechnung, die nie »aufgeht«. Denn unseren wachsenden Widerstand wird der Staat damit nicht brechen können.

IRMELA SCHRAMM

BERLIN

Konkret 12/82, S. 6

Hermann L. Gremliza

Heute in einem Jahr

Heute in einem Jahr werden die ersten atomaren Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II in der Bundesrepublik installiert. Heute in einem Jahr wird das Politbüro der KPdSU darüber entscheiden, ob die Sowjetunion den Einsatz dieser Waffen abwarten oder die Rettung in einem Präventivschlag suchen soll. Morgen in einem Jahr kann hier Euroshima sein.

Es wird uns nicht helfen, daß die Medien die Stationierung der Pershing II zum Friedensdienst verklärten und die Aufrüstung zur Nachrüstung. Wie wünschte man, »FAZ« und »Bild«, ARD und ZDF könnten die Wirklichkeit nach ihren Lügen bilden. Aber das kann nicht einmal Ernst-Dieter Lueg.

In den kurzen Stunden der Besinnung, die der Tod, auch der des gehaßten Gegners, zu erzwingen scheint, erfuhren wir von Henry Kissinger wie von Franz Josef Strauß, daß Leonid Breschnew den Frieden gewollt habe, und Alexander Haig fand die Worte: »Seine Furcht vor dem Krieg war echt.« Wie schön, daß dagegen etwas unternommen wurde und die Regierung der USA das größte Rüstungsprogramm der Geschichte auflegte.

Lügen haben nicht kurze Beine, sondern lange Weile, während die Wahrheit bloß langweilig ist. Erinnert sich noch wer an die Kampagne gegen die Berufsverbote? Wer konnte, nach dem fünften Kommentar, der zehnten Rede, der zwanzigsten Diskussion, die Wahrheit immer noch einmal vortragen, immer noch einmal ertragen? So haben die Amtsärsche uns ausgesessen. Von der Kampagne gegen die Berufsverbote sind die Berufsverbote geblieben. Wird von der Kampagne gegen die Raketenstationierung mehr bleiben als die Stationierung der Raketen? Bis von beidem nichts mehr bleibt?

Das hängt nicht zuletzt davon ab, wie penetrant die schreibenden, redenden, organisierenden Anführer des Widerstands an einem Thema festhalten, dem sich schon lange kein zündender Einfall und keine originelle Wendung mehr abpressen lassen. Zum letzten Schrei gibt es keinen dernier cri. Immer wieder muß die schon aufreizend langweilige Wahrheit wiederholt werden:

· Die sowjetischen Mittelstreckenraketen vom Typ SS 20 sind eine gefährliche atomare Waffe. Ihre Verschrottung ist wünschenswert. Aber: Ihre Aufstellung bedeutet keine Bedrohung Westeuropas, sie stört nicht das atomare Gleichgewicht, sondern sie stellt es (gegen die luft- und seegestützten Mittelstreckenraketen der Nato) erst her. Die SS 20 gibt der Sowjetunion nicht die Möglichkeit, einen atomaren Erstschlag mit Aussicht auf Erfolg (das wäre: die Zerstörung der Rückschlagsfähigkeit der Nato) zu führen.

· Die US-amerikanischen Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise missile sind von anderer Qualität. Die Einführung dieser Waffen und ihre Dislozierung auf dem Gebiet der Bundesrepublik erhöhen die Erstschlagsfähigkeit der Nato so dramatisch, daß der amerikanische Traum vom begrenzten und gewinnbaren Atomkrieg greifbare Konturen annimmt. Zum ersten Mal in der Atomwaffengeschichte wären die USA in der Lage, mit einer Vorwarnzeit von wenigen Minuten alle ausgespähten Ziele zwischen Elbe und Ural mit einer Treffgenauigkeit von 10 Meter Radius atomar zu bombardieren.

Das ist die militärische, die waffentechnische Wahrheit: Die Sowjetunion will nicht nur keinen atomaren Krieg, sie kann ihn gar nicht wollen; die Vereinigten Staaten aber sind dabei, die Voraussetzungen für einen »erfolgreichen« Atomkrieg zu schaffen.

Wollen sie ihn auch führen? Sie wollen jedenfalls die Sowjetunion, den staatlich organisierten Kommunismus, bis zum Ende dieses Jahrhunderts aus der Welt schaffen. Das ist nicht nur eine Gehirnblähung jenes martialischen Clowns, den sich das US-Kapital zum Präsidenten auserwählt hat, sondern die einzige Perspektive aus einer hoffnungslosen Lage. Geht es noch zwanzig Jahre so weiter mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, gibt es bald gar keine Eingeborenen mehr, die Gold für Glasperlen geben, dann endet der american way of life an der Stirnmauer einer Sackgasse. Deshalb muß der weltpolitische Widerpart, dessen Existenz und Stärke den Rebellen Freiräume schafft, liquidiert werden.

Das Arsenal der Waffen ist reichhaltig. Da ist zuerst das von Außenminister Shultz und seinem Staatssekretär Eagleburger forcierte Programm der Subversion - Shultz: »Es liegt in unserer Verantwortung, moralisch und politisch, auf die demokratischen Hilferufe zu reagieren«; Eagleburger: »Wir haben nicht genug getan, demokratische Bewegungen besonders in kommunistischen Ländern zu fördern.« Zu diesem Zweck wird die CIA mehr Geld und mehr (Un)Rechte erhalten.

Parallel zur Subversion läuft der Wirtschaftskrieg, über den George F. Kennan, Berater der Präsidenten Truman und Kennedy, jüngst sagte: »Für das Bestreben, die ganze wirtschaftliche Entwicklung eines anderen Volkes zu verhindern oder zurückzusetzen, dürfte in der Politik eines demokratischen Staates in Friedenszeiten kein Platz sein. Dies sind Mittel mit denen man einen Krieg vorbereitet.« Das sollen sie ja auch sein.

Die nächste Waffe ist die Totrüstung. Unter Reagans Führung haben die USA ein Rüstungsprogramm beschlossen, das die Sowjetunion auf allen militärischen Gebieten mit US-amerikanischer Überlegenheit bedrohen und so zu selbstmörderischen Rüstungsausgaben zwingen soll.

Und wenn das alles nichts hilft - bei den verdammten Bolschewisten hat schon manches nicht geholfen -, bleibt da noch der auf das Gebiet zwischen Atlantik und Ural begrenzte, gewinnbare (»victory is possible«) Atomkrieg.

Dazu braucht man natürlich die Westeuropäer, vor allem die Westdeutschen. Und da zahlt sich nun aus, was man seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in die politischen, wirtschaftlichen und publizistischen Führungskräfte dieses Landes investiert hat - an Stipendien, Bildungsreisen, Symposien und ganz schlichten Honoraren. Musterknaben dieser Erziehung sind unser Bundesgrinser und - in seinem Gefolge - jene auf Kriegsgott geschminkte Tunte, die sich nach Härtung im Strahlenbad des Atomkriegs zu sehnen scheint.

Aber, reagieren wir uns nicht an diesen ab und nicht an jenen sozialdemokratischen Meisterdiplomaten, die mit der »Nachrüstung« die USA zur Abrüstung zwingen wollten und nun furchtbar weinen müssen, daß der Flegel Hans-Dietrich ihre Sandburg plattgetreten hat. Über die Feinheiten politischer Taktik, lieber Egon Bahr, wollen wir uns in diesem Leben mit Dir nicht mehr unterhalten.

Heute in einem Jahr - ist das noch zu verhindern? Und wie? Es wird nicht genügen, noch ein- oder zweimal auf den Rheinwiesen zu lagern. Will die Friedensbewegung mehr sein als eine hunderttausendfaches Alibi, nach dem keiner mehr fragen wird, muß sie jetzt ernst machen: mit der Entwicklung, Diskussion, Planung und Einübung praktischen Widerstands (Blockaden, ziviler Ungehorsam, Regelverletzung). Und sie muß im nächsten Bundestag mitreden können.

Die Friedensbewegung ist gewiß alles andere (und mehr) als das außerparlamentarische Anhängsel der Grün-Alternativen. Aber diese sind die einzige aussichtsreich für den Bundestag kandidierende Partei, die einer Stationierung der Raketen unter keinen Umständen zustimmen wird. Und nur wegen der Raketen kann die SPD nicht mit der CDU/CSU paktieren. Die Friedensbewegung muß dafür sorgen, daß dies wahr bleibt.

Konkret 12/82, S. 8

Nachrichten

Schrittchen vorwärts

Frauen werden immer gleicher. Wieder ist es neun Akkordarbeiterinnen gelungen, für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn wie die männlichen Kollegen zu erstreiten. Vor Gericht natürlich.

Die neun Frauen, die am Montageband der Maschinenfabrik Triumph-Adler AG arbeiten, hatten mit ihrer von der Gewerkschaft unterstützten Klage auf Einstufung in die Lohngruppe V, in der ihre männlichen Kollegen sind, bereits im Februar vom Arbeitsgericht Frankfurt recht bekommen. Erst Mitte November zog das Unternehmen seine Berufung zurück und muß nun nicht nur die Frauen höher einstufen, sondern auch die Lohndifferenz nachzahlen.

Ursula Ibler, zuständige Vorstandsfrau bei der IG Metall, nannte das Prozeßergebnis »richtungweisend und ermutigend«. Außerdem appellierte sie an alle noch zögernden Frauen, ihre Rechte auf Gleichbehandlung durchzusetzen.

Frauen verdienen in der Bundesrepublik immer noch rund ein Drittel weniger als Männer - nicht zuletzt dank der Tarifpolitik der Gewerkschaften.

Hänschens Talfahrt

FDP-Chef Genschers Talfahrt in der (Un)-Gunst der Wähler hält an. Gut vier Wochen nach seinem Wendemanöver ist sein Sympathie-Wert in der Skala der Umfrage-Institute von + 1,2 noch als Außenminister der sozialliberalen Koalition über - 0,5 unmittelbar nach dem Bonner Regierungswechsel weiter auf - 0,9 Punkte gefallen. Nicht viel besser ergeht es seiner Partei, die derzeit beständig bei einem Wählerzuspruch von nur rund drei Prozent liegt.

Eine von der SPD als streng vertraulich behandelte umfangreiche Untersuchung über Meinungen und Stimmungen in der Wahlbevölkerung läßt auch den Schluß zu, daß der rechte FDP-Flügel nicht damit rechnen kann, am 6. März nennenswerte Leihstimmen von der CDU zu erhalten. Dagegen rechnen allerdings Dreiviertel der Wähler fest damit, daß die Rechtskoalition der Herren Kohl und Genscher tatsächlich den Weg für Neuwahlen am 6. März freigeben wird. Der harte Kern der in jedem Fall zur Wahl der FDP entschlossenen Wähler ist inzwischen auf zwei Prozent geschrumpft. Dagegen haben die christlichen Parteien die kurzfristige geringe Einbuße bei ihren Wählern offenbar wieder wettgemacht: Lagen sie noch kurz nach der konservativen Regierungsübernahme bei 49 Prozent, können sie jetzt wieder realistisch auf die absolute Mehrheit der Stimmen hoffen. Würde am nächsten Sonntag gewählt, bekämen CDU/CSU 51 Prozent, die Sozialdemokraten 40 Prozent und die Grünen fünf Prozent der Stimmen.

Zitat

»Nicht etwa die Militärs haben neue Vollmachten bekommen, wohl aber der Staatspräsident. Und daß dieser Staatspräsident unstreitig ein General sein wird, darf nicht gleichgesetzt werden mit neuen Vollmachten und einer neuen starken Position der Militärs, sondern dieses Staatspräsidenten.«

Kai Uwe von Hassel, für die CDU im Europarlament, in einem WDR-Interview über die Türkei.

Frohe Ostern

Wichtige Termine aus der Friedensbewegung: Zum Jahrestag des Nato-Doppelbeschlusses am 12. Dezember sind von nahezu allen Friedensinitiativen Aktionen geplant. Am 27. November wird gegen die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr protestiert. Und der Ostermarsch '83 ist auch schon beschlossen. Höhepunkt der Protestveranstaltungen soll am Ostermontag (4. April) in Frankfurt sein.

Flügelschlag

Mit aller Deutlichkeit wurde beim SPÖ-Parteitag in Wien Ende Oktober festgestellt, daß sich Österreichs Bundeskanzler Bruno Kreisky, 71, größter Beliebtheit und bester Gesundheit erfreut. Parallelen zwischen SPD und SPÖ können in diesem Punkt also nicht gezogen werden, was auch Parteitagsgast Helmut Schmidt bestätigte.

Sonst nahm alles seinen sozialistischen Parteitags-Gang: Der einzige Vertreter des linken Flügels im SPÖ-Vorstand, Josef Cap, wurde seiner Funktion enthoben. Der Grund: Cap hatte bemängelt, daß Österreichs SP-Landeshauptleute (sie entsprechen den Ministerpräsidenten der Länder in der Bundesrepublik) wie Fürsten lebten und regierten sowie unvorstellbare Monatseinkommen und Privilegien hätten. Vor allem den burgenländischen Chef Kery sollte dieser Vorwurf treffen. Kery habe - so Cap - im Keller seiner Villa einen MG-Schießstand, reise auf Staatskosten durch Europa und beziehe verbilligten Strom. Für Kritiker Cap kam der Ex-Finanzminister Hannes Androsch neu in den SPÖ-Vorstand, der im Skandal um den Bau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses bei Kreisky in Ungnade gefallen war.

Mit Cap kam gleichzeitig das Monatsmagazin »Extrablatt« ins Schlingern. Die hauptsächlich durch SP-Inserate finanzierte Zeitung hatte bereits vor Monaten über die »neuen österreichischen Fürsten« berichtet und damit die Munition für Josef Cap geliefert. Die SPÖ zog jetzt alle Gelder aus der »Extrablatt«-Produktion heraus und verbat dem Tusch-Druck die Auslieferung der November-Nummer. Das ist der österreichische Weg.

RADIKALAUER

Winfried Thomsen

Reagan wollte sich doch immer mit Breschnew treffen. Hoffentlich klappt es bald.

Helmut Kohl will kein Kanzler des Übergangs sein. Also des Untergangs?

Das Kabinett beweist sein soziales Engagement schon dadurch, daß es an leitender Stelle einen Schwörbeschädigten beschäftigt.

Wie verständigen sich der Unternehmer Schwarz und der Minister Schilling? Ober ein neues Medium.

Die FDP tritt an. Was? Den verdienten Ruhestand.

Norbert Blüm braucht dringend eine Atem-Pause. Die Luft im Kabinett ist einfach zu schlecht.

Gut vorbereitet

Nürnberg macht Schule. Als bei der Demo gegen die geplante Atommüll-Endlagerung im Schacht Konrad in Salzgitter-Bleckenstedt mehr als 20 Personen festgenommen wurden, waren die Antragsvordrucke für Haftbefehle schon fertig, Nur noch »Tat« (schwerer Landfriedensbruch), die entsprechenden Paragraphen und der angebliche Polizeizeuge brauchten in die Formulare eingetragen zu werden. Angaben wie die Haftgründe waren auf dem Vordruck bereits enthalten. Daß es den Festgenommenen verwehrt wurde, Rechtsanwälte anzurufen, versteht sich fast von selbst.

Guter Rat vom Vetter

Dem 'großen Geld' wird unsere Republik zu klein. Es wandert aus. In die USA, auf Nummernkonten in die Schweiz oder neuerdings auf die Cayman Inseln, laut der »Graf Lambsdorff Consultancy AG« der derzeit beste Platz auf der Welt: »Absolut sicheres Bankgeheimnis, verschärfte Version des ursprünglich harten Schweizer Bankgeheimnisses.« Helmut Graf Lambsdorff, 64, von Beruf Heilpraktiker, von Geburt Vetter des Bundeswirtschaftsministers, wirbt mit Namen und Familienwappen für seine Steuerseminare in der Schweiz. Dabei ist sein guter Rat teuer: 1. 005 Schweizer Franken kostet ein Steuer-Wochenende.

So rät der Graf: »Bei Einrichtung von Schweizer Konten möglichst keine ausländische Adresse angeben«, denn »das könnte zu Erpressungsversuchen von ungetreuen Bankangestellten führen«. Dagegen sind »Schweizer oder in der Schweiz Ansässige, - weil Steuervergehen dort nicht kriminalisiert sind - uninteressant als Opfer für Erpressungsstrolche«.

Überhaupt, die Schweiz. Sie ist zwar »bei einfacher Steuerhinterziehung einigermaßen sicher, nicht aber bei qualifiziertem Steuerbetrug«. Ob Graf Helmut den und andere Tricks beim Vetter in Bonn gelernt hat? Lambsdorffs Pressesprecher

Franzen zu KONKRET: »Was er macht, ist Privatsache, da ist bestenfalls der Familienrat zuständig. Der Minister hat keinen Einfluß auf das Verhalten seines Vetters.«

Konkret 12/82, S. 9

Günter Amendt

Entgiftet die Drogendebatte

Nachrichten

Der Beschluß der Gemeindeverwaltung des niederländischen Städtchens Enschede, den Haschischverkauf bei begrenzter Höchstabgabe auf einem Minimarkt freizugeben, hätte zu stabilen Preisen, Qualitätsgarantien und Markttransparenz führen können. Gedacht war dieser Beschluß als sozialpolitische Maßnahme. Nicht bedacht wurde das internationale und nationale Marktgeschehen. Das Experiment mußte scheitern. Dafür gab es ökonomische, aber auch innen- und außenpolitische Gründe.

Die Enscheder Entscheidung hatte auch in der Bundesrepublik einiges in Bewegung gebracht. Man forderte verschärfte Gesetze und politischen Druck auf den Nachbarn. Andere forderten die Abschaffung einschlägiger Gesetze und die Legalisierung von Haschisch und Marihuana. Eine Diskussion zum falschen Zeitpunkt mit den falschen Argumenten. Auf beiden Seiten. Weder besteht eine Chance, die Gesetzgebung in Richtung Freigabe zu bewegen, noch hat sich auf der Seite der Haschisch-Gegner die Erkenntnis durchgesetzt, daß der Drogenhandel durch Gesetze zwar vorübergehend zu beeinflussen, nicht aber zu verhindern ist. Alle Entgiftungsprogramme staatlicher und privater Therapieeinrichtungen bleiben sinnlos, solange nicht wenigstens die öffentliche Diskussion von Lügen und Falschinformationen entgiftet ist.

Ein »Argument« der ersten Stunde, das in fast keinem Kommentar und keiner Aufklärungsbroschüre fehlt, hat sich als Evergreen erwiesen. Die Behauptung nämlich, skrupellose Händler mischten das vergleichsweise harmlose, körperlich nicht süchtig machende Haschisch mit Opium, um so ihre Kundschaft abhängig von der Droge und damit auch vom Lieferanten zu machen.

Verfolgt man aber den Weg des Haschisch vom Hanfbauern bis zum Endverbraucher, findet man keine Handelsstufe, wo sich die Anreicherung mit Opium in Übereinstimmung mit den Interessen der Händler bringen ließe. Nur selten liegen Opium- und Hanfanbau geographisch so dicht beieinander, daß man bereits am Herstellungsort - wo die Ware gepreßt- und verpackt wird - mischen könnte. Warum auch? Der Vorgang wäre mit Arbeit verbunden. Arbeit, das heißt Kosten, Kosten für ein Mischprodukt, nach dem auf den internationalen Märkten keine Nachfrage besteht.

Und warum sollten Großhändler an den Endverbrauchermärkten Interesse an einem Mischprodukt haben, wo sie doch kaum die Nachfrage nach Haschisch befriedigen können?

Zudem fließt der Handel mit Rohopium oder Haschisch in getrennten Kanälen. Es bedürfte einigen Aufwands, um beide Produkte zum Zwecke der Mischung wieder zusammenzubringen. Blieben die Kleinhändler. Unterstellt, es gelänge ihnen, Rohopium zu beschaffen, was sollte ihr Interesse an einem Haschisch-Opium-Verschnitt sein?

Opium ist teurer als Haschisch. Der Kleinhändler mit der Verführungsabsicht müßte also ein höherwertiges Produkt mit einem geringerwertigen mischen und es zum Preis des geringerwertigen abgeben.

Kleinhändler beliefern entweder regelmäßig einen ihnen bekannten Kundenstamm zum Wohle aller am Marktgeschehen Beteiligten, oder sie beliefern eine anonyme, ständig wechselnde Laufkundschaft. Ein fester Kundenstamm mindert das Risiko des Händlers vor polizeilichem Zugriff, verpflichtet ihn aber gleichzeitig zu Qualitätsgarantien. Händler und Kunden kennen sich wechselseitig. Sie kontrollieren sich auch wechselseitig.

Dealer, die eine Laufkundschaft bedienen, sind von solchen Kontrollen frei. Sie bleiben so anonym wie ihre Kunden. Diese Art der Geschäftsabwicklung ist jedoch für den Händler mit hohen Risiken verbunden, weil der Handel meist an öffentlichen Plätzen und in öffentlich zugänglichen Gebäuden stattfindet. Der Kunde wiederum geht nicht nur das Risiko ein, beim Kauf von der Polizei gefaßt, sondern auch von den Dealern betrogen zu werden. Aber nicht etwa mit Haschisch, das mit Opium veredelt, sondern mit einem Stoff, der mit Füllmitteln (Torf, Sägemehl etc.) gestreckt wurde. Kein Wunder also, daß schon vor Jahren das Frankfurter Rauschgiftdezernat mitteilte, was jetzt auch ein Beamter des Hamburger Dezernats bestätigt: In den Laboranalysen von abgefangenen Haschischlieferungen und in auf der Szene beschlagnahmten Kleinmengen wurden nicht einmal Spuren von Opium entdeckt.

Konkret 12/82, S. 14

Martin Kilian

Bombengeschäfte

Pork Politics – Wie in den USA an der Rüstung verdient wird

Amerika, Oktober 1982: Jeder zehnte Arbeitnehmer ist ohne Job. In den traditionellen Industriehochburgen des Mittleren Westens klettern die Arbeitslosenraten auf 20 Prozent und mehr.

Amerika, Oktober 1982: Die Northrop Corporation in Los Angeles schreibt Hunderte neuer Stellen aus. Arbeiter, Ingenieure, Sekretärinnen werden gesucht. Auf den Werften in Newport News im Bundesstaat Virginia wird es in den kommenden Monaten zweitausend Neueinstellungen geben. In der Kleinstadt Camden im Staat Arkansas sorgt sich der Bürgermeister wegen des Wohnungsmangels, seit der Rüstungskonzern General Dynamics und die Vought Corporation ihre Produktion in Camden in raschem Tempo ausweiten.

An Autos, Kühlschränken oder Fernsehapparaten läßt sich derzeit nichts verdienen: wer große Kasse machen will in Ronald Reagans Amerika, muß Waffen produzieren. Wie Northrop, General Dynamics, die Werften und die Vought Corporation. Dieser Tage will es scheinen, als seien die Bäume der Rüstungskonzerne in den Himmel gewachsen. Die unheilige Dreifaltigkeit von Industrie, Kongreß und Pentagon ist in Bombenform, seit Ronald Reagan seinen Landsleuten versprochen hat, die Nation »wieder zu bewaffnen«. Verteidigungsminister Caspar Weinberger, von Endzeit-Visionen geplagt, wies seine Bürokraten an, sie sollten neue Bedarfspläne entwickeln. Jederzeit sollten die Waffenproduzenten in der Lage sein, die Hälfte des gesamten amerikanischen Bruttosozialprodukts - fast drei Billionen Dollar (3.000.000.000.000 $)- zu verschlingen.

In den fünf Jahren bis Mitte 1987 wird das Pentagon über insgesamt 1,6 Billionen Dollar verfügen; ungefähr 480 Milliarden Dollar werden in Entwicklung und Produktion neuer Waffen fließen. Die zehn größten Rüstungsunternehmen schlossen allein im Jahr 1981 Verträge in Höhe von 28 Milliarden Dollar mit dem Pentagon ab. Fast 40 Prozent aller Techniker und Wissenschaftler in den Vereinigten Staaten arbeiten direkt oder indirekt für die Rüstungsproduktion. Über 250 Universitäten stehen auf der Auftragsliste des Pentagon und erhalten jährlich mehr als eine Milliarde Dollar. Zwei Hochschulen, das Massachusetts Institute of Technology und die John Hopkins Universität in Baltimore, zählen zu den hundert größten Geschäftspartnern des Pentagons. In die zehn Bundesstaaten, zu deren Industrien das Verteidigungsministerium die besten Geschäftsbeziehungen hat, flossen im vergangenen Jahr allein 55 Milliarden Dollar.

Jährliche Wachstumsraten von 15 Prozent sind für die Rüstungskonzerne durchaus nichts Aufregendes mehr. Auf dem Gebiet der elektronischen Kriegsführung rechnet die New Yorker Investmentfirma Goldman, Sachs and Co. mit Raten bis zu 25 Prozent.

Howard Morland von der Washingtoner Koalition für eine neue Militär- und Außenpolitik einer antimilitaristischen Organisation, schreibt es einer Mischung von in den Bürgern festsitzender Kommunistenangst und einer ausgekochten Medienpropaganda zu, daß die Waffenverkäufer bislang eine unantastbare Rolle in den Vereinigten Staaten spielen. Diesen Sommer hat er wieder einmal miterlebt, wie sich mächtige Mitglieder des Kongresses, durch dessen Ausschüsse die gesamten Rüstungsausgaben gehen, Militärs und Industrie gegenseitig betreuen. Morland hatte den Kampf um den Ankauf von Großraumtransportflugzeugen für die »Schnelle Eingreiftruppe« beobachtet und konnte anschließend nicht fassen, was »erwachsene Männer, deren Jahreseinkommen 60.000 Dollar beträgt und die auf ihren guten Ruf achten sollten«, während der Debatte von sich gegeben hatten.

Über den Bedarf an Flugzeugen gab es Übereinstimmung unter den Senatoren des Verteidigungsausschusses, doch als es um die Auswahl ging, war die Harmonie zu Ende. Denn unglücklicherweise sitzen in diesem wichtigen Ausschuß Senator Sam Nunn aus dem Staat Georgia, wo Lockheed den C-5 B Transporter bauen will, sowie ein alter Freund des Boeing-Konzerns, Senator Scoop Jackson, wie Boeing im Bundesstaat Washington beheimatet. Obwohl das Pentagon sich bereits für Lockheeds Flugzeuge entschieden hatte, versuchten Scoop und Boeing ein großes Ding zu drehen. Boeing kaufte für 25.000 Dollar eine Zeitungsseite, um zu beweisen, wie handlich sich Panzer und Soldaten im Bauch des Jumbos verstauen ließen, am Tag darauf zog Lockheed nach und kaufte ebenfalls eine Seite, damit der interessierten Öffentlichkeit vorgeführt werden konnte, welch enormes Eingreifpotential- durch die geöffneten Portale in den Rumpf der C-5 B rollen kann. Am Ende der Kampagne waren beide Kontrahenten um mindestens 250.000 Dollar ärmer, Klimpergeld für Boeing, den Verlierer. Kein Verlust natürlich für Lockheed, die einen Milliardenauftrag an Land zog und die die Kosten für Werbung sowieso dem Pentagon in Form höherer Flugzeugpreise berechnet.

Bis der Kongreß jedoch das Geld für die Produktion einer Waffe bereitstellt oder - ein seltener Fall - zwischen zwei Angeboten die Wahl trifft, vergehen für die Rüstungsindustrie und ihre Versallen Jahre harter Arbeit und handfester Manipulation der Beschaffungsbürokratie im Pentagon.

In der demokratischen Theorie sollte die Idee für ein Rüstungsprodukt in der Forschungsabteilung des Verteidigungsministeriums entstehen. Die Praxis sieht allerdings anders aus. Die Firmen investieren Milliardenbeträge in die eigene Forschung und wollen diese Ausgaben selbstverständlich in Form von Aufträgen wieder hereinholen. »Wir sind technisch überlegen und in der Offensive. Wir füttern das Pentagon mit goldenen Löffeln. Letztendlich versuchen wir, sie mit unseren Ideen und Entwürfen vollzuladen, aber auf eine solche Art und Weise, daß sie glauben, es sei von Anfang an ihre Idee gewesen«, so ein Rüstungsmanager. Entweder versucht die Industrie herauszufinden, an welchen Produkten die Militärs interessiert wären, oder sie legt es darauf an, die geplanten Baudaten eines Waffenprogramms so zu beeinflussen, daß eine Auftragserteilung wahrscheinlicher wird.

Daneben bedient sich die Industrie eines hervorragend funktionierenden Austauschsystems, das Soldaten und Manager ständig zwischen Pentagon und Konzernen hin- und herschiebt. So wechselten während der siebziger Jahre 1.500 Pentagonangestellte in die Vorstandsetagen und Forschungsinstitute von acht großen Rüstungskonzernen. Das Pentagon heuerte im gleichen Zeitraum 207 Angestellte der Rüstungsindustrie an. Als es Mitte der siebziger Jahre um den Bau des auch jetzt noch umstrittenen B-1 Bombers ging, an dem der Rockwell-Konzern mehrere Milliarden Dollar verdienen möchte, standen auf Rockwells Gehaltsliste über 100 ehemalige hohe Offiziere.

Alte Bekanntschaften zwischen Managern und Militärs spielen eine entscheidende Rolle, wenn es um den Zugang zu Informationen geht. Früher, bevor der Kongreß derartiges nach eingehenden Untersuchungen aufdeckte und untersagte, flogen die Pentagon-Diener auch schon mal nach Hawaii auf Einladung der Industrie. Oder sie sonnten sich an betriebseigenen Stränden in der Karibik, wo Rockwell den damaligen Chef des Forschungsstabes im Pentagon bewirtete. Die »Verbindungen hätten aufrechterhalten werden müssen«, erklärte die Firma, nachdem das gemütliche Beisammensein aufgeflogen war.

Offiziell ist derlei heute verboten; höchstens Eintrittskarten für ein Sportereignis oder Pralinen für die Ehefrau des Verhandlungspartners im Pentagon dürfen es sein. Tatsächlich aber genügt für viele Bürokraten allein die Aussicht auf einen lukrativen Job nach dem Abschied vom Militär, um die »Verbindungen« zur Industrie »aufrechtzuerhalten«. Vorbild bleibt Ex-Außenminister Alexander Haig, der nach der Ablösung als Nato-Oberkommandierender eine führende Position beim Rüstungsriesen United Technologies landete, Wo er auch jetzt wieder - als Berater - anzutreffen ist.

Um möglichst nahe am Markt zu sein, haben die Konzerne seit Jahren sogenannte »Büros für Regierungsbeziehungen« in Washington. Dort sitzen bis zu 100 Mitarbeiter, zumeist unter Führung eines Vorstandsmitgliedes, und sorgen für eine reibungslose Schmierung der Beziehungen zu Regierung und Kongreß. Fast 17 Millionen Dollar ließen sich acht große Konzerne diese Außenposten über eine Zweijahresperiode hinweg kosten. Als Vertragspartner des Pentagons stellten sie 16 Millionen Dollar davon als Teil genereller Verwaltungsausgaben dem amerikanischen Steuerzahler in Rechnung.

Die dauernde Präsenz in Washington ist wichtig, da sie über die vielen bestehenden Kontakte ein Mitspracherecht bei der Formulierung bestimmter Forschungsaufträge sichert. Hat man sich erst einmal auf ein Projekt geeinigt, müßte es anschließend vom dafür zuständigen Kongreßunterausschuß für Forschung und Entwicklung begutachtet werden. Dem aber fehlt es an Zeit und Durchblick. So klagt der ehemalige Vorsitzende dieses Ausschusses, Senator Thomas McIntyre: »Wir wenden unheimlich viel Zeit dafür auf, aber wir sind glücklich, wenn wir uns 15 Prozent der Projekte anschauen oder anhören können.« Gibt der solchermaßen »überinformierte« Ausschuß seine Zustimmung, rollt den Firmen das Forschungsgeld ins Haus. Über 20 Milliarden Dollar stellen das Pentagon und die Raumfahrtbehörde NASA allein in diesem Haushaltsjahr dafür zur Verfügung.

Weil mit der Vergabe eines Forschungsauftrages noch lange nicht gesichert ist, daß der jeweilige Konzern und die Beschaffungsbürokratie tatsächlich in die Produktion einsteigen können, wird nun auf die entscheidenden, für die Bewilligung der Gelder zuständigen Gremien des Kongresses von Seiten des Pentagons und der Industrie ein ständiger Druck ausgeübt. Dabei werde, so der kürzlich zurückgetretene Wirtschaftsberater Präsident Reagans, Murray Weidenbaum, »der Unterschied zwischen öffentlichem und privatem Sektor«, der das amerikanische Wirtschaftssystem angeblich kennzeichne, praktisch aufgelöst. Sofern es unter den Politikern in den Ausschüssen Widerstand gibt, fängt nun der Kampf an. Nicht selten nimmt das Gezerre vor den Streitkräfteausschüssen des Senats und des Repräsentantenhauses den Charakter byzantinischer Hofintrigen an, voll von bizarren Auftritten und Argumenten.

Obwohl es Bundesbehörden nach amerikanischem Gesetz untersagt ist, vor dem Kongreß zu lobbyieren, beschäftigt das Pentagon über 240 Zivilisten und Offiziere, darunter acht Generäle, in einem »legislativen Verbindungsbüro«. Einziges Ziel dieser Mannschaft: Überzeugungsarbeit zu leisten und günstige Abstimmungsergebnisse herbeizuführen. Bei der Entscheidung zwischen Boeings 747 und Lockheeds C-5 B gebärdeten sich die legislativen Verbindungstruppen so aggressiv in ihrem Einsatz für Lockheed, daß mittlerweile drei Ermittlungsverfahren in der Sache anhängig sind.

Die Hauptlast der Überzeugungs- und Beeinflussungsversuche tragen natürlich die Konzerne, die dafür auf eine breite Palette von Möglichkeiten zurückgreifen können. So treten vor den Ausschüssen stets »unabhängige« Experten auf, deren einzige Unabhängigkeit bisweilen darin besteht, daß sie auf der Honorarliste nicht nur einer Firma zu finden sind, sondern ihr Brot gleich bei mehreren Konzernen verdienen.

Weit weg von Washington, zuhause, wo es um Arbeitsplätze geht, wird unterdessen die Belegschaft mitsamt der örtlichen Handelskammer mobilisiert. In einer vom Management geleiteten Kampagne bombardieren die »unabhängigen« Experten den Kongreß mit Briefen, worin sie auf die zu erwartende Arbeitslosigkeit und den Bankrott vieler Geschäfte hinweisen, falls die Firma den Auftrag nicht erhalten sollte. Später folgt im allgemeinen der Besuch einer aus Arbeitern, Technikern und lokalen Geschäftsleuten bestehenden Delegation im Kongreß. Gespräche mit Ausschußmitgliedern und ihren Mitarbeitern dienen lediglich einem Zweck: aus dem Forschungs- und Entwicklungsauftrag einen Produktionsauftrag zu machen. Der örtliche Veteranenverband, eine nicht zu unterschätzende Expertengruppe, wird von der Firma zu einem Diavortrag über den Wert des neuen Waffensystems eingeladen und wendet sich dann seinerseits an den Kongreß. Gleichzeitig läuft eine Anzeigenserie in den Medien. Auf ganzen Zeitungsseiten erfährt der Leser, daß die Nation den Kommunisten hilflos ausgeliefert sei, wenn der Konzern nicht bald den Auftrag für das neue Produkt erhält. In Fachblättern wie »Aviation Week« werden aufregende technische Details offenbart. Journalisten können sich während eines kostenlosen, von der Firma veranstalteten Trips ausführlich über den Wert des neuen Systems informieren, um es dann als unabdingbar für den Schutz des Landes in ihren Blättern zu preisen.

In vielen Fällen werden die Gewerkschaften zugunsten der Firma tätig. Die Aktionäre bedrängen Ausschußmitglieder, und schließlich treten die Aufsichtsratsmitglieder, zumeist Bankiers, in Erscheinung und kontaktieren alte Bekannte im Kongreß oder gar im Weißen Haus. Ist der Widerstand im Kongreß wider Erwarten heftig, wird das Weiße Haus eingeschaltet, um seinerseits den Parlamentariern die Daumenschrauben anzuziehen. Die Kongreßmitglieder werden an so manche Wohltat erinnert, die sie dem Weißen Haus zu verdanken haben. Wer artig ist, darf eine Stunde mit dem Präsidenten verbringen, Photographen sind zur Stelle. Daheim kommen solche Fotos großartig an und helfen bei der Wiederwahl.

Verdienten Ausschußmitgliedern winkt eine Fahrt im Panzer, um dessen Finanzierung sie sich besonders bemüht hatten. oder man lädt sie zum Exklusivflug im Prototyp des neuen Bombers ein. Rockwells Bomberbauer sind unbestrittene Meister solcher »Exklusivveranstaltungen«. Für die Auftragserteilung zum Bau des B-1, der ein sechsjähriger Kampf vorausgegangen war, bedankten sie sich auf ihre Art: Sie flogen einen Prototyp nach Washington und karrten den halben Kongreß zum Rollfeld. Dort durften die Parlamentarier dann bewundernd um das Denkmal herumstehen, das sie der Nation bewilligt hatten.

Bereichert wird das Spiel von Pentagon, Industrie und Kongreßmitgliedern gern durch die »Taufpatenvariante«. So mancher Politikername schmückt zum Dank für treue Dienste ein Kasernentor oder gar, wie im Falle des Abgeordneten Carl Vinson, einen Flugzeugträger, für dessen Bau sich Vinson unermüdlich eingesetzt hatte.

Für die Wähler zuhause aber ist es natürlich noch wichtiger, wieviel Geld der nach Washington Entsandte aus dem Verteidigungshaushalt für die Daheimgebliebenen abgezweigt hat. Auch darauf spekuliert die Industrie. Als der Bau des B-1 auf der Kippe stand, eilten Rockwells Abgesandte gleich durch mehrere Bundesstaaten, deren Senatoren oder Abgeordnete in den Verteidigungs- oder Bewilligungsausschlüssen saßen. Sie erzählten den Bürgern, wo Arbeitsplätze verlorengingen, falls das Flugzeug nicht über das Entwicklungsstadium hinauskäme. Den Kongreßabgeordneten John Seiberling aus Ohio besuchten Rockwells Lobbyisten' mit dicken Aktenmappen unterm Arm. Seiberling, der in einem wichtigen Ausschuß saß, wurde vorgerechnet, daß der Bomber soundsoviele Jobs in seinem Staat und in seinem Wahlkreis schaffte. Der derartig unter Druck gesetzte Seiberling wagte, obwohl von der Überflüssigkeit eines neuen bemannten Bombers überzeugt, nicht mehr, das Flugzeug rundweg abzulehnen. Er plädierte für einen Entscheidungsaufschub.

Das Abstimmungsverhalten einer überwiegenden Mehrheit von Politikern läßt sich auf Grund der in ihren Staaten und Wahlkreisen angesiedelten Industrien prognostizieren. Von der Delegation des Staates Virginia, zwei Senatoren und zehn Abgeordneten, kann beispielsweise erwartet werden, daß sie Marine und Rüstungswerften bedingungslos unterstützt. Die Newport News Shipbuilding and Drydock Company, im Besitz des Tenneco-Ölkonzerns, ist das industrielle Juwel des Staates und sorgt für 25.000 Arbeitsplätze. Dort werden die beiden neuen atomgetriebenen Flugzeugträger der Nimitz-Klasse gebaut, obwohl der Wert dieser riesigen Neunzigtausendtonner im Zeitalter zielgenauer Raketen äußerst umstritten ist.

Zwar versuchten andere Kongreßmitglieder, den Bau zu verhindern, doch Virginias Parlamentarier warfen ihr ganzes Gewicht hinter den 6,8 Milliarden-Dollar teuren Auftrag und ergatterten nebenbei auch die Gelder für den Bau von acht atomgetriebenen Jagd-U-Booten in Newport News.

Da der Verteidigungshaushalt zwar riesig, aber dennoch nicht unerschöpflich ist, bleiben harte Auseinandersetzungen zwischen den Parlamentariern um die Prioritäten bei der Bewilligung neuer Waffenprogramme unausweichlich. So wird die Delegation aus dem Binnenstaat Missouri kaum Interesse an einer starken Marine haben, dafür allerdings Wert auf eine gediegene Luftwaffe legen - Flugzeugbauer McDonnell Douglas ist Missouris größtes Unternehmen, und die Kongreßmitglieder des Staates verhalten sich entsprechend. Als es um die Wahl zwischen McDonnell Douglas' F-18 und dem F-14 Jäger der New Yorker Firma Grumman ging, booteten die Politiker aus Missouri ihre New Yorker Kollegen geschickt aus.

Pork-Politics, das Ringen und Kämpfen um eine Portion »Schweinefleisch«, wie diese Art von Politik in den Vereinigten Staaten genannt wird, beherrscht selbst die lächerlichsten Details. Um der heimischen Kohleindustrie ein bißchen Extraprofit zu bescheren, setzte Kongreßmann Paul Trible aus Virginia durch, daß amerikanische Kasernen in der Bundesrepublik mit Kohl aus Virginia geheizt werden müssen. Die Rechnung für Mehrausgaben geht an die Steuerzahler.

Des öfteren und durchaus nicht immer zur Freude des Militärs drängen Kongreßausschüsse dem Pentagon Produkte bestimmter Firmen geradezu auf. Abgeordneter Joseph Addabbo, Vorsitzender des Bewilligungsausschusses, ließ die Ausschreibungsdaten für ein von der Marine gewünschtes Radarsystem so genau festlegen, daß die Seeleute nun gegen ihren Willen auf ein System der Sperry Corporation zurückgreifen müssen. Mehrkosten: irgendwo zwischen 85 und 300 Millionen Dollar. Sperrys Fabriken liegen unweit von Addabbos Wahlkreis. Somit werden auch seine Wähler in den Genuß dieses »Schweinefleisches« kommen. Als Marineminister Lehman eher schüchtern auf die Mehrkosten hinwies, reagierte der mächtige Kongreßabgeordnete Joseph Addabbo kurz angebunden und schrieb zurück, die Marine solle »unverzüglich alle notwendigen Schritte unternehmen«, damit Sperry zu seinem Auftrag komme.

Ein amerikanischer Politiker muß sich sehr genau überlegen, ob er gegen ein Rüstungsvorhaben votieren will. Zuhause, im Wahlkreis, findet sich immer ein Konkurrent, der bei der nächsten Wahl über Radio und Fernsehen verlauten läßt, der Abgeordnete Soundso sei »soft on Communism«. Will der das zurückweisen, muß er den Medienzirkus mitmachen. Und das kostet Geld, viel Geld; für einen Wahlkreis oft weit über eine Million Dollar. Senatskandidaten werfen bis zu zehn Millionen Dollar in die Material- und Medienschlacht, um an dem Spiel mit der Macht teilnehmen zu dürfen.

Was gibt es für die Rüstungsindustrie näherliegendes, als ihr wohlgesonnenen Kandidaten finanziell kräftig unter die Arme zu greifen. Zu diesem Zweck haben Amerikas Firmen sich nach dem Erlaß eines entsprechenden Gesetzes 1976 sogenannte » Politische Aktionskomitees« zugelegt. Diese gehen bei Arbeitern und vor allem bei Managern hausieren. Sie unterstützen politische Kandidaten, von denen bekannt ist, daß sie die Anliegen der Industrie zu ihren eigenen machen werden. Unter so vertrauenserweckenden Namen wie »Fond für eine gute Regierung« verteilen die Politischen Aktionskomitees Spenden bis zu einer Höhe von 5.000 Dollar an ihre Kandidaten. Daneben steht es jedem Manager frei, dem Politiker bis zu 1.000 Dollar zukommen zu lassen. Allein von 1978 bis 1980 gab der Rüstungsgigant General Dynamics auf diese Weise 5 10.000 Dollar aus. Da es mehrere hundert Rüstungsbetriebe in den Vereinigten Staaten gibt und Tausende von Managern und Aktionären, kann ein Politiker viel Geld einnehmen, wenn er auf der richtigen Seite steht. Gilt er den Rüstungsbonzen als »negatives Element« und sitzt er dazu noch in einem wichtigen Ausschuß, wird die Industrie seinen Gegenkandidaten mit einer Flut von Dollars ausstatten.

Die demokratische Abgeordnete Pat Schröder hat Ausschußsitzungen miterlebt, in denen sich die Abgeordneten erst einmal vergewisserten, wieviel Geld sie von den Firmen erhalten hatten, bevor sie sich für einen Flugzeugtyp entschieden.

Stehen das Weiße Haus und der Präsident persönlich hinter einem Waffenprogramm, wird das 'Neinsagen' noch schwieriger. Der Präsident könnte mit dem ganzen Prestige seines Amtes in einen Wahlkampf eingreifen und zumindest während der parteiinternen Vorwahlen einen anderen Kandidaten vorziehen. Der läuft dann herum und erklärt, Präsident Ronald Reagan persönlich habe ihn gesalbt.

Ist es der Industrie, dem Pentagon oder Mitgliedern des Kongresses schließlich gelungen, ein neues Rüstungsprodukt im Haushalt zu verankern, muß der Druck aufrecht erhalten werden, solange die Fertigung läuft. Das gleiche Spiel wiederholt sich Jahr für Jahr, da die Gelder jeweils nur für ein Jahr bewilligt werden. Andernfalls könnte es zum Beispiel geschehen, daß der Kongreß sich entschließt, die ursprünglich einkalkulierten Stückzahlen zu verringern.

Sobald die Produktion angelaufen ist, eröffnen sich den Herstellern goldene Profitaussichten. Die Kostenvoranschläge werden selten eingehalten, ebenso die vereinbarten Lieferfristen. Die Liste der Beschwerden über solche Praktiken ist lang. Richard Kaufman, Mitarbeiter des Gemeinsamen ökonomischen Ausschusses des Kongresses, faßt zusammen: »Überzogene Kosten, der Gebrauch von regierungseigenen Produktionsmitteln für kommerzielle Fertigung, die Vorteile von Vorauszahlungen, das Privileg, die Lieferfristen für Waren nicht einzuhalten, die den ursprünglichen Ausschreibungen nicht mehr entsprechen, finanzielle Rettungs- und Erholungsmaßnahmen für Vertragspartner, denen die Kosten davongelaufen sind.«

Der Ökonom und Rüstungskritiker James Cypher schätzt die durchschnittliche Profitrate der amerikanischen Rüstungsproduzenten auf 56 Prozent des investierten Kapitals. Wie lukrativ die Herstellung von Rüstungsgütern ist, zeigt das Beispiel Chrysler. Im Jahr 1979, als der Konzern um sein Überleben kämpfte, machte Chrysler im zivilen Sektor Verluste. Der Militärsektor aber erwirtschaftete einen Profit von 78 Prozent des eingesetzten Kapitals. Vor allem die Fertigung des umstrittenen Kampfpanzers M-1 verhalf dem Auto- und Rüstungskonzern Chrysler zu dieser Traumzahl.

Der Panzer, seit Mitte der siebziger Jahre in der Entwicklung, wurde 1981 erstmals an die Truppe ausgeliefert. Sein ursprünglicher Preis sollte 560.000 Dollar pro Stück betragen. Mit dieser Preisangabe gelang es Konzern und Militärs, den Kongreß für das Projekt zu gewinnen. Mittlerweile jedoch blättert die amerikanische Regierung für jeden Panzer 2,7 Millionen Dollar hin: ein Anstieg des Endpreises um 380 Prozent. Damit die vom Kongreß für 1981 vorgeschriebenen Haushaltsgrenzen nicht überschritten wurden, hat die Armee sich bereiterklärt, anstatt der vertraglich vereinbarten 569 Panzer nur 309 Panzer entgegenzunehmen - zum gleichen Preis versteht sich. Weil die Bürokratie bei den Kongreßanhörungen die Schwächen des Panzers nicht offenbaren wollte, erhält sie nun ein Gerät, dessen Einsatzfähigkeit durch eine Vielzahl technischer Pannen begrenzt ist.

Amerikanischen Steuerzahlerverbänden gelang es, Armeedokumente über den M-1 zu erhalten, die beweisen, daß die Armee Testdaten fälschte, um den Panzer durch den Kongreß zu schleusen. Nach 6.000 Testkilometern lief nur noch jeder siebte M-1. Die Antriebswellen brachen nach durchschnittlich 60 Kilometern, durch die Luken regnete es herein und das Maschinengewehr auf dem Turm feuerte ab und zu von selbst. Die Ketten hielten nur 1.400 Kilometer. Während eines Testes über 25.000 Kilometer mußte der M- 1 im Schnitt alle 25 Kilometer die Werkstatt aufsuchen (Das einzig Erfreuliche an der Geschichte. Der Red.)

Der für das strategische Marineprogramm zuständige Admiral Hyman Rickover zog bei seiner Abschiedserklärung vor dem Kongreß eine böse Bilanz: »Einige Konzerne sind durch die Kontrolle riesiger Ressourcen zu einem eigenen Regierungszweig geworden ... ohne den in unserem demokratischen System üblichen Kontrollen unterworfen zu sein.« Auf die Frage, wohin der Rüstungseifer führen werde, erwiderte der Admiral: »Zu einem Krieg«.

Krieg ist gut fürs Geschäft. Nur darf er nicht in den Vereinigten Staaten stattfinden.

Konkret 12/82, S. 20

Werner Heine

Entlassen und vergessen

Überall in der Bundesrepublik gründen sich Arbeitslosen-Initiativen. Enttäuscht von Gewerkschaften und Parteien wollen die Menschen, die keiner mehr vertritt, für sich selber kämpfen

Freitags ist immer was los. Kalle, Fernando und Ulli sind da, der Kollege Schmidt vom Betriebsrat und Pater Wilms. Gaetano bringt einen Brief vom Sozialgericht mit, den er nicht versteht. Karin erklärt ihm, was drinsteht und wo er unterschreiben muß. Die kleine Raffaela schenkt Getränke aus.

Die rund dreißig Menschen im Kolpingsaal an der Heddernheimer Landstraße im Norden von Frankfurt haben es eilig. Die meisten von ihnen wollen nach dem Treffen noch mit ihren Kindern nach Offenbach fahren und in der Familienbildungsstätte der evangelischen Kirche an einem Wochenendseminar teilnehmen. Das Thema: »Soll das alles gewesen sein?«

Diese Frage stand auch am Anfang der Treffen, vor fast genau einem Jahr. Damals beschlossen die Vereinigten Deutschen Metallwerke (VDM), die Produktion im Werk Heddernheim einzustellen. Die Arbeiter und ihre Familienangehörigen besetzten eine Woche lang die Werktore, aber aller Protest half nichts. Ein Sozialplan wurde verabschiedet, 1.700 Beschäftigte entlassen.

Für Karin Acri, 36, war das der Start für eine aufreibende Zeit. Ihr Mann Raffaele arbeitete seit zwölf Jahren im Werk. Er ist IG-Metaller, sein Wort gilt etwas bei den Kollegen. Er brachte die rat- und arbeitsuchenden Freunde mit nach Haus. »Schließlich«, erzählt Karin, »war unser Wohnzimmer eine Nebenstelle des Arbeitsamts.« Allen, die sich dort trafen, war klar, daß sie Hilfe organisieren mußten, und das für lange Zeit.

So wurde aus der Hausfrau Karin Acri, einer Mutter von drei Kindern, die Organisatorin der »Initiative Arbeitslosentreff Heddernheim«. Gebraucht wurden zunächst Räume für Begegnung und juristische Beratung. Das Versammlungslokal für die 60 bis 80 Kollegen, die sich von nun an einmal die Woche trafen, stellte die katholische Kirche zur Verfügung. Die erste Bitte um Raum an Walter Wallman , den »Oberbürgermeister aller Frankfurter«, ergab nur einen abschlägigen Bescheid des Liegenschaftsamts. Ein zweiter Appell mit dem Vorschlag, Wallmann möge doch einmal vorbeischauen, beantwortete sein Büro mit der Ankündigung, der OB werde schreiben. »Darauf warten wir heute noch«, sagt Karin Acri.

Beistand für die Initiative kam von Anfang an von der IG Metall, in der ein Großteil der jetzt Arbeitslosen organisiert war und blieb. Der Sozialplan, Ende letzten Jahres verabschiedet, hatte den VDM-Arbeitern nennenswerte Abfindungen gebracht. Dann führte eine Gesetzesänderung zum Jahreswechsel dazu, daß den Kollegen, die älter als 55 Jahre waren, das Arbeitslosengeld bis zu einem halben Jahr gesperrt wurde und daß sie ihre Krankenversicherung selbst zahlen mußten. Dadurch wären die Abfindungen kassiert gewesen, wenn die Initiative nicht gemeinsam mit der IG Metall öffentlich, und juristisch Widerspruch eingelegt hätte. Die Bundesanstalt für Arbeit erließ daraufhin neue Richtlinien, und rund 400 Betroffene im Raum Frankfurt bekamen ihr Geld zurück.

»Ein großer Erfolg«, meint Karin, jedenfalls der spektakulärste, und ein Schritt, der die viele tägliche Kleinarbeit erträglicher macht. Da müssen Behördenbriefe übersetzt werden - dreiviertel der Initiativler sind Ausländer -, da muß Hilfestellung bei Anträgen ans Arbeitsamt oder die Sozialämter geleistet werden, da müssen Flugblätter entworfen und verteilt werden, und da muß auch Zeit sein für ein intensives Gespräch mit Kollegen, die verzweifelt den Kopf hängen lassen.

Wir haben schon deshalb die Kirchen um Unterstützung gebeten, weil wir ja auch Seelsorge machen«, sagt Karin. Dank der Hilfe der katholischen Kirche ist jetzt ein Ziel in Sicht. Die Caritas wird der Initiative ein' kleines Haus auf dem Grundstück an der Heddernheimer Landstraße vermieten - zu einem »Nutzungsbetrag« von 270,06 Mark. Er wird, wie die laufenden Kosten bisher, wieder von den Kirchen und der IG Metall gespendet werden. Sobald das Häuschen renoviert ist, kann die Initiative neue Projekte anlaufen lassen: die Ausbildung von jungen Arbeitslosen durch die arbeitslos gewordenen Meister in ihren Reihen und Deutschkurse für die ausländischen Kollegen.

Außer der vielen Arbeit steht davor aber noch eine Unterwerfungserklärung, die an diesem Freitagnachmittag diskutiert wird. Die Initiative soll unterschreiben, daß in den Caritas-Räumen weder links- noch rechtsradikale Politik gemacht werden darf. Kollege Schmidt vom noch bestehenden VDM-Betriebsrat sieht darin kein Problem. Die Gewerkschaft, der alle hier angehören, habe schließlich auch Zusammenarbeitsverbote erlassen. Sein Nachbar fragt: »Was ist aber, wenn die uns hier mal raushaben wollen? Die brauchen nur mal zu kommen. Einen, der auf die Kapitalisten schimpft, werden sie immer finden. Ist das dann linksradikal?«

Raffaele trifft die Meinung der meisten Anwesenden: »Gemeint ist doch nur die Politik der ganzen Gruppe. Wenn sich hier irgendeine Partei breit macht, dann bin ich sowieso nicht mehr dabei.« Alle denken noch an die Podiumsdiskussion über

Arbeitslosigkeit, zu der sie Lokalpolitiker eingeladen hatten: »Das hat nur Selbstdarstellungen gegeben. Für unsere Sache hat das nichts gebracht.«

Sie einigen sich schließlich. Das fünfköpfige gewählte Komitee, dem auch Karin und Raffaele angehören, wird den Caritas-Direktor aufsuchen und sich vorstellen und einen Kompromiß finden, der nicht diskriminierend ist. Daß ihnen Mißtrauen entgegenschlägt, gehört inzwischen zu den Erfahrungen, mit denen die initiativler leben gelernt haben. »Wie oft sind wir schon als Kommunisten beschimpft worden«, klagt Karin, »ewig die Frage, warum machst du das, das machst du doch nicht nur so, da muß doch eine Partei hinterstecken.«

Da ist aber keine Partei. Vielmehr entsteht nicht nur in Heddernheim entsprechend der neuen politischen Kultur so etwas wie eine Bewegung - ganz ohne Satzung und Mitgliedsbuch, aber mit viel Kampfbereitschaft. Norbert Möller-Lücking von der Abteilung Arbeitsmarktpolitik beim DGB in Düsseldorf kann derzeit 55 Adressen von Arbeitslosen-Treffs, -Zentren oder -Initiativen in fast allen größeren Städten des Bundesgebiets nennen. Er weiß, daß es bedeutend mehr sind, die Schätzungen liegen bei 300. Ein DGB-Institut erforscht gerade die genaue Zahl.

Nur ein Teil dieser Initiativen wird von den Gewerkschaften unterstützt, so in München, Frankfurt, Hannover oder Rosenheim oder Bielefeld. Ein anderer Teil arbeitet mit Hilfe der Kirchen, besonders der evangelischen. Der »Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt« der EKD verfügt über einen »Fachausschuß Arbeitslosigkeit«, bei den Industrie-Pfarrämtern im Ruhrgebiet sind eine Reihe von Treffs beheimatet. Ein weiterer, kleiner Teil bezieht seine Referenten für die Bildungsarbeit von den Sozialausschüssen der Christdemokraten. Aber der Rest der Initiativen nennt sich unabhängig oder autonom, und dafür ist ihm das Mißtrauen der klassischen Organisationen für die Betreuung der Armen und der Schwachen sicher.

Das ist der Punkt, wo sich das Selbstverständnis der Arbeitslosen-Arbeit scheidet. Janni Hentrich kümmert sich von morgens bis abends um Arbeitslose in Bremen-West. Aber das Wort »Betreuung« käme der Sozialpädagogin nie über die Lippen. Jannis Arbeitgeber ist ein gemeinnütziger Verein, der vor sechs Jahren von der »Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürger« (AGAB) in Bremen gegründet wurde. Die 48 Gründungsmitglieder hatten sich auf einem Seminar mit dem Thema »Arbeitslos - bin ich selber schuld?« kennengelernt. Das war zu der Zeit, als viele Gewerkschafter noch glaubten, daß Arbeitslosigkeit ein schwerer, aber vorübergehender Betriebsunfall sei, den die Freunde in Bonn durch kräftige Wachstumspolitik beheben würden.

Die AGAB richtete sich dagegen auf eine langfristige Tätigkeit ein, warb bei Politikern und Behörden um Unterstützung für ein Arbeitslosenzentrum und hatte schließlich nach vier Jahren Kampf und - nachgerechnet - 2.000 Stunden Klinkenputzen Erfolg. Der Bremer Senat zahlte die Miete für das Zentrum, übernahm die Kosten für Telefon und Porto und befürwortete den Antrag auf zwei hauptamtliche Sozialarbeiter, die als ABM (»Arbeitsbeschaffungsmaßnahme«)-Kräfte vom Arbeitsamt bezahlt werden sollten.

Doch da verweigerte der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamts seine Zustimmung - mit den Stimmen der DGB-Vertreter. Begründung: Es mangele an öffentlichem Interesse, Bremen habe bereits ein besonders enges Netz sozialer Dienste. Bremens DGB-Kreisvorsitzender Erwin Schmidt erklärte zutreffender im Rundfunk, man brauche keine Ersatz-Gewerkschaft.

Die AGAB zog vor das Sozialgericht und bekam im August vergangenen Jahres im Urteil bescheinigt, daß sie »in vielfältiger Form und bei hohem Engagement zahllose Hilfeleistungen« erbracht habe und daß ihre Arbeit sehr wohl im öffentlichen Interesse liege. Janni, die schon zwei Jahre dabei war, wurde nun auch angestellt.

Das Zentrum hat jetzt tägliche Sprechstunden und rund 6.000 Beratungen in diesem Jahr geleistet. Außerhalb der Öffnungszeiten finden Kurse und Treffs statt, Schulungsabende über das Sozialhilfegesetz oder Seminare über Selbsthilfe in der Gruppe. Neuerdings kommen auch Schulklassen, wenn im Unterricht das Thema Arbeitslosigkeit behandelt wird.

Nur mit dem DGB in Bremen ist noch immer schlecht auskommen. Wenn die Gewerkschaft eine Kundgebung gegen die Verschärfung der Lage bei den Arbeitslosen macht, dann wird die AGAB dazu nicht eingeladen. Dafür kritisiert die AGAB am DGB die »bloße Reduktion auf Sozialpolitik«, wenn es um Arbeitslose geht. Oder es wird öffentlich gefragt, ob nicht besser »eine andersartige Vernetzung der Initiativen« organisiert werden solle - ein rotes Tuch für den DGB, dessen Vorläufer, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, schon 1923 »mit aller Entschiedenheit« eine »besondere Organisation oder Vertretung der Erwerbslosen abseits der Gewerkschaften« ablehnte.

Mit finanzieller Unterstützung des DGB soll jetzt Anfang Dezember in Frankfurt der erste Bundeskongreß der Arbeitsloseninitiativen stattfinden, auf dem Kirchen, Gewerkschaften und unabhängige Gruppen ihr Verhältnis zueinander klären wollen. Zu überregionalen Konferenzen kamen bisher nur ausgesuchte Delegierte. Der Kongreß wird dagegen für alle Arbeitslosen offen sein.

»Da sollen viele Chaoten kommen«, hat Heinz-Jürgen Christian, stellvertretender Vorsitzender der »Interessenvertretung der Arbeitslosen e.V.« (IDA) gehört. Er scheint nicht zu wissen, wie sein Verein, der vor einem halben Jahr in Dortmund

gegründet und der Presse vorgestellt wurde, von den Initiativen beurteilt wird, die die »Satzung« der IDA in die Hand bekommen haben. Danach muß das Vereinsmitglied »unbescholten« sein und bleiben. Denn »unehrenhaftes Verhalten« führt zum Ausschluß. Der Vorstand kann die Aufnahme ohne Angabe von Gründen verweigern. Die Mitgliederversammlung tagt einmal im Jahr nach schriftlicher Einladung mit Angabe der Tagesordnung. In die Delegiertenversammlung oder den Vorstand kann nur gewählt werden, wer zwei Jahre dabei ist. Der Vorstand amtiert vier Jahre und verleiht für besondere Verdienste »die Vereinsehrung« oder »die Eigenschaft als Ehrenmitglied«. Die Regeln eines Golfclubs sind auch nicht patriarchalischer.

Bei der AGAB und beim DGB wird hinter diesen Statuten eine reaktionäre, möglicherweise mit finanziellen Interessen angetretene Gruppe vermutet. Selbst der »Bild«-Zeitung war diese Satzung nicht koscher. Sie berichtete nicht über die Gründung, »weil sie kapitalistische Zwecke der Vorstandsmitglieder vermutet«, klagt Vorsitzender Heinz-Jürgen Christian.

Dann berichtet er, wie es zu diesem Verein kam. Er war bis vor zwei Jahren als Kfz-Meister Schadenssachverständiger bei Versicherungen und freien vereidigten Schätzern und verdiente etwa 5.000 Mark im Monat. Dann gingen die Geschäfte zurück, er wurde arbeitslos. Zu Anfang hat er noch Bewerbungen geschrieben, mindestens 100, bis ihm der Direktor des Arbeitsamts den Rat gab, das einzustellen. Er verschlechtere damit seinen Marktwert in der Branche. In letzter Zeit gebe es ohnehin fast nur Scheinangebote in den Anzeigenspalten. Die Betriebe testeten den Markt oder wollten nur'die Konkurrenz täuschen.

Im Herbst letzten Jahres lud ihn das Arbeitsamt zu einem Fortbildungskurs »für das mittlere Management«. Da saß er mit zwanzig Leuten mit ähnlichen Schicksalen in der Klasse. Die Dozenten hatten keine Ahnung, das Publikum war zu bunt gemischt, fünf Alkoholiker verschwanden lieber gleich morgens gegenüber in der Kneipe. Da beschloß ein harter Kern: Den Unterricht nehmen wir selbst in die Hand. Um die Krise zu begreifen, fuhren sie nach Düsseldorf und befragten Profis von der Börse. Dann klapperten sie die Arbeitsloseninitiativen im Umkreis ab und fanden: Die waren meistens politisch orientiert, finanziell abhängig und hatten keine eigene Öffentlichkeitsarbeit. Ihnen schwebte eine überparteiliche, unabhängige Vereinigung vor, und da gründeten sie eben eine eigene, und die gleich als Bundesverband.

Seither, so stellen Christian und sein 1. Vorsitzender Heinz Jürgens fest, geht es schleppend voran. Der Verein hat bisher 250 Mitglieder, die einen Monatsbeitrag von vier Mark zahlen. Das deckt nicht einmal die Kosten für Flugblätter, Porto und Telefon. Die Vorstandsmitglieder setzen zu. Die staatliche Unterstützung ist bisher »gleich null«. Der Verein darf keine abzugsfähigen Spendenquittungen ausstellen. So bleibt das Geld von Leuten aus, zu denen sie früher Kontakt haben.

Bei den Bonner Parteien sind sie zwar vorstellig geworden, aber das brachte nur 250 Mark von der FDP in die Vereinskasse. Der Gelsenkirchener SPD-Oberbürgermeister Kuhlmann will keine Räume zur Verfügung stellen, weil seine Stadt solche Vereine nicht brauche. Er soll sogar in diesem Zusammenhang das Wort »Hanseln« fallengelassen haben. Die schon verabredete Anmietung einer alten Schule in Essen hat sich wieder zerschlagen. Dort sollten arbeitslose Mitglieder Spielzeug bemalen und verkaufen, um damit die Miete finanzieren zu können. Das Dortmunder Arbeitsamt hat bereits zwei ABM-Stellen zugesagt, wenn für diese hauptberuflichen Helfer erst die Räume da sind. Aber die Verhandlungen mit der Stadt ziehen sich noch hin. So tagt der Verein jetzt in Gaststätten. Aber »die sind das Schlimmste für Arbeitslose«, da kommt kein Gespräch zustande. Oft sagen die Wirte kurzfristig ab. Arbeitslose sind nicht sehr beliebt.

Heinz Jürgens hat erfahren, wie Arbeitslosigkeit das soziale Umfeld verändert: »Der Bekanntenkreis wird ein anderer. Alte Freunde melden sich nicht mehr, weil man nicht mehr mitziehen kann. Viele haben einfach Berührungsangst.«

Die Vereinsmitglieder haben fast alle eine abgeschlossene Berufsausbildung, viele haben Abitur, ein Viertel sind Handwerker. Da trifft der Fall ins soziale Netz besonders hart. Letzte Woche war eine Frau zur Beratung da, die weinte, weil sie ein Sachbearbeiter vom Arbeitsamt rüde zum Sozialamt abschieben wollte. In solchen Fällen greift Jürgens zum Telefon und regelt das Problem mit der Amtsleitung, zu der »ein phantastisches Verhältnis« besteht.

Noch redet man da von gleich zu gleich - Jürgens war bis zu seiner Arbeitslosigkeit Vertriebsleiter. Noch gibt es hochfliegende Pläne. Eine Druckerei soll gegründet werden, eine Marktlücke scheint schon gefunden, natürlich soll niemandem damit die Arbeit weggenommen werden. Die Aufsteiger mit dem Karriere-Knick in den besten Jahren tragen immer noch den Glauben zur Schau, daß Arbeitslosigkeit mit Energie und Einsatz zu beheben ist.

Nur manchmal kommt die Angst. »Wenn sich nichts ändert, bin ich in ein paar Jahren selber ein Sozialfall«, sagt Christian. Er hat schon mal versucht, einen Job unterhalb seiner Qualifikation zu bekommen. Aber das klappt auch nicht: »Da wird einem gesagt: Bei dieser Stelle sind Sie nicht ausgefüllt. Wir wollen keine Unzufriedenen im Betrieb.« Christian ist sicherlich kein Linker. Bis zum Nachrüstungsbeschluß war er Mitglied der SPD. Aber jetzt meint er, man müsse schon ein paar Dinge ändern, vielleicht sogar was am System.

Der DGB befürchtet die Zunahme antigewerkschaftlicher, reaktionärer Strömungen bei den Arbeitslosen und setzt mehr denn je auf staatliche Vollbeschäftigungspolitik. Aber da wird sich nichts ändern. Auch gewerkschaftsnahe

Forschungsinstitute sagen ein andauerndes Fortbestehen der Arbeitslosigkeit voraus. Um eine Radikalisierung der Arbeitslosen aufzufangen, wird der DGB also eine mehr kämpferische Politik machen müssen. Einschneidende Verschlechterungen für Dauerarbeitslose, die noch von der sozialliberalen Koalition eingeleitet wurden, hat der DGB ohne großen Widerstand passieren lassen. Jetzt, in der konjunkturellen Krise, geraten immer mehr Menschen immer schneller in die Dauerarbeitslosigkeit und von da in dauerhafte Armut. Heute trifft das bereits fast jeden vierten Arbeitslosen.

Uwe H. in Bremen ist 23 Jahre alt. Nach der Hauptschule machte er eine Kellnerlehre, aber dann vermasselte er die Prüfung. Er hatte noch zwei Jobs in Restaurants, bei einem Job prügelte ihn der Chef raus. Seit Anfang 1981 lebt Uwe von der Sozialhilfe. Nach dem Sozialhilfegesetz sollen für Hilfesuchende, die keine Arbeit finden können, nach Möglichkeit Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden. Arbeitshilfe wird das genannt. Das soll gemeinnützige Arbeit sein, und sie muß »zusätzlich« sein. Aber das nimmt schon lange niemand mehr ernst.

In Bremen wie auch andernorts werden Sozialhilfe-Empfänger im öffentlichen Dienst beschäftigt, wo die Planstellen aus Kostenersparnis nicht mehr besetzt werden. Uwe pflegte zunächst bei einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft die Grünanlagen. Dann kam er in eine Krankenhauswäscherei, wo er am Band arbeiten mußte. Es gab ständig Krach mit den dort fest Beschäftigten, weil die ihr Geld im Akkord verdienten und Uwe ihnen nicht schnell genug war. Für die Arbeit bekam er eine Mark die Stunde. Denn ein Empfänger von Sozialhilfe hat nur Anspruch auf eine Entschädigung für Mehraufwendungen«, auch »Prämie« genannt. Der Ausdruck trifft es besser, denn die »Prämie« ist ein Disziplinierungsmittel. Wer unpünktlich oder unsauber ist, wer Alkohol am Arbeitsplatz trinkt oder häufiger fehlt, bekommt noch weniger als eine Mark in der Stunde. Die Arbeit in der »Hilfe« ist so frei wie die Entscheidung, nicht zu verhungern. Wer das »Angebot« nicht annimmt, verliert den Anspruch auf Sozialhilfe. Uwes Freund Hacky hatte letzte Woche nur 28 Mark, weil das Sozialamt seine Krankschreibung nicht anerkannte.

Die Leute in der Arbeitshilfe haben keine Rechte aus dem Betriebsverfassungsgesetz, und sie erwerben keinen Rentenanspruch. Sie werden allerdings nicht mehr von der Polizei zur Arbeit geholt wie früher. Das ist seit einem Urteil von 1967 verfassungswidrig.

In Bremen gibt es 700 Arbeitshilfe-Stellen. Bei der großen Fluktuation kommen jährlich bis zu 5.000 Menschen damit in Berührung. Neuerdings trifft die Hilfe, die mal als erzieherische Maßnahme für »Arbeitsentwöhnte« (vormals: »Arbeitsscheue«) gedacht war, auch die gerade erst arbeitslos Gewordenen. Denn die Auszahlung des ersten Arbeitslosengeldes läßt oft drei Monate auf sich warten, und das Arbeitsamt schickt mittellose Antragsteller zur Überbrückung ans Sozialamt.

Uwe arbeitet jetzt mit zehn Schicksalsgenosen auf einem Friedhof. Der Chef geht rum und sagt: »Euch geht's doch gut, Leute, ihr habt genug Geld.« immerhin, den Regelsatz von 340 Mark im Monat kann Uwe so um 90 Mark aufstocken.

Den Scheck holt er sich immer donnerstags vom Sozialamt ab. Da sitzt er bis zu zwei Stunden nach der Arbeit und wartet auf den Lautsprecher-Aufruf. Ein Gespräch mit dem Sachbearbeiter kommt nicht zustande.

Die Miete für die kleine Wohnung zahlt das Sozialamt, aber es kommt vor, daß die Überweisung nicht pünktlich beim Hauswirt eingeht. Der beschwert sich dann bei Uwe, und der hört dann auf dem Amt, es gehe ihn nichts an, wann die Miete überwiesen werde. Einmal hat Uwe beim Sozialamt Schuhe beantragt. Da hat er einen Kostenübernahme-Schein bekommen und ist damit zu Horten einkaufen gegangen. So wie die ihn da »bedient« haben, macht er das nie wieder. Obwohl er weiß, daß das genau die Absicht war. Anfangs, als er sich noch nicht gut auskannte, hat er mal dem Sachbearbeiter erzählt, er sei gut dran, seine Freundin wohne bei ihm. Da gab es gleich einen Abzug von der Hilfe, und die Freundin mußte wieder ausziehen.

Uwe ist in keiner Weise typisch für die Leute in der Arbeitshilfe. Er hat noch einen Freundeskreis, er besucht einen Kurs bei der AGAB, er trinkt nicht, und er glaubt noch, daß sein Antrag auf Umschulung zum Floristen nächstes Jahr durchkommt.

Die Kollegen vom Friedhof saufen, und in der Straßenbahn setzen sie sich auf dem Nachhauseweg in verschiedene Ecken. Sie haben Angst, daß man sie in der Menge erkennt.

Kontaktanschrift:

Arbeitslosen Kongreß-Büro

Mainzer Landstraße 124

6000 Frankfurt 1

Telefon 0611/73 56 39 und 7 30 63 00

Spendenkonto:

Arbeitslosen Kongreß, c/o Daute Pharao

Nassauische Sparkasse

BLZ 510 500 15

Konto 141043 145

—

Konkret 12/82, S. 26

Rolf Uesseler, Jürgen Saupe

Stille Macht – heilige Macht

Das Kapital des Vatikan – Milliarden von Dollar in Geld, Gold, Aktien und Immobilien – arbeitet weltweit

In den frühen Morgenstunden des 18. Juni 1982 entdeckt ein Redaktionsbote der Londoner Tageszeitung »Daily Express« einen Toten. Als er, auf dem Weg zur Arbeit, an der »Blackfriars Bridge« über die Themse vorbeikommt, sieht er eine Leiche an den Brücken-Verstrebungen baumeln. Der Mann, der da hängt, den Kopf in einer Schlinge, die Beine vom schmutzigen Wasser der Themse umspült, trägt einen dunklen Anzug aus feinem Tuch.

Als die Polizei die Leiche abschneidet, findet sie in den Anzugtaschen fast 20 Pfund Steine, viel Geld - rund 40.000 Mark in verschiedenen Währungen - und einen Paß auf den Namen Gian Roberto Calvini.

Der Paß ist falsch. Der Mann unter der Brücke hieß zu Lebzeiten Roberto Calvi, war 62 Jahre alt, wohnte in Mailand und war der Präsident der größten italienischen Privatbank, der Banco Ambrosiano. Dieses Geldinstitut mit einem Milliarden-Dollar-Umsatz in 15 Ländern der Erde war eine Säule der italienischen Wirtschaft: Banco Ambrosiano kontrollierte das größte Verlagshaus Italiens, Rizzoli, in dem der »Corriere della Sera«, Italiens einflußreichste Tageszeitung, erscheint; Banco Ambrosiano kontrollierte die Versicherungsgruppe Toro, eine der größten Italiens, und zahlreiche Regional-Banken im Land.

Unter den Aktionären von Banco Ambrosiano - nach deren Satzung niemand mehr als fünf Prozent der Aktien gleichzeitig halten darf - befindet sich mit einem bescheiden scheinenden Anteil von 1,589 Prozent auch ein anderes Bank-Institut: IOR. Die Abkürzung steht für Istituto per le Opere di Religione - das ist die Bank des Vatikan.

So wird Freitag, der 18. Juni 1982, als im fernen London unter der »Brücke der schwarzen Brüder« der tote Roberto Calvi mit dem Kopf in der Schlinge gefunden wird, zum »schwarzen Freitag« für die schwarzen Brüder in Rom.

Denn genau eine Woche, bevor er tot gefunden wurde, war Roberto Calvi noch einmal in Rom gewesen. Dort hatte er unter anderem den Präsidenten von IOR aufgesucht: Erzbischof Paul Casimir Marcinkus, Amerikaner litauischer Abstammung, 53 Jahre alt, 1,90 Meter lang und gleichzeitig Leibwächter des Papstes und so etwas wie der »Oberbürgermeister« der Vatikanstadt. Calvis Besuch war der letzte verzweifelte Versuch gewesen, bei dem Vatikan-Bankier eine Finanz-Spritze von 200 Millionen Dollar locker zu machen.

Der Grund für den dringenden Kredit-Bedarf: Banco Ambrosiano hatte direkt und über ein Netz von Tochtergesellschaften in Luxemburg, Nassau auf den Bahamas und Lima in Peru über zwei Milliarden Dollar Kredite auf dem Eurodollar-Markt aufgenommen. Calvi verwendete sie vielfältig: Zum Kauf von Aktien der eigenen Bank durch Tochtergesellschaften und Briefkasten-Firmen ebenso wie zur Finanzierung von Waffengeschäften für südamerikanische Staaten - die argentinischen Waffen im Falkland-Krieg wurden so bezahlt - und zum Erwerb von Beteiligungen an Industrie-Unternehmen nicht nur in Italien.

Allein die Luxemburger Tochter, die Banco Ambrosiano Holding S.A., pumpte sich bei 250 im Eurodollar-Markt tätigen Banken Geld. Unter den Kreditgebern: die Landesbank Stuttgart International, die Badische Kommunale Landesbank International, die Landesbank Rheinland-Pfalz und Saar International, die Hanse Bank und die Norddeutsche Landesbank Luxemburg mit je fünf Millionen Dollar. Als die Luxemburger Ambrosiano-Tochter mit Zins-Zahlungen in Verzug geriet, zog die britische Midland Bank die Notbremse. Sie erklärte den Kredit für fällig, die anderen Banken zogen sofort nach, und die Luxemburger Ambrosiano Holding war über Nacht zahlungsunfähig. Um das schlingernde Schiff wieder auf Kurs zu bekommen, brauchte Calvi sofort Geld. Deshalb war er in Rom.

Der Grund, warum Calvi zu Marcinkus ging, ist leicht erraten: Sie waren Geschäftspartner. Schwieriger ist es, die verschlungenen und geheimen Geschäftsbeziehungen zwischen Roberto Calvi und seiner Banco Ambrosiano einerseits und der Vatikan-Bank IOR mit Präsident Paul Marcinkus, dem Erzbischof aus Rom, andererseits nachzuzeichnen.

Die Hausbank des Papstes besaß nicht nur 794.390 Aktien der Banco Ambrosiano, das sind 1,589 Prozent des Kapitals, das einen Börsenwert von - umgerechnet - fünf Milliarden Mark hatte. Sie hielt auch acht Prozent an der Banco Ambrosiano Overseas auf den Bahamas, vier Prozent an der gerade kollabierenden Banco Ambrosiano Holding in Luxemburg und über diese Beteiligungen an der Gotthard Bank in Lugano (Schweiz), an der peruanischen Banco Ambrosiano Andino und an der Ambrosiano Gruppe, Banco Commercial in Managua, der Hauptstadt von Nicaragua. Und im Aufsichtsrat der Ambrosiano-Töchter: Erzbischof Paul C. Marcinkus.

Der verstand diesen Job keinesfalls nur als, Posten eines Frühstücksdirektors. Der fromme Mann machte Dollar. Er stattete Calvi mit Empfehlungsschreiben der IOR aus - die Vatikan-Bank gilt (galt) weltweit als erste Adresse - und war daher für

Calvi soviel wie Bargeld. Und das war dieser umgekehrt für die IOR. Denn das vom Personal-Aufwand kleine Bank-Institut hinter dem Vatikan, versteckt im Turm Sixtus V., hat zwar nur zwölf Bankbeamte, darunter vier Geistliche, aber kassiert wie eine Großbank. 1981 kamen allein von der Banco Ambrosiano 20 Millionen Dollar an Zinsen und Gebühren bei IOR an. Diese Information stammt von einem Insider: Michele Sindona, der vor Roberto Calvi in Italien »Bankier des Papstes« genannt wurde. Inzwischen aber sitzt er in einem New Yorker Gefängnis 25 Jahre ab, weil er Jahre vor Calvi, aber wie dieser, eine Bank ruiniert hat: die New Yorker Franklin National Bank.

Auch bei diesem Bank-Zusammenbruch war IOR dabei, und schon damals hieß ihr Präsident Paul C. Marcinkus. Bei dem New Yorker Banken-Krach, der Sindona schließlich 1980 in den Knast brachte, behaupteten Vatikan-Kreise wehleidig, man habe viel Geld verloren. Sindona, der nicht nur auf Wunsch von Papst Paul VI. für den Vatikan als Finanzier tätig wurde, sondern auch mit seinem Wissen der Mafia diente, konterte: »Der Vatikan hat keinen Dollar bei Geschäften mit mir verloren. Marcinkus hat vielmehr 200 Millionen Dollar mit mir gemacht.«

Bei Zahlen ist Sindona korrekt, bei Namen nicht immer vollständig. Wenn er Marcinkus sagt, dann meint er eigentlich IOR, aber vielleicht doch nicht ganz. 1979 hat Giorgio Ambrosoli, der das zusammengebrochene Finanz-Imperium Sindonas in Italien als Rechtsanwalt untersuchen sollte, öffentlich erklärt: »Sindona hat 6,5 Millionen Dollar an einen amerikanischen Bischof und an einen Mailänder Bankier als Kommission bezahlt.« Gemeint waren: Marcinkus und Calvi. Eingeschaltet in den Fall wurde auch der Mailänder Staatsanwalt Emilio Alessandrini. Aufklären läßt sich die 6,5-Millionen-Dollar-Kommission nicht mehr richtig: Ambrosoli wurde von bezahlten Killern getötet, Alessandrini angeblich von der linken Gruppierung »Prima Linea« erschossen, Calvi erhängt aufgefunden. Sindona sagt dazu, er habe das Geld zwar bezahlt, aber nur an die Frau von Calvi. Marcinkus habe er kein Geld gegeben. Und Marcinkus schweigt.

Erzbischof Paul Casimir Marcinkus, seit 1969 Präsident der Vatikan-Bank, folgt damit einer Taktik, die der Heilige Stuhl seit Jahrhunderten verfolgt, wenn es um seine Finanzen geht: Schweigen! Die katholische Kirche handelt nach dem Motto, das ein Kardinal so formulierte: »Die Gutwilligen glauben uns ohnedies, und die Böswilligen glauben uns auch nicht, wenn wir Zahlen nennen.«

Jeder Versuch, die Finanzen des Vatikan offenzulegen, ist deshalb ein Puzzle-Spiel. Offizielle Daten sind rar. Daneben gibt es halboffizielle Statistiken, Konkurse, Bank-Zusammenbrüche wie die Ambrosiano und Prozeß-Akten, aus denen sich ein Bild über die Kassen des Papstes gewinnen läßt. Das Schweigen des Vatikan in Finanzdingen nach der Melodie »Stille Macht, heilige Macht« setzt diese letzte absolute Monarchie der Welt natürlich auch der Gefahr aus, falsch beschrieben zu werden.

In Glaubensdingen ist der Papst unfehlbar. Das ist in der römisch-katholischen Kirche ein Dogma. Da es aber bei Bilanzen nicht um Glauben, sondern um Wissen geht, war manches an den vatikanischen Geldgeschäften fehlerhaft. Deshalb gibt der Vatikan seit Jahren steigende Defizite seiner Haushalte bekannt. 1981: 62 Millionen Mark; 1982: 72 Millionen Mark. Und trotzdem ging der Vatikan nicht pleite. Ein Wunder?

Als Karoli Wojtyla gerade Papst Johannes Paul II. geworden war, erklärte er öffentlich: »Es gibt, wie in der Antike, immer noch Mythen, und einer davon ist, daß die Kirche reich ist. Doch der Vatikan ist arm, seine Kassen sind leer.«

Solche Sätze nennt man weder Schwindel, noch Lüge, sondern eine vatikanische Wahrheit. Denn sie basieren auf geheimem Wissen und sprachlicher Irreführung. Die Kirche und der Vatikan sind nicht dasselbe und leere Kassen bedeuten längst noch keine Armut.

Kardinal John Krol, der Erzbischof von Philadelphia in den USA, einer der reichsten Diözesen der Welt, gehört zusammen mit dem Kölner Erzbischof Josef Kardinal Höffner, einem studierten Volkswirt, zu einer Kommission von 15 Kardinälen, die der polnische Papst Wojtyla eingesetzt hat, um die »polnische Wirtschaft« im Vatikan zu überprüfen. Krol kommentierte 1981, als die Kommission erstmals tagte, das Haushaltsdefizit von 1981 so: »Die 62 Millionen Defizit beunruhigen mich nicht. Wie in der Vergangenheit reicht es aus, wenn die lokalen Kirchen in aller Welt dem Papst mit ein paar Spenden unter die Arme greifen, - und schon ist alles in Ordnung. Das wahre Problem ist ein anderes: Auch der Vatikan muß endlich seine Finanzen offenlegen und jedem Einblick verschaffen.«

. In seiner Diözese tut der US-Kardinal das. Sie veröffentlicht Jahr für Jahr in den Zeitungen ihren Haushalt - wie eine Aktiengesellschaft.

Der Vatikan macht es nicht, und das liegt an der Geschichte dieses letzten Kirchenstaates der Erde. Und an den Konsequenzen, die die Organisation Kirche aus ihrer Geschichte gezogen hat. Die katholische Kirche ist nicht nur eine Religionsgemeinschaft von etwa 750 Millionen Menschen in aller Welt. Sie ist in ihrem Verständnis auch ein souveräner Staat. Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli, nach dem Papst der zweite Mann in der Vatikan-Hierarchie, drückt das so aus: »Wozu die Hierarchie, der Verwaltungsstaat, die diplomatischen Vertretungen? Sollten wir im Bettlerkleid hinausgehen unter die Menschen wie der Heilige Franziskus? Wir alle möchten glauben, daß der Glaube allein genügt, um

den Glauben zu erhalten und zu verbreiten. Die Realität aber lehrt uns, daß der Glaube ohne die Bindung an eine starke und respektierte Kirche und deren Organe verkümmert.« - Heilige Macht!

Für diese Macht tut die Kirche manches. Einem Untersuchungsausschuß des italienischen Parlaments in der Ambrosiano-Calvi-Affäre liegen Tonbänder vor, in denen Calvi seinem Kompagnon Marcinkus droht, er werde die heimlichen, illegalen Transfers von etwa 40 Millionen Dollar an die polnische Gewerkschaft »Solidarität« publik machen, wenn ihm Marcinkus nicht helfe. Marcinkus half nicht, und dennoch fehlt bis heute jeder Beweis, wie das Geld geflossen ist. Es bleibt nur Calvis Wort auf einem Tonband - und Calvi ist tot. Der Vatikan denkt und handelt in Dimensionen, die langfristiger sind und sich nicht an Legislaturperioden oder Regierungssystemen messen lassen. Dafür ein Beispiel aus der Vergangenheit, das noch nachhaltig die Gegenwart beeinflußt.

Die römischen Brüder Pacelli, der eine - Francesco - Advokat, der andere - Eugenio - Kardinal, schlossen zwei wichtige Abkommen für Papst Pius XI. ab: 1929 die »Lateranverträge« mit dem faschistischen Italien Mussolinis und 1933 das Konkordat mit dem faschistischen Deutschland Hitlers. Was wie ein Kniefall vor den Diktaturen aussah, sollte sich weitblickend gesehen als Sieg herausstellen. Von Mussolini erhielt der Vatikan Milliarden, die den Grundstock zu seinem Finanzimperium legten, und außerdem die Erziehungshoheit in Italien; von Hitler, neben anderem, die »Kirchensteuer«.

Und als die »tausendjährigen Reiche« längst zusammengebrochen waren, Eugenio Pacelli inzwischen Papst Pius XII. hieß, und die christdemokratischen Parteien in beiden Ländern Führungspositionen einnahmen, wurden die beiden Konkordate sowohl Teil der italienischen Verfassung wie des Bonner Grundgesetzes. Die Stellung der Papstkirche war finanziell und politisch stark wie nie zuvor.

Die Milliarden und Abermilliarden, die Deutsche seit jenen Tagen durch das Kirchensteuerabzugsverfahren in die Kassen der katholischen Kirche und damit des Vatikans gepumpt haben, tragen mit dazu bei, daß der Kirchenstaat Mitinhaber der größten Banken der Welt ist (von der »Morgan«- bis zur »Chase Manhattan« Bank, verflochten mit Rothschild, Miteigentümer von General Motors, Shell und Gulf Oil, General Electric, Bethlehem Steels, der Fluggesellschaft TWA und einiger der wichtigsten bundesdeutschen Firmen (von Siemens über Bayer bis Veba) - um nur einige zu nennen. In seinem Wolkenkratzer in Montreal beherbergt er die Börse, und in seinen Händen befinden sich einige der größten Luxushotels der USA - unter anderem das Watergate Hotel in Washington.

Würde haute der mit Hitler geschlossene Vertrag aufgehoben, müßte der Vatikan den größten Teil seiner Südamerikapolitik streichen, würden Tausende von Priestern nicht zu bezahlen sein - und nicht zuletzt: Die katholische Kirche der Bundesrepublik (die in der Nachkriegszeit mehr Kirchen baute als in den 600 Jahren zuvor) müßte Konkurs anmelden. Denn über 80 Prozent ihrer »Einnahmen« beruhen auf dem Abkommen, das Eugenio Pacelli mit dem Hitler-Deutschland schloß und das noch heute gilt.

Der Vatikan ist institutionell ein Zwitter: Einmal der Vatikan-Staat, die weltliche Verwaltung, und zum zweiten die Weltkirche, die Kirchen-Regierung. Die Unterscheidung ist verwirrend und die Verwirrung ist System. Die Repräsentanten beider Institutionen sind personengleich. Karoli Wojtyla ist als absoluter Herrscher Oberhaupt des Vatikanstaates und als Papst Johannes Paul II. Oberhaupt der Kirche.

Agostino Casaroli ist als Präsident der Pontifikal-Kommission für den Staat Vatikanstadt so etwas wie der Ministerpräsident. (Sein Stellvertreter ist übrigens Paul C. Marcinkus). Und als Kardinalstaatssekretär ist Agostino Kardinal Casaroli der Chef der Römischen Kurie. Zu ihr gehören neun »Heilige Kongregationen«, vergleichbar mit kirchlichen Ministerien, drei Sekretariate und 18 »Ständige Kommissionen«.

Der weltliche Staat Vatikan ist erwachsen aus dem »Patriomonium Petri«, das ist der Erbteil des Jüngers Petrus, des ersten katholischen Papstes und nicht - wie es falsch in den Geschichtsbüchern steht - aus der Pippin'schen Schenkung von 754/756. Daraus wuchs im Laufe der Jahrhunderte der »Kirchenstaat«, der im Süden Italiens bis nach Sizilien und im Norden über Bologna hinaus reichte. Napoleon machte der Herrschaft des »papa re«, des »Papst als König«, ein vorläufiges Ende und nahm der Kirche ihre weltliche Macht, machte sie zur »Kirche der Gläubigen«. Schon der Wiener Kongreß verhalf 1815 Papst Pius VII. wieder zu staatlicher Souveränität. Erst die italienischen Revolutionäre Mazzini und Garibaldi befreiten 1870 Rom vom Absolutismus der Papstkönige. Das war das Ende des Kirchenstaates, der von der Antike über das Mittelalter bis zur Neuzeit in Italien bestanden hatte. Damit verlor die Kirche nicht nur staatliche Hoheitsrechte und Territorien, sondern auch einen großen Teil ihres Reichtums und damit ihrer Macht. Die Päpste bezeichneten das als »Raub« des Kirchenstaates durch Italien und betrachteten sich als »Gefangene im Vatikan«. Vorbei waren damit die Rechte der Kirche, Steuern von ihren italienischen Untertanen zu fordern, vorbei die Möglichkeit, ~ gegenüber Pächtern und Halbpächtern Feudalrechte durchzusetzen.

Vorbei war formell das Imperium Romanum. Aber im Bewußtsein der Kirche und ihrer Päpste besteht es fort. Noch 1963 ließ sich Papst Paul VI. mit der alten Caesarenformel »Lenker des Erdkreises« inthronisieren. Und unter den zahlreichen Titeln, mit denen der Pole Wojtyla ins Papstamt kam, ist nicht der »Stellvertreter Christi« oder der »Nachfolger Petri« der

für das Kirchenverständnis wichtigste, sondern »Pontifex maximus«, der »Oberste Brückenbauer«. Ein Titel, den schon vor Christus die römischen Kaiser trugen. Daß die Kirche diese Titel nicht streicht, ist nicht Hängen am Hergebrachten, sondern aktueller Machtanspruch. Und der findet seine organisatorische Entsprechung in der Verwaltung des Vatikan, in Institutionen, die - nicht zuletzt - Finanzinstitutionen sind.

Den von der Kirche als »Raub« bezeichneten Befreiungsakt des italienischen Volkes vom »Papst als König« haben - nicht zufällig - die Faschisten unter Mussolini zu Gunsten der Kirche unterlaufen. Mit den Lateranverträgen erhielt der Vatikan die Legitimität, wieder » Staat« zu sein. Der Vatikan mit weniger als einem Quadratkilometer Grundfläche hat 729 - vom Papst persönlich ernannte - Bürger. Ihre Autos ziert das Kennzeichen »SCV«, was die Römer - statt »Stato della Cittá del Vaticano« mit »Se Christo vedesse« (»Wenn Christus das sähe«) - buchstabieren. Durch die Lateranverträge erhielt der Vatikanstaat außerhalb der »leonischen Mauern« des Vatikan in Rom viele Paläste, fast alle Basiliken, verschiedene Verwaltungsgebäude und andere Liegenschaften - auch außerhalb Roms - zurück. Dazu gehört beispielsweise der Sommersitz des Papstes, Castel Gandolfo, in den Albaner Bergen.

Die Reichtümer, die Mussolini und Papst Pius XI. dem italienischen Volk wieder entzogen, für die es von 1815 bis 1870 gekämpft hatte, bilden - zusammen mit einer »Abfindung« im Wert von heute fünf Milliarden Schweizer Franken - noch immer den finanziellen Grundstock des Vatikan-Vermögens. Diese »Schenkungen« durch Mussolini legten den Grundstein zum vertrauensvollen Verhältnis von Kirche und Faschismus. Nicht nur in Italien. Verwaltet wird dieses Milliardenvermögen seit über 50 Jahren von der APSA (amministrazione del patrimonio della sede apostolica), der apostolischen Vermögensverwaltung. Da dieses Vermögen - außer in Immobilien - in Aktien, Gold und Wertpapieren angelegt wurde, zirkuliert es inzwischen weltweit - auf Banken und Börsen. An Industrie- und Konzernbeteiligungen besitzt APSA - und zwar die Unterabteilung »APSA straordinaria«, was »außerordentliche Vermögensverwaltung« bedeutet – innerhalb von Italien rund 280 Millionen und im Ausland 1,5 Milliarden schweizer Franken, an Gold und Wertpapieren hält allein diese vatikanische Finanzinstitution vornehmlich in der Schweiz und den USA - Werte von 1,8 Milliarden Schweizer Franken; dazu kommt noch ein Immobilienbesitz innerhalb und außerhalb Italiens von ca. 2,2 Milliarden Schweizer Franken. Die jährlichen Erträge aus diesem Besitz belaufen sich auf rund 460 Millionen Schweizer Franken. Davon muß der Vatikan teilweise in Drittländern Steuern bezahlen, teilweise werden Gewinne erneut investiert. So sind die Netto-Einnahmen nicht einmal richtig zu schätzen. Das Vermögen von APSA, durch Banken von Zürich über New York bis Tokio in immer neue Spekulationsgeschäfte eingebracht, ist nur in einer Größenordnung von 200 Millionen Schweizer Franken verfügbar. Soweit wird man den offiziellen Zahlen des »heiligen Stuhles« glauben können, der über Erträge freilich schweigt.

Gebrochen wird dieses Schweigen seit Jahren regelmäßig vom Vatikan, wenn es um die Bilanz von APSA ordinaria (der »ordentlichen Vermögensverwaltung des Vatikan«) geht: Dem Etat der »Kirchenregierung«. Und hier führt sich der Vatikan auf wie jeder Unternehmer, wenn man ihn nach seinen Finanzen befragt: Er lebt vom Draufzahlen.

Die Einnahmen dieses Vatikan-Etats betrugen 1980 ganze 20,5 Millionen Schweizer Franken. Sie resultieren in erster Linie aus den Mieteinnahmen von 5.000 Häusern und Wohnungen in Rom. Da Italien gebundene Mietpreise hat, stagnieren diese Mieteinnahmen in der Tat seit Jahren. Dazu kommen Einnahmen aus dem Verkauf der Vatikan-Zeitschrift »Osservatore Romano«, von Büchern und Zeitschriften aus der vatikanischen Druckerei.

Augegeben wird das Geld für die Gehälter, in Rom »Stipendien« genannt, für die Kardinäle und Bischöfe in der »Römischen Kurie«. So erhält ein Kurienkardinal zur Zeit rund 3.300 Schweizer Franken (umgerechnet) im Monat, wovon er Miete, Licht, Ernährung, Kleidung und seine »Hausdame« bezahlen muß. Auch die Löhne und Gehälter der etwa 1.500 »geweihten« und weltlichen Mitarbeiter in der Kirchenverwaltung, so den Ministerien, in der Kommission für die Pilgerbetreuung, im Zentralamt für die Kirchenstatistik oder im Buchverlag kommen aus diesem Etat. Ferner die Sachmittel für die Verwaltung und die Zuschüsse für die Eigenbetriebe des Vatikan, dazu gehören auch das sagenumwobene Geheimarchiv des Vatikan und die Vatikanische Bibliothek. Diese Ausgaben betrugen 1980 insgesamt 66,5 Millionen Schweizer Franken. Per Saldo also ein Defizit von 46 Millionen Franken, exakt die Summe, die der Vatikan angeblich minus macht.

Schon die »weltliche Verwaltung« des Vatikan erwirtschaftete aber - so der Etat für 1980 - einen Gewinn. Den Einnahmen von 37,4 Millionen Schweizer Franken aus dem Verkauf von Briefmarken, Münzen und Medaillen, Heiligenfiguren, Papstbildern und Postkarten, aus dem Erlös von Essen für Pilger, dem Vatikaneigenen Supermarkt, wo man von Spaghetti bis zum Farbfernseher alles kaufen kann, und der Vatikaneigenen Tankstelle sowie den Eintrittsgeldern für die Museen, Galerien und Monumente wie der Pinakothek oder der Sixtinischen Kapelle stehen Ausgaben von 36,7 Millionen Franken gegenüber. Sie werden ausgegeben für rund 1. 600 Angestellte in der Regierung und in den Kirchengerichten einschließlich der 80 Mann Schweizer Garde, sowie für Radio Vaticano, den Sanitätsdienst, die Post, Kunstsammlungen, Universitäten und Hochschulen. Rechnerisch bleibt also hier ein Gewinn von 654.000 Franken im Jahre 1980.

Möglich ist der, weil der Vatikan als Arbeitgeber ausgesprochen knauserig ist. Die Löhne und Gehälter der »nicht geweihten« Arbeiter und Angestellten liegen noch unter den schon ohnehin niedrigen Einkommen der in Italien Tätigen, die sich gewerkschaftlich organisiert haben. So ist 1981 im Vatikan auch eine »Associazione«, eine Vereinigung, entstanden, die sich als Gewerkschaft fühlt. Ihr Sprecher ist Mariano Cerullo, der seinen Marx ebenso gut kennt wie die Sozial-Enzykliken der Päpste. So beruft er sich in der Auseinandersetzung mit seinem Chef Karoli Wojtyla ausgerechnet auf den Papst Johannes Paul 11. und seine Enzyklika »Laborem exercens«, in der der Papst den Streik als Mittel des Arbeitskampfes anerkannt hat. Daß es zum Streik im Vatikan noch nicht gekommen ist, liegt an zwei Dingen. Einmal dem Attentat vom 13. Mai 1981 auf den Papst und dann daran, daß eben dieser Papst, kaum genesen, gewisse Zugeständnisse gemacht hat. Um die von der »Associazione« gestellte Forderung nach einer 36-Stunden-Woche wird freilich noch mit italienischer Beredsamkeit gefeilscht. Die Finanzsituation des Vatikan rührt Cerullo dabei wenig: »Finanzielle Schwierigkeiten des Vatikan dürfen auf keinen Fall zu Lasten unserer Familien gehen« ist seine Marschroute für künftige Tarifverhandlungen.

Und dabei umgeht der Techniker von Radio Vaticano geschickt das Problem, ob und wenn ja welche finanziellen Schwierigkeiten sein Arbeitgeber denn hat. Persönlich hat der Papst keine Geldsorgen. Er wird »bezahlt«, bei absoluten Monarchen nennt man das »persönlicher Fonds«, mit zehn Millionen Schweizer Franken per Jahr. Die Summe stammt aus dem »Peterspfennig«, einer Spezialkollekte, die jährlich weltweit am Festtag »Peter und Paul«, dem 23. Juni, gesammelt wird. Von den eingehenden Beträgen werden zunächst die Kosten für Nuntiaturen, die diplomatischen Vertretungen des Vatikans in den betreffenden Ländern, abgezogen. Der Rest wird nach Rom überwiesen. 1980 waren das - nach Abzug der Nuntiatur-Kosten - 187 Millionen Schweizer Franken. Zehn Millionen bekam der Papst und der Rest von 177 Millionen Franken wurde bei der Vatikanbank deponiert. Verwaltet wird der »Peterspfennig« von der Institution »Obolo di San Pietro«.

Eine weitere Geldquelle des Vatikan ist der »Missionsgroschen«, der am Missionstag im Herbst vor allem in Europa und Nordamerika gesammelt wird. Die Institution »De propaganda fide« nahm 1980 etwa 465 Millionen Schweizer Franken ein. 372 Millionen davon hat sie ausgegeben, um weltweit für die katholische Kirche zu missionieren. 20 Prozent dessen, was an Missionsgeld eingeht, wird in einen Hilfsfonds für »Sofortmaßnahmen« gesteckt, aus dem der Vatikan bei Erdbeben, Überschwemmungen oder Hungersnöten spenden »kann«. Eine Abrechnung über diese Hilfen gibt es aber nicht. Gewiß ist nur, daß 1980 insgesamt 93 Millionen Schweizer Franken für diesen Zweck auf ein Konto bei der Vatikanbank einbezahlt wurden.

Abgesehen von diesen Missionsgroschen gehen weitere Gelder aus »caritativen Vereinigungen« beim »Heiligen Stuhl« ein. Bekannt sind die Zahlen der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland, die neben den USA der entscheidende finanzielle Pfeiler des Vatikan ist. Mit knapp einer Million Dollar jährlich finanziert sie den »Obolus des Heiligen Petrus«; zwölf Millionen Dollar führt sie für die »Caritas« (Ziffern von 1977) ab; 75 Millionen Dollar pumpt sie in das »Misereor« (die mächtige, von deutschen Katholiken gegründete Organisation, die für die »Dritte Welt« zuständig ist); mit über 37 Millionen Dollar finanziert sie die Kollekte »Adveniat«, die dazu bestimmt ist, die Kirchen in Lateinamerika zu »unterstützen«; und 38 Millionen Dollar macht der »Missionsgroschen« aus. Zu diesem Betrag von insgesamt über 150 Millionen Dollar läßt die deutsche katholische Kirche noch weitere Millionen »als Unterstützungsgelder« in andere Finanztitel des »Heiligen Stuhls« fließen. Etwa als zinslosen Kredit für den Atombombensicheren Ausbau von Vatikan-Kellern - angeblich als Schutz für die Kunstschätze der Kirche.

»Wer so viel zu einem Unternehmen beisteuert, erhält auch Macht«, heißt es in Kirchenkreisen um den Petersplatz, wo sich fast alle wichtigen Regierungsgebäude des Vatikan befinden. Diese finanzielle Potenz (die katholische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland nahm schon 1976 allein an Kirchensteuern 1,8 Milliarden Dollar ein) gestattete es der BRD-Kirche, etwa die Lateinamerikapolitik des Vatikans maßgeblich mitzubestimmen. Und so kommt es, daß die konservativ-reaktionäre Ausrichtung der Kirche nicht zuletzt auf den Einfluß der bundesrepublikanischen Kirchenfürsten zurückzuführen ist. Es ist kein Zufall, daß der Kölner Kardinal Höffner das einzige Mitglied in der »Präfektur für wirtschaftliche Angelegenheiten« ist, das nicht zur »Römischen Kurie« gehört.

Die Vatikanbank IOR mit ihrem Präsidenten Paul Marcinkus - eine weitere Einnahmequelle des Vatikan - untersteht formell der Aufsicht eines fünfköpfigen Kardinals-Kollegiums, faktisch aber berichtet Marcinkus direkt dem Papst. Wojtyla und Marcinkus kennen sich schon aus der Zeit, als der heutige Papst Erzbischof der Diözese Krakau war, die unter ständigen Geldnöten litt. Das hat die Position von Marcinkus in der Kurie mächtig gestärkt, obwohl den leisen und behutsamen Vatikan-Diplomaten die zupackende Diplomatie des Amerikaners zu laut war. Aber die - geschätzten - 220 Millionen Schweizer Franken Gewinn, die Marcinkus mit seiner IOR jährlich an den Vatikan abführt, gleichen derlei Bedenken aus. Schließlich verwaltet IOR - Nummer 16/16 - auch das Konto des Papstes.

Ein solches Konto bei der IOR haben zu dürfen, ist ein in Rom begehrtes Privileg. Denn offiziell steht es nur Vatikan-Bürgern, religiösen Orden, Geistlichen und solchen Laien zu, die mit dem Vatikan Geschäfte tätigen. Das ist das Prinzip.

In der Praxis verwandelt sich der an sich ungünstige Standort von IOR in Rom zu einem Vorteil, wenn man die italienischen Bank- und Geldgesetze ansieht. Auf Bankrenditen zahlt man in Italien 15 Prozent Steuern. Im Vatikan - der auch Lire-Konten führt - nichts! Außerdem vermag IOR schwache Lire in harte Schweizer Franken, Dollars, D-Mark, Pfund oder Yen zu tauschen. Da in Italien der Kapital-Export verboten ist, im Lande aber eine Inflation in den letzten Jahren bis zu 28 Prozent herrschte, bestand natürlich großer Bedarf der Reichen, ihr Geld inflationsgeschützt anzulegen. Illegaler Geld-Export ist gefährlich. Er brachte selbst die Filmschauspielerin Sophia Loren ins Gefängnis. Läßt man ihn machen, kostet er in der Regel zehn Prozent des ausgeführten Geldes. Das ist immer noch günstiger als die einheimische Inflation. Wie der Vatikan - ja ein souveräner Staat - Gelder international verschiebt und was er dafür nimmt - es ist ein Geheimnis von IOR. Aber die etwa 220 Millionen Schweizer Franken Jahresgewinn der Vatikan-Bank haben ja eine Quelle .

So ergibt das - bei allen Vorbehalten über diese vielfach nur schätzbaren Zahlen - einen Zuwachs des Vatikan-Vermögens von jährlich rund einer Milliarde Schweizer Franken. Und das nicht erst in jüngster Zeit.

1969 kündigte Italien dem Vatikanstaat ein Privileg, daß ihm einst Duce Benito Mussolini zugestanden hatte: die Steuerfreiheit auf Dividenden und Profite aus Beteiligungen an italienischen Unternehmungen. Die Anlagen des Vatikan in Italien rentierten ab sofort schlechter. Papst Paul Vl. ordnete deshalb an, den »italienischen Markt mit seiner schwachen Lira und der schwankenden Börse zu verlassen«. Das bedeutete: Kapital verflüssigen und aus Italien abziehen, mit dem Ziel, es in Steuer-Paradiese wie Liechtenstein, die Bahamas oder Panama zu transferieren.

Die Abwicklung dieses päpstlichen Auftrages wurde zur Stunde des Michele Sindona und seiner »Banca Privata Italiana«. Er tüftelte Wege und Systeme aus, die italienischen Vatikan-Beteiligungen zu liquidieren, dabei einen Gewinn zu machen und zusätzlich noch das Kapital ins Ausland zu bringen. Dazu war es nötig, im Ausland Banken zu gründen oder - noch besser - bestehende aufzukaufen. Das taten Sindona und IOR gemeinsam, wobei sich die Vatikan-Bank in der Regel mit einer Minderheitsbeteiligung begnügte. Beispiel für solche Erwerbungen waren die Amincor-Bank in Zürich, die Banque de Titres oder die Fina-Bank in Genf.

Dann lief das Verfahren - vereinfacht dargestellt - wie folgt ab. Der Vatikan oder APSA-straordinaria bieten die - heruntergewirtschaftete - Firma »Immobiliare«, genauer: deren Aktien, zum Verkauf an. Sindonas »Banca Privata Italiana« kauft zu einem überhöhten Kurs. Sindona schädigt also seine Sparer, und der Vatikan profitiert. Anschließend verkauft Sindona - günstig - an die IOR. Erneuter Vatikan-Profit. Nun verkauft IOR an die Genfer Fina-Bank, wieder zu einem hohen Kurs. Erneut werden Sparer, diesmal Schweizer - geschröpft. Der Vatikan profitiert ein drittes Mal. Auf diese Weise ruinierte Sindona zwei Banken.

Als Sindona in New York aufflog und ins Gefängnis wanderte, blieb der Bedarf des Vatikan bestehen, sein Kapital zu exportieren und günstig anzulegen. Calvi und seine Banco Ambrosiano stiegen ins Geschäft ein. Calvi ist tot, seine Bank bankrott und Minderheitengesellschafter IOR schreibt nur seine nominelle Einlage ab. Eine Haftung der Vatikan-Bank hat der Kirchenstaat abgelehnt.

Formell hat der Papst eine dreiköpfige Untersuchungskommission bei IOR eingesetzt. Drei internationale Finanz-Experten - der Amerikaner Joseph Brennan, der Italiener Carlo Cerutti und der Schweizer Philippe de Weck - untersuchen die IOR-Geschäfte mit der Banco Ambrosiano. Was immer sie entdeckt haben, der Vatikan läßt seine Leute nicht verkommen.

Als die italienische Staatsanwaltschaft Ermittlungsverfahren gegen Marcinkus, seinen IOR-Stellvertreter Luigi Mennini und Chefbuchhalter Pellegrino de Strobel einleitete und die Herren informierte, wies man im Vatikan die Entgegennahme der Dokumente zurück. Sie seien nicht über die diplomatischen Kanäle, wie unter unabhängigen Staaten üblich, zugestellt worden. Dieses Verfahren praktizierte der Vatikan erstmals seit dem Lateran-Vertrag von 1929. Es zeigt, wie weit die Vatikan-Banker mit dem Rücken zur Wand stehen.

Konkret 12/82, S. 39

Otto Köhler

Der häßliche Deutsche: Rechts und Ordnung

Ein kaltes Nordlicht macht dem Bonner CSU-Innenminister Zimmermann Konkurrenz. Ob Kampfgas, Bundessammellager oder Berufsverbote: Ministerpräsident Uwe Barschel ist die jüngste Hoffnung der CDU

Tote säumen seinen Weg. »Liebe Lonny«, schrieb 1963 der Geesthachter Oberstudiendirektor Dr. Georg Rühsen seiner Frau, »nimm es mir bitte nicht übel, ich werde in den Tod gehen.« Damals war der 18jährige Uwe Barschel, wohnhaft in Börnsen, Kreis Herzogtum Laudenburg, Schulsprecher des Städtischen Gymnasiums. Sekundaner Uwe hatte zusammen mit seinem Studienrat Heinrich Kock eine Unterrichtseinheit vorbereitet, die Schlagzeilen in der Weltpresse (»Le Monde«: »Hitlers Politik verherrlicht«) machte. Die beiden Parteifreunde – Jung-Uwe war mit 16 der Jungen Union und mit 18 der CDU beigetreten, und Geschichtslehrer Kock, ein vom rechtsradikalen Flügel der Deutschen Partei zur CDU übergewechselter ehemaliger Landtagsabgeordneter, war Vorsitzender der Geesthachter Union – hatten sich eine Geschichtsstunde eigener Art ausgedacht.

Der frühere Oberstleutnant Kock unterhielt von seiner Tätigkeit im »Verband Deutscher Soldaten« Kontakte zum Hitler-Nachfolger Karl Dönitz, der seit seiner Entlassung aus dem Kriegsverbrecher-Gefängnis im nahen Bismarck-Sitz Aumühle wohnte. Dieser Dönitz, der noch im April 1945 verkündet hatte, daß »Adolf Hitler in Europa der einzige Staatsmann von Format sei«, wurde von Barschel und Kock zum Geschichtsunterricht aus erster Hand ins Gymnasium gebeten.

Weil Dönitz infolge mangelhafter Resozialisierung vor Barschels Schulkameraden seinen Angriffskrieg auf Norwegen rechtfertigte, kam es zum internationalen Skandal, der sogar die weit rechts stehende Landesregierung unter dem Altnazi und späteren Barschel-Förderer Helmut Lemke zu einer Untersuchung veranlaßte. Dem konservativen, aber unpolitischen Schulleiter Rühsen wuchs über den Kopf, was Schüler Barschel und Lehrerkollege Kock angerichtet hatten. Verzweifelt sprang er in die Elbe.

Doch Barschel, der für den Hitler-Nachfolger ebenso schwärmte wie für wild um sich schießende Western-Helden (»Der von mir geschätzte Filmstar John Wayne trat unerschrocken für Recht und Gesetz ein«) hielt Dönitz Treue bis in den Tod.

Im Januar 1981, inzwischen zum Innenminister von Schleswig-Holstein emporgestiegen, fand sich Barschel zur Beerdigung des letzten Nazi-Staatsoberhaupts als einziger bundesdeutscher Minister ein. An der Trauerfeier, die von Soldatenverbänden und Neonazis zu einer rechtsradikalen Großkundgebung umfunktioniert wurde, habe der Minister meldete die »Schleswig-Holsteinische Landeszeitung« aus »persönlichen Gründen teilgenommen, weil er Dönitz seit vielen Jahren privat kannte«.

Barschel hatte sich am Grab des Hitler-Recken Kraft für die große Schlacht von Brokdorf geholt, die er wenige Wochen später führte. Zu diesem Zweck zog Feldherr Barschel die größte Polizeistreitmacht, die es je auf bundesdeutschem Boden gab, in und um Brokdorf zusammen. In seinem Tagesbefehl vom 23. Februar 1981 »an alle Polizeibeamte der Bundesländer und des Bundes in Schleswig-Holstein«, klärte Ober-Kommandierender Barschel seine Truppen auf: »Am kommenden Wochenende ist damit zu rechnen, daß Chaoten mit Gewalt den Weiterbau des Kernkraftwerkes Brokdorf verhindern wollen.« In einem beigehefteten »Mitteilungsblatt für die Polizeivollzugsbeamten im Sondereinsatz KKW Brokdorf« wurden Barschels Kampftruppen auf »die dienstlich zugelassenen« Waffen hingewiesen. Nämlich »1. Reizstoffe, Hiebwaffen und Schußwaffen«. Aber auch »2. Maschinengewehre, Granatwerfer, Handgranaten und Sprengmittel«. Es gab viele Verletzte, auch Schwerverletzte im Kampf um Brokdorf. Daß keiner seinen Verletzungen erlag, war nicht Barschels Verdienst, im Gegenteil: friedlich abziehende Demonstranten suchte er durch Tiefflliegerangriffe mit Tränengas zur Gewalt zu animieren. Der »Spiegel« verglich die schneidige Hubschrauber-Attacke mit Coppolas »Apocalypse Now« – freilich, die Opfer erlebten den Barschel-Terror nicht im Kino-Lehnstuhl. Den Toten gab es erst einige Zeit später. Itzehoes CDU-Landrat Brümmer, der stets »in enger Fühlung mit mir« (Barschel) stand und durch sein Demonstrationsverbot den Kampf um Brokdorf auslöste, überlebte den Sieg seines Ministers (Barschel: «Ein Erfolg«) nicht lange. Von den Aufregungen geschwächt, starb er ein Jahr nach der Brokdorf-Schlacht.

Seit Oktober ist nun Barschel CDU-Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Das hat sich der 38jährige Doppeldoktor, der bereits über Kanzlerwürden scherzt, frühzeitig in seine Laufbahn eingeplant. Kurz bevor er eine für schleswig-holsteinische Führungsaufgaben unumgängliche Freya von Bismarck ehelichte, schrieb er 1970 und 1971 zwei Dissertationen, die sich zwar nicht durch wissenschaftlichen Wert, wohl aber durch karrierepolitische Zielgerichtetheit auszeichnen. Die erste – »Theoretische Möglichkeiten und Grenzen der Strafrechtspolitik einer politischen Partei – Eine Untersuchung am Beispiel der CDU/CSU« – stellt die einschlägigen Programm-Äußerungen der Union zusammen. Für diese kleine Mühe bekam er den Dr. Jur. Die zweite kommt gleich zum Thema: »Die Stellung des Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein unter besonderer Berücksichtigung der Lehre von der Gewaltenteilung«. Da hat er sich, bereits 1971,

nachgewiesen, daß er bei den Landtagswahlen im März 83 im Fall eines Patts genau wie Dohnanyi und Börner im Amt bleiben muß. Für diese nützliche Mühe bekam er den Dr. phil.

Im selben Jahr, 1971, zog er in den Landtag ein und wurde stellvertretender und zwei Jahre später Fraktionsvorsitzender der CDU. In diesem Amt verteilte er 1974 (»Vertraulich – nur zur persönlichen Information«) an CDU-Delegierte jene personalpolitischen Grundsätze, die ihm heute besonders hilfreich sind:« Der Extremistenerlaß« – Barschel hält sich selbst nicht für einen Extremisten – »ist gerechtfertigt. In der Beförderungspraxis muß sichtbar – und zwar *geräuschlos* – werden, daß unsere Regierung CDU-Freunde am ehesten für geeignet hält, CDU-Politik an Ort und Stelle zu verwirklichen ... Die Schulaufsicht muß den politischen Willen der Regierung vollstrecken. Dieser Wille darf nicht nur zu erahnen sein. Er muß sich eindeutig aus allen Erlassen und Richtlinien ergeben.« Als diese verfassungsfeindlichen Bestrebungen des Fraktionsvorsitzungen bekannt wurden, geschah ihm nichts. Und fünf Jahre später wurde Verfassungsinterpret Barschel als Innenminister selbst für den Schutz der Verfassung zuständig. Seine liebste Beschäftigung war fortan Dauerstreit mit Bundesinnenminister Baum, dem er eine »schwierige Persönlichkeitsstruktur« nachsagte: »Baums Klientel sind Exterroristen und Vorkämpfer für die Anerkennung von Lebensgemeinschaften gleichgeschlechtlicher Partner.«

Für Asylsuchende forderte der CS-Gas Enthusiast (KONKRET 11/82) »Bundessammellager« und beklagte in feinster Neonazi-Manier einen angeblich »hohen Anteil der Ausländer an schweren Verbrechen wie Raub, Totschlag und Vergewaltigungen«. Die Ausländer aber, die ihre eigenen Landsleute umbringen, nimmt er in Schutz. Noch Jahre nach dem Mord an Allende klagte er, in Deutschland gehe man auf die Barrikaden, wenn den Kommunisten in Chile das Handwerk gelegt werde.

Auch einen »bundesweiten Meldedienst« für das, was er »gewalttätige Störer« nennt, möchte er gerne haben. Er lehne zwar die Todesstrafe ab, sagte er 1977, aber manchmal, hege er doch Zweifel, ob seine Einstellung in dieser Frage richtig sei. Zuweilen kann der »gute Nachfolger«, so die faschistische »Deutsche Nationalzeitung«, auch sehr nachdenklich und richtig selbstkritisch sein.

Konkret 12/82, S. 40

Sabine Rosenbladt

Moorburg wird ausradiert

Die Elbdörfer Moorburg, Altenwerder und Francop-Ost sollen verschwinden. Das beschloß die Hamburger Bürgerschaft im Januar 1982. Ein halbes Jahr später wäre die Entscheidung so nicht mehr gefallen: Die GAL, seit Juni im Stadtparlament, stellt sich quer. Denn: Wofür und ob das Gelände, tatsächlich gebraucht wird, kam niemand sagen. Die Wahlen am 19. Dezember müssen zeigen, ob eine solche Politik in Hamburg Zukunft hat

Jürgen Steinert, sonst eher griesgrämig wirkender Senator der Freien und Hansestadt Hamburg, war ausnehmend gut gelaunt. Zum Pressegespräch für die anwesenden Journalisten stand eine Flasche Whisky parat. In aufgeräumter Stimmung erläuterte der Senator das neue Hafenentwicklungsgesetz, das die Bürgerschaft gerade einstimmig beschlossen hatte. Dies sei ein »Jahrtausendgesetz«, so Steinert überschwenglich.

Gefeiert wurde an diesem Abend auch in einer Kneipe des Dorfes Moorburg, obwohl das im Hamburger Rathaus verabschiedete Gesetz soeben den Tod des 1.300-Seelen-Fleckens in den südlichen Elbmarschen besiegelt hatte. Trotzdem waren die versammelten Moorburger guter Dinge. Am Morgen dieses 20. Januar 1982 hatten vier Personen als Treuhänder vor einem Notar einen Kaufvertrag abgeschlossen, der sie zum Besitzer eines Hauses in Moorburg-Mitte machte. Mit diesem Vertrag bekam das unscheinbare Gebäude auf einen Schlag 660 neue Eigentümer: Die »Moorburg«, Trutzsymbol gegen Gesetzeswillkür und Behördenallmacht, war geboren.

Es war auch der Höhepunkt eines Wirtschaftskrimis, der es an Spannung mit jedem »Tatort«-Drehbuch aufnehmen kann. Eine Story voller Komplotte, Erpressungen, gekaufter Interessenvertreter und wackerer Gegenwehr der »Opfer«. Ein Happy-End, allerdings, ist zur Zeit noch nicht in Sicht.

Begonnen hatte die Geschichte im Jahr 1969 mit einem ehrgeizigen Plan des damaligen Hamburger Wirtschaftssenators Helmuth Kern (SPD). Der wollte nicht nur den Hamburger Hafen, sondern die gesamte Unterelberegion zu einem riesigen Industrie-Ballungszentrum machen: Rund zwanzig Atomkraftwerke sollten billige Energie für die anzulockende chemische und Schwerindustrie liefern; -neue Autobahnen, Verkehrsknotenpunkte, Brücken und Tunnel den Standortnachteil des Elbhafens Hamburg ausgleichen; neue Flächen für die Erweiterung des Hafens bereitgestellt werden, um damit Arbeitsplätze ohne Zahl zu schaffen.

Zügig ging der Senator an die Verwirklichung seiner Vision. Doch der erwartete Erfolg mochte sich nicht so recht einstellen. Die billigen Stromlieferanten Atomkraftwerke erwiesen sich als aufwendige, problematische und zudem noch störanfällige Projekte, wie etwa das AKW Brunsbüttel, das zumeist stillag und statt Strom Kosten produzierte, die über Strompreiserhöhungen auf die Hamburger Verbraucher abgewälzt werden mußten. Die forcierte Industrieansiedlung machte aus der Elbe einen extrem schwermetallverseuchten Abwasserkanal, was wiederum die Hamburger Trinkwasserversorgung gefährdete und das bisher ungelöste Problem »wohin mit dem giftigen Elbschlick« aufwarf. Und Renommierprojekte wie die Aluminiumhütte Reynolds wurden zum kostspieligen Flop: Die knapp 1.000 Arbeitsplätze, die hier entstanden, kosteten den Staat eine runde Dreiviertelmilliarde Mark an Subventionen und Bürgschaften - ohne jede Garantie für die »Sicherheit« dieser Arbeitsplätze.

Inzwischen ist Helmuth Kern selbst skeptisch geworden. »Ich halte es für denkbar, Fehler gemacht zu haben«, gestand er jüngst. Was seiner Karriere allerdings keinen Abbruch tat: Vom Sessel des Wirtschaftssenators wechselte er auf den des Vorstandsvorsitzenden der stadteigenen Hamburger Hafen- und Lagerhaus-AG (HHLA), des größten Arbeitgebers im Hafen.

Als Kern-Stück der hochfliegenden Pläne von damals ist heute die Hafenerweiterung übriggeblieben. Sie, so argumentierten Kerns Nachfolger Steinert und Lange, sei zwingend erforderlich zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Hamburger Hafens und zur Sicherung der rund 100.000 hafenabhängigen Arbeitsplätze. Deshalb wurde Anfang des Jahres ein rund acht Quadratkilometer großes Areal im Süden Hamburgs als »vorsorglicher Flächenbedarf« für die Hafenerweiterungszone ausgewiesen: eben jenes Elbmarschenstück mit den Dörfern Moorburg, Francop-Ost und dem Rest von Altenwerder.

Wofür dieses Gelände eines Tages mal verwendet werden soll, kann heute noch niemand sagen. Das, so Senator Lange, »wird dann vom Bedarf abhängen«. Durch den Gesetzesbeschluß vom 20. Januar 1982 wurden die Bewohner der 600jährigen Elbdörfer zu Betroffenen dieser »Flächenvorsorge«: Ihre Häuser unterliegen einer »Veränderungssperre«, langfristig will der Senat die Grundstücke kaufen oder notfalls enteignen. Denn, obwohl noch keine Planung existiert, begründet Lange die Notwendigkeit dieses Schrittes: »Das Planen selbst können und dürfen wir uns nicht nehmen lassen.«

Der Senat wußte nur zu genau, warum er ein neues Gesetz zur Durchsetzung seiner Ziele brauchte: Die Aussiedlung Altenwerders war Mitte der Siebziger Jahre nicht ganz und gar glatt über die Bühne gegangen. Ein Altenwerder Bauer hatte

gegen die angedrohte Enteignung geklagt und recht bekommen: Mit dem Hinweis auf die fehlende Planung erklärte das Gericht die Enteignung für rechtswidrig.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Mehrheit der Altenwerder Bewohner das Dorf, zermürbt durch seine ungewisse Zukunft, schon verlassen; die Häuser waren an die Stadt verkauft, die Altenwerder Kirche begann, hinter den Schlickmassen von neu angelegten Spülfeldern zu versinken. Auch 57 Moorburger Hausbesitzer hatten ihre Grundstücke bereits der Stadt Hamburg überlassen. Heute sind schon 80 Prozent der Hafenerweiterungsflächen in ihrem Besitz.

In Altenwerder hatte man den sich regenden Widerstand noch geschickt. zu kanalisieren gewußt. Bauern wurde der Verkauf ihrer Wiesen mit einem Zuschuß vom Bauernverband versüßt, ein Anwalt, der angeblich die Interessen der Altenwerder vertrat, ließ sich seine Dienste vom Hamburger Senat durch eine »Sondergratifikation« von 55.000 Mark vergolden, Mitglieder einer »Notgemeinschaft« wurden durch besonders lukrative Kaufangebote ruhiggestellt.

So konnte Bezirksamtsleiter Raloff verkünden: »Jeder Altenwerder Bauer ist freiwillig aus Altenwerder gegangen, und so wird es auch in Moorburg sein.«

Er schien recht zu behalten. Eine Moorburger »Interessengemeinschaft«, rasch gegründet, gab schon von ihrer Zusammensetzung her kaum Anlaß zur Beunruhigung; saß doch im Vorstand neben einem Fuhruntemehmer, der an der Einrichtung der Spülfelder verdiente, auch ein Vertreter der Niederelbischen Volksbank. die Kredite für die neuen Häuser der Umsiedler vergab.

Doch der Prozeßerfolg des Altenwerder Bauern ließ einige Moorburger hellhörig werden. Thea Bock, Lehrerin und Mieterin in Moorburg, entdeckte, daß der »Interessenvertreter« von der Niederelbischen Volksbank gegen eine Provisionssumme eben jene Grundstücke an die Stadt vermakelte, die zu erhalten er sich laut Vereinssatzung verpflichtet hatte. Thea Bock organisierte daraufhin eine Versammlung, zu der trotz Boykottaufrufs der »interessengemeinschaft« 350 Moorburger und Francoper kamen.

Diese Bürger wollten sich nun nicht mehr mit dem Versprechen zufriedengeben, daß, wie im Räumungskonzept zu lesen war, vor dem Abriß ihres Dorfes vom Senat noch für eine Million Mark eine »Dokumentation« erstellt werden sollte, weil »mit Moorburg einer der letzten Reste der ursprünglichen Elbmarschensiedlung der Hafenerweiterung weichen« würde. Auch die Ankündigung, daß die 400jährige Kirche und zehn denkmalgeschützte Bauern- und Fischerhäuser »transloziert«, also abgebrochen und im nächsten Museum wieder aufgebaut werden sollten, befriedigte sie nicht.

Eine Bürgerinitiative entstand. Jetzt wurde genauer nachgefragt: Wozu Hafenerweiterung? Wo fehlen Flächen? Welche Arbeitsplätze sind bedroht? Der nun folgende Dialog mit den Behörden gestaltete sich so interessant, daß das Protokoll einer zweitägigen Anhörung der Betroffenen vor der Bürgerschaft im Mai 1981 bis heute nicht an die Bürgerinitiative herausgegeben wurde. »Selbst den Ausschußmitgliedern, die das Für und Wider der Räumung Moorburgs abwägen sollten«, schreibt die BI in einer Broschüre, »wurden diese Papiere vorsichtshalber vorenthalten, so daß der Ausschuß sich voll auf das Studium der genehmen und genehmigten Gutachten konzentrieren konnte.«

Aber bei ihren Recherchen stießen die Moorburger auf noch ganz andere Ungereimtheiten in der Senatspolitik. Zum Beispiel die Spülflächen: Den verantwortlichen Stellen mußte seit langem bekannt sein, daß die stark schwermetallhaltigen Schlammassen, die zur Erhaltung der Fahrrinne ständig aus der Elbe gebaggert werden, die Umwelt in hohem Maße belasten. Dennoch wurde unter anderem in Altenwerder ein Spülfeld eingerichtet, das bis 150 Meter an das Brunnenschutzgebiet der Hamburger Wasserwerke (HWW) heranreichte.

Ergebnis solcher Politik: Inzwischen sind zwei der drei hanseatischen Wasserwerke im »Trinkwasserschongebiet Süderelbmarschen« geschlossen, weil die Wasserqualität nicht mehr genügte. Stattdessen wurde im Oktober dieses Jahres stillschweigend ein neues Werk in Betrieb genommen - stillschweigend, weil das 130-Millionen-Mark-Projekt schon in der Planungsphase auf heftigsten Widerstand von Umweltschützern gestoßen war: Im Wasserwerk Dreiahnenberg wird das zur Trinkwasserversorgung Hamburgs notwendige Wasser nämlich jetzt aus dem Grundwasser der Lüneburger Heide gezapft - Deutschlands ältestes Naturschutzgebiet droht auszutrocknen und zu versteppen.

»Das ist doch lächerlich«, sagt Thea Bock, »für den Hafen wollen sie bis weit ins Jahr 2000 planen. Und was die Spülflächen betrifft, da sind sie noch nicht mal in der Lage, die nächsten drei Jahre zu überblicken. Das ist ihnen total außer Kontrolle geraten!«

Solche Erfahrungen brachten die 44jährige dazu, selbst in die Politik einzusteigen; seit Juni ist Thea Bock Bürgerschaftsabgeordnete der GAL im Hamburger Stadtparlament. Im Dezember kandidiert sie wieder.

Die Hafenerweiterung war ein wichtiger Punkt in den gescheiterten Tolerierungsverhandlungen mit der SPD. »Sie kommen ja immer wieder mit denselben drei platten Argumenten«, so Thea Bock, »und die können wir ihnen Punkt für Punkt auseinandernehmen.«

Stichwort Flächenbedarf: Für den Containerumschlag, dessen Bedeutung ständig zunähme, so der jetzige Wirtschaftssenator Lange, sei mehr Platz nötig als für den traditionellen Stückgutumschlag. Die »Containerisierung«, die

schon heute 43 Prozent des Hafenumschlags ausmache, werde auf 60 bis 65 Prozent ansteigen. Dabei unterschlägt der Senator freilich, was Kurt Eckelmann, Chef des Container-Terminals Eurokai, kürzlich bekanntgab: Wenn alle im Bau befindlichen Containeranlagen fertig seien, habe der Hafen eine Umschlagkapazität von zwei Millionen Containern pro Jahr. Im Rekordjahr 1981 wurden knapp eine Million Container umgeschlagen - bisher wurden also nur 50 Prozent der vorhandenen Kapazitäten genutzt. Thea Bock: »Bis zur Steigerung auf 80 Prozent Containerumschlag reichen die vorhandenen Flächen.«

Stichwort Arbeitsplätze: Durch den automatisierten Containerumschlag gingen im Hafen bereits 6.000 Arbeitsplätze *verloren,* die Zahl der in der Güterabfertigung Beschäftigten sank auf 12.000. Im flächenmäßig größten Umschlagbereich, dem Hansaport, arbeiten zum Beispiel . nur noch 150 Menschen.. Und die stets wiederholte Zahl von den » 100.000 hafenabhängigen Arbeitsplätzen«, die es zu sichern gelte? Thea Bock: »Da haben sie alles mit eingerechnet, bis zum Hersteller des Chiquita-Aufklebers für die Bananen.«

Wenn für den Containerumschlag gar keine neuen Flächen benötigt werden, wofür dann? Etwa für noch mehr Industrieansiedlung, noch mehr chemische Fabriken, krisengeschüttelte Stahl- und Aluminiumwerke? Thea Bock: »Mit dem einstimmig verabschiedeten Hafenentwicklungsgesetz vom 20. Januar 1982 ist ein für solche Pläne maßgeschneidertes neues Gesetz geschaffen worden. Nach dem Gesetz sollen die Dörfer verschwinden, weil die Flächen für 'Aufhöhung und Bodengewinnung' gebraucht werden. Das heißt, es liegen noch keine konkreten Nutzungspläne vor. Wenn wirklich geplant wird, gibt es dann aber keine betroffenen Bürger mehr, die Einspruch erheben könnten. Also können sie die Flächen für alles anbieten: ein Atomkraftwerk, Chemie... Das könnte bundesweit Schule machen, deshalb ist das Gesetz so gefährlich.«

Die Anwälte der Bürgerinitiative Moorburg werden jetzt Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz erheben. Und eine weitere Hürde ist errichtet: die »Moorburg«. Die 660 Anteilseigner (tatsächlich sind es über 2.000, weil die 500-Marks-Anteile an dem Gebäude teilweise aufgesplittert sind) vergrößern die zu enteignende Betroffenenschar erheblich. Über 100 Juristen sind dabei. Diese Widerstandsaktion (KONKRET 3/82) erregte über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus Aufsehen-. »The Cliche has gone kaputt« schrieb die »Herald Tribune« - das Klischee vom autoritätsgläubigen, braven Deutschen hat Risse bekommen.

Die Obrigkeit reagierte vorwiegend hilflos. So versuchte Wirtschaftssenator Lange, die Dokumentation einer fünfköpfigen , Studentengruppe der Hamburger Hochschule für Bildende Künste über das »Projekt Moorburg« *, die als Film in Programmkinos gezeigt werden soll, zu verbieten. Das Verbot kam nicht zustande, weil die zuständigen Hochschulstellen sich weigerten.

Beim ersten GAL-SPD-Gespräch zum Thema Hafenerweiterung saßen die Senatoren Lange und Steinert (jetzt Finanzen) stumm am Verhandlungstisch und sagten während der ganzen Sitzung kein Wort. Thea Bock über ihre Eindrücke aus den Verhandlungsrunden: »Die SPD gebärdet sich so, als ob sie keine Partei ist, sondern der Staat selbst. Die haben eine wahnsinnige Angst vor einem Gesichtsverlust, deshalb fällt es ihnen furchtbar schwer, eine Entscheidung zu revidieren. Das haben wir bei den Haushaltsberatungen erlebt: In einem Fall war nicht die Sache wichtig, sondern der Beschluß, der erst vor kurzem getroffen war und deshalb nicht zurückgenommen werden konnte. Wer so denkt, der nimmt auch so ein Gesetz nicht zurück.«

---

* »Projekt Moorburg«, Elbe-Filmgruppe/Umwelt und Medien, 20 Mark

Konkret 12/82, S. 48

Horst Tomayer

Deutsche Gespräche

Horst Tomayer telefoniert als Luis Trenker mit dem diesjährigen Goethepreisträger Ernst Jünger

Frau Jünger? Grüßgott, gnädige Frau, grüßgott.

Eine rechte Freude, Sie zu hören.

I bin a wengl atemlos, mir ham grad a Schallplattenaufnahme ghabt, jetzt bin i recht die Treppen raufghetzt.

Man hörts, Sie sind außer Atem.

Gnä Frau, ist der Gatte auch da?

Ja, Augenblick, Augenblick, auf Wiederhören.

Hier ist Ernst Jünger. Herr Trenker, ich gratuliere Ihnen nachträglich.

Ja, Herr Jünger, dös is fesch, daß mir nach a so langer Zeit amal telefoniern mitananda - warum seins denn nit kummen?

Gratuliere Ihnen zu Ihrem Neunzigsten.

Ja, warum seins denn nit kummen? I hab Sie doch eingladen.

Ja, Herr Trenker, da war eine so ungeheure Postflut nach diesem Goethepreis.

Dös hab i mir scho denkt, i wär ja auch gern kummen nach Frankfurt zum Goethepreis, aber da ham mir aufm Hof Fernsehleut ghabt. I kenn ja Ihre Bücha, net, hab viel glesen, in meiner Jugend, net, »Stahlgwitter«, Ihr Kriegstagebuach, dös is bei mir zeitlebens nit anders gwesen, in die Berg.

Jawoll, jawoll.

Genauso gfährlich, net, nur der Mutige kummt durch.

Beruht auf Gegenseitigkeit.

I hab ja auch gedient, net, aber auf italienischer Seitn, guat, daß wir uns nit troffn ham, damals, net.

Aah, gutt, gutt. Sie wollten doch mal vorbeikommen, hier in Wilflingen. Wenn Sie in den Süden fahren, dann lieg ich ja auf dem Wege.

Jo, i habs net so weit bracht wie Sie, an Pour le merite hab i net, net, aber dafür hab i an Karl- Valentin-Orden.

A, hahahaha, auch gut.

Herr Jünger, dös war schad, daß sie net auf meinem Neunzigsten warn. Glückwunschtelegramm hat der Postbot nimma tragn könna, aber es war a Gehässigs dabei, der Reporter von dem deitschen Nachrichtenmagazin, a gwisser Rumpler, hat gschrieben, nach meinem Auftritt beim Bläcki Fuchsberger, im Fernsehen, wo i dös größte Alphorn der Welt blasn hab, net, sagt der, i war a Medien-Fossil, dös muaß ma sich sagn lassn, als Neunzeähriger, der a Dutzend Bücher gschriebn hat, dreißg Fülm gmacht hat, net.

Aaaach, man muß sich manches anhören.

No, Sie san ja a beutelt wordn.

Aaaah, ich hoffe, Ihnen weiter nachzufolgen, im Alter.

Sie san ja der Jüngere, Sie heißn a so und sind der Jüngere von uns zwein.

Siebenundachtzig bin ich.

Herr Jünger, passens auf, i hob mir denkt, daß mir amal was gmeinsams machn mitananda.

Das wär á große Freud für mich. *Sie, an alter Kriager, i an alter KraxIer, daß mir gstandne Leut, im Fernsehen amal mitananda was machn.*

Alte, gestandene Leut, jaja, das können wir mal machen.

Für d Jugnd, net, de wo imma alles besser weiß. Da heißts immer, der Jünger war a Nazi, und ich wär a a Nazi gwen.

Hahahahahah.

Dabei hab i ab '40 Berufsverbot ghabt, net.

Hahahaha, ja, gut, das muß man über sich ergehen lassen, heut ists auch nicht viel besser, hahahaha.

Ja, Ihnen ists auch net guat gangen bei der Preisverleihung.

Ja ja, natürlich, aber schließlich, ach Gott, ich hab schon andere Sachen durchgemacht, haha.

Ja, Herr Jünger, was meinens, daß mir - mitananda was machen? Was könntn mir denn machn, mitanand?

Ja, das kann ich noch nicht so aus dem Handgelenk sagen, aber ich kann mir schon was vorstellen.

Was - denn, ungfähr?

Ja, hin, ich kann das aus dem Handgelenk nicht so beantworten, da müssen wir mal bei einer Tasse Tee oder einem guten Wein zusammensitzen, dann kommen uns schon Gedanken. Wenn Sie erst in Wilflingen sind, dann kommen wir schon drauf. *Was hams denn für nächste Pläne?*

Ach, das ist bei mir ein Laster, im März erscheint wieder etwas Neues und ich bin ja auch bei meiner zweiten Gesamtausgabe, das sind achtzehn Bände, das ist 'ne Mordsarbeit.

A soviel Bücher hab i net gschriebn, aber dafür hab i dreißg Fülme gmacht, ham Sie amal Fülme gsehn von mir?

Aaah, ja, natürlich, ich habe Sie verfolgt, aber das geht schon vor's Dritte Reich zurück, die Lektüre Ihrer Bücher, und Filme habe ich auch von Ihnen gesehen.

Was war denn der liabschte Film von mir, Herr Jünger?

Ich habe den zwei- oder dreimal gesehen, da oben, wo Sie die Steine loslassen, im Gebirge.

Aaah, der, jo dös is a alter schöner Fülm von mir. Jetza schaugns, der Geza von Cziffra hat mir an Zeitungsausschnitt gschickt, da is aso junger Mann, Wenders heißt der, der fahrt da nach Amerika und verhaut da Millionen Mark, und dann sagt er, er hat kaa Gschicht zum Erzähln. Und jammert und jammert. Wir san damals, vieradreißig, wia i mein » Verlornen Sohn« gmacht hab, net, mit der Handkamera übern Teich; hams gedreht, hams im Kasten ghabt in nullkommanix, san wieder her, hams gschnitten; hamsa gsagt, ouh, Luis, dös nimmt der Goebbels net ab, wegen die katholischen Szenen; hab i gsagt, abwarten, Tee trinken, net, dann ham mir bei der Premiere zwanzig Vorhänge ghabt und der Goebbels war oben in der Loge und hat stehend geklatscht. Weil er war a böser Mensch, aber was a guata Fülm war, dös hat er verstanden.

Aaaah, den kenn ich ja auch persönlich - ah, da fällt mir auch grad der Name von Ihrem Film ein: »Berge in Flammen«, hab ich ein paar Mal gesehen, hat mir se r gut ge en. Au mich hat der Goebbels keinen so großen Eindruck gemacht. Er hat ja zu mir gesagt, mir hätt' er goldene Brücken gebaut, aber ich wär nicht drübergegangen. Da war ich aber ganz vernünftig, hahaha**.**

Jojo, die goldnen Brückn, da ist drunter meistns a Sand. Herr Jünger, daß mir da amal vielleicht schaun, daß mir mitanand amal was machen können, net.

Ja, jetzt kommen Sie erst einmal vorbei, dann sehen wir's schon. Also, Herr Trenker.

Ja, guate Gsundheit, Herr Jünger, auf Wiederschaun!

Wiederhörn.

_

Konkret 12/82, S. 51

Stefan Aust

Konkret-Extra
Fememord – Bericht aus der rechtsradikalen Szene

Nach offizieller Darstellung gibt es in der Bundesrepublik 75 rechtsradikale Organisationen, nach unabhängigen Schätzungen 135 neo-nazistische Gruppen und Grüppchen. Trotz wachsender Brutalität spüren Verfassungsschützer immer noch lieber linken Lehrern als rechten Bombenlegern nach. Das hat sich auch nach dem Attentat vom Münchner Oktoberfest im September 1980 kaum geändert. Täter aus der rechtsradikalen Szene gelten immer noch als Einzelgänger. Dabei sind Bluttaten die Folge des neonazistischen Mummenschanzes. KONKRET dokumentiert einen Fememord unter Hamburger Rechtsradikalen

Dokumentation: Brigitte Beisser

Morgens um 6 Uhr war er nicht zum Dienst im Axel-Springer-Haus in der Hamburger Kaiser-Wilhelm-Straße erschienen. Doch die Gruppe der Sicherheitsleute war auch ohne ihn stark genug.

Erst am Spätnachmittag des 29. Mai 1981 erhielt der Geschäftsführer der Firma »Allgemeine Sicherheitsdienste GmbH« einen Anruf, wo der fehlende Wachmann war. Er lag in der Feldmark der Ortschaft Stemwarde und war tot. 21 Messerstiche hatten seinem Leben ein Ende gemacht.

Sein Name war Johannes Bügner, er wurde 27 Jahre alt. Seit dem 5. Januar 1981 hatte Bügner bei den »Allgemeinen Sicherheitsdiensten« gearbeitet. Eine Woche lang war er bei der Bundesbahn als Sicherungsposten ausgebildet worden. Er galt als zuverlässig, aber etwas verträumt. Deshalb wurde er abgelöst. »Es wäre zu gefährlich gewesen, wenn er als Sicherungsposten für die eingesetzten Arbeiter einen Zug übersehen hätte«, erklärte sein Vorgesetzter den Wechsel. Stattdessen wurde Bügner im Springer-Verlag eingesetzt.

Was man dort nicht wußte - oder was niemanden störte: Johannes Bügner gehörte zur Kerntruppe der Hamburger Neo-Nazis. In seiner Wohnung fand die Polizei eine Hakenkreuzfahne, Stempel mit NS-Emblemen, Aufkleber »Jetzt NSDAP«, einen Signalrevolver Marke »Röhm«, einen Schußapparat mit Ladungen, Gaspatronen, ein Fahrtenmesser und umfangreiches NS-Schriftmaterial.

In den Akten der Staatsschutzabteilung bei der Hamburger Polizei war Johannes Bügner als Teilnehmer einer Schlägerei von Jung-Nazis mit Polizisten verzeichnet. Unter anderem. Der junge Mann war Mitglied der »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« (ANS) gewesen, einer rechtsradikalen Schlägertruppe, gegründet von dem ehemaligen Bundeswehr-Leutnant Michael Kühnen.

Im »Kampfprogramm« der ANS hieß es:

»Die Aktionsfront Nationaler Sozialisten ist der Zusammenschluß deutscher Patrioten für Großdeutschland. Die ANS fordert auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker den Zusammenschluß aller Deutschen zu einem Großdeutschen Reich. Die ANS fordert den Ersatz des abgewirtschafteten liberalkapitalistischen Systems durch eine wirkliche Demokratie, d.h. den ständisch organisierten starken Volksstaat.«

Die Forderungen: »Aufhebung des NS-Verbots«, »Baustopp für Atomkraftwerke«, »Kampf dem Kommunismus«.

Es war eine Truppe von kaum mehr als 20 Leuten, die auftrat in schwarzen Lederjacken und schwarzen Hosen, schwarzen Stiefeln und schwarzen Hemden, mit Totenkopfabzeichen auf den Kragen und schwarz-weiß-roten Armbinden mit stilisiertem Hakenkreuz.

Am Tag als er starb, trug Johannes Bügner Zivil. Der Obduktionsbefund vermerkt: »Die Sektion der Leiche ... ergab ... 14 in verschiedener Richtungsanordnung liegende Stichverletzungen auf dem Rücken und der linken Schulterhöhe. Eine weitere quer verlaufende Stichverletzung im Nacken, sieben Stichverletzungen im Bereich der linken Achselhöhle, eine Einstichverletzung neben dem Brustbein, eine breite klaffende Schnittverletzung an der rechten Halsvorderseite. Eine Durchtrennung des rechten Nasenflügels, zahlreiche Abwehrverletzungen an der Außenseite des linken Unterarms«. Johannes Bügner war regelrecht abgeschlachtet worden.

Als Täter wurden schon am nächsten Tage seine ehemaligen Kameraden aus der Neo-Nazi-Szene identifiziert. Ein Jahr später standen sie vor Gericht. Zwölf Tage dauerte der Prozeß vor dem Landgericht Lübeck. Das Urteil: Lebenslänglich für die beiden Haupttäter, Freiheitsstrafen wegen Beihilfe für die drei anderen.

Alle Angeklagten waren geständig.

Der ehemalige Bundeswehr-Unteroffizier Friedhelm Enk, 29, war das Werkzeug der Tat. Er führte das Messer. Ein stiernackiger, kraftstrotzender Mann, der sich vorzugsweise in Leder kleidete. Seine Heimat war die Bundeswehr gewesen, wo er eine Nahkampfausbildung absolviert hatte; mehrfach ausgezeichnet und am Schluß unehrenhaft entlassen.

Der Anstifter hieß Michael Frühauf, 25. Ein schmächtiger blasser Brillenträger in Schlips und Kragen. Verklemmt und tierlieb, mit enger Mutterbindung. Als selbsternannter Chef des »Abschirmdienstes« der »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« hatte er Enk den Auftrag zur Ermordung Bügners erteilt. Frühauf erklärte im Prozeß, daß er V-Mann des Verfassungsschutzes sei und nur als Beobachter bei der Tat dabei war. Tatsächlich war er Informant des Verfassungsschutzes, aber das nutzte ihm nicht viel. Wie Enk erhielt auch er eine lebenslange Freiheitsstrafe. Und dann waren da noch die Zwillinge Olaf und Torsten König, 20, Helfer und Mitwisser der Tat. Wegen Beihilfe zur schweren Körperverletzung erhielten sie zwölf bzw. zehn Monate Freiheitsstrafe. Der fünfte Mann war Willi Wegner, 30. Ihn verurteilte das Gericht zu 18 Monaten.

Täter und Opfer kamen aus derselben rechtsradikalen Szene.

*

Am 7. April 1981 gab das Bundesjustizministerium Zahlen über die Strafverfolgung rechtsextremer Terroristen bekannt. Danach befänden sich 19 Täter in Strafhaft, 14 Beschuldigte in Untersuchungshaft. Es liefen 70 Ermittlungsverfahren. Unter Anklage standen 52 Personen, zwölf würden noch mit Haftbefehl gesucht. Insgesamt waren 89 rechtskräftige Urteile ausgesprochen worden, wobei die höchsten Schuldsprüche in fünf Fällen zwischen fünf und 15 Jahren Freiheitsentzug lagen. Zum Stand der Verfahren mit allgemein rechtsextremistischem Hintergrund unter Einbeziehung terroristischer Straftaten wurden genannt: 489 rechtskräftige Urteile, 124 nicht rechtskräftige Urteile, 114 Anklagen und 141 Ermittlungsverfahren.

*

Bei den Beteiligten am Bügner-Mord finden sich die klassischen nationalsozialistischen Typen wieder - im kleinen, aber nicht weniger gefährlich: der Anstifter oder Schreibtischtäter; das bedenkenlos jeden Befehl ausführende Werkzeug; die Mitläufer, die hinterher von nichts gewußt haben. Beginnen wir bei ihnen, denn sie sind die »Basis der Bewegung«, sozusagen die »Normalen«, mit Ansichten, die gar nicht so weit entfernt sind von den Ansichten der Normalbürger: der alltägliche Faschismus.

Olaf und Torsten König, Zwillinge, zur Zeit der Tat 19 Jahre alt. Der Vater war Platzmeister bei einer Kokerei in Hamburg, die Mutter Hausfrau. Der Vater, Mitglied der SPD, Betriebsrat; eine sozialdemokratische Familie. Olaf und Torsten besuchten die Sonderschule. Mit 15 wurden sie »ins Leben entlassen«. Danach fuhren beide eine Zeitlang als Decksleute auf Binnenschiffen. 1977 lernte Olaf König im »McDonalds« im Stadtteil Eppendorf, damals Treffpunkt der Hamburger NS-Szene, zufällig Michael Kühnen kennen. Einige Wochen zuvor hatte Olaf König im Fernsehen einen Beitrag über die Gründung der »ANS« gesehen. »Ich muß sagen, daß ich mich in meiner politischen Einstellung zu den Leuten im nationalen Lager hingezogen fühlte«, erklärte er später. »Dies war aber rein gefühlsmäßig und nicht durch die Erziehung seitens meiner Eltern bedingt. Bis dahin hatte ich mich aber in keiner Weise politisch betätigt. An dem betreffenden Abend in dem Lokal hatte ich reichlich Alkohol getrunken.« König entdeckte am Nebentisch zwei Personen in SA-ähnlicher Uniform, eine davon kam ihm aus dem Fernsehen bekannt vor. Es war Michael Kühnen. Durch den Alkoholkonsum mutig geworden, setzte sich Olaf König zu den beiden. Man kam ins Gespräch, fand Gefallen aneinander.

Am Ende des Abends nahm Kühnen den l(5jährigen Olaf mit nach Hause und zeigte ihm seine NS-Utensilien: Bilder, Schriften, Fahnen, Abzeichen, Erinnerungsstücke. Zum Abschied schenkte er Olaf eine schwarz-weiß-rote Armbinde und NS-Aufkleber.

Olaf zeigte seinem Bruder die Mitbringsel. Torsten, eifriger »Landser«Leser, war begeistert. Spontan gab er Olaf Geld, um eine NS-mäßige Ausrüstung mit Stiefeln und schwarzen Hosen einzukaufen. Er selbst mußte am nächsten Tag wieder aufs Binnenschiff.

Die Zwillinge waren sich einig, daß sie bei den »Rechten« mitmachen wollten. Endlich sollte etwas geschehen, was wenigstens entfernte Ähnlichkeit mit dem Auftreten der Helden in ihrer Lieblings-Fernsehserie hatte. Es war die Sendereihe »Vor 40 Jahren«, sonnabends im Dritten Fernsehprogramm, in der in Originalbild und -ton die Propagandawochenschauen des Dritten Reiches vorgeführt werden.

»Mich hat das immer so fasziniert. Fackelzüge nachts und so. Das kann man vergleichen mit den Cliquen heute. Einige haben ihr Idol in Elvis Presley. Und für andere war das eben die Partei. Man sah da eben etwas Mächtiges ... Da gibt es keinen Stumpfsinn, da gibt es keinen Mist, da ist nichts vorgezeichnet, weil die Zukunft noch ungewiß ist. Für uns ist alles

schon gewiß, was kommt. In der Bewegung, wie sie da im Fernsehen gezeigt wurde, war das anders. Die kannten ihre Zukunft nicht, die marschierten in etwas rein, das sie nicht kannten. Und das hat mich fasziniert.«

Mit dem Staat von heute jedenfalls wollten die Zwillinge Torsten und Olaf König nichts zu tun haben: »Bei diesen 'demokratischen Parteien', da macht mich nichts an. Herr Schmidt mag ja ein fähiger Politiker sein, aber er kann nicht mitreißen. Wir haben gerade wieder eine Bundestagsdebatte im Fernsehen gehabt. Das gibt uns nichts ... Dieser Staat, in dem wir leben, ist doch total verschnullt. Das ist doch ein Jammerlappen-Staat. Ich will zu etwas heraufblicken. Ich hätte das ganz gerne: ein Volk, das richtig zusammenhält.

Uns wird immer gesagt: 'Die Alten haben euch alles schön aufgebaut, und ihr könnt hier jetzt leben'. Ich versteh was anderes unter 'leben'. Die Leute hier lassen sich doch die Dreckarbeit von den Ausländern machen, die sind doch alle träge geworden. In meinen Augen sind das alles nur faule Schweine. So darf man einfach nicht leben. ich finde mich nicht damit ab. Als erstes muß man die Ausländer rausschmeißen. Und dann muß das Volk viel dichter zusammenrücken ... Die Penner werden der Arbeit zugeführt. Wenn man das immer im Fernsehen sieht, wie das Sozialamt randvoll ist. Ja, was sitzen denn da für welche? Die gehen mit dem Geld raus, setzen sich auf die Parkbank und schlucken einen. Die werden auch der Arbeit zugeführt, damit sie überhaupt als Menschen noch tauglich sind. Das sind doch gar keine Menschen, die auf der Parkbank rumliegen und sich einen schlucken. Die sind für den Lebenskampf völlig ungeeignet. Und das wird abgeschafft. Wie heißt das? Aus einer hügeligen Landschaft werden wir eine glatte machen ... Und die anderen, die sich einer menschlichen Kultur nicht anpassen, die schicken wir irgendwo in die Negerdörfer. Die jagen wir nach Afrika. Oder in die Wüste. Ein paar Terroristen haben sie doch auch mal in der Wüste abgesetzt. So machen wir es auch. Der ganze Rest fliegt raus. Aber eins muß ich dazu sagen: sie bleiben ja am Leben. Und das Grundgesetz, das diese Sachen alle ein bißchen hemmt, das wird auch abgeschafft. Dann gibt es kein Grundgesetz mehr. Nur so kann man alles ändern. Es gibt einfach zu viel Verwahrlosung.«

Soweit der ideologische Überbau. Dazu kommt die emotionale Komponente. Torsten sagt: »Wenn mich einer lobt, dann bin ich wie eine Maschine. Lob ist für mich das Größte. Wenn einer mich lobt und mir sagt, ich soll mit einer Heugabel auf einen Panzer zulaufen, würde ich das glatt tun.« .

Führer befiehl, wir folgen.

Die Brüder König, gerade 16 Jahre alt, wurden Mitglieder von Michael Kühnens »Aktionsfront Nationaler Sozialisten«. Sie kauften sich schwarze Uniformen und Stiefel und gingen zu den regelmäßigen Treffen der ANS. Die »schwarzen Sachen« mußten sie bei der Rückkehr immer bei einem Freund verstecken, weil sie sich in ihrer NS-Kluft nicht zu Hause sehen lassen durften. Jeden Freitag war Treffen der Hamburger Neo-Nazis im Lokal »Egerländer« in St. Georg.

Weil sie noch so jung waren, wurden die König-Zwillinge nur ausnahmsweise mit zu größeren öffentlichen Aktionen genommen. Sie brauchten auch keine Beiträge an die ANS zu zahlen. Sie fühlten sich als Nazis, aber nicht als »KZ-Nazis«. Da machten sie einen feinen Unterschied. »Es gibt diese Nazis, die nur nach dem Ofen schreien. Und dann gibt es die Nazis, die nur national denken, für das Land, für die Interessen eines Volkes. Und dazu würden wir uns zählen.«

Es war eine schöne Zeit, so erinnern sich die Zwillinge, die Saufabende und die Aktionen. Saalschutz für die NPD mußten sie einmal machen. »Überall waren die Roten. Und wir waren nur acht Mann. Und wir ja nun drauflos.« Als Kühnen noch dabei war, bestand die Truppe aus Leuten, die keiner Prügelei aus dem Wege gingen, »Leute vom Land, mit solchen 'Muckis'. Später kamen dann die Maulhelden á la Frühauf«.

*

Auszug aus dem Buch »Die Auschwitz-Lüge« von Thies Christophersen. Auflage: über 100.000 Exemplare. Christophersen schildert in diesem Neo-Nazi-Bestseller seine »Erlebnisse« als SS-Mann in Auschwitz: »Mir fiel auf, wie elegant unsere Häftlinge gekleidet waren. Zwar mußten sie ihre Sträflingskleidung tragen, aber ihre Wäsche, Strümpfe und Schuhe waren einwandfrei und tipptopp. Auch an Schönheitspflege fehlte es nicht ... Lippenstift, Puder und Schminke gehörten mit zu den Utensilien der weiblichen Häftlinge. Kahlgeschorene Jüdinnen gab es in meiner Zeit in Auschwitz nicht mehr. Doch habe ich mir berichten lassen, daß es so etwas mal in Auschwitz gegeben haben soll. Aber der Anblick sei so schrecklich gewesen, daß selbst die hartgesottensten SS-Führer ihn nicht ertragen konnten ... Ich habe während meiner Zeit in Auschwitz nicht die geringsten Anzeichen von Massenvergasungen bemerkt ... Oberhaupt wurden die Hafterleichterungen immer großzügiger.. Doch das deutsche Volk glaubt weiter an die Massenmorde in den Konzentrationslagern. Warum eigentlich?«

*

Eine Aktion der ANS im Mai '78 fiel besonders auf. Die Mitglieder hatten sich Eselsköpfe aufgesetzt und Schilder umgehängt: »Ich Esel glaube immer noch daran, daß Juden vergast wurden«. Damit wollten die Zwillinge nichts zu tun haben. »Das war der völlige Affenkram. Es waren die Älteren in der Partei gewesen. Was da auf den Schildern stand, ist doch der totale Quatsch. Das ist logisch, daß sie welche umgelegt haben. Auschwitz-Lüge? Das ist doch Blödsinn... Man muß sagen: ja, stimmt. Hat stattgefunden. Waren aber andere Menschen. Wir wollen was ganz anderes. Wir sind neue Menschen. Wir haben keine ermordet.«

*

Eine Studie des Meinungsforschungsinstituts SINUS über rechtsextremistische Einstellungen ergab 1981, daß 13 Prozent der deutschen Wähler ein rechtsextremes Weltbild haben: überspannter Nationalismus, Fremdenhaß, Hochschätzung der »Tat«, Eintreten für Disziplin und Härte, der Ruf nach dem starken Mann und dem eisernen Besen. Ganze sechs Prozent der Wahlbevölkerung begrüßen nach der Studie sogar rechtsextremistische Gewalttaten.

*

Spätestens seit dem Bombenanschlag beim Münchner Oktoberfest mußten sogar die Verfassungsschutzbehörden einsehen, daß die Gefahr eines rechtsextremistischen Terrorismus und eines entsprechenden Gewalt-Sympathisantentums dem linksextremen zumindest gleichkommt, wenn nicht überlegen ist. Doch anders als bei »linksradikalen« Anschlägen gelten »rechtsradikale Taten«fastimmeralsdieTatenvonEinzelpersonen.DabeiistdasGej7echtderneonazistischen Beziehungen außerordentlich eng. Fast immer gibt es personelle Querverbindungen zwischen den Beteiligten eines Anschlages und neonazistischen Gruppierungen im In- und Ausland. So war der Täter vom Oktoberfest-Attentat Mitglied der Wehrsportgruppe Hoffmann. Hoffmann und seine Lebensgefährtin sitzen unter dem Verdacht im Gefängnis, einen jüdischen Verleger ermordet zu haben. Der Forstmeister in der Lüneburger Heide, bei dem ein ganzes Waffenlager gefunden wurde, hatte Verbindungen zu verschiedenen rechtsradikalen Gruppierungen, unter anderem auch zur Wehrsportgruppe Hoffmann. Und auch die ANS hatte enge Beziehungen zu anderen Nazi-Gruppen in der Bundesrepublik, in den USA, in Frankreich und Belgien.

In der Zeit vom 12. bis 14. Januar 1979 hielt die WSG Hoffmann eine » Wehrsportübung« ab. Auf die Anfrage des bayerischen SPD Landtagsabgeordneten Karl-Heinz Hiersemann nach Möglichkeiten des Verbots solcher Übungen antwortete der damalige bayerische Innenminister Tandler.- » Wenn sich eine Vereinigung an die allgemein gesetzlichen Regelungen, wie zum Beispiel das Uniformverbot - wobei das Uniformverbot des § 3 des Versammlungsgesetzes nur für das Tragen in der Öffentlichkeit oder in einer Versammlung gilt -, das Waffengesetz, die Naturschutzgesetze, die Straßenverkehrsordnungen und so weiter halt, kann die Abhaltung von 'Wehrsportübungen' nicht unterbunden werden. Der 'Wehrsport' selber ist nicht strafbar.«

Im März 1980 erklärte der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß gegenüber einem Mitarbeiter des französischen Fernsehens zur WSG Hoffmann: »Dieser Hoffmann, der wirklich wie ein Kasper aussieht! Diese Type bekommt Fabelsummen für ein Interview. Wenn niemand von diesem Schwachkopf reden würde, wer würde seine Existenz bemerken? Mein Gott, wenn ein Mann sich vergnügen will, indem er am Sonntag auf dem Land mit einem Rucksack und einem mit Koppel geschlossenen Kampf*anzug spazierengeht, dann soll man ihn in Ruhe lassen. «*

Am 4, September 1980 erklärte Tandler in einem Interview mit dem Deutschlandfunk. »Wer die Lage kennt ... der weiß, daß es zwar einen Rechtsextremismus gibt, aber daß die eigentlich großen Gefährdungen von Seiten des Linksextremismus kommen. Man soll nicht ein Schattenreich aufbauen, eine Schattengefahr aufbauen, über das hinaus, was existiert. «

A m 26. September 1980 detonierte auf dem Münchner Oktoberfest eine Bombe. Dabei kamen dreizehn Menschen ums Leben. 219 Personen wurden zum Teil sch wer verletzt. Der mutmaßliche Attentäter Gundolf Köhler kam bei dem Anschlag selbst ums Leben. Nach Verfassungsschutzangaben wurde er bis 1979 als aktives Mitglied der WSG Hoffmann in deren Kartei geführt und hatte an Wehrsportübungen teilgenommen. Die genauen Hintergründe des Anschlags sind bislang noch nicht geklärt.

*

Der Übergang vom rechtsradikalen Theater bis zur grausamen Bluttat ist kurz. Oft entwickelt sich die »Einzeltat« eines »Einzeltäters«, wie es dann später heißt, ganz »spontan« oder als Ergebnis eines rasend schnell ablaufenden gruppendynamischen Prozesses. Das sieht dann - und die Gerichte neigen dazu, es so zu betrachten - wie eine unorganisierte Spontanhandlung aus. Aber rechtsextreme Gewalttaten entstehen aus der Pflege rechtsextremen »Gedankengutes«, aus der grotesken Wiederbelebung nazistischen Mummenschanzes.

So spielten die Mitglieder der »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« zunächst Krieg. Sie veranstalteten Geländeübungen mit Lagerfeuern und gemeinsamen Saufen.

Besonders viel war los, wenn sich das Fernsehen wieder einmal zu Filmaufnahmen angesagt hatte. Dann demonstrierten die Jung-Nazis vor der Kamera ihre militanten Wehrsport-Übungen.

Kontakte wurden aufgenommen zu diversen anderen rechtsradikalen Gruppierungen. So zur Wehrsportgruppe Hoffmann in Nürnberg, zu französischen und belgischen Neo-Nazis. Die ANS hatte ein großzügig bemessenes Parteibüro in Hamburg St. Pauli. Mitten im Raum stand ein riesiger Tisch mit weißer Decke. Zu den Treffen kam das Fußvolk zuerst. Dann flog die Tür auf und Michael Kühnen erschien. Einer schrie: »Achtung«. Alle knallten die Hacken zusammen, rissen den Arm hoch, und Kühnen marschierte durch das Spalier zu seinem Platz. An seiner Seite durfte jedesmal ein besonders auserwählter Parteigenosse sitzen. Torsten König: »Das war ganz zünftig. Die haben alle die Schnauze gehalten, wenn Kühnen am Reden war. Das war stark. Sehr gut.«

Kühnen hielt programmatische Ansprachen oder erläuterte seine Aktionspläne für die nähere und weitere Zukunft. Am Schluß hieß es dann: »Versammlung beendet«. Es gab etwas zu essen und reichlich Bier.

Mitglied der ANS war schon zu dieser Zeit Michael Frühauf, der zu den Treffen häufig im schwarzen Anzug mit Krawatte erschien. »Der sah schon damals wie ein Kripo-Mann aus«, erinnert sich Olaf König. Kühnen selbst hatte Frühauf angeschleppt. Zu Olaf hatte er gesagt: » Ich hab hier so einen Bürohengst kennengelernt. Erzähl dem mal was«. Torsten hätte ihm am liebsten »gleich eine reingehauen«. »Das war ein Spinner. Man wußte genau, der kann einem nie beistehen. Eine Memme war das. Aber große Sprüche hatte der immer drauf.«

Bei jeder Gelegenheit, in der U-Bahn, im Schnellimbiß, überall grüßte Frühauf mit erhobenem Arm, Hackenzusammenknallen und lautstarkem »Heil Hitler«. Wenn es zu Konflikten mit Leuten kam, die derartigen Nazi-Ritualen keinen Gefallen abgewinnen konnte, war Frühauf immer schnell verschwunden.

Wegen seiner großen Nazi-Sprüche auf der Straße vor dem ANS-Büro auf St. Pauli gab es Ärger mit der Hausvermieterin, die Räume wurden gekündigt. Die Aktivitäten der Jungnazis wurden daraufhin in die Privatwohnung einer Frau Demitriades verlegt. Ein ANS-Mitglied, Philip Schönmann, nach eigenem Eingeständnis Päderast, hatte ein Verhältnis mit dem damals etwa 15 Jahre alten Sohn der Frau Demitriades. Dafür wurde Schönmann vor Gericht gestellt.

Schönmanns Spitzname bei der Truppe war »Tausendschön«. Kurz nach Kühnens Inhaftierung am 3. August 1981 übernahm er die Wortführerschaft. Bei den Treffen wurden »germanische« und »nationalsozialistische Lektüre« gelesen, und Platten (NS-Musik und Märsche) abgespielt, es wurde »diskutiert«. Auch Frühauf führte das große Wort.

Die König-Zwillinge waren von den »Vorlesungen« und »Labereien« bald erheblich frustriert. »Da holt man sich bloß müde Füße. Viele sind damals nicht wieder hingegangen. Was wir wollten, war, den Roten auf die Birne klopfen. Sowas wollten wir: Alle in einen Wagen, irgendwo vorfahren. Pfiff. Alle raus. Rein in die Bude. Und drauf mit dem Knüppel. Knack, knack, daß keiner mehr steht. Wir haben uns ja nicht als eine Schulungsgruppe betrachtet, sondern als Schlägerkommando.«

*

Ende 1980 zählte das Bundesamt für Verfassungsschutz 75 rechtsradikale Organisationen mit rund 19.800 Mitgliedern. 22 der Gruppen werden zu den neonazistischen gerechnet. Der »Pressedienst Demokratische Initiative« kam sogar auf etwa 135 Organisationen. Die Zahl der Gruppen und Grüppchen ist kaum überschaubar, denn viele von ihnen werden gegründet, machen nur kurz durch Anschläge und Publikationen auf sich aufmerksam und lösen sich danach wieder auf. Außerdem sind häufig dieselben Personen Mitglieder verschiedener Organisationen. 77 Prozent der Neo-Nazis sind nach 1936 geboren, haben also das Dritte Reich nicht mehr bewußt miterlebt. Die Altersgruppe von 20 bis 30 ist mit 46 Prozent vertreten, die 30 bis 40jährigen mit 18 Prozent und die Gruppe der Jugendlichen unter 20 mit 23 Prozent. Mehr als die Hälfte der Neonazis sind Arbeiter, kleine Angestellte und Auszubildende. Die Zahl der Arbeitslosen scheint besonders hoch zu sein.

*

Nach Kühnens Verhaftung tauchte auch ein neuer Mann in der Gruppe auf. Sein Name war Johannes Bügner. Sofort gab es Konflikte mit den Königs. Bügner hatte den »großen Mann« markiert und Torsten angemacht. Frühauf hatte dazu gegrinst und dafür - genauso wie Bügner - von Torsten König »eins aufs Maul« bekommen. Nach diesem Vorfall tauchten die König-Zwillinge kaum noch bei der ANS auf.

Johannes Bügner war das jüngste von fünf Kindern, geboren am 9. August 1954 in Bärenbach im Hunsrück. Als Zweijähriger fiel er in einen Zuber mit kochendheißem Wasser und erlitt Verbrennungen dritten Grades. Fast drei Monate mußte er im Krankenhaus zubringen. Er blieb schwächlich, konnte beim Spielen und später beim Sport mit den anderen nicht mithalten, wurde wegen seiner körperlichen Behinderung oftmals gehänselt.

Johannes Bügner wurde zum Einzelgänger, enge Beziehungen hatte er lediglich zu seiner Mutter. In der Schule kam er gut zurecht, danach wollte er Einzelhandelskaufmann werden. Doch nach zwei Jahren brach er die Lehre ab, ebenso zwei weitere Versuche, einen Beruf zu erlernen. Seine Mutter ließ ihn in der Uni-Klinik Bonn untersuchen. Die Ärzte stellten ein »psychisches Leiden« fest, das im Anschluß auch »psychiatrisch behandelt« wurde. Im Rehabilitationszentrum des Berufsförderungswerkes in Heidelberg schloß Bügner 1974 eine Lehre als Industriekaufmann ab.

Danach mußte er zur Bundeswehr. Er verpflichtete sich für vier Jahre, mußte aber schon nach drei Jahren ausscheiden. Bei der Truppe war Johannes Bügner nicht länger erwünscht - er war homosexuell.

Nach seiner Wehrdienstzeit absolvierte Bügner einen Verwaltungslehrgang und arbeitete dann in der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg.

In seiner Freizeit spielte der brave Bügner Nazi. Sein Idol war Michael Kühnen, Gründer und Chef der »ANS«. Kühnen war aber inzwischen ins ehemalige Zuchthaus Celle, Hochsicherheitstrakt, eingefahren. Vier Jahre hatte er bekommen, wegen »NS-Propaganda« und einer langen Latte ähnlicher Delikte. Die Mitglieder seiner »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« befanden sich in Wartestellung, junge »Alte Kämpfer«, die auf die Rückkehr ihres »Führers« hofften. Michael Kühnen hatte die Hamburger Neo-Nazi-Szene rund drei Jahre zusammengehalten. Er war das Zentrum der »Bewegung« gewesen. Nach seiner Inhaftierung lief in Hamburg nicht mehr viel.

Johannes Bügner, der Kühnen nie persönlich getroffen hatte, wartete auf die Freilassung des ehemaligen Bundeswehr-Leutnants. Am 18. Mai 1980 schrieb er einen Brief an Kühnen. »Sehr geehrter Kamerad Michael! - Du kennst mich nicht. Ich war aber bei Deinem letzten Prozeß (Hamburg) im Gerichtsgebäude, wenn ich auch aus Dir bekannten Gründen nicht hineinkam. Ich bin erst seit neun Monaten in Hamburg. Hoffentlich bist Du bald wieder frei. Du fehlst uns allen. In diesem Sinn. Alles Gute. Mit kameradschaftlichem Gruß J. Bügner«.

Sechs Wochen später informierte Bügner den »Führer« über seine Fortschritte bei der Integration in die rechte Szene. »Bei mir fängt es nun auch langsam an. Hausdurchsuchung, Beschlagnahme (darunter sogar ein Brief der ANS), Ermittlung wegen angeblicher Sachbeschädigung irgendwelcher Ausländerläden und 86 a. Aber mögen sie noch so toben: Was uns nicht tötet, macht uns nur noch härter! Einst kommt der Tag. Mit dem besten Gruß 88 und der Hoffnung, Dich bald wiederzusehen. Unsere Ehre heißt Treue. Dein Kamerad Johannes«.

Die Zahl 88, Standard-Formel neonazistischer Briefeschreiber, markiert den achten Buchstaben im Alphabet: das H. 88 heißt »H.H.« also »Heil Hitler«.

Nach Kühnens Inhaftierung am 3. August 1978 hatte sein früherer Stellvertreter bei der ANS, Christian Worch, die Führung der Gruppe übernommen. Als dieser am 24. März 1980 ebenfalls ins Gefängnis mußte, sprang Michael Frühauf ein. Sein Vater war ehemals Offizier der Waffen-SS, zuletzt Obersturmbannführer und Mitglied der »Hilfsorganisation ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS« (HIAG). Von ihm wurde Michael Frühauf schon in jungen Jahren zu Nazi-Versammlungen und Kranzniederlegungen mitgenommen.

Michael Frühauf war ein Einzelkind, geboren am 11. August 1956 in Hamburg. Er war ein Acht-Monats-Kind, von seiner Mutter umhätschelt und verwöhnt. Spielkameraden hatte er nie, auch nicht in der Schule. Die Eltern ließen sich zweimal scheiden und heirateten wieder. 1976 starb der Vater an Darmkrebs. Die Mutter, 20 Jahre jünger als ihr Mann, heiratete vier Monate später den Elektriker Manfed Sühl, mit dem sie schon im ersten Stock des Hauses zusammengelebt hatte, als ihr erster Ehemann im Erdgeschoß todkrank im Bett lag.

Die neue Ehe war nicht sonderlich glücklich. Oft verprügelte Sühl seine Ehefrau, manchmal im Beisein des Sohnes Michael. Obwohl er dem Stiefvater körperlich gewachsen war, kam Michael Frühauf seiner Mutter nicht zur Hilfe. 1977 wurde die Ehe geschieden, doch Sühl nistete sich immer wieder bei seiner geschiedenen Frau ein. Michael und seine Mutter überlegten, wie sie ihn endgültig loswerden konnten. Frühauf kam auf den Gedanken, seinen Ex-Stiefvater bei der Steuerfahndung anzuzeigen, in der Hoffnung, Sühl würde daraufhin untertauchen.

Im Januar 1979 schrieb Michael Frühauf einen Brief an einen Freund der Familie, in dem er mehrere Möglichkeiten erörterte, auf welche Weise man eine »Endlösung herbeiführen könnte«.

Frühauf wörtlich: »Bei pass. Gelegenheit ersteche ich den Sühl mit einem Messer, oder nach Besorgung einer Pistole erschieße ich ihn. Anschließend muß ich mich der Polizei stellen. Das bringt mich zwar für sechs/zehn Jahre hinter schwed. Gardinen und meine berufliche 'Karriere' ist vorbei. Wenn die Mammi aber dann zur Ruhe kommt, erscheint mir der Aufwand gerechtfertigt. Das wäre Mammi mir persönlich wert.«

Der Empfänger des Briefes nahm die Schilderung durchaus ernst. Er antwortete: »Ich weiß genau, daß Du im Grunde ein Feigling bist. Daher befürchte ich, daß Du einen Helfer aus der Terrorszene engagieren willst.«

Auch die Mutter hielt ihren Sohn für eher feige. Zu den im Mordfall ermittelnden Polizeibeamten sagte sie später, daß Michael ein Feigling sei, wenn es um seinen eigenen körperlichen Einsatz gehe. »Er will und kann sich nicht körperlich

einsetzen. Meines Wissens geht Michael grundsätzlich allen körperlichen, schriftlichen und mündlichen Auseinandersetzungen aus dem Weg. Seine Reaktion ist eher ohnmächtiges Weinen.«

Die Mutter mußte es wissen, denn zu ihr hatte Frühauf ein enges, fast intimes Verhältnis. Zu seiner Schulzeit befragt, erklärte er den Vernehmungsbeamten nach dem Mord: »Besondere Freundschaften innerhalb der Schule entwickelten sich nicht. Meine Interessen außerhalb der Schule bezogen sich nur auf meinen Hund. Ich berichtige: auf meine Mutter und meinen Hund. Da ich das sehr innige Verhältnis zu meiner Familie, insbesondere zu meiner Mutter, hatte, und das wahrscheinlich in der Schulgemeinschaft als 'Muttersöhnchen' definiert wurde, gab es für außerschulische Kontakte mit den Schulkameraden keinen Raum.«

Michael wurde, so seine Mutter, »nach völlig veralteten Traditionen und sehr streng erzogen«. Die Mutter kannte das nicht anders: »An erster Stelle stand die Pflicht der Familie und dem Vaterland gegenüber. Das hat allerdings nichts mit Nationalsozialismus zu tun. Wir waren immer gute Deutsche und liebten unser Vaterland. Aufrichtigkeit und Pflichterfüllung kam an erster Stelle.«

Kein Wunder, daß es in der Schule Schwierigkeiten am laufenden Band gab. Eines Tages wurde im Fach »Sexualerziehung« ein Film über eine Geburt gezeigt. »Ein schweinischer Film«, sagte Frühauf später den Ermittlungsbeamten. »Ich habe diesen Film aber nicht weiter angesehen, da ich den Klassenraum verlassen und mich übergeben mußte.« Der Beamte: »Eine Geburt ist für mich der natürlichste Vorgang der Welt. Daran ändert auch eine Verfilmung nichts. Was ist für Sie daran schweinisch?«

Frühauf: »Ich stimme Ihrer Auffassung nicht zu. Die Geburt ist zwar natürlich, dennoch eine Verfilmung ist unappetitlich. Ich berichtige: schweinisch. Ober das Thema Sexualität habe ich nie gesprochen. In unserer Familie stand dies auch nie an. Auch in der Schule wurde ich damit nie konfrontiert. An dieser Einstellung hat sich bis heute nichts geändert.«

Die Mutter war ganz froh, daß ihr Sohn nach einer Lehre als Anwaltsgehilfe im Herbst 1977 Michael Kühnen kennenlernte. Zu Hause schwärmte Frühauf - so erzählt die Mutter - von seinen Ideen, die dahin gingen, »daß wir wieder eine saubere und ordentliche Jugend haben sollten«. Michael hatte keine Kontakte zum anderen Geschlecht, sondern er hatte jetzt seine »saubere« Nazi-Kameradschaft. Die Mutter: »Seine Welt und auch meine - blieben rein und sauber.«

Was die Mutter nicht wußte: Michael Frühauf bestellte sich beim Beate-Uhse Versandhaus pornografische Schriften und eine Sexpuppe »Modell Carmen« zu 118 Mark. Zudem fand die Polizei in seinen persönlichen Unterlagen Belege für zwei Besuche in dem Hamburger Bordell »Club Babylon«. Die Kosten - einmal 160 Mark und einmal 250 Mark - hatte er per Scheck bezahlt. Das waren wohl die einzigen sexuellen Beziehungen, die Michael Frühauf jemals hatte. Er suchte seinen Lebensinhalt in der »nationalen« Bewegung des Michael Kühnen. »Ich habe mich Kühnen zunächst nicht wegen politischer Interessen angeschlossen, sondern weil ich mich einsam fühlte. Meine politische Einstellung ist nicht nationalsozialistisch, sondern nationalkonservativ.« Politisch fühlte er sich mehr zur CDU/CSU hingezogen. Dennoch - oder gerade deswegen - nahm er an den Bierabenden der ANS, auch an öffentlichen Veranstaltungen der Neo-Nazis teil.

Nach Kühnens Inhaftierung im August 1978 gingen die Aktionen erheblich zurück. Im Herbst 1980 besuchte Frühauf zusammen mit Bügner eine »kulturelle Veranstaltung« von Südtirolern. Dort traf er zufällig den Kriminalbeamten Kott von der Staatsschutzabteilung der Hamburger Polizei. Frühauf kannte ihn von eigenen Konflikten mit der Ordnungsmacht her. Er sprach den Beamten an und sagte ihm, so behauptete Frühauf jedenfalls später, daß er etwas tun wolle, damit »diese ganzen rechten Geschichten« aufhörten. Er stelle sich die Sache so vor, daß er als eine Art »Privatdetektiv« für die Polizei arbeitete. Kott ging auf das Angebot nicht näher ein, sondern nickte lediglich mit dem Kopf.

Das sollte nicht der einzige Versuch Frühaufs bleiben, als V-Mann für Staatsschutzbehörden zu arbeiten. Und wie es V-Männer so an sich haben, verdächtigte Frühauf in der folgenden Zeit mehrere seiner NS-Kameraden, ihrerseits für den »Schmutz« zu arbeiten. Einer dieser Verdächtigten, Norbert Ohst, stieg daraufhin aus der ANS - oder dem, was von ihr übriggeblieben war, aus. Als sich Ohst darüber mit dem später ermordeten Johannes Bügner unterhielt, sagte dieser: »Dir wirft man Verrat vor, und Frühauf trinkt mit Herrn Kott Kaffee.« Bügner hatte Frühauf bei seinem Gespräch mit dem Polizeibeamten Kott beobachtet.

Weil Kühnen und Worch hinter Gitter saßen, übernahm Michael Frühauf zusammen mit einem anderen Neo-Nazi namens Schulz die Führung der ANS. Am 15. Februar 1980 schickte Frühauf im Auftrag des »Bundesorganisationsleiters der ANS Gau Hamburg« einen Rundbrief an die Mitglieder: »Ich bitte das den Kameraden Kühnen und Worch entgegengebrachte Vertrauen und die Treue auch auf den neuen Führer zu übertragen.«

Schulz sollte die eigentliche Parteiführung ausüben, während Frühauf als dessen Stellvertreter die schriftlichen Verwaltungsaufgaben übernehmen sollte. Doch Schulz trat sein »Amt« nicht an, und Frühauf war bald der tatsächliche »Führer« der ANS. Krampfhaft bemühte er sich, die auseinanderbröselnde Nazi-Truppe zusammenzuhalten. Im April 1981 organisierte Frühauf eine Veranstaltung zum 92. Geburtstag Adolf Hitlers. An der Feier im Clubraum der Gaststätte »Fiss« im schleswig-holsteinischen Neuschönnigstedt nahmen acht Personen teil. Alle, bis auf Frühauf selbst, trugen ihre

schwarzen Uniformen und Schaftstiefel. Es wurden Marschlieder und eine Goebbels-Rede vom Tonband abgespielt. Die Kassetten hatten die Gäste mitgebracht. Einer von ihnen trug ein Messer im Stiefelschaft, ein anderer hatte einen Gummiknüppel dabei.

Frühauf hatte sich inzwischen einen Decknamen zugelegt: »Alexander Brandt, Oberst«. Unter diesem Namen hielt er Kontakt zu allerlei faschistischen Organisationen und Einzelpersonen im Ausland. Zudem begann er mit dem Aufbau eines »Nationalen Sicherheitsdienstes« der ANS - der in Wahrheit nur aus ihm selbst in der Maske des »Oberst Alexander Brand« bestand.

Seinen Freunden gegenüber stellte er den »Dienst« als umfangreiche, mehrere Abteilungen und Unterabteilungen umfassende Organisation dar. Die glaubten den Hochstapeleien Frühaufs, ließen sich sogar von ihm Befehle erteilen, Befehle, die bis zum Mord gingen.

Ein neofaschistischer Mikrokosmos hatte sich hier gebildet, klein und unbedeutend und lächerlich - von außen betrachtet. Und dennoch von mörderischer Ernsthaftigkeit.

In der rechten Szene Hamburgs hatte sich eine »Schwulen- und Verräterdiskussion« entwickelt. Viele Mitglieder der neonazistischen Gruppierungen waren homosexuell. Die Männerbündelei, das Kameradschaftsgetue waren von jeher Spiegelbild unterdrückter homoerotischer Neigungen. Das war bei den rechtsradikalen Freikorps der Weimarer Zeit genauso wie bei Hitlers SA.

*

Bis zur Ermordung Röhms und der Entmachtung der SA 1934 gaben sich viele nationalsozialistische Führer noch nicht einmal sehr viel Mühe, ihre homosexuellen Beziehungen in der internen Öffentlichkeit der Partei zu verbergen.

In seinem Buch »Männerphantasien« zitierte Klaus Theweleit die Memoiren des Freikorps-Kämpfers Roßbach: »Röhm machte aus seinen homosexuellen Neigungen in seiner burschikosen Weise gar kein Hehl. Hitler wußte das seit 1926. Trotzdem hatte er ihn zum Stabschef der SA gemacht. «

Der Bereich der Homosexualität in den Männerorganisationen der NSDAP, so meint Theweleit, sei nie öffentlich sanktioniert worden, er blieb obskur und spielte dadurch bei Machtkämpfen immer eine bevorzugte Rolle. »Immer war es möglich, die 'entlarvte' Homosexualität als verkommen gegen die geltende Sittlickkeitsmoral zu halten und die Abweichler von der Norm zu ächten. Davon wurde ausgiebig Gebrauch gemacht. Manche scheinbar `politische' Auseinandersetzungen innerhalb der männlich-nationalen Organisationen scheinen sexuelle Gründe gehabt zu haben. Das reicht von Schießereien aus Eifersucht bis zu der Wahrscheinlichkeit, viele als 'Rotmord' ausgegebene Tötungen von SA-Männern im Verlauf der zwanziger Jahre würden auf interne Händel, in die Brüche gegangene Freundschaften, verstrickt mit internen Positionskämpfen, zurückgehen. Beweisen läßt sich das jedenfalls wenigstens soweit, daß in den meisten Fällen von 'Rotmord' nachweislich 'Rote' nicht beteiligt waren.«

Es war immer wieder eine Frage von internen Machtkonstellationen, ob die seit langem bekannte und geduldete Homosexualität einzelner NS-Hierarchen plötzlich als Vorwand für eine Kampagne - oder gar für Mord - benutzt wurde. »Die Denunziation des abweichenden Sexualverhaltens richtet sich also nach dem Opportunitätsprinzip«. »In dieser Funktion«, so Theweleit, »ist sie zum Hauptkampfmittel der deutschen Faschisten in ihren internen Machtkämpfen geworden. Anders als Stalin erhob Hitler gegen niemanden aus den eigenen Reihen den Vorwurf, er sei zu den Kommunisten übergelaufen, ein Agent der 3. Internationale; anstelle der politischen wurde die 'sexuelle Verfehlung' ins Feld geführt, und das bevorzugt bei Homosexualität'.

Mit ihrer Hilfe wurde nicht nur Röhm ausgeschaltet. 1938 war es der Generaloberst Fritsch, der die Nachfolge v. Blombergs als Oberkommandierender des Heeres antreten sollte - ein Posten, den Hitler aber selbst begehrte. Zunächst wurde Blomberg mit Hilfe Görings eine 'Frau mit schlechtem Ruf' angedreht. Das brachte ihn zu Fall. Fritsch wurde von Hitler mit einem Strichjungen konfrontiert, der gegen das Ehrenwort von Fritsch, er sei nicht homosexuell, den Generaloberst 'beschuldigte. Die Vorwürfe gegen Fritsch waren erfunden. «

So hatte und hat die Homosexualität in den rechtsradikalen Männerbünden eine wichtige Funktion: sie hält zusammen und ist gleichzeitig Druckmittel für Abweichler. »Mit ihrer Legalisierung«, so Theweleit, »wäre ein Bereich der Übertretung weggefallen, in den eingeweiht und aufgenommen zu werden gleichbedeutend war mit einer Zugehörigkeit zum Bereich des Geheimen wie der Machtelite. Statt des Zugangs zu gesellschaftlichen Entscheidungen gewährte sie die Freiheit, das Verbotene zu tun.

Das ist eine Fessel im doppelten Sinne: eine Fessel an die Bewegung, die dies gewährt, die aber aus der Freiwilligkeit umschlagen kann in ein Zwangsverhältnis: tust Du nicht mehr, was die Bewegung verlangt, kannst Du bloßgestellt und zur Rechenschaft gezogen werden. Hier lauert also letztendlich ein 'double-bind', ein Gegensatzpaar, das sich gegenseitig

ausschließt, und gegenseitig bedingt: Du sollst Männer lieben, aber du darfst nicht homosexuell sein. Du sollst das Verbotene tun, wirst aber dafür bestraft, wenn die Mächtigen es wollen. Die Folge ist eine gefährliche 'Gratwanderung' möglich nur, und auch nur auf Zeit, für besonders geschickte Jongleure. «

*

Das scheint bei den heutigen neofaschistischen Grüppchen nicht sehr viel anders zu sein. Einige der homosexuellen Rechten bekannten sich offen dazu, schwul zu sein. So Johannes Bügner, so Philipp Schönmann. Das wurde von der rechten Szene so lange hingenommen, wie man gemeinsam nach außen hin, viel beachtet von Presse und Fernsehen, militante Aktionen gegen die verhaßten Roten, gegen den »jämmerlichen demokratischen Staat« unternahm, solange der »Führer« Kühnen gemeinsamer Orientierungspunkt war.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1980 begann in der rechten Szene eine interne Kampagne gegen »Verräter« und »Homosexuelle«. In einem anonymen Schreiben hatte ein gewisser Buchmann, der sich vor Gericht als »gerichtsbekannter notorischer alter Nazi« bezeichnet, die homosexuellen und päderastischen Neigungen des Kameraden Philipp Schönmann angeprangert. Er hatte dazu aufgerufen, derartige Personen, bei denen es sich um Volksschädlinge handele und die dem Ansehen der nationalen Sache Schaden zufügten, aus dem rechten Lager »total und radikal« zu isolieren. Gleichzeitig forderte er Schönmann dazu auf, unverzüglich jeden Kontakt zu Angehörigen des »nationalen Lagers« abzubrechen.

Dieses »Info I« verschickte Buchmann an eine Reihe von Anhängern der rechten Szene. Bei Frühauf fielen die Anregungen auf fruchtbaren Boden. Seine enge Freundschaft zu Schönmann hinderte Frühauf nicht daran, sich seinerseits an der Schwulen-Hetze zu beteiligen. Er ging sogar noch einen Schritt weiter und nahm Johannes Bügner mit ins Visier. Schönmann, der nie ein Hehl daraus gemacht hatte, daß er Päderast war, bekam es mit der Angst zu tun. Er ging davon aus, daß er als Päderast von der Kampagne mehr bedroht sei als die anderen Homosexuellen der rechten Bewegung, unter ihnen Johannes Bügner.

Schönmann und das spätere Mordopfer Bügner kannten sich gut. »Wir haben politisch mit der Zeit sehr engen Kontakt bekommen. Wir hatten ein sehr gutes Vertrauensverhältnis und haben uns auch privat sehr häufig getroffen. Wir haben auch offen über unsere sexuellen Neigungen gesprochen, worüber wir der Gruppe gegenüber nie ein Hehl gemacht haben.«

Auch mit Frühauf war Schönmann gut befreundet gewesen. Die beiden hatten einander häufig Briefe geschrieben, in denen sich Frühauf eingehend nach Schönmanns päderastischen Neigungen erkundigt hatte, auch durchblicken ließ, daß er selbst einmal einen Jungen »sehr lieb gehabt« habe. Umso mehr erbitterte es Schönmann, als ihm das von Frühauf verfaßte »Info 2« auf den Tisch flatterte:

Hamburg, den 21. Wonnemonat 92 i.J.d.F.. (1981). Diese Information wurde verfaßt von der zentralen Ermittlungsstelle für Agententätigkeiten, Tätigkeiten von Homosexuellen und anderen Perversen sowie Kriminellen ohne politische Motivation in der rechten Szene. Bei den hier geschilderten Angaben handelt es sich um keine Gerüchte, sondern um jederzeit nachprüfbare Tatsachen ... Allgemein stellen wir folgendes fest: Homosexuelle oder andere sexuell Anormale sind für die Arbeit im nationalen Bereich nicht tragbar, weil diese und alle sexuellen Abarten nicht mit der nationalen Idee vereinbar sind. Gerade von diesen Abartigen wurde der 'Fall Röhm' des Dritten Reiches verteufelt. Wir verstehen nicht, warum das nationale Lager durch diese bewundernswerte Tat in tiefe Schuld stürzte. Gewiß meinen die Befürworter (d. Verteufelung des 'Falles Röhm'), daß es die fehlenden Schwulen waren, die am Ende des letzten Krieges zum Sieg fehlten. Wir würden dann auf die Lorbeeren verzichten. Gewarnt wird vor:

1. Bügner, Johannes, Gelegenheitsarbeiter. B. ist homosexuell und verkehrt regelmäßig in einer einschlägigen Bar (Can-Can-Club). In diesen Kreisen ist er auch unter dem Namen »Knochenlotte« bekannt. Dort trifft er seinen quasi-Lebensgefährten, der in diesen Kreisen »Kuttel« genannt wird. Johannes Bügner belästigt auch Kameraden homosexuell. Neben dieser Eigenschaft ist Bügner psychiatrisch krank und befand sich in vergangenen Jahren in psychiatrischer, fachärztlicher Behandlung...

2. Schönmann, Philipp, Karl, von Beruf Auszubildender als Schiffsmakler.

Er ist nicht nur schwul, sondern - wie er selbst zugibt - ein Päderast (Päderastie = gleichgeschl. Knabenliebe, d.h. ein Mann, der es mit männlichen Kindern treibt). Schönmann ist Regionalleiter in Norddeutschland des von einem Rene-Reiner Muschialik (Bolschewist!) geführten Arbeitskreises für Päderastie (A.K.P.)... Ferner bestanden im Herbst 1979 Kontakte zwischen Schönmann und einem Beamten des Verfassungsschutzes (Herr Eisele) in der Hamburger Innenstadt. Ein Verrat kann aber weitgehend ausgeschlossen werden, da S. keinen Zugang zu Geheimsachen hatte. Dieses Treffen wurde von S. gestanden. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß S. noch heute VS-Kontakte unterhält...

Es wird festgestellt, daß die Beschuldigten Johannes Bügner und Philipp Schönmann dem nationalpolitischen Lager schwersten Schaden zugefügt haben. Dabei wurde berücksichtigt, daß Schönmann mit dem wenigsten Geld

größtmöglichen Nutzen für die nationale Szene erzielt hatte. Seine Hilfsbereitschaft gegenüber jedem Kameraden ist besonders hervorzuheben. Es gilt jedoch als erwiesen, daß alle seine guten Taten nur dem Ziel dienten, sich das Vertrauen der Kameraden zu erschleichen und die jüngeren von ihnen für seine perversen Handlungen zu mißbrauchen.

Die Beschuldigten Bügner und Schönmann werden hiermit einstimmig aufgefordert, mit sofortiger Wirkung jeglichen Kontakt zu nationalen Leuten, Kameraden und Organisationen abzubrechen. Andernfalls werden wir wissen, uns vor solchen Elementen zu schützen.

Gegeben zu Hamburg, den 21. Wonnemonat 92 i.J.d.F. (1981).«

Wonnemonat heißt Mai, das Jahr 92 ist das 92. Jahr nach der Geburt des »Führers«.

Während Frühauf dieses Pamphlet gegen Homosexuelle und Verräter in Umlauf brachte, kungelte er selbst längst mit den Sicherheitsbehörden.

Am 3. April 1981 besuchte er den in Hamburg einsitzenden Christian Worch. Das Gespräch zwischen den beiden wurde von dem Staatsschutz-Beamten Klose überwacht. Nach dem Besuch sprach Frühauf den Polizeibeamten vor dem Gefängnis an. Er eröffnete Klose, daß er bereit sei, für die Kriminalpolizei zu arbeiten und Informationen aus der rechten Szene zu liefern. Gegen entsprechendes Honorar natürlich. Staatsschützer Klose gab Frühauf seine dienstliche Telefonnummer. »Überlegen Sie sich das noch mal« sagte er und steckte seinerseits. Frühaufs Visitenkarte ein.

Vierzehn Tage später rief Frühauf bei Klose an und bat um ein weiteres Gespräch. Daraufhin setzte sich der Polizeibeamte mit den Kollegen vom Verfassungsschutz in Verbindung und unterrichtete sie über die Bereitschaft Frühaufs, als Informant zu arbeiten. Das Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) zeigte sich interessiert.

Am Vormittag des 27. Mai 198 1, einen Tag vor dem Mord an Bügner, suchte ein Beamter des LfV Hamburg Frühauf in seiner Wohnung in Neuschönnigstedt auf. Sein Deckname war »Günter Gastrow«. Bei der Begrüßung entschuldigte er sich bei Frühauf dafür, daß die Sache so lange gedauert habe. Er habe Frühauf aber noch überprüfen müssen. Dann fragte er, ob Frühauf nach wie vor bereit sei, für das Amt zu arbeiten.

Frühauf nickte. Dann wurden die notwendigen Einzelheiten besprochen. Frühauf sollte schriftliche Berichte über alle ihm bekannt werdenden Aktivitäten der rechten Szene anfertigen und mit dem Decknamen »Paul« unterschreiben. Einmal in der Woche sollte er sich mit seinem »Agentenführer« Gastrow treffen. Seine Spitzeldienste würden mit 500 Mark im Monat »Aufwandsentschädigung« honoriert.

Das nächste Treffen wurde für den 1. Juni 81 verabredet. Zu diesem Zeitpunkt sollte ein Bericht vorgelegt und vereinbarungsgemäß bezahlt werden. Für den 30. Mai war Frühaufs erster V-Mann-Einsatz geplant. Er sollte nach Frankfurt zur Hauptversammlung der H.N.G. (Hilfsgemeinschaft nationaler Gefangener) fahren und Gastrow über Teilnehmer, Teilnehmerzahl und Tagesordnungspunkte berichten. Die Auslagen für Bahnfahrt, Hotelübernachtung etc. würden gesondert reguliert werden.

Frühauf versuchte sich im späteren Mordprozeß Bügner unter dem Hinweis auf seine V-Mann-Tätigkeit reinzuwaschen und die Verantwortung auf Friedhelm Enk abzuwälzen, einen ehemaligen Bundeswehr-Unteroffizier, der erst spät, nach Kühnens Inhaftierung, zur ANS gestoßen war. Enk war genau das, was die Truppe noch brauchte: ein bedenkenloser Befehlsempfänger.

*

Auszug aus dem Buch »Die Verschwörer« von Emil Julius Gumbel (1924):

»Zu den durch die ökonomische Entwicklung Deklassierten, die sich in normalen Zeiten niemals in diesem Maße radikalisiert hätten, kommt das in erregten Zeiten besonders hervortretende krankhafte Element dazu.

Ein starkes sozialpathologisches Moment steckt in allen Verschwörerkreisen. Zum Teil handelt es sich um ausgemachte Psychopathen, zum Teil um Großsprecher, die um jeden Preis eine Rolle spielen wollen. Dann fallen eine Reihe von sexuellen Anomalien auf. Der eine lebt als Zuhälter, der andere gründet einen Treubund für aufsteigendes Leben, auf deutsch einen Nacktklub auf christlich-arisch-germanischer Grundlage. Die jüdische Sexualität ist dabei ausgeschlossen. Die starke psychische Bindung, die diese Landsknechtsnaturen für ihren Führer empfinden, entbehrt übrigens auch eines erotischen Charakters nicht.

Andere treten der völkischen Bewegung bei, weil sie im Kampf ums Leben unterlegen sind, was von ihnen der angeblich sozialistischen oder demokratischen Struktur des heutigen Staates zugeschrieben wird. So kommen die Enttäuschten, die Unzufriedenen, die Nichtarrivierten in die völkische Bewegung. Meist stammen die Anhänger aus sozial deklassierten Schichten, wie jetzt dem verarmten Mittelstand. Sie träumen von vergangener Größe und Wiederbelebung »ihrer« Macht, die ihnen persönlich natürlich nie zugute gekommen wäre, und insoweit sind sie wenigstens ehrlich gegen sich. Aus dieser romantischen Einstellung heraus berauschen sie sich an großen sinnlosen Phrasen.«

*

Geboren wurde Friedhelm Enk am 17. Februar 1953 in dem kleinen Ort Bremenhorst. Sein Vater, gelernter Schuster, arbeitete im Straßenbau. Friedhelm Enks Mutter war Hausfrau. Er war das älteste von fünf Kindern. Mit elf oder zwölf Jahren trat er in den Sportverein DJK, »Deutsche Jugendkraft« ein. »Laune hat mir auch das Schießen mit dem Luftgewehr und der Luftpistole auf Blechbüchsen und Spatzen gemacht«, erzählte Enk später den Vernehmungsbeamten.

Ebenfalls mit zwölf Jahren trat Enk den Pfadfindern in Rhede bei. »Das hat mir auch sehr viel Spaß gemacht. Da war ja auch immer Action drin, mit Lagerfeuern, Fahrten etc.« Mit fünfzehn hörte Friedhelm Enk in der Schule zum ersten Mal etwas über das Dritte Reich. »Die Blitzkriege und der straffe Führungsstil hatten mir gut gefallen.« Er kaufte sich stapelweise Landser-Hefte, heimlich, denn der Vater, alter SPD-Mann, durfte davon nichts wissen. »Bei den Romanen hatte mir besonders das kameradschaftliche Verhältnis der Soldaten gefallen.«

Auch privat trug Enk damals mit Vorliebe seine Pfadfinder-Uniform. Zu Mädchen hatte er wenig Kontakt. Enk war sehr katholisch und streng erzogen worden. Die Jungen-Clique, mit der Enk von seinem 15. Lebensjahr an zusammen war, hielt mehrere Jahre.

Nach Schulende arbeitete Enk im Straßenbau, zusammen mit seinem Vater. »Mein Vater hat mich fast jeden Tag angeschnauzt, und da habe ich gedacht, jetzt kann er seinen Scheiß alleine machen.« Er hörte bei der Firma auf und heuerte anderswo an. Seinen Verdienst mußte er bis auf ein kleines Taschengeld zu Hause abliefern. Die »Clique« blieb seine hauptsächliche Bezugsgruppe. Als er siebzehn, achtzehn Jahre alt war, zog er mit seinen Freunden durch die umliegenden Kneipen, aus denen gelegentlich Kleinholz gemacht wurde. Zu dieser Zeit ließ sich Enk tätowieren.

Mitte 1970 schnappte er sich eines Abends nach der Arbeit seine Sachen und haute von zu Hause ab. Er ging nach Köln und arbeitete dort wieder im Straßenbau. Bei der Firma lernte er einen Fünfundzwanzigjährigen mit dem Spitznamen »Heini« kennen, der bereits fünf Jahre Fremdenlegion hinter sich hatte. Heini war »durch und durch Vollnazi« (Enk). Er wohnte in einem eigenen Bauwagen, wo er eine 9-mm-Pistole und zwei Schnellfeuergewehre aufbewahrte. Nach der Arbeit ging Enk mit dem neuen Freund in den Wald und hielt Schießübungen ab. Zusammen mit ein paar anderen Typen aus der Zuhälter-Szene planten Sie einen Überfall auf eine amerikanische Kaserne, um Waffen zu erbeuten. Heini sagte: »Am Tage stehen da bloß so acht Mann rum. Die nieten wir alle um. Das sind dreckige Besetzerschweine.« Kurz bevor die Sache starten sollte, bekam es Enk mit der Angst zu tun. Er sagte den anderen, daß er nicht mitmachen wolle. Daraufhin müssen seine Freunde, so vermutete Enk später, ihm irgendetwas ins Bier getan haben. Enk wurde schlecht und kam erst im Krankenhaus wieder zu sich, wo er am Tropf hing. Man erzählte ihm, daß er von Passanten im letzten Moment daran gehindert worden sei, sich von der Rhein-Main-Brücke zu stürzen. Der Arzt murmelte etwas von LSD oder einem Horrortrip, den Enk gehabt haben müßte.

Nach einem kurzen Aufenthalt zu Hause packte Enk wieder das Fernweh. Er ging nach Düsseldorf und schloß sich dort einer rechtsradikalen Organisation mit dem Namen »Die Rote Rose« an. »Wir haben an Hauswänden Hakenkreuze *gemalt und Parolen angebracht. Auch gab es linke Läden wie das 'Spinnrad' und den 'Spiegel' und Kommunen. Da haben wir Blitzaktionen durchgeführt. Totschläger raus, ein paar auf die Birne und wieder raus. Auch im Türkenlager, bei den Kanaken, haben wir anständig Bambule gemacht.« Die Gruppe »Rote Rose« bestand aus etwa 20 Mann. Enk behauptete von sich, die »eigentliche Aktion gebracht« zu haben.

*

Die 30 wichtigsten neonazistischen Organisationen: »Aktion Oder-Neiße« (AKON) - »Bund Heimattreuer Jugend« (BHJ) - »Deutsche Volksfront« (DV) - »Deutsche Volksunion« (DVU) - »Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes« (DKEG) - »Freiheitlicher Rat (FR) - Gemeinschaft ostdeutscher Grundeigentümer« (GoG) - »Gesellschaft für freie Publizistik« (GfP) - »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e. V. « (HIAG) - »Junge Nationaldemokraten« (JN) - »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) - »Nationaldemokratischer Hochschulbund« (NHB) - »Stahlhelm - Kampfbund für Europa« (NHB) - » Wiking-Jugend« (WJ) - »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« (ANS) - »Aktionsgemeinschaft Nationales Europa« (ANE) - »Bürger- und Bauerninitiative e. V.« (BBI) - »Deutsche Aktionsgruppen« - »Deutsche Bürgerinitiative« (DBI) -»Deutsch- Völkische Gemeinschaft« (D VG) - »Freizeitverein Hansa« - »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. « (HNG) - »Kampfbund Deutscher Soldaten« (KDS) - »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Auslandsorganisation / Aufbauorganisation« (NSDAP/AO) - »Neues Nationales Europa« (NNE) - » Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit« (VSBD/PdA) - » Wehrsportgruppe Hoffmann« - »Sache des Volkes/Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation (SdV/NRAO) - »Solidarische Volksbewegung« (S VB) - » Unabhängige Arbeiterpartei« (UAP).

Die verwirrende Vielfalt der rechtsradikalen Organisationen hat erhebliche Ähnlichkeit mit der Struktur der nationalsozialistischen Geheimbünde der Weimarer Zeit. Gumbel 1924 in seinem Buch »Die Verschwörer«:

»Die Vielfältigkeit der Wanderklubs, Arbeitsgemeinschaften, Siedlungen, Sportvereine, Regimentsvereine, Schützengilden, Kriegervereine, Offiziersverbände, Organisationen für völkischen, nationalen und militärischen Wiederaufbau macht den Eindruck eines vollkommenen Durcheinanders.

Das offizielle Programm, und damit auch der Name, wechselt, je nachdem, was gerade politisch zieht. Die wirkliche Tendenz bleibt aber dieselbe. Daher wäre es verkehrt, anzunehmen, daß all diese Vereine tatsächlich nebeneinander leben. Vielfach sind sie auseinander hervorgegangen, und Vereine mit ganz verschiedenen Namen können identisch sein. Denn dieselben Leute pflegen zur gleichen Zeit Mitglieder einer ganzen Reihe von Bünden zu sein.

Der ständige Wechsel der Namen hat vielfach den Zweck, den Aufbau der gesamten Organisationen zu verschleiern, ein Verbot durch die Regierung oder die Macht der öffentlichen Meinung praktisch undurchführbar zu machen. Außerdem wünschte man häufig, durch Aufbau der neuen Bünde unter anderem Namen mit anderen Mitgliedern diejenigen auszuschließen, denen man nicht mehr ganz traute, ohne durch einen ausdrücklichen Ausschluß den Haß des Betreffenden zu erregen.

*

Im Herbst 1972 stieg Enk nachts in eine Kneipe ein und nahm die Kasse mit etwa 1.000 Mark mit. Als er das eingerollte Kleingeld in einer anderen Kneipe umtauschen wollte, wurde der Wirt mißtrauisch und alarmierte die Polizei. Morgens um vier wurde Enk festgenommen und zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Bis 1973 arbeitete Enk durchgehend bei einer Firma, die dann pleite machte. Zum Abschied erhielt er einen Scheck über zweitausend Mark, der nicht gedeckt war. Enk nahm Rache und ließ einen Holzschuppen und ein Silo in Flammen aufgehen. Er kam zwar in Verdacht, man konnte ihm aber nichts nachweisen.

Im April 1973 dann wurde Friedhelm Enk zur Bundeswehr eingezogen. Er war glücklich darüber, hatte er sich doch zuvor schon einmal vergeblich als Freiwilliger gemeldet. »Ich war richtig froh, weil ich da schießen konnte, und disziplinmäßig lief da alles nach meinem Geschmack.«

Während der Grundausbildung lernte Enk einen rechtsradikalen Soldaten namens Schulte kennen. »Wir waren im Marschieren bis zur Bettenausbildung immer voll dabei und im Zug die Besten. Hier fing das auch so klein wieder an mit Führers Geburtstag feiern usw. Im Spind versteckt hatte ich ein Bild vom Führer, und wir hatten auch echte und selbstgemachte Hakenkreuz-Fahnen.«

Nach der Grundausbildung kam Enk zum 2. Jägerbataillon 162 in Wentorf bei Hamburg. Auf Anraten eines Hauptmanns verpflichtete er sich für vier Jahre. »Solche Kämpfer«, hatte der Hauptmann gesagt, »können wir gebrauchen.« Zehn Bundeswehr-Kameraden in Enks Einheit standen damals »voll auf der NS-Zeit«. Die Bundeswehr, so meinten sie, sei »zu lahmarschig«.

Zu dieser Zeit erhielt Enk seinen Spitznamen »Kampfsau-Oma«. Nach dem Dienst wurden im Unteroffiziers-Keller »alte Platten« gehört. Schulte war dabei, und eine Reihe anderer NS-Sympathisanten, die zum Teil heute noch bei der Bundeswehr sind. Enk war bataillonsbester MG-Schütze, Panzerfaust-Schütze, bestand einen Fallschirmspringer-Lehrgang mit Auszeichnung. Und überall bei der Bundeswehr fand er wieder Kameraden, die genauso rechtsextremistisch eingestellt waren wie er selbst. Einem der SPD nahestehenden Unteroffiziere haute Enk »was aufs Maul«. »Ich hatte gehört, daß er zu SPD-Veranstaltungen ging, und sonst war er auch zu lasch.« Er kam mit einer Geldstrafe von 1. 800 Mark davon.

Nach einem Lehrgang wurde Enk zum Unteroffizier befördert. Er wurde stellvertretender Zugführer. »Ich habe die Ausbildung aber ein wenig zu hart gemacht, und das hat den Leutnants nicht gepaßt. Ich hab die Mannschaftsdienstgrade im Gelände gescheucht. Und wenn sie zum Marschieren zu faul waren, habe ich auch schon mal geschrien: 'Zu Führers Zeiten hätte man Euch an die Wand gestellt'.«

Als Unteroffizier hatte Enk eine eigene Stube. Die Tür hatte er von innen schwarz gestrichen und mit einem großen Hakenkreuz verziert. An den Wänden hingen Bilder von Hitler und von alten Kämpfern, Ritterkreuzträgern und anderen. Im Zimmer stand an hervorgehobener Position eine Büste vom Führer, echt Bronze, die Enk einmal für 800 Mark in Dänemark gekauft hatte. Als seine Vorgesetzten die Stubendekoration bemerkten, wiesen sie ihn an, »das sofort zu entfernen, sonst würde er disziplinarisch bestraft«. Enk bewahrte seine NS-Utensilien daraufhin im Spind auf.

Zur selben Zeit diente in der Bundeswehr-Kaserne Wentorf auch der Leutnant Michael Kühnen, von dem Enk zwar schon gehört hatte, dem er aber persönlich nur zweimal kurz begegnete, ohne nähere Bekanntschaft zu machen.

Im September 75 war Enk auf einem »Einzelkämpferlehrgang« in Hammelnburg. Dort lernte er die Feinheiten im Nahkampf, zum Beispiel wie man jemanden fachgerecht und lautlos umbringt- »Das war knochenhart, aber ich habe mein

Abzeichen gekriegt.«

Kaum vom Lehrgang zurückgekehrt, wendete Enk die neuerworbenen Fähigkeiten an. Nach einem Trinkgelage im Unteroffizierskeller begann er eine Schlägerei mit dem Unteroffizier vom Dienst. »Ich habe ihn sofort geschnappt, den Kopf aufs Knie gehauen und dann noch einen Karateschlag an den Hals. Er hat dann am Boden gelegen. Ich habe ihm dann noch einen Hocker auf den Schädel geschlagen. Er hatte einen Schäferhund bei sich, aber der Köter hat nichts getan. Der hat nur sein Blut geleckt.« Als der UvD sich wieder aufrappeln konnte und die Flucht ergriff, setzten Enk und einer seiner rechten Kameraden nach. Sie holten ihn aus seinem Auto und schleppten ihn zurück in die Kaserne. »Wir haben ihn auch mal fallen lassen, damit das auch gut knackt. Da lagen dann auch noch so ein paar Zähnchen und ein paar Haare. In der Kaserne haben wir ihn dann auf ein Fenster gesetzt und runtergeschubst. Das waren so zwei Meter«, berichtete Enk stolz den Ermittlungsbeamten.

Enk erhielt 21 Tage Haft und wurde anschließend unehrenhaft aus der Bundeswehr entlassen. »Gleichzeitig wurde ich abgestuft auf Jäger und alles weg. Springerlizenz weg, Einzelkämpferabzeichen, goldene Schützenschnur und alle Ordenszeichen. Das war ein Hammer. Da standen mir die Tränen. Seit dem Tag habe ich der Bundeswehr und der BRD meinen Kampf angesagt. Da ging das wieder richtig los mit Aktion.«

Enk ging nach Dortmund, wo er ein paar Typen aus der Neo-Nazi-Szene kannte. Mit zwanzig bis dreißig Leuten, die bis dahin »immer nur Hetzparolen geschrieben hatten«, schloß er sich zur »Nationalen Befreiungsfront« zusammen. Weil Enk immer noch »voll Militär drauf hatte«, wurde er zum Führer der Gruppe ernannt. Neben Sauferei wurde Geländeausbildung betrieben, wurden Pläne für Aktionen geschmiedet. »Ich hatte damals geplant, den heutigen Ministerpräsidenten Rau zu entführen und die Beate Klarsfeld zu packen und aufzuhängen. Ich kannte auch ein paar Juden in Dortmund. Da wollte ich abends hin und denen den Bau anzünden. Dann habe ich noch Anschläge auf Bundeswehreinheiten geplant, Bergen-Hohne, Sennelager, Wildflecken, da liegen die Amerikaner. Da wollte ich Munition, Gewehre und Sprengstoff holen«.

Weil die anderen Mitglieder der »Nationalen Befreiungsfront« aber eher lahm waren, verließ Enk die Gruppe und ging nach Bochum, wo er mehr und mehr mit der Polizei in Konflikt kam. Nach einem Streit mit einem Penner fand die Polizei bei ihm einen 6-mm-Revolver und ein Bowie-Messer, das er im Stiefel getragen hatte. Weil er die 1.800 Mark Strafe für seine Schlägerei mit dem Unteroffizier nicht abgezahlt hatte, mußte er für kurze Zeit ins Gefängnis. Danach arbeitete er als Maurer bei einer Firma, die ihn wegen Unpünktlichkeit nach etwas über einem Jahr entließ. Aus Rache ließ Enk einen Wohnwagen inklusive Holzgarage mittels zweier Propangasflaschen explodieren und ausbrennen.

Kurz zuvor hatte er noch einen Überfall auf ein Waffenlager der Bundeswehr geplant. In der Kneipe neben der Kaserne hatte er einen Typen überredet, mitzumachen. »Ich habe ihm genau beschrieben, er soll in die und die Stube gehen, da liegen die Gewehre. Er war vollauf begeistert. Aber als wir dann am Zaun standen und es hart auf hart gehen sollte, da hat er sich vor Angst fast in die Hosen geschissen. Da habe ich ihm gedroht, daß er ein paar vors Maul kriegt, und aus Angst ist er dann doch in die Kaserne gegangen.« Die beiden kletterten über den Zaun. Enk wartete auf dem Parkplatz, während der andere in die Kaserne gehen und von innen ein Fenster öffnen sollte. Doch er wurde umgehend festgenommen und abgeführt. Enk, der die Verhaftung gesehen hatte, »machte die Düse«.

Zurück in Bochum schlug er dann vor einer Kneipe einen Mann nieder, der eine Menge Geld bei sich haben sollte. Weil es so glatt war, fiel Enk selbst hin, und der Überfallene konnte entfliehen.

Enk wurde festgenommen und fuhr ins Gefängnis ein. Dem Haftrichter, der ihm einige Anträge abgelehnt hatte, schrieb Enk einen Drohbrief. Er werde ihn und seine ganze Familie als »Volksschädlinge« liquidieren. Der Brief war verziert mit Hakenkreuzen und Runen.

Von seiner Zelle in Geldern aus nahm Enk brieflichen Kontakt zu anderen Rechtsradikalen auf. Von den MAD-Offizieren und aus einem Artikel im »Stern« hatte er erfahren, daß der ehemalige Bundeswehr-Leutnant Kühnen die ANS gegründet hatte. Sofort schrieb er ihm und erhielt auch Antwort. Anfang 1981 teilte Kühnen mit, daß er nach seiner Entlassung nach Hamburg gehen sollte. Dort könne er »sofort dreißig Mann haben«, um diese auszubilden. Frühauf sei inzwischen Leiter der ANS, der Verein sei aber zu lahmarschig, die hätten nichts mehr gemacht.

*

Im Januar 1981 gab der damalige Bundesjustizminister Vogel bekannt, daß seit 1978 bei Rechtsradikalen über 500 Schußwaffen, darunter 43 Maschinenpistolen, mehr als 27.000 Schuß Munition, nahezu eineinhalb Tonnen Sch warz- und Treibladungspulver, nahezu zwanzig Kilogramm Sprengstoff, über 120 Granaten und Handgranaten, über zwanzig - teils selbst gebastelte - Sprengkörper, *zwanzig Raketen, außerdem Minen, Bomben, Flakmunition, Sprengköpfe für Panzerfäuste und anderes mehr sichergestellt worden sei. 16 Personen seien durch neonazistische Gewalttaten getötet worden,*

außerdem kamen zwei Täter selbst ums Leben, 227 Menschen wurden bei Sprengstoffanschlägen und Schießereien verletzt.

*

Am 5. Mai 1981, morgens um 10.00 Uhr, wurde Enk aus der Strafanstalt Geldern entlassen. Er meldete sich in Hamburg bei dem ANS-Mitglied Willi Wegner. Der machte ihn im »Wienerwald« am U-Bahnhof Billstedt mit Frühauf bekannt - »Der hat mir gesagt, daß die ANS zur Zeit tot ist und nichts mehr läuft. Da habe ich ihm gesagt, das wird sich jetzt aber flott ändern.« Enk erklärte, er werde sich von Kühnen den Auftrag holen, die ANS wieder auf Vordermann zu bringen. Frühauf war damit einverstanden und schilderte Enk die Lage. Da gäbe es Bügner und Schönmann, und die seien schwul und arbeiteten zudem mit dem »Schmutz«, der Polizei, zusammen. Schwule, so erwiderte Ank, würden »in unseren Reihen« nicht geduldet. Da müsse man sofort was planen. Frühauf stimmte zu. Er zeigte Enk das gegen Bügner und Schönmann vorliegende »Beweismaterial«. »Wenn wir das starten wollen, müssen wir erstmal Klamotten haben, Gewehre, Munition und soweiter«, erklärte Enk. Er schlug vor, in Neuschönnigstedt ein Munitionsdepot auszunehmen, wo er früher häufig Wachhabender gewesen sei. »Dazu mußt Du mir drei Mann besorgen, die auch echt was bringen.« Nach dem Gespräch mit Frühauf ging Enk noch etwas in Hamburg spazieren und klebte Plakate, die aus Amerika stammten und auf denen stand: »Juden raus«.

In den folgenden Tagen trafen sich die drei mehrmals. Enk wollte die ANS, die »wie ein Kartenhaus zusammengefallen war«, wieder aufrichten: »Ich wollte eine schlagkräftige Kampftruppe aufbauen, um schlagkräftige Aktionen zu starten gegen Politiker und linke Ratten. Auch in Altona, der Türkengegend, wollte ich aufräumen. Ich wollte, wenn es geht, Politiker entführen, um ein paar Mann freizupressen, die zur Zeit in Haft sind.«

Vor Beginn solcher Aktionen wollte Enk aber noch die Anweisungen des »Führers« Kohnen einholen. Inzwischen machten Enk und Kamerad Willi Wegner dem verblichenen Großadmiral Dönitz ihre Aufwartung. In voller Montur, ganz in schwarz, mit Stiefeln, schwarzer Hose, schwarzem Hemd, schwarzer Lederjacke und schwarzen Handschuhen, Koppel und ANS-Armbinde fuhren sie zum Grab des letzten deutschen Reichskanzlers. Eine Dreiviertelstunde verharrten sie in strammer Haltung mit zum Führergruß ausgestrecktem Arm. Enk: »Ein anständiger Deutscher, der ein bißchen Nationalstolz hat, muß einmal am Grab von Karl Dönitz gestanden haben. Das ist mein Glaube, und das kann mir keiner nehmen. Denn meine Ehre ist noch Treue zum deutschen Vaterland« .

Die in Celle einsitzenden Neo-Nazis, unter ihnen »Führer« Kühnen, hatten einen Hungerstreik begonnen, mit dem sie unter anderem die Erlaubnis zum Tragen ziviler Kleidung durchsetzen wollten. Enk und Frühauf beschlossen, sich an Ort und Stelle zu informieren, und fuhren nach Celle. Frühauf hatte eine Besuchserlaubnis bei Kühnen. Während Frühauf in konspirativen Kürzeln mit Kühnen parlierte, es waren Staatsschutzbeamte als Aufsicht da, redete Enk Klartext. Er verbrachte die Zeit mit dem Celler Rechtsextremisten Ernst Balke und erklärte ihm, daß die Kameraden in Hamburg jetzt Aktionen planten, die Hand und Fuß hätten. Notfalls würde man Verräter in den eigenen Reihen liquidieren. Balke erklärte - nach Aussagen von Enk -, daß er Johannes Bügner, »Knochenlotte«, auch kenne und ihn für einen »Arsch« halte. »Als ich Ernst von meinen Aktionen in Hamburg erzählte, war er vollauf begeistert, weil er auch so ein Typ ist, der eben hart ist.«

Enk malte aus, wie man eine Liquidation am besten durchführen könnte, und demonstrierte den Gebrauch einer Drahtschlinge, um das Opfer damit zu erwürgen. Auch das hatte er bei seiner Nahkampfausbildung bei der Bundeswehr gelernt.

Als Frühauf zurückkam, erklärte er Enk, daß Kühnen ihn ab sofort zu seinem Stellvertreter bei der ANS ernannt habe, zum »Gauleiter im Gau Hamburg«. So jedenfalls erinnert sich Enk. Frühauf dagegen behauptete später, er habe mit Kühnen nur »allgemein« gesprochen. Auch Kühnen bestreitet, Enk zu seinem Stellvertreter ernannt zu haben - was nicht weiter verwundert, denn sonst hätte Kühnen mit dem Mordfall Bügner zu tun gehabt, was er natürlich nicht wollte.

Von morgens bis abends wurde jetzt von den Dreien über die Beseitigung der Schwulen und Verräter gesprochen, Frühauf machte sich Gedanken darüber, wie man die Tat am besten vollbringen könne. Enk: »Er sprach auch schon mal, wie man denen Zyankali in ein Getränk reintun kann, oder Zyankali in Klümpchen Papier und dann waren wir da spazieren gegangen und dann hätten wir ihm das gegeben und dann wäre er hops gegangen. Aber ich habe immer gesagt, das wäre nichts. Ich wollte das auf meine Art machen, lautloses Töten mit der Drahtschlinge oder so«. Das war am Tage vor der Mordtat, derselbe Tag, an dem sich Michael Frühauf mit dem Verfassungsschutzbeamten Gastrow traf und sich als V-Mann engagieren ließ.

Enk betrachtete Frühauf als den »Kopf« und sich selbst als die »ausführende Person«. Im Aufstellen eines Planes sei Frühauf »nicht doof«, aber bei der Ausführung eine »komplette Niete«.

Dann kam der 28. Mai 1981, der Tag, an dem Bügner sterben sollte. Es war »Vatertag«. Enk hatte den Tisch gedeckt und ein paar Musikkassetten aufgelegt: »SA-Marschiert«, das »Horst-Wessel-Lied« und ähnliches. »Wenn ich die Platten hör,

krieg ich eine Gänsehaut und bin total, na wie soll ich sagen, begeistert. Und mit den Büchern, die ich gelesen habe, sehe ich die Kameraden genau marschieren. Ich hab auch immer die Sendungen gesehen auf dem Dritten Programm. Die Sendung heißt: 'Vor vierzig Jahren'. Das sind so Wochenschauberichte. das ist echt spannend.«

Als die Kassette mit dem »Horst-Wessel-Lied« abgelaufen war, fragte Enk, ob Willi nicht noch ein paar Bänder besorgen könne. Willi sagte, er habe seine Musik-Kassetten an die König-Zwillinge ausgeliehen. Er dürfe sie aber nicht selber anrufen, weil er den König-Zwillingen einmal NS-Aufkleber gegeben habe, die dann von Vater König gefunden worden seien. Also rief Frühauf bei Olaf und Torsten König an. Eine Dreiviertelstunde später waren die beiden da. Enk stellte sich vor: »Ich bin 'Kampfsau-Oma'. Ihr' könnt mich 'Oma' nennen.«

Über das nun folgende Gespräch gibt es von den Beteiligten unterschiedliche Versionen, die sich vor allem darin unterscheiden, ob das Wort »liquidieren« gefallen ist oder nicht, was strafrechtlich von erheblicher Bedeutung war. Enk sagte aus: »Frühauf fing auf einmal an mit Aktionen. Er hat gesagt, daß wir die Schwulen und Verräter 'liquidieren' wollen. Wie er das gesagt hat, hab ich gesagt, daß ich mich dazu bereit erkläre. Frühauf hat dann von Schönmann und Bügner erzählt, daß sie Verräter und Schwule sind. Die Gebrüder König haben gewußt, wer das ist. Olaf hat dann gefragt, wo und wann wir die liquidieren wollen. Dann hat Frühauf gesagt, einen können wir jetzt schon haben, der würde oft im 'Can-Can' verkehren. Und ich ruf da mal an, ob der schon da ist. Der Anruf wird so um 20 Uhr rum gewesen sein. Frühauf hat das gesagt und ist dann direkt an den Hörer gesprungen. Als Frühauf telefoniert hatte und gesagt hatte, 'Knochen-Lotte' ist da, haben das alle mitgehört. Dann habe ich sofort gesagt, dann können wir heute die Aktion sofort starten. Ich habe dann gesagt, daß es jetzt kein Aussteigen mehr gibt, weil die ja alle gehört haben, was wir planen.«

Enk schlug vor, mit dem Wagen zum »Can-Can« zu fahren. Er selbst werde versuchen, Bügner herauszuholen und ins Auto zu lotsen. Ein Teil der Leute sollte dann mitfahren, irgendwo in den Wald, wo die Tat stattfinden sollte, die anderen müßten auf dem Hauptbahnhof warten. Aus dem Schrank holte Enk ein Messer und steckte es in die Innentasche seiner Jacke. »Ich hatte die Waffe in der Hand gehabt, das hatten die gesehen, und dann habe ich sie eingesteckt. Ich habe nicht gesagt, daß ich mit dem Messer ihn liquidieren will, aber ich glaube schon, daß die anderen das wußten, daß ich das mit dem Messer machen will.«

Michael Frühauf hatte gesehen, wie Enk das Messer einsteckte, eine Art Fahrtenmesser, mit feststehender Klinge. Frühauf hatte auch gehört, daß Enk das Wort »liquidieren« benutzte. In seinen ersten Vernehmungen rechnete er wohl noch damit, als V-Mann des Verfassungsschutzes straffrei auszugehen, sozusagen als »amtlicher Beobachter« des Mordes an Johannes Bügner. Schließlich hatte er sich am Abend zuvor mit Herrn Gastrow vom Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz getroffen und mit ihm die Modalitäten einer Mitarbeit beim VS ausgehandelt. Vielleicht rechnete er sogar damit, für seine Schilderung des Mordes und der Vorbereitungen dazu entsprechend den Vereinbarungen honoriert zu werden.

Olaf und Torsten König hatten das entscheidende Wort nicht gehört und auch nicht gesehen, daß sich Enk ein Messer einsteckte. Dafür konnte sich Olaf König daran erinnern, daß er Enk gefragt hatte, was er denn nun eigentlich mit Bügner vorhabe. Darauf deutete Enk an, er wolle ihm einen »Tritt in den Arsch verpassen«. Und weiter: »Laßt Oma man machen«. Damit war Olaf König nun nicht ganz zufrieden. Er fragte, warum Enk das denn alleine machen wolle, er könne ihm schließlich auch mal »eine langen«. Dann ging es los. In Torsten Königs Ford-Capri machte man sich auf den Weg zum »Can-Can«. »Die Stimmung im Auto war lustig, als wenn wir auf einer Urlaubsreise waren«, erklärte Olaf König bei seiner Vernehmung. Es war, so erinnerte er sich, »als wenn Wölfe auf ein Tier warten«.

Nur Michael Frühauf blieb im Auto. Er hatte Angst vor dem Besitzer des »Can-Can«, von dem er wegen seines Anti-Schwulen-Papiers etwas aufs Maul haben sollte. Im Lokal ging Enk auf Bügner zu, der am Tresen stand. »Hast Du mal kurz Zeit, mit mir an den Tisch zu kommen?« »Knochenlotte« antwortete: »Ich hab da noch was zu klären, aber ich komme sofort.« Enk hatte Bügner noch nie zuvor gesehen. Knochenlotte fragte nicht, was Enk von ihm wollte.

Kurze Zeit später setzte sich Bügner an Enks Tisch. Enk orderte noch zwei Bier. Enk stellte sich kurz vor. Er heiße Oma und sei bei der ANS. Vor kurzem sei er bei Kühnen in Celle gewesen und habe eine Nachricht für ihn. »Es ist nicht gut, hier im Lokal zu reden. Gehen wir zum Hauptbahnhof und beschnacken das da.«

Bügner wurde ängstlich und bemerkte, daß man schon nach ihm telefoniert habe. Dennoch folgte er Enk aus dem Lokal. Torsten König und Willi Wegner waren inzwischen verabredungsgemäß verschwunden. Sie sollten auf dem Hauptbahnhof warten. Olaf König saß am Steuer und Frühauf hinten links im Wagen, als Enk und Bügner auftauchten. Enk setzte sich auf den Beifahrersitz und Bügner nach hinten zu Frühauf. Olaf König startete. Er war »scharf aufs Autofahren«, deshalb hatte er sich bereiterklärt, die Reise mitzumachen.

Knochenlotte. hörte, wie Enk Anweisung gab, in den Wald zu fahren. Um keinen Verdacht aufkommen zu lassen, schrie Enk nach hinten gewandt Frühauf an: »So, Frühauf, jetzt kriegst du ordentlich mal eine Lektion.« Frühauf spielte mit und fragte: »Warum denn?« Enk sagte: »Wegen dat Schreiben.«

Enk holte aus und schlug nach hinten, so als wolle er Frühauf treffen. Er schrie Olaf König an: »Jetzt fahr endlich!« Zu Bügner sagte er: »Wir fahren jetzt zu einem Treffen. Da wird ein Papier vorgelegt, das den Frühauf überführt.« Und drohend fügte er zu Frühauf gewandt hinzu: »Du kriegst heute noch Schläge.« Plötzlich wurde Bügner munter. Er schrie Frühauf an: »Du Schwein! Du Verräter!« und begann, auf Frühauf einzuschlagen.

Sie schlugen die Autobahn Richtung Lübeck ein. Kurz vor der Abfahrt Reinbek sagte Enk: »Halt mal an, ich muß pinkeln.« Olaf König reagierte nicht.

Dann verließ er die Autobahn, weil sein Benzin zur Neige ging. Enk dirigierte ihn in Richtung der Ortschaft Stemwarde. Sie durchfuhren den Ort. Als Olaf König auf der Landstraße wieder beschleunigt hatte, sagte Enk: »Langsamer«. Rechts tauchte ein Feldweg auf, und Enk deutete nach vorn: »Fahr da rein!«

Alle anderen schwiegen, und Olaf König bog in den Feldweg ein. Er schaltete die Scheinwerfer aus, fuhr langsam weiter und sagte zu Enk: »Du mußt doch. Soll ich anhalten?« Enk antwortete: »Nein, fahr weiter.« König überquerte eine Asphaltstraße und beschleunigte das Fahrzeug wieder. Plötzlich knallte er in ein tiefes Schlagloch. »Scheiße«, dachte er, »wahrscheinlich hat es den Auspuff erwischt.« Er fuhr noch ein kleines Stück weiter, bis Enk sagte, er könne es jetzt nicht mehr aushalten. Olaf König blieb in der Mitte des Feldweges stehen. Enk stieg aus und ging ein paar Schritte vom Auto weg, um zu pinkeln. Olaf stellte den Motor ab und sah nach, ob der Auspuff noch dran war. Dann ging er fünf bis sechs Meter seitlich in die Büsche, um ebenfalls zu pinkeln. Dabei drehte er sich um und sah, wie Enk zum Auto zurückkehrte. Enk ging auf die Beifahrertür zu und sagte zu Bügner: »Steig du jetzt auch mal aus.« Knochenlotte kletterte aus dem Wagen und sagte: »Oh wie schön, eine Rast.«

Kaum hatte er das gesagt, da drehte sich Enk blitzschnell um und schlug mit der rechten Faust zweimal auf Bügner ein. Der taumelte gegen die offene Beifahrertür. Die Tür knallte zu, und Bügner fiel zu Boden. Enk beugte sich über ihn und schrie laut.

In seinem Geständnis schilderte Enk seine Tat so: »Ich habe Knochenlotte gefragt, ob er weiß, was man mit Verrätern und Schwulen macht, die sich an Kameraden vergreifen. Die Antwort von ihm ist bloß gewesen: 'Du Schwein'... Da war dat aus, da habe ich sofort zugeschlagen. Wie er gefallen ist, habe ich sofort gezogen und einen Stich hinten in die Nierengegend gegeben. Ich habe sofort da reingestochen und dann mit hochheben, da kann er nichts mehr merken. Ich habe da noch ein paarmal zugestochen, wie oft, das kann ich nicht mehr sagen. Bis er dann da lag und hat sich nicht mehr gerührt. Als ich ihm die beiden Schläge gegeben hatte, habe ich gesehen, wie er die Augen verdreht hat. Das waren gezielte Schläge, ich hab gewußt, wenn ich die anwende, daß er dann sofort bewußtlos wird. Ich wollte ihn ja nicht quälen. Er fiel dann nach links von mir aus gesehen. Wie ich den geschlagen hatte, hatte ich das Messer schon in der linken Hand. Aber das hat er nicht gesehen, weil ich das so verdeckt hatte mit der hohlen Hand. Ich brauchte das Messer dann nur so nach rechts zu geben, und als er dann so nach links fiel, habe ich dann hinten in die Nierengegend mit voller Kraft gestoßen. Die Klinge war gut zehn Zentimeter, so in etwa. Bei dem ersten Stich hielt ich das Messer so, daß mein Daumen am Handschutz lag. Die Klinge guckte dann zwischen Daumen und Zeigefinger raus. Ich hab mich dann hingekniet. Ich hab dann geschrien, ich hab laut geschrien, das haben die auch im Wagen gehört. Ich hab geschrien, das lernt man ja auch beim Bund, weil das befreit von Angstgefühlen. Ich weiß nicht so genau, wie man das jetzt beschreiben soll. Weil ich ja noch nie einen getötet habe ... Gelernt haben wir das bei der Bundeswehr, an Puppen und so. Einzelkampfausbildung auf jeden Fall. Was ich geschrien habe, weiß ich nicht ... Das ging ganz schnell. Das dauerte keine zwei Minuten.«

Enk hatte das blutige Messer noch in der Hand und ging auf Frühauf und Olaf König zu. Enk hatte zu ihnen hinübergeschrien: »Komm raus, Frühauf. Und Du kommst auch her! « Daraufhin war Frühauf nur von der linken auf die rechte Autoseite gerutscht, aber noch im Wagen geblieben. Zögernd und voller Angst stieg er erst auf Enks laute Forderung hin aus. Enk legte seinen rechten Arm um Olaf Königs Schulter, so daß sich die Hand mit dem Messer 25 bis 30 Zentimeter von Olafs rechter Gesichtshälfte befand. Olaf König sah, daß das Messer blutverschmiert war. Enk drehte ihn leicht herum, so daß Olaf den Körper Bügners sehen konnte. »Wie habe ich das gemacht«, sagte Enk. Olaf König antwortete nicht. Ihm war schlecht geworden. Enk ließ ihn los und trat einen Schritt zur Seite. Plötzlich stand Frühauf an den Füßen des Erstochenen.

Olaf hatte den Eindruck, daß sich Bügners Brust noch bewegte. Er sagte laut: »Er atmet ja noch.« Daraufhin sagte Enk: »Aber nicht mehr lange.« Er kniete sich neben Bügner, hob den Kopf an den Haaren ein Stückchen hoch und schnitt ihm die Kehle durch.

Enk sagte: »Soll ich ihm den Kopf abschneiden?« Frühauf antwortete: »Um Gottes Willen!« Enk erhob sich und brüllte in Richtung Frühauf: »Nun pißt euch man nicht in die Hose. Ihr habt wohl noch nie 'ne Leiche gesehen!« Dann sagte er: »Der kann hier nicht liegenbleiben. Nun schafft ihn man weg.«

Frühauf wurde plötzlich ganz nervös. Er stürzte zum Auto, suchte etwas und kam mit einem Lederlappen zurück. Mit dem Fensterleder faßte er ein Bein von Bügner an und zog, konnte die Leiche aber nicht von der Stelle bekommen. Als Enk das

sah, schrie er los: »Nun stell dich man nicht so an. Ich hab noch Bock auf noch einen, sonst kannst du dich gleich dazulegen!« Olaf König beobachtete, wie Enk mit dem Messer in der Hand auf Frühauf zuging. Olaf rief in Panik: »Nun mach schon, Frühauf!«

Olaf König fragte Enk: »Wohin jetzt?« Enk antwortete: »In die Büsche rein.« Als Frühauf merkte, daß König die Leiche allein ziehen konnte, ließ er los. Olaf zog die Leiche vier bis fünf Meter weit, dann konnte er nicht mehr. Enk schrie ihm zu: »Noch weiter, man sieht ihn noch.« Und zu Frühauf gewandt: »Scheiß dir nicht in die Hosen. Mach endlich was! « Frühauf wollte wieder zupacken, aber Olaf hatte den leblosen Körper von Bügner inzwischen weit genug gezogen. Enk sagte: »Er muß verdeckt werden.« Daraufhin riß Olaf König Gras und Grasbüschel aus und streute sie über die Leiche. Die drei stiegen wieder ins Auto, Olaf wendete und fuhr in Richtung auf die Autobahn. Enk drehte sich um: »Frühauf, wenn Du was verrätst, bist du auch dran!«

In Hochstimmung erzählte Enk immer wieder seine Tat. Später, in der Wohnung, wurde er etwas ruhiger, nachdem er ein Bier getrunken hatte. Enk: »Vorher war ich noch aufgeregt von der Tat, was wohl jeder Mensch verstehen kann, und als ich dann den Rotwein und das Bier auf Ex getrunken hatte, da war ich dann eben ruhiger. Aber das soll keine Entschuldigung sein für die Tat. Weil ein Deutscher sich nicht entschuldigt. Normal bittet auch ein Deutscher nicht. Das liegt dem Nationalsozialismus im Prinzip nicht, und deswegen wird er sich auch nicht entschuldigen und nimmt auch keine Gnade an. Und dazu steh ich voll und ganz. Lieber stehend sterben als kniend leben.« Und stolz fügte er hinzu: »So, das war meine erste Amtshandlung gegen Volksschädlinge und Verräter.« Dabei stand er auf, knallte die Hacken zusammen und erhob den rechten Arm zum »Führergruß«.

Am nächsten Tag telefonierte Frühauf mit seiner Mutter und erzählte ihr die Geschichte vom Mord an Johannes Bügner. Dann ging er zur Polizei und erstattete Anzeige.

*

Ermordung eines » Verräters« durch Angehörige eines rechtsradikalen Freikorps am 31. Mai 1923:

»Ein Motorradfahrer holte einen Jagdwagen, auf dem die ganze Gesellschaft halb betrunken um 12 Uhr nachts fortfuhr. Cadow wurde von acht Mann mit vorgehaltenem Revolver in Schach gehalten. Anführer dieses 'Rollkommandos ' war der Fähnrich Höß. Als der Wagen in einen Wald nahe der Ziegelei Neuhof gelangt war, wurde Cadow mit Gummiknüppeln und Holzscheiten solange auf den Kopf geschlagen, bis er blutübertrömt zusammenbrach. Man lud ihn wieder auf den Wagen undfuhr einige hundert Meter weit in eine Waldschonung. Dort wurde er vom Wagen geworfen, mit den Stiefeln getreten. Wiedemeyer schnitt ihm mit einem Jagdmesser in die Kehle. Höß und Zabel jagten ihm von hinten eine Kugel als Gnadenschuß durch den Kopf. Am anderen Morgen verscharrten ihn diese beiden. Die Sache kam auf, weil ein Teilnehmer des Gelages, Jurisch, dem » Vorwärts« aus Gewissenbedenken heraus Mitteilung machte. Der Angeber wurde zunächst verhaftet, offenbar, weil er die Sache in die Öffentlichkeit hatte kommen lassen. Dagegen wurden Masolle und v. Hardt nach kurzem Verhör wieder freigelassen. Angeblich sollte Cadow nur einen »Denkzettel« bekommen, den Gnadenstoß habe man ihm lediglich aus Furcht vor Entdeckung gegeben. «

Der Haupttäter dieses Fememordes, Rudolf Höß, wurde später Kommandant des Konzentrationslagers in Auschwitz. Der Gutsinspektor Martin Bormann, der den Tätern bei der Flucht half, stieg auf zum Leiter der Parteikanzlei der NSDAP, zum engsten Vertrauten Adolf Hitlers.

Konkret 12/82, S. 66

Reinhard Kühnl

Konkret-Extra
Der Offensive von rechts widerstehen

Seit Jahren ist erkennbar, daß die Aktivitäten neofaschistischer Kräfte wieder wachsen. Waffenlager wurden entdeckt mit fast 3.000 Flinten und Pistolen, mit Handgranaten und Maschinengewehren. Mordanschläge forderten seit 1978 schon 20 Todesopfer. Doch ernsthafte Gegenmaßnahmen blieben aus. Angeblich handelt es sich nur um »Einzeltäter« (so wie ja auch Hitler ein »Einzeltäter« gewesen sein soll). Als die Wehrsportgruppe Hoffmann allzu offensichtlich den bewaffneten Terror probte und sich in Mordanschläge verwickelte, waren staatliche Maßnahmen nicht mehr zu umgehen. Aber selbst da blieben sie auf »Einzeltäter« beschränkt. Das heißt: die Organisationsstruktur des Neofaschismus blieb und bleibt unangetastet.

Aus bitterer Erfahrung wissen wir, daß kleine faschistische Gruppen gerade in Krisenzeiten sehr rasch anwachsen können. (Auch die NSDAP hatte 1928 nur 2,6 Prozent!) Sie können das aber nur dann, wenn sie von den Behörden geduldet werden. Eben deshalb haben die Antifaschisten nach 1945 verlangt, daß dem Faschismus nie wieder Raum zur Entfaltung gegeben werden dürfe. Warum also wurde er in der Bundesrepublik nie ernstlich behindert? Welche Interessen sind da im Spiel? Und andererseits: Warum wenden sich Menschen dem Faschismus zu? Und warum gerade jetzt?

Die Wirtschaftskrise hat Millionen in Unsicherheit und Angst gestürzt. Sie suchen nach einem Ausweg - und sie suchen nach den Schuldigen. Der Faschismus bietet ihnen beides. Er erklärt die ausländischen Arbeitskräfte, die Gewerkschaften und die Kommunisten für die Schuldigen und deren Dezimierung bzw. Disziplinierung für den Ausweg (dazu wird natürlich ein »starker« Staat und hartes Durchgreifen benötigt). So ähnlich, wenn auch nicht ganz so drastisch, sagt das die »honorige« Rechte allerdings auch. Eben daraus ergab sich ja von Anfang , an, seit 1918, die Einigkeit beider im Kampf gegen alles, was links, demokratisch, sozialistisch, kommunistisch oder auch nur liberal ist und in diesem Weltbild als zersetzend gilt. Auch heute findet diese politische Verwandtschaft ihren Ausdruck in vielfältigen personellen und strukturellen Verbindungen zwischen beiden. Diese Sympathien sind natürlich besonders groß in unserem Land, in dem die Führungsschichten aus *der Zeit des Faschismus, die Richter und hohen Beamten, die Offiziere und die Wirtschaftsführer, auch nach 1945 in ihren Machtpositionen blieben und von hier aus auch auf die folgende Generation wirken konnten. So blieben Bewußtseinsstrukturen lebendig, die zur extremen Rechten hin offen waren. Die Wirtschaftskrise gibt ihnen neue Dynamik. Lanzer-Hefte und wissenschaftliche Hitler-Biografien, Kino-Filme und Illustrierten-Serien verkünden, daß Hitler soziale Sicherheit und nationale Begeisterung geschaffen habe. Und daß der »Feind im Osten« auf seine Stunde lauert; daß gewaltige Militärmacht nötig sei, um Freiheit und Zukunft zu sichern, wird der Bevölkerung seit Jahrzehnten tagtäglich eingehämmert. Der Faschismus bietet den von der Krise Betroffenen, von Angst Ergriffenen jedoch noch ein Drittes: Er bietet ihnen Möglichkeiten, selber aktiv zu werden im Kampf gegen die »Zersetzer« und »Volksverderber«. Er steigert also die herrschende antikommunistische Ideologie zu der radikalen Konsequenz, daß gegen den Feind auf der Linken nun aber auch wirklich zugeschlagen werden müsse.

Kurzum: Es war immer die »honorige« Rechte, die dem Faschismus die Ideen, das geistige Klima, das Feindbild, die Legalität und oft genug auch die Waffen geliefert hat. Denn die Stoßrichtung der faschistischen Aktivitäten ist eindeutig: Sie nützen denen, die Demokratie, Mitbestimmung und Sozialismus fürchten müssen als Bedrohung ihrer sozialen Privilegien. Und die in der Krise befürchten müssen, daß die Massen in ihrer Suche nach den Ursachen auf die richtige Spur kommen. Umso dringlicher ist es für die herrschenden Kräfte in der Großwirtschaft und im Militär, daß als einzige »Alternative« der Weg nach rechts ins Bewußtsein dringt. Solange die Massen auf Türken und Kommunisten als die angeblich Schuldigen starren, bleibt der Kapitalismus aus dem Blick. So wird der Neofaschismus geduldet als eine Reserve-Truppe, die auch diejenigen noch auffangen kann, die die etablierten Rechtsparteien noch für zu schlapp halten. Und als eine Kraft, deren terroristische Aktivitäten gegenüber der Linken Angst und Einschüchterung erzeugen können.

Die Linke wird dieser Offensive von rechts nur widerstehen können, wenn sie die Probleme, die die Massen bewegen, selber anpackt. Aufklärung über den wirklichen Charakter des Faschismus, Druck auf die staatlichen Organe, endlich ihre gesetzliche Pflicht zu erfüllen und gegen den Neofaschismus einzuschreiten, sind sicher wichtig. Drei Aufgaben sind jedoch in Angriff zu nehmen, die den sozialen Boden betreffen, auf dem Faschismus gedeiht:

1. Die wirklichen (im kapitalistischen System liegenden) Ursachen der Krise sind aufzudecken. Damit kann der Blick geöffnet werden auf diejenigen Kräfte, die an der sozialen Misere tatsächlich schuld sind.

2. Der Ausweg ist aufzuzeigen, der aus dieser Misere herausführt: Durch Einschränkung der Verfügungsmacht des Kapitals und durch Ausweitung der Mitbestimmungs- und Kontrollmöglichkeiten der abhängig Arbeitenden. Zugleich muß sichtbar

werden, daß die Linke willens ist, diesen Ausweg Schritt für Schritt auch zu erkämpfen.

3. Den Betroffenen und Suchenden müssen Handlungsmöglichkeiten eröffnet, ihr Kampf für eine lebenswerte Zukunft muß organisiert werden.

Es ist offensichtlich, daß bei alledem den Gewerkschaften eine zentrale Rolle zukommt und daß die Friedensbewegung hier schon Schneisen geschlagen hat.

Reinhard Kühnl, 46, Professor für politische Wissenschaften an der Uni Marburg, hat sich in vielen Veröffentlichungen mit dem Faschismus auseinandergesetzt; u.a. »Die NPD - Struktur und Funktion einer faschistischen Partei« (1966); »Geschichte und Ideologie« (1973); »Die Zerstörung der Weimarer Republik« (1976)

Konkret 12/82, S. 69

Peggy Parnass

Eine die sich wehrt

Weil Ursula Schneider nicht an Kriegsprojekten mitarbeiten wollte, wurde ihr das Arbeitslosengeld gesperrt

Frohe Kunde! Endlich hat mal eine das getan, was wir schon immer von Arbeitern und Gewerkschaften erhofften: Die Mitarbeit an Kriegsprojekten verweigert!

Ins kleine, ferne Schleswig, zum Landessozialgericht, mußten wir fahren, um die couragierte Frau zu bestaunen: Ursula Schneider, Sekretärin, 32 Jahre, waches, schönes Gesicht, 1, 54 in, sehr zart, selbstbewußt.

Nicht nur wir sind angereist, »taz«, »Courage« und »Spiegel« sind vertreten. Zuhörer Fritz Boldt, Elektrotechniker aus Kiel, der mit seiner Frau da ist: »Ich hab' schon als Lehrling überlegt, was man gegen den Krieg tun kann. Fürs Militär war ich, Gott sei Dank, untauglich. Dann hab ich jahrelang bei Honeywell Elec in Kiel Geräte überprüft. Das hat mir keine Ruhe mehr gelassen. Schließlich hab ich gekündigt. Ohne zu wissen, wo ich als nächstes Arbeit finde. Im Kündigungsschreiben hab' ich mit meinen Gründen nicht hinterm Berg gehalten. Schon vier Tage danach hab ich wieder Arbeit gefunden. In. der Autobranche. In meinem Beruf ist es schwer, etwas Nichtmilitärisches zu finden. Ich hatte ein Angebot in Eckernförde im Kondensatorenbau. Dann machte der Chef einen Rückzieher. Sagte: 'Wenn doch mal was Militärisches kommt, kann ich doch nicht auf Sie rechnen.' Meine Frau steht voll dahinter, obwohl sie selbst arbeitslos ist.«

Ich wußte gar nicht, daß ein Landessozialgericht personell so gut bestückt ist. Sechs Männer: Drei Richter, zwei ehrenamtliche Richter und der Gerichtsschreiber. Gut so, denn sie haben ja den Fall Schneider in der Hand. Den kleinen Fall, der im Grunde ein sehr großer Fall ist:

Ursula Schneider, arbeitslos, wurde vom Arbeitsamt direkt an Krupp Mak vermittelt. Ein Riesenbetrieb in Kiel, der zwar Lokomotiven, aber auch Panzer herstellt. Nach einem Gespräch mit dem Personalchef erbat sie sich drei Tage Bedenkzeit. »Damals wußte ich mich noch nicht richtig auszudrücken. Ich wußte nur, daß ich auf keinen Fall in so einem Betrieb arbeiten kann.«

Nachdem sie dem verblüfften Sachbearbeiter im Arbeitsamt ihre Gründe vorgetragen hatte, wurde ihr für vier Wochen das Arbeitslosengeld gesperrt. Kein hoher Betrag, so um tausend Mark. Aber sie mußte ja - als alleinstehende Frau - davon leben. Dieses Geld will sie sich jetzt gerichtlich erkämpfen. In zweiter Instanz, denn in erster Instanz in Kiel wurde sie abgeschmettert.

Der vorsitzende Präsident Schafmeister meint es wohl gut, als er eine Sperre-Senkung von vier auf zwei Wochen vorschlägt. Vielleicht spielt er auch nur erstmal dumm. Es geht ja nicht um den Betrag, sondern um das Grundsätzliche. Ursula ist überzeugte Pazifistin. Schafmeister: »Das wollen wir auch gelten lassen. Wir fragen uns nur, ob nicht Ihre persönliche Einstellung hätte zurückstehen müssen. Daß Sie arbeitswillig sind, ist deutlich. Sie haben sich ja damals, vor fast zwei Jahren, sehr schnell selbst Arbeit beschafft und sind nach wie vor tätig.«

Der junge Prozeßvertreter der Bundesanstalt für Arbeit, ein Verwaltungsrat, erklärt, daß die Sperrzeiten neuerdings von vier auf acht Wochen erhöht sind, und daß Frau Schneider als Sekretärin doch keineswegs direkt an einer Waffenherstellung mitgewirkt haben würde. Ursulas Anwalt Diederichsen hält dagegen, der Geldentzug sei indirekter Zwang.

Gefeilsche hin, Gefeilsche her. Dann kommt: »Frau Schneider, Sie stehen in einer gewissen Schwierigkeit, Ihre pazifistische Haltung nachzuweisen. Bei einem anerkannten Wehrdienstverweigerer wäre die Sache klar. Aber in Ihrem Fall ... «

Ursula Schneider muß sich rechtfertigen: »Ich habe eine Ausbildung beim Roten Kreuz hinter mir. Aber schon in der Schule fand ich Kriegsfilme ganz schlimm. Ich hab versucht, mit meinen Eltern, Großeltern, und Urgroßeltern ins Gespräch zu kommen. Doch die ließen keine Auseinandersetzungen zu. Ich wollte wissen, warum sie alles hingenommen haben. Ob denn damals niemand für seine Ansichten geradegestanden hat. Dafür muß man auch Nachteile in Kauf nehmen können.«

Vorsitzender: »Genau das sollen Sie jetzt. Wie Wehner schon sagte. 'Wir waren auch damals Revolutionäre, aber nicht vom Staat finanziert.'«

Anwalt Diederichsen: »Meine Mandantin kommt sich bestraft und zurückgesetzt vor. Sie hat eingezahlt und bekommt nichts.«

Vorsitzender: »Haben Sie denn keine anderen Belege für Ihren Pazifismus? Sind Sie Mitglied einer Partei oder einer Gruppe? Wir wollen Sie nicht aushorchen.«

Ursula: »Ich habe oft an Veranstaltungen der Deutschen Friedensgesellschaft teilgenommen. Mitglied bin ich nirgends. Ich lebte in der Zeit vor dieser Arbeitsvermittlung zwei Monate mit einem Iraner zusammen. Es war ein sehr schönes Verhältnis. Dann mußte er Hals über Kopf nach Hause, weil er eingezogen wurde. (Iran führt Krieg mit dem Irak). Ich habe nur noch gewartet., Auf Post, auf Anrufe. Ich bekam keine Post. Ich hörte nichts von ihm. Da habe ich selbst die Verbindung gesucht und endlich einen seiner Brüder erreicht. Der sprach gut Englisch und sagte mir, daß mein Freund beide Beine verloren habe. Er sagte mir auch, daß mein Freund sich weigert, mich zu sprechen oder mich zu sehen. Das kann ich auch verstehen.«

Der Protokollführer liest vor: »Ich habe einen guten Bekannten ... « Ursula runzelt irritiert die Stirn. »Einen guten Bekannten« ist wohl auch reichlich untertrieben, wenn es um die große Liebe geht. Eine Liebe, die ohne eigenes Verschulden, mitsamt den Beinen des Geliebten, amputiert wurde.

Vorsitzender: »Religiöse Gründe hat man in der Vergangenheit akzeptiert. Eine individuelle moralische und ethische Einstellung muß man aber gegen die Interessen des Versicherungsträgers abwägen. Ich weiß, es gab da den Fall eines Wehrdienstverweigerers, der an einem Katalog mitarbeiten sollte und sich weigerte.«

Muß Frau Mann sein, um sich weigern zu dürfen?

Vorsitzender: »Man muß unterscheiden zwischen religiösen und weltanschaulichen Gründen. Wo geht sonst eines Tages die Grenze bei einer Arbeitsvermittlung?«

Der Vorsitzende und die Bundesanstalt für Arbeit wissen, daß sie nicht nur um einen Tausender kämpfen, sondern gegen mögliche Hunderttausende von Verweigerern. Mensch, ist dieser Fall wichtig! Der Vorsitzende weiß das: »Es geht nicht um einen Wald- und Wiesen-Fall. Die grundsätzliche Problematik würde bleiben, auch wenn die Sperrzeit auf zwei Wochen herabgesetzt werden würde. Ein Verweigerer kann wieder vermittelt werden. Und beim zweiten Mal hätte eine weitere Sperrzeit den totalen Ausschluß aus der Arbeitsvermittlung zur Folge. Eine gewisse Schulung einer pazifistischen Grundhaltung muß schon da sein. Eine Wirtschaftskrise führt zur Verschärfung.«

Der Verwaltungsrat: »Ich fand das erst sehr interessant mit dem Bekannten, aber das Argument 'Beine ab' fällt aus. Das haben Sie doch erst nach der Vermittlung erfahren.«

Ursula, hilflos: »Am 15. Dezember 1980 war die Vorstellung und im Januar 1981 hab' ich endlich erfahren, daß mein Freund Invalide ist. Die ganze Zeit war sehr belastend. Ich schreibe nach wie vor. Ohne Antwort.«

Ob sie von der Katastrophe nun vorher oder nachher erfuhr, was spielt das für eine Rolle? Wieso muß man die eigene Familie, verlorenes Augenlicht oder Vaters Tod anführen, um als Pazifistin gelten zu dürfen?

Das Gericht berät sich und spricht das Urteil: »Berufung zurückgewiesen ... Revision nicht zugelassen ... Pazifistische Haltung ohne zwingenden Nachweis unterstellt ... Arbeit als Sekretärin ohne unmittelbarer verantwortlicher Beziehung zur Produktion ... *Das Grundgesetz garantiert die Gewissensfreiheit nicht schrankenlos...* Man muß auch an die Solidargemeinschaft der Versicherten denken ... Besondere Umstände, die zugunsten der Klägerin sprechen, sind auch heute nicht zutage getreten ... «

Auf meine Frage: »Was kann sie denn jetzt noch machen?« »Sie kann Beschwerde gegen die nicht zugelassene Revision einlegen und Verfassungsbeschwerde einreichen, wenn nichts mehr geht. Voraussetzung dafür ist: Die Möglichkeit einer Grundrechtsverletzung muß bestehen.«

Ich frage mich: Wer entscheidet über wessen Grundrechte? Wo fangen wessen wichtige Gründe an? Wie der Anwalt sagt: »Nach Feierabend darf man Mensch sein, für seine eigene Partei arbeiten. Vorher, acht Stunden am Tag - gegen die eigenen Interessen. Übrigens: ein Glück, daß Frau Schneider in der Rechtsschutzversicherung ist. Sonst wären wir wohl nicht hier.«

Bei einer Revision kommt es darauf an, ob eine Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat. Wenn das hier nicht der Fall ist, was sonst hat dann noch grundsätzliche Bedeutung!

»Wie reagiert deine Umgebung, reagieren Freunde, Bekannte, Verwandte, auf deine Entscheidung?«

Ursula: »Sie reagieren unterschiedlich, je nach politischer Einstellung. Auch die, die mir rechtgeben, meinen aber, daß es zuviel Kraft kostet, weil man sich immer wieder rechtfertigen muß, nicht nur begründen.«

Nach dem Urteil fahren wir nach Kiel, um uns das Krupp-Mak-Gelände mal anzusehen. Reinhard, der Fotograf, erfolgreicher Wehrdienstverweigerer, erzählt von 16 Monaten Altenbetreuung und daß der neue Familienminister Geißler jetzt auf 23 Monate verlängern will, sagt, Ende 1977 sei mal für drei Monate die Gewissensprüfung für Verweigerer fortgefallen. In der kurzen Zeit stieg die Zahl von 42.000 im Jahr auf 70.000 in diesen drei Monaten.

Ursula Schneider sagt: »Ich verbrauch mich jetzt richtig, muß mir sagen lassen, 'wirst nochmal auf die Schnauze fallen, schwer enttäuscht werden'. Aber Enttäuschungen in meiner Vergangenheit, negative Ereignisse, bringen mich nicht zum Aufgeben. Ich bin recht froh über meinen gesunden Optimismus.«

Ursula hat schon mal vor Gericht gestanden. Vor genau zehn Jahren wagte sie sich vor gegen Direktor Gerisch und seine Kieler Heimbau Schleswig-Holstein GmbH. Dort als Sekretärin erlaubte sie sich, nach drei Wochen Rock am Arbeitsplatz einen Hosenanzug zu tragen. Der damalige CDU-Abgeordnete im Kieler Landtag und Direktor der Heimbau, der aus irgendeinem Grund seiner Vorliebe per Dienstanweisung Nachdruck verlieh, schrie das »Fräulein Schneider« an und warf es fristlos raus. Kein Wunder, ihm war plötzlich nicht nur der Blick auf die Schenkel der Ursula Schneider verwehrt. Durch Ursulas Vorbild mutig geworden, änderten 15 weitere Frauen des Betriebes ihren Habitus. Bis sie Beispiel setzte, kamen die Frauen, mit Tüten beladen, in Hosen ins Büro und gingen ins Klo, um sich für den Chef umzuziehen.

Damals unterlag der Abgeordnete im Hosen-Krieg, und die Kieler Arbeitsgerichtsrätin Dr. Kühler entschied, daß die Kündigung ungerechtfertigt war. Herbert Gerisch mußte seiner Sekretärin 2.300 Mark Gehalt nachzahlen.

Ursula wird auch ihren neuen Kampf gegen Mißbrauch von Angestellten durchkämpfen.

Konkret 12/82, S. 72

Hans Platschek

Kunst auf Kreditkarte

Der Bildhauer KAY ist ein »Jahrhundertgenie«, und seine »liegende Eva« kommt per Express - per American Express. Die Kreditkartenorganisation bietet das Stück Marmor-Porno 399 mal für neun Monatsraten á 116,40 Mark an (»effekt. Jahreszins 16,3%«). Kredit-Vereine wie American Express und Diners Club bauen Ihren Versandhandel mit Massen-Kunst immer weiter aus. Und der»exklusive Kreis der Karteninhaber« fällt darauf herein

Früher war von Kaufhausmalerei die Rede, von Karstadt-Kunst, Sofabildern oder einer Kunst der schweigenden Mehrheit. Es ging um Ansichten von Berg und See, um trinkende Mönche, röhrende Hirsche, um lachende Zigeunerinnen, die, als Thema ständig wiederholt, derart rüde angefertigt waren, daß selbst dem Gutgläubigsten der Verdacht kam, es müsse sich um Serienprodukte handeln. Der Verdacht hat sich bestätigt: nicht nur ihrer Kunstlosigkeit wegen sind die Kaufhausbilder in den Hintergrund gerückt, auch die Serienproduktion, die sich auf die Dauer nicht hat verheimlichen lassen, schreckt mögliche Käufer ab. Die moderaten Preise tun das ihre: zwar sind sie erschwinglich, steigen aber werden sie nie. Der Preis nämlich, der Anlagewert, spielt beim Erwerb von Kunstwerken zunehmend die entscheidende Rolle. Früher fragte der Laie, was ein Bild bedeuten solle. Heute fragt er, was es wert sei.

Noch in den fünfziger Jahren konnte es vorkommen, daß man Kaufhausbilder an den Wohnungs- und Bürowänden leitender Herren sah. Mittlerweile hat sich das geändert. Genauer: geändert hat sich der leitende Herr in seinen Mußestunden, die ja, wie es die Binsenweisheit will, sein Berufsleben verlängern. Das nun sieht farbiger aus als vor Jahr und Tag. Nicht zufällig suchen die Stellenanzeigen nach »schöpferischen« oder wie das Kennwort heißt, nach »kreativen« Kräften. Pasteur als Abteilungsleiter im Chemiekonzern, Einstein bei IBM, van Gogh als Art Director: so absurd das klingt, es wird den Führungskräften nahegelegt. Sie sollen, so heißt es, sich entfalten. Umso schlimmer, wenn sich herausstellt, daß der Entfaltung Grenzen gesetzt sind. Das klassische, bis zum Überdruß zitierte Beispiel ist die Glühbirne, die über Jahre hinweg brennen kann, ein technisch ohne weiteres lösbares Problem. Daß es nicht gelöst wird, liegt im Interesse der Glühlampenfabrikanten. Auf diese Weise gleicht die Führungskraft, der »Kreative«, einem Sisyphos. Er rollt den Stein der Erkenntnis den Berg hinauf, wo ihn oben der Sachzwang, wie es so schön heißt, herunterrollen läßt. Als Andre Gorz noch nicht meschugge war, hat er diesen Konflikt zwischen Entfaltung und Profitzwang beschrieben: Auf der einen Seite ist die

Führungskraft eine »Subjekt-Praxis«, auf der anderen abhängig. Subjektiv scheint sie fortschrittlich, objektiv ist sie reaktionär. Für die Kaufhausmalerei ist dieses Publikum allerdings verloren. Weil es in die Nähe des »Schöpferischen« geraten ist, sind ihm diese Bilder zu harmlos und zu primitiv. Sich andrerseits mit Kunst zu befassen, dafür fehlt ihm die Zeit und wahrscheinlich auch, so wie die Preisgestaltung auf dem Kunstmarkt zustandekommt, das Geld. Ein Kunstbedürfnis aber muß vorliegen, selbst wenn es sich um eine bloße kulturelle Angewohnheit handelt.

Man würde im dunklen tappen und auf empirische Erhebungen angewiesen sein, käme einem nicht die Tatsache zu Hilfe, daß eine Kreditkarte die Nebel lichtet. Unternehmungen wie der American Express oder Diners Club bieten, seit einiger Zeit, ihren Kunden auch Kunst an. Es ist eine besondere Kunst, zugeschnitten, wie es scheint, auf eine Käuferschaft, wie Gorz sie beschrieb: etwas modern, im Grunde aber konventionell, schick, aber nicht allzu extravagant, nicht unbedingt teuer, nicht unbedingt billig, aber stets vom Anreiz begleitet, daß die Stücke Sammlerstücke sind, in limitierter Auflage herausgegeben, so daß der Preis nur steigen kann.

Es mag sein, daß die Bezeichnung »Kreditkartenkunst« zu eng gefaßt ist, weil mittlerweile eine Anzahl von Versandhäusern und Editionen auf Glanzpapier gedruckte Angebote, Kunst betreffend, aber nicht nur Kunst betreffend, ins Haus schicken. Oft kann man von einem gemischten Angebot sprechen, für das wiederum die »Centurion Galerie« des American Express typisch ist. Unter dem Leitspruch: »American Express präsentiert Ihnen in diesem Katalog ausgesuchte Geschenkideen, erlesene Kunstobjekte und nicht alltägliche Accessoires«, reihen sich »edle Schreibgeräte« von Pierre Cardin, Kristallglas von Collani, Krawatten, Kleiderbürsten, Seidenteppiche aus Hereke und dergleichen mehr mit »Kunst unserer Zeit«. Sie ist abgestuft. Als Prestigeobjekt dürfte eine Originalgouache von Miró gelten, etwas dekorativ, das stimmt schon, aber immerhin 298.000 Mark wert (»Best.-Nr. 7-001-001«). Ebenso teure Originale, für die der späte Chagall eher berüchtigt ist, fallen ästhetisch schon auf eine niedrigere Ebene. Es folgen Lithos, abermals von Chagall, darauf ein Siebdruck von Vasarely, ein Litho von Ernst Fuchs, Siebdrucke von Hundertwasser, sie alle etwa 1.000 Mark wert. Das sind die prominenten Namen, zu denen sich ein andermal zwangsläufig Dali gesellt. Sie aber werden von einer Reihe unbekannter Künstler umrahmt, die den Vorzug haben, dem Kitsch gleich zu geben, was des Kitsches ist und somit den Umweg über die ästhetische Anstrengung zu vermeiden. Ihre Preise sind entsprechend billiger; die Sujets Blumenstücke, Landschaftsidylle, »charmante Frauenporträts«: Sujets, kurz, wie sie die Kaufhausmalerei seit Jahr und Tag im Sortiment führt.

Zwischen Lederkoffern und Kleiderbürsten, zwischen den Polen einer Dekoration, die einmal als modern galt, und dem, was man vorschnell eine Augenweide nennen kann, setzt die Kreditkartenkunst, in der doppelten Wortbedeutung, aufs

schnelle Erfassen. Die ewige Frage, was eigentlich Kunst sei, wird von den Anbietern im Handumdrehen gelöst. Eine »Deutsche Numismatik« bietet die »Sphinx« von Pilar Francesch an, die Edition einer das Pornographische streifenden Plastik in 380 Exemplaren, deren Preis bei Barzahlung 2.200 Mark beträgt. Bei »Nichtgefallen« wird der Rechnungsbetrag dem American Express Kartenkonto gutgeschrieben. Aber wie sollte diese metallene, splitternackte, mit ägyptischem Kopfschmuck versehene Figur nicht gefallen, wenn es dazu heißt: »Inspiration ist für den Künstler von entscheidender Bedeutung. Niemals darf sie willkürliche Eingebung bleiben, emporgestiegen aus unergründlichen, dunklen Quellen. Für eine Künstlerin wie Pilar Francesch ist die Inspiration Frucht natürlichen Empfindens und langer suchender Bemühung.«

Es ist schon ein Gemeinplatz, wenn man sagt, daß die Sprache, die Kunst beschreiben soll, für gewöhnlich eine Nicht-Sprache ist. Hier aber hat sich der Herr aus der Werbeabteilung von Hölderlin und dem Kunsthistoriker Doktor Haftmann inspirieren lassen. Im übrigen, so heißt es, bringt das spanische Königshaus der Künstlerin seine Hochschätzung entgegen.

Das Beispiel steht für viele. Nicht allein, daß die »Sphinx«, als Plastik gesehen, ein Greuel ist: man fragt sich, ob die »Deutsche Numismatik« ihre Zielgruppe unterschätzt oder richtig eingeschätzt hat. Es wäre ein Beitrag zur Wissenschaft, würde sie verlauten lassen, wer die 380 Bezieher sind: nicht die Namen, aber die Berufe und die Wohnorte. Die Vorstellung, es kauften Leute die Plastik in der Absicht, sie später mit Gewinn zu veräußern, ist makaber. Sämtliche Prospekte aber machen offen oder verdeckt den Gewinnzuwachs geltend, ohne allerdings nur auf den Gewinnzuwachs zu setzen. Das Pornographische der »Sphinx« appelliert an einen anderen Sinn als den »Sinn des Habens«, wie Marx ihn, den entfremdetsten aller Sinne, nannte. Trotzdem richten sich die Angebote auf Glanzpapier nicht zuletzt an den Spekulanten im Käufer. Der Unterschied zum offiziellen Kunstbetrieb, der Hochkunst, sie mag aussehen wie auch immer, ähnlichen Spekulanten vorsetzt, besteht offensichtlich darin, daß American Express oder Diners Club zumindest nicht warten können: wo der offizielle Kunstbetrieb zumindest eine Saison lang Zeit hat, müssen die Kreditkartenfirmen mit kürzeren Umsatzfristen rechnen. Die überheizte Prosa, die das Angebot artikuliert, ist weniger, wie sie will, eine Sprache der Begeisterung, sie ist eine Sprache der Panik.

Star der Kreditkartenkunst ist ohne Zweifel der Wiener Maler Ernst Fuchs. Er war, dereinst in Wien, erst Avantgardist, später ein Vertreter des »Phantastischen Realismus«. Er hat den Jugendstil aufs neue mit den Elementen der Salonmalerei durchsetzt. Eine Zeitlang galt er als gut und teuer, aber die Saison im Kunstbetrieb geht stets unweigerlich zu Ende, und heute ist Fuchs auf schlichtere Geschäfte angewiesen. Das ändert nichts daran, daß eine Hilliard Collection in München und der von ihr autorisierte Anbieter Diners Club einen »Achill« in 1450 Bronzegüssen, numeriert und von einem vom Künstler »handunterzeichneten« Zertifikat begleitet, mit diesen Lobpreisungen anbieten: »In unnachahmlicher Weise versteht es Ernst Fuchs, seinen Schöpfungen Seele zu geben. Gut und Böse nebeneinanderzustellen, Unterschwelliges und Schlummerndes auszudrücken.« Der »Achill« zeige auch eine Physiognomie von nahezu göttlicher Vollkommenheit. In Wirklichkeit handelt es sich um einen Kopf, der Cocteaus Jünglingsfiguren ins Dreidimensionale übersetzt. Er ist mit einer toupierten Riesenfrisur, in Wellengestalt natürlich, gekrönt. Komm zurück, Arno Breker, alles vergeben. Um jedoch den möglichen Käufer von allen Zweifeln zu befreien, heißt es, den Künstler als Person betreffend: »Ernst Fuchs zählt zu den Künstlerpersönlichkeiten, die bereits zu Lebzeiten als Genie verehrt und bewundert werden.« Das traut sich, so wie es dasteht, nicht einmal ein Beuys-Fan zu sagen. Und wie es sich für ein Genie gehört: »Bereits vor der offiziellen Vorstellung des Achill haben sich mehr als einhundert Interessenten dieses attraktive Kunstobjekt durch Reservierungsaufträge gesichert.«

Auch hat die Kreditkartenkunst, will man sie so nennen, etwas unfreiwillig Surrealistisches an sich, das deutlicher als jeder soziologische Traktat, deutlicher auch als die Überlegungen von Gorz, den Status und die Mentalität des Leitenden Angestellten kennzeichnet. Der Surrealismus ist hier, um es mit Brecht zu sagen, in die Funktionale gerutscht. Eine Firma bietet auf Glanzpapier als Sammlerobjekt Cognac aus Rommels Kriegsbeute feil. Woran die Anbieter wohl hier appellieren? Eine andere Firma verlegt sich auf Bronzeplastiken in vervielfältigten Abgüssen: die Modelle sind Einstein und Helmut Schmidt. Der Künstler, ein Jugoslawe, wird, in Werbesprache, als prominenter Vertreter des. sozialistischen Realismus vorgestellt.

Diners Club im Verein mit Manager Reisen schlägt sieben Tage mit Ernst Fuchs in Spanien vor. Flug, Hotel, Vollpension, Kursgebühren und ein persönliches Zertifikat von Ernst Fuchs in Navarra, »dort, wo er 'Kunst und Mystik' harmonisch vereint sieht, unterrichtet er im kleinen Kreis, sucht das Gespräch und führt ein in seine Welt – die Welt des Ernst Fuchs, die Welt des phantastischen Realismus. Fern vom Alltagsstreß erhalten Sie geistige Inspiration, physische Erholung, Fortbildung sowie kreative Impulse für ihr Berufsleben.«

Warum wohl fällt einem angesichts der »Sphinx« oder des »Achill« der Nazi-Bildhauer Arno Breker ein? Gerade wenn es um Kunst geht, sind Vorurteile beharrlich. Die Kreditkartenkunst bringt die Vorurteile in eine Form, an der Modernes nicht vorübergegangen ist: tatsächlich ist es vorübergegangen, nicht geblieben. Dem entspricht der Manager, der zu Ernst Fuchs

nach Spanien reist oder die »Sphinx« auf den Kaminsims stellt. Er will sich von den »Sachzwängen« erholen, die ihn ins Brot setzen und sich auf seine Entfaltung besinnen.

Was am Ende auch hier die Überhand gewinnt, machen die Bilder, die Plastiken, die Graphiken deutlich, die, schnittig zwar, den Verkaufserlös schon dort einplanen, wo der künstlerische Prozeß beginnt. Das gilt für Dali ebenso wie für den Unbekannten, der Blumen etwas schummrig malt. Kunst also braucht die Kreditkartenkunst nicht zu sein, dafür aber ist sie Illustration. Nicht ihrer Themen, sondern dadurch, daß sie den Opportunismus in die ästhetische Kategorie hebt. Man kann auch mit Gorz sagen: sie ist subjektiv liberal und objektiv reaktionär. Außerdem beantwortet sie eine griffige Frage: was hat Leonardo da Vinci mit Hans Dietrich Genscher zu tun?

Konkret 12/82, S. 76

Martin Buchholz

Geerbtes Gift

Ist Krebs eim Erbkrankheit? Amerikanische Forscher wollen das jetzt beweisen. Sie helfen damit der Industrie, die unsere Umwelt verpestet

Wie geht's Ihnen so? Und was macht Ihre HGPRT? Ihre Hypoxanthin-Guaninphosporibosyltransferase? Sagen Sie nicht, das sei Ihnen egal, zumal Sie gar nicht wüßten, was das ist. Möglicherweise wird das bald eine Ihrer Hauptsorgen sein, wenn Sie zum Arzt gehen, um zum Beispiel einen neuen Arbeitsplatz zu bekommen. Oder um eine Lebensversicherung abzuschließen. Denn die HGPRT wird nach Meinung einiger US-Forscher zeigen, ob Sie anfällig für Krebs sind oder nicht. Ähnlich wie ein zu hoher Cholesterin-Spiegel im Blut ein erhöhtes Herzinfarkt-Risiko signalisiert.

Man wird sich Ihre Gene künftig etwas genauer ansehen, wenn sich solche Test-Methoden durchsetzen sollten. Eines Ihrer Gene, das auf dem X-Chromosom angesiedelt ist, kann nämlich den Krebs beherbergen, meinen jene amerikanischen Wissenschaftler. Dieses Gen enthält den Code für das unaussprechliche HGPRT. Das ist ein Stoffwechsel-Enzym (ein Werkzeug der Zelle) aus Eiweiß. Wenn der Gen-Code durcheinandergerät, entsteht ein leicht verändertes Enzym, Mutation genannt, die aber in den meisten Fällen die notwendigen »Arbeiten« in der Zelle normal verrichtet.

Warum soll dieses genetisch veränderte Enzym nun etwas mit Krebs zu tun haben? Das kann kein Wissenschaftler direkt beantworten. Es gibt nur einen indirekten Hinweis: , Daß nämlich Menschen mit angeborenen genetischen Veränderungen - auch wenn die gar nicht in Erscheinung treten - anfälliger für krebserregende Umweltgifte sind. Ein mutiertes HGPRT-Enzym ist besten- oder schlimmstenfalls ein Indikator, ein Warnsignal für ein erhöhtes Krebs-Risiko. Ein Zusammenhang aber, wie er etwa zwischen zu großer Fetthaltigkeit des Blutes (Cholesterin) und Herzkrankheiten nachgewiesen werden kann, besteht nicht.

Dennoch wird schon seit Jahren in den USA eifrig an Menschen herumgetestet, die Umgang mit krebserregenden Stoffen am Arbeitsplatz haben. Da sich das veränderte HGPRT-Enzym relativ einfach in einer Lösung mit weißen Blutkörperchen nachweisen läßt, ist diese Untersuchung nicht sehr aufwendig. Daß hier mit Wissenschaft wieder einmal Profit-Schindluder getrieben wird, das ist die Sorge des US-Wissenschaftsmagazin »Science«. Die Fachzeitschrift befürchtet, »daß die Industrie die Ergebnisse benutzt, um vermeintlich besonders gefährdete Arbeiter von Arbeitsplätzen mit krebsverursachenden Substanzen fernzuhalten, statt die Arbeiter generell vor diesen Substanzen zu schützen«.

US-Genforscher berichten, daß ähnliche Tests in einzelnen Abteilungen des Chemie-Multis Dow Chemical gang und gäbe seien. Zwar dementierte der Napalm-Kriegsgewinnler-Konzern solche Behauptungen sofort. Unbestritten aber ist, daß einer der bekanntesten Tumor-Forscher der USA, Charles Shaw vom Anderson-Krebs-Institut in Houston, in petrochemischen Werken des Staates Texas die Chromosomen von Arbeitern auf mutierte HGPRT-Gene untersucht hat. Diese Arbeiter waren (und sind es größtenteils noch) an ihrem Arbeitsplatz dem krebserregenden Stoff Methylchloroform ausgesetzt.

Krebs - eine Erbkrankheit?« fragt der »Spiegel« in einer Titelstory. Doch all diese Fakten liest man dort nicht. Mit sanft kritischer, doch grundsätzlich gläubiger Schreibe wird die Krankheit als eine genetische Veranlagung, als eine ererbte Bereitschaft (Disposition) neu definiert. Die »Sachlage« läßt der »Spiegel« vom Heidelberger Krebsforscher Prof. Dietrich Schmähl so erläutern: »Die Disposition ist, soweit sie genetische Mechanismen betrifft, schicksalhaft ... « Krebs ist, was sollen wir Machen, nun mal unsere Natur.

Auch für den »Spiegel« sind es die krebserregenden Stoffe, die letzten Endes die »Veranlagung« durchbrechen lassen. Doch wer kein Krebsgen mitbekommen hat, braucht nichts zu befürchten. Vorausgesetzt, »der potentiell Langlebige setzt sich nicht einem anhaltenden oder hochdosierten Karzinogen-Bombardement aus - etwa als Klempner im Kernkraftwerk oder als Arbeiter in der Asbestindustrie«.

Der »Spiegel« verschweigt, wie umstritten diese Krebs-Anfälligkeits-Hypothese ist, die übrigens schon 1974 von dem deutschen Forscher Theodor Boveri formuliert wurde: die vermeintliche Sensation ist also uralt. Nur bei ganz seltenen (und da auch nicht in allen Fällen) Tumor-Arten spielen Erbfaktoren nachweislich eine Rolle!

Inzwischen haben Krebs-Forscher in Großbritannien und Kanada in vergleichenden Studien herausgefunden, daß es möglicherweise gerade die Angst vorm Krebs ist, die die Zellen erst zum Wuchern bringt: eine von der Psyche stark beeinflußte Krebs-Entstehung also. Die Horrorbotschaft von der Erbkrankheit Krebs könnte so zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden. Mehr noch: Auch die Selbstmordrate in solchen angeblichen »Krebs-Familien« steigt ungewöhnlich. Schon beim ersten Krebs-Verdacht, der sich oft gar nicht bestätigt, bringen sich immer mehr Menschen um. Die Panikmache um den vererbbaren Krebs führt, laut »Science«, sogar so weit, »daß sich viele junge Frauen

vorsichtshalber schon die Brüste wegoperieren lassen, weil ihre Mütter oder Schwestern Brustkrebs hatten und sie befürchten, auch daran zu erkranken«.

»Krebs - eine Erbkrankheit?« Mit solchen Sensations-Aufmachern wird den Lesern die Metastase auf die Brust gesetzt. Ist jene genetische Abweichung zugleich ein Warnsignal für kommenden Krebs? Kann man heute überhaupt sagen, was ein »normales« Gen ist, zumal die Codierungen der Gen-Millionen auf den Chromosomen weitgehend unbekannt sind? Gen-Forscher fragen sich schon, ob nicht jeder einzelne Mensch (genetisch gesehen) ein Mutant ist. Das würde heißen, daß in unserem Gen-Reservoir schon Veränderungs-Möglichkeiten angelegt sind, die bloß nicht zum Durchbruch kommen. Oder die vielleicht auch zu kleinen, aber nicht wahrnehmbaren Mutationen im chemophysikalischen »Zellhaushalt« führen. Welchen Nutzen soll es in diesem Fall haben, ein zufällig leicht nachweisbares Enzym wie HGPRT auf mögliche Veränderungen zu untersuchen?

Den Nutzen haben vor allem die US-Versicherungsgesellschaften, die nach Meinung von Fachleuten am New York State Health Departrnent ihre Versicherten auf diese Weise selektieren werden. Wer das vermeintliche »Krebsgen« hat, wird wahrscheinlich mehr blechen müssen. Aufgrund von Chromosomen-Untersuchungen wurden in den USA schon unterschiedliche Beitragsklassen für Schwarze eingeführt, bei denen eine bestimmte Blutkrankheit - die Sichelzellen-Anämie - weit verbreitet ist. Genetische Träger dieser Krankheit, auch wenn sie selbst gesund sind, müssen dafür zahlen.

Die öffentliche Diskussion um »Krebsgene«, wie sie der »Spiegel« nun bei uns eröffnet hat, ist in den USA besonders durch Erklärungen der Reagan-Administration zum Umweltschutz und Umweltschmutz in Gang gebracht worden: »Hysterische Kampagnen gegen angeblich krebserregende Stoffe müssen einer sachlichen wissenschaftlichen Diskussion darüber weichen, ob nicht Krebs in den meisten Fällen vererblich ist«, meinte jüngst ein Sprecher des US-Innenministeriums. Der erzkonservative »Science Digest«, eine »Wissenschafts-Illustrierte« aus dem Hearst-Konzern, verkündete dann auch sofort»Jeder Krebs kann auf einen Chromosomen-Defekt zurückgeführt werden, und die genetische Wissenschaft ist dabei, herauszufinden, wo diese Defekte liegen.«

Die Krebs-Therapie der Zukunft, so läßt sich herauslesen, wird an den Genen selbst herumdoktern müssen. Nicht die Umwelt muß verändert werden, um sie für Menschen lebenswert und überlebensmöglich zu machen. Nein, die Menschen müssen so umkonstruiert, an ihren Genen muß so lange manipuliert werden, daß sie einer vergifteten Umwelt besser angepaßt sind.

Und da wird wohl ständig neu an Mensch und Chromosom herumgebastelt werden müssen. Denn die meisten der krebserregenden Substanzen sind zugleich auch mutagen, das heißt: sie greifen auch die Geschlechtszellen an und damit in das Gen-Reservoir der Samen- oder Einzelle ein. Sie mutieren, verändern die Erbfaktoren.

Lebend geborene Kinder (viel größer ist die Zahl der Fehl- und Totgeburten in solchen Fällen) kommen dann meist mit angeborenen Mißbildungen zur Welt, möglicherweise auch mit angeborenen Defekten in den Zellen. Defekte, die früher oder später Zellüberwucherungen, Tumore verursachen können. Ein ererbter Krebs also, der durch Umweltgifte entstanden ist. So erst bekommt auch die »Spiegel«-Titelzeile makabren Sinn:

»Krebs - eine Erbkrankheit?«

Konkret 12/82, S. 78

R□ diger Zeitz

Mu□ die Schallplatte jetzt auf den M□ ll

Neue HiFi-Technik per Laser soll die Rillen verdr□ ngen

Der neue HiFi-Star, die Compact-Disc, sieht so aus, als hätten sie sich die Hollywood-Regisseure George Lucas oder Stephen Spielberg ausgedacht. Als Requisit für ein Weltraum-Märchen. Denn ohne jeden Zweifel würden sie einer Rolle als geheimnisvoller Datenträger aus einer fernen Galaxie gerecht: eine verspiegelte, kreisrunde, handtellergroße Scheibe, die in allen Farben des Regenbogens magisch aufleuchtet, wenn sie ins Licht gehalten wird. Und unter dem Elektronen-Mikroskop offenbart die Digital-Scheibe ihre geheimnisvollen Zeichen, mysteriöse Vertiefungen, die in ihrer Abfolge wie Morsezeichen aussehen.

Die erste Digital-Schallplatte, die Compact-Disc, kurz CD genannt, ist jedoch kein Hollywood-Produkt, sie wurde erst Ende der 60er Jahre in den Labors von Philips in Eindhoven entwickelt. Ab 1979 beteiligte sich Sony in Tokio an diesem Projekt. Der japanische Partner verfügte über kompetentes Knowhow auf dem Gebiet der digitalen Aufnahmetechnik. Doch der entscheidende Durchbruch gelang 1981, das CD-System wurde quasi zum Weltstandard, als der Elektronik-Gigant Matsushita sich zur Übernahme des Philips Compact-Disc-Systems entschloß, obwohl die konzerneigene Tochter JVC ein eigenes digitales Tonträger-System entwickelt hatte.

Heute, vier Monate vor der Markteinführung der Compact-Disc und entsprechender Abspielgeräte in der Bundesrepublik, wird viel über das CD-System geredet, geurteilt und verurteilt - aber die wenigsten haben die Schallplatte bisher gesehen oder gehört. Kaum irgendjemand weiß, wie sie funktioniert.

Die Optimisten der Branche glauben, daß die silberne Scheibe noch vor der Jahrtausendwende die konventionelle Schallplatte endgültig abgelöst haben wird. Der Manager der Kult-Plattenspielerfirma Linn, Ivor Tiefenbrunn, findet dagegen: »Digitalaufzeichnung, wie sie heute vorgestellt wird, ist für den Müll«. Vor allem bei hohen Tönen, so sagen die Anhänger' der herkömmlichen Schallplatte, sei der Klang der Compact-Disc grell und technisch. Herbert von Karajan ist da ganz anderer Meinung, für ihn löst die Digital-Platte das »Gaslicht« ab, worunter der Maestro die konventionelle Schallplatte versteht. Aber Karajan ist Partei, er kann schließlich darauf hoffen, sein gesamtes Repertoire neu einspielen zu können. Doch im Prinzip hat der Philharmonie-Boß jedenfalls recht. Denn die digitale Aufzeichnung und Speicherung von Tönen und Klängen ist exakter und weniger störanfällig als die Analog-Technik.

Anhand. von Plattenaufnahmen ist es leicht erklärt, warum. Bei der Musikaufnahme wird der Schall der Instrumente und des Raums von den Mikrofonen in ein analoges (entsprechendes) elektrisches Signal umgewandelt. Diese Frequenzen werden verstärkt und auf Magnetband analog gespeichert. Mit diesem Masterband wird dann der Schneidevorgang beim Herstellen der Schallplattenmatritze gesteuert. Aus verschiedenen Gründen muß aber beim Schneiden der Platte der Original-Frequenzgang verändert werden. Beim Abspielen der Platte wird das durch einen Entzerrer wieder ausgebügelt, danach wird das Ausgangssignal des Plattenspielers in analoger Form weiterverarbeitet, bis es von der Lautsprechermembran durch die Bewegung der Luft zu Schall verwandelt wird. Jede Unregelmäßigkeit jedoch beim Schneiden, Pressen oder bei der Wiedergabe der Schallplatte verändert das ursprüngliche Signal. Von den mechanischen Einflüssen auf die wenig robusten schwarzen Scheiben einmal ganz abgesehen. (Manch einer liebt ja auch die Kratzer auf seinen Platten.)

In der digitalen Aufnahme- und Wiedergabetechnik dagegen wird das elektrische Signal, das vom Mikrophon analog der Schallereignisse erzeugt wurde, einem Analog-Digital-Wandler zugeführt. Hier werden die eingespeisten Signale in unglaublich kurzen Zeiteinheiten in ihrer Frequenz und Lautstärke analysiert und in digitale Codes verwandelt, die als aufeinanderfolgende Impulse und Impulspausen auf dem Magnetband abgespeichert werden.

Bei der Herstellung der Compact-Disc wird dieses digitalisierte Signal über einen Hochleistungs-Laser und entsprechende Elektronik auf fotochemischem Wege so auf einen Träger übertragen, daß das Muster den Vertiefungen der danach herzustellenden CD entspricht. Dieser Master-Prozeß der CD ist aufwendiger, langwieriger und zehnmal so teuer wie die Herstellung eines Analog-Masters der guten alten Rillenscheiben. Der CD-Plattenrohling bekommt in einer Vakuumkammer eine reflektierende Aluminiumschicht aufgestäubt, die auch die Pits, die Vertiefungen mit den digitalen Informationen auf der Unterseite der Platte, überzieht. Mit einer dünnen Lackschicht wird anschließend die Platte versiegelt. Dadurch bleibt die Information in der Platte auf ewig gesichert vor mechanischen Beschädigungen und vor Staub und Schmutz.

Im CD-Abspielgerät werden die Pits auf der Unterseite der nur einseitig bespielten Platte von einem Laser »gelesen«. Ein Rechner macht dann aus den digitalen Codes wieder analoge Signale, die noch immer exakt den vom Mikrophon ursprünglich erzeugten Schwingungen entsprechen. Während dieses Ableseprozesses wird der Laser weder durch Staub

noch durch Kratzer irritiert. Der große Vorteil der im CD-Spieler eingebauten Prozeßrechner ist ihre Fähigkeit, fehlende Signalteile in ihrer ursprünglichen Größe und Stärke zu errechnen, um ein lückenhaftes Klangbild restaurieren zu können. Außerdem werden Störgeräusche auf eine nicht mehr wahrnehmbare Größe zurückgedrängt. Bei einer Compact-Disc gehen leise Passagen niemals im Rauschen unter. Das erweitert die nutzbare Dynamik erheblich.

Ein Digital-Plattenspieler kann an jede HiFi-Anlage angeschlossen werden. Ab Frühjahr werden etwa 25 verschiedene Geräte im Handel sein, die sich durch Bedienungskomfort und Zusatznutzen unterscheiden. Die CD-Spieler kosten soviel wie ein konventioneller Plattenspieler der Spitzenklasse: zwischen 1.500 und 3.000 Mark.

Rechtzeitig zur Markteinführung der Abspielgeräte sollen etwa 250 verschiedene Titel als Compact-Disc erhältlich sein, mit gängigem Repertoire und zu Preisen zwischen 32 und 45 Mark. Preise, die bislang nur von Hifi-Freaks für Direktschnitt- und Pseudo-Digital-Platten bezahlt werden. Das CD-Angebot soll bis zum Jahresende 1983 auf 600 Titel angewachsen sein (30 Prozent Klassik, 70 Prozent Pop). In der Anfangsphase des digitalen Sounds stehen den CD-Fans allerdings nur die Archive der Polygram und der Ariola offen. Nicht alle der ersten CD-Scheiben werden reinrassige digitale Aufnahmen sein, da sie von analog aufgezeichneten Masterbändern kopiert werden. Doch diese Unterschiede werden nur von den wenigen wahrgenommen, die das HiFi-Gras wachsen hören.

Dennoch muß die neue technik auf den Markt. Denn der Umsatz von Langspielplatten - er liegt in der Bundesrepublik derzeit bei 1,7 Milliarden Mark - stagniert. Und gäbe es im Moment nicht den Video-Boom, müßte die Unterhaltungselektronik-Industrie auch auf ihre mageren Zuwachsraten verzichten. Jede zehnte Umsatzmark auf dem LP-Markt möchte die Polygram schon im nächsten Jahr mit ihren neuen Compact-Platten erwirtschaften. Hierfür wurde für 28 Millionen Mark bei Hannover ein eigenes Plattenwerk errichtet. Der multinationale Konzern (Gesamtumsatz 2,6 Milliarden Mark) steht praktisch konkurrenzlos da. Denn die Polygram verfügt über die Plattenlabels von Philips, Polydor, Barclay, Decca (London), Fontana, Deutsche Grammophon, Vertigo, Archiv Produktion und andere. Und selbst der zweite Anbieter von CD-Musik in der Bundesrepublik, die Bertelsmann-Tochter Ariola, ist vertraglich mit der Polygram verbunden.

Dagegen wird es auf dem Sektor der Abspielgeräte einen harten Konkurrenzkampf geben: 50.000 CD-Geräte will die Industrie 1983 absetzen, das entspricht einem Umsatz von etwa einer Milliarde Mark (bei einem Gesamtvolumen für die Unterhaltungselektronik, von 13,7 Milliarden Mark). Und um diese angepeilten 50.000 Käufer werden sich über zwanzig Hersteller streiten. So machen sich die Konzern-Manager auch keine Illusion über die Durchsetzbarkeit der neuen Technik. Für mindestens zehn bis fünfzehn Jahre, schätzt Philips, wird es die konventionellen Rillen-Platten gleichrangig neben den Compact-Discs geben. Wenn die überhaupt vom Markt angenommen werden.

Nach Meinung des deutschen HiFi-Papstes Karl Breh, Chefredakteur des Fachblattes »HiFi-Stereophonie«, hat heute das Warten auf CD und Abspielgerät nur für Leute einen Sinn, die schon über einen guten Plattenspieler verfügen und ihre Anlage ergänzen wollen: »Als Erstausstattung taugen CD und CD-Spieler nur für technische Snobs, denen es auf das verfügbare Repertoire weniger ankommt als auf den Reiz des Neuen, auf die Möglichkeit, mit ein paar der silbernen, recht teuren CD-Scheiben zu renommieren.«

Brehs Kollege, Heinrich Sauer vom Stuttgarter »Stereoplay« dagegen ist da ganz anderer Meinung: »Einen CD-Spieler zur Schutzgebühr von rund 2.000 Mark - das kann man nur als Geschenk bezeichnen.« Sauer findet Konsum eben süß.

Konkret 12/82, S. 82

Thomas Doberstein

Plattentips
»Hören üben!«

Auf ABC können sich fast alle einigen. Selten zuvor war zum Beispiel das kleine Kölner Avantgardeblatt »Spex« so einverstanden mit dem Massengeschmack wie in seiner Titelstory über die englische Pop-Gruppe: »Nie schien die Sonne schöner auf die Niederungen der Charts, nie konnte man sich so guten Gewissens in die Nummer Eins verlieben!« Der Erfolg von ABC schafft Gemeinsamkeiten zwischen Generationen und verfeindeten Jugendkulturen wie vielleicht zuletzt die Beatles, als sie sich bei der Queen einen Orden abholten. **»The Lexicon Of Love«,** die erste Langspielplatte von ABC, ist Unterhaltungsmusik von höchster Qualität. Selbstverständlich sind die Texte dieses Liebeslexikons trivial und so kitschig wie die Liebe den Leuten erscheint, die nicht lieben. Die Musik ist präzise arrangiert und produziert und ausgesprochen tanzbar. Sie bietet selbst dem banalsten Schlagergeschmack Zugang, aber auch differenzierende Ohren finden Gefallen an dieser Perfektion. Das Programm von ABC ist die Schönheit - in Klang und Erscheinung. Wer will, kann da Subversives hineininterpretieren. Wenn das Häßliche, der Abfall, der Punk, zur Mode verkommen ist, kann die Sehnsucht nach Harmonie schließlich auf den Umweg der Provokation verzichten. ABC klagt diese Harmonie bei denen ein, die sie bloß vorspiegeln. Daß die dann mittanzen, muß in Kauf genommen werden: leichten Herzens. Nachteil - Das leichte Herz währt nur zwei Plattenseiten lang.

Dem anderen, komplizierteren und schwierigeren Weg aus der Zange zwischen Vermodung und inhaltlich-formaler Austrocknung von musikalischer Gegenkultur hat sich zum Beispiel die Gruppe **Cassiber** verschrieben. Das geht nicht leicht ins Ohr wie ABC und schon gar nicht ins Bein, das will erarbeitet sein. Cassiber ist eine neue Formation, deren eine Hälfte (und konzeptioneller Kern) aus dem schon bekannteren Duo Goebbels/Harth besteht. Nachdem sich das Frankfurter Sogenannte Linksradikale Blasorchester aufgelöst hatte, veröffentlichten dessen Ex-Mitglieder Heiner Goebbels und Alfred Harth neue Brecht-Vertonungen und andere Produktionen (oft Collagen mit Tondokumenten) in der musikalischen Tradition des kommunistischen Komponisten Hanns Eisler (18981962). Spröde Kompositionen, die den Widerspruch nicht nur artikulierten, sondern in sich trugen. Ziemlich lange trauerte die linke Szene dem lustigen und schrägen Humpa-Humpa ihres Blasorchesters nach. Zur bloßen Instrumentalisierung - im doppelten Wortsinn - oder gar zur Propaganda (Goebbels: »Das kann ich mir bei meinem Namen nicht erlauben«) waren sich die beiden zu schade und begleiteten fortan Startbahn-Demos nur noch mit anarchischem Getrommel auf rollenden Ölfässern. Vor allem aber hielten sie sich an Eislers Forderung: »Denn leider muß das Hören von Musik geübt werden. Geschieht das nicht, so bleibt das Hören auch hinter dem fortschrittlichen gesellschaftlichen Bewußtsein zurück.« Wer zu solcher Übung nicht bereit ist, sollte sich die neue Cassiber-Produktion gar nicht erst auflegen. **»Man or Monkey«,** so der Titel des Albums aus zwei 45er LPs, ist eine Zusammenstellung von Jazzverwandten Studioimprovisationen, bei denen nur die Texte vorgegeben waren. Ganz unterschiedliche Einflüsse werden hier verarbeitet: Latino-Rhythmen und Balinesisches. Als ob die Übung, die uns Cassiber hier aufgibt, nicht schon schwer genug ist, wird der Gesang auf der ersten Platte (die zweite ist instrumental) in Englisch präsentiert, sogar der Text einer Bach-Kantate wurde übersetzt. Dennoch, nach der Übung weiß man, daß sie sich gelohnt hat. Und am Schluß wird man mit einem improvisierten Tribut an Marlene Dietrich belohnt: »Sag mir, wo die Blumen sind«.

Ebenfalls einer, der der Dietrich seine Reverenz erweist, ebenfalls einer, der sich der E-Musik verwandt fühlt, ebenfalls einer, der als Deutscher englisch singt - und doch nur Plastik: **Klaus Nomi.** Der Mode-Zwitter ging nach New York, weil dort alles, was eine skurrile Oberfläche hat, eine Chance bekommt, und wenn es noch ein »Kraut« ist, sogar Erfolg. Dort heißt der Nomi nun »Kloos«, und er ist wirklich ein **»Simple Man«.** Das ist der Titel seiner neuen LP, auf der er wieder den Umfang seiner Opernstimme ausprobiert. Daß er das »r« mehr als eine Oktave rauf und runter rollen kann, hat er doch schon bei Thomas Gottschalk im ZDF beweisen können (wo's hingehört): »Na sowas!« - dafür muß man doch nicht nochmal John Dowland und die Dietrich fleddern. Nomi verwurschtet Gregorianisches zu einem mystischen Brei und »Falling in Love again« zu einem Disco-Marsch. Dazwischen ein paar vermeintlich originelle, aber doch phantasielose Songs, deren artifizieller Gesang bei Nina Hagen abgekupfert wurde. Und herauskommt: ein Kunststoff-Kloos.

ABC: »The Lexicon Of Love« (Phonogram)

Cassiber: »Man Or Monkey« (Eigelstein)

Klaus Nomi: »Simple Man« (RCA)

Konkret 12/82, S. 84

Brigitte Kraemer, Susanne Mersmann

Was hab‘ ich diesem Mann getan?

Auch in der Ehe gilt oft das Recht des Stärkeren. Frauen werden vom eigenen Mann gequält, geprügelt, vergewaltigt. Sie schweigen, weil sie abhängig sind, weil sie sich schämen, weil sie Angst haben, weil sie nicht wissen, wohin. Brigitte Kraemer lebte ein halbes Jahr lang mit mißhandelten Frauen im Frauenhaus von Duisburg

Advent. Zeit der Familie. Kinderaugen, Kerzenlicht, Kaffeetische, die Atempause vom Alltag. Der Schein trügt. Familie wird in keiner Periode des Jahres so offensichtlich mißbraucht wie jetzt. Wie in jedem Jahr wird die Zahl der Hilferufe von Frauen steigen, die von ihren Männern geprügelt und vergewaltigt, gequält und bedroht werden. Zu Weihnachten und Silvester - das belegt eine Studie der Hamburger »Leitstelle Gleichstellung der Frau« - schnellt die Zahl der Polizeieinsätze wegen »Familienstreitigkeiten« in die Höhe. Es sind keine »normalen Fälle«. Es sind Notrufe von Frauen, die Angst um ihr Leben oder um das ihrer Kinder haben.

Bevor Frauen zum erstenmal die Polizei rufen, gehen oft Jahre ins Land. Gerda ist 38. Mit 21 hatte sie geheiratet, auf Wunsch des Mannes die Arbeit aufgegeben, sich die Rentenversicherung auszahlen lassen, um Möbel für die Wohnung anzuschaffen. »Ich mußte meinen Mann von vorne bis hinten bedienen. Jeden Abend die Schuhe und Strümpfe ausziehen - und wehe, ich hätt' das nicht gemacht. Wenn ihm mal das Essen nicht geschmeckt hatte, hat er mir den vollen Teller nachgeschmissen.« Mit zerbrechlichen Gegenständen hat er sich sonst vorgesehen. Wenn ihm etwas nicht paßte, bepöbelte er sie lieber als alte Hure, als Drecksau, als Mistweib. Und er prügelte sie, vom ersten Tag der Ehe an.

Gerda: »Ich bin der Typ, der jedem Krach aus dem Weg geht, aber bei der geringsten Kleinigkeit bekam ich eins auf die Birne. Er hat mich getreten oder geboxt. Einmal bin ich mit dem Kopf vor die Türkante geflogen, die Narben hab' ich heute noch. Ich hätte zum Arzt gemußt, aber ich hatte ja niemanden für die Kinder. Außerdem hatte ich Angst, dem Arzt die Wahrheit zu sagen. Blaue Augen hab' ich regelmäßig einmal die Woche gehabt, das war schon normal. Brennende Zigaretten hat er auf meinem Körper ausgedrückt.«

Nach zwei Ehejahren reichte sie die Scheidung ein. »Doch mein Rechtsanwalt hat immer zu mir gesagt, ich müsse an die Kinder denken.« 15 Jahre lang hat sie es noch ausgehalten. Sieben Kinder hat sie zusammen mit dem Mann, der sie fast täglich mißhandelte und demütigte. Als sie nicht mehr weiterwußte, fuhr sie nach Duisburg, um bei einem Onkel Hilfe zu finden. Doch der wohnte nicht mehr dort. »Ich stand abends im Regen auf der Rheinbrücke und wollte runterspringen. Aber mir fielen meine Kinder wieder ein, und das hätte ich auch feige gefunden. Die Nacht hab' ich im Bahnhof verbracht, und am nächsten Morgen bin ich plötzlich darauf gekommen, zur Bahnhofsmission zu gehen. Die haben mir dann vom Frauenhaus erzählt und für mich angerufen.«

Acht Tage hat sie im Frauenhaus gewohnt, dann ist sie zurück zu ihrem Mann - »wegen der Kinder«. Gerda: »Doch das ging nur eine Woche gut, dann bekam ich das erste Mal wieder Schläge. Ich hatte wieder kein Geld. Kein Brot, keine Margarine, aber der Alte war besoffen. Drei Monate habe ich mir das Spiel angeguckt. Da hab' ich es nicht mehr ausgehalten und bin wieder zurück ins Frauenhaus.«

Das Duisburger Frauenhaus, in dem Gerda Hilfe fand, ist eine von rund 120 Zufluchtstätten für mißhandelte Frauen in der Bundesrepublik. Die Häuser sind in fast allen Städten überfüllt. Manche Frauen müssen monatelang dort leben, bis sie für sich und die Kinder eine Wohnung finden (Aufenthaltsdauer in Duisburg: 24,8 Prozent bis zu vier Wochen, 17 Prozent bis zu drei Monaten, 9,4 Prozent bis zu sechs Monaten, 6,5 Prozent länger als sechs Monate). 42,3 Prozent der Frauen verlassen das Duisburger Frauenhaus allerdings schon in der ersten Woche wieder; sie gehen - so wie Gerda es tat - zu ihrem Mann, meist aber zu den Kindern zurück. 15 Prozent kommen wieder.

Gerda ist keine Ausnahme. Die »Fälle« variieren meist nur in der Dauer der Beziehung und in der Brutalität der Mißhandlungen. Dagmar: »Als ich damals mit meiner Tochter im dritten Monat schwanger war, hat er mir, nur weil ich nicht zu Hause war, als er kam, mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Ich brauchte nur noch zu spucken, das Blut floß, und ich hatte zwei Zähne in der Hand. Als ich noch keine neuen Zähne hatte, hat er mich damit aufgezogen. 'Du siehst aus wie Dracula, laß' dich doch mal so fotografieren'.« Die 26jährige weiter: »Am aggressivsten war er, wenn er besoffen nach Hause kam. Oft hat er mich dann wachgemacht und wollte mit mir schlafen. Aber wenn ich das nicht wollte, bekam ich Prügel. Einmal trat er mir volles Programm mit festen Schuhen in die Nieren. Der Schweiß lief mir vor Schmerzen nur so runter. Wochenlang später hatte ich noch Nierenbluten.«

Sonja, 32, wurde von ihrem Freund gezwungen, als Nutte in einer Bar zu arbeiten. »Wenn ich dann abends nach Hause kam, ich war kaum in der Wohnung, hat er mir auch schon das Geld abgenommen. Das war dann sein Geld. Ich hatte oft 300 bis 400 Mark am Abend verdient. Nachdem er das Geld hatte, mußte ich auch noch mit ihm schlafen und genauso, wie er es haben wollte. Und hab' ich das nicht gemacht, hab' ich wieder die Fresse dick gehabt. Der hat von mir Dinge verlangt, das war unmöglich. Und ich lag da und hab' gedacht, hoffentlich ist der bald fertig. Zwei Minuten sind mir wie eine

Ewigkeit vorgekommen. Ich hab' natürlich wahnsinnige Schmerzen dabei gehabt, aber das war dem egal, der hat ja nicht mal Rücksicht darauf genommen, wenn ich meine Tage hatte. Und wie der dann mit mir verkehrte - dann hat er mir in den Unterleib reingepinkelt, das hat wahnsinnig wehgetan, und wenn der den rausgenommen hat, dann ging das richtig so 'flatsch' und alles ist so rausgelaufen. Ekelig! Erstmal wurde ich dermaßen geschlagen, bis ich nicht mehr konnte, und dann ist der über mich hergegangen wie ein Tier.«

Helga, 49, bekam von ihrem zweiten Mann Wein- und Bierflaschen über den Kopf. Ursula, 28, hat während ihrer neun Ehejahre regelmäßig »Senge gekriegt«. Maria, 31, mußte hilflos mitansehen, wie ihr Mann den dreijährigen Sohn aus dem dritten Stock vom Balkon schmiß. Alle fanden Schutz und Hilfe im Duisburger Frauenhaus.

Die Hamburger Untersuchung brachte ans Tageslicht, daß Mißhandlungen in allen Alters- und Berufsgruppen auftreten: Lehrerinnen und Erzieherinnen werden ebenso geprügelt wie Bankangestellte, Verkäuferinnen oder Putzfrauen. Juristen und Ingenieure gehören zu den Schlägern wie Bäcker und Bauzeichner, Maler und Kraftfahrer.

Warum lassen sich Frauen das gefallen? Warum werden Männer gewalttätig?

Mädchen müssen artig sein. Frauen verfügbar. Nur ein Raufbold ist ein »richtiger« Junge. Und ein Mann ist ein Mann, wenn er stark ist, heldenhaft, überlegen. Die Bibel bestimmt die Frau zur Untertanin. Der Koran erlaubt die Züchtigung der Ehefrau als Heilmittel, auf das mann nötigenfalls zurückgreifen darf. Das europäische Familienrecht gestattete bis zur Jahrhundertwende, der Frau Schläge auszuteilen. Shakespeare hieß, »Widerspenstige« zu zähmen, Nietzsche empfahl, die Peitsche nicht zu vergessen. Beim Durchschnittsmann hat sich die Vorstellung festgesetzt, daß sich Frauen eben »zieren«, daß sie es gern haben, »genommen« zu werden. Wer »zickig« ist, muß nur mal richtig durchgebumst werden. Und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt. Goethe.

Das erste Frauenhaus der Bundesrepublik entstand 1976 in Berlin. Es wurde von autonomen Frauengruppen initiiert und als Modellprojekt vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit gefördert. , Der Projektbericht »Hilfen für mißhandelte Frauen« stellt zum Thema »Ablösungsversuche und Trennung« fest: »Es ist für Frauen zunächst unvorstellbar, von dem Mann mißhandelt zu werden, der vorgibt, sie zu lieben, vor allem, wenn sie für ihn Zuneigung empfinden. Von daher haben Frauen eine Bereitschaft, die ersten Brutalitäten als 'Ausrutscher' zu entschuldigen, was der Mißhandler selbst ihnen nahelegt.«

Die Hoffnung, daß es sich bei den ersten Mißhandlungen und Quälereien um Entgleisungen handelt, die Beteuerungen, sich zu bessern (»das soll nicht wieder vorkommen«), lassen Frauen lange ausharren. Die Berliner Studie belegt, daß ein Viertel der tyrannisierten Frauen glaubt, »er würde sich ändern«. Knapp ein weiteres Viertel blieb wegen der Kinder oder um die Familie zusammenzuhalten. Weil sie nicht wußten, wohin sie gehen sollten, trennten sich 14 Prozent nicht vom Mißhandler, fünf Prozent blieben aus Angst vor der Reaktion des Mannes und weitere fünf Prozent der Frauen sagten aus, sie hätten sich das Leben nicht anders vorstellen können oder sie hätten den Mann geliebt.

Gegenwehr, konstatiert die Berliner Untersuchung, »verschärft die Situation«. Sonja hat es am eigenen Leib erfahren: »Als ich anfing, mich zu wehren, weil ich einfach nicht mehr wollte, hab' ich nur noch mehr Schläge gekriegt. Einmal hat er mich genau mit dem Kopf vor eine Wand geschlagen, in der ein Nagel steckte. Das Blut hat nur so gespritzt.«

Und Dagmar berichtet: »Erst schlug er mich nur, wenn er besoffen war, dann auch aus irgendeiner Laune heraus. Zuletzt wollte er jedesmal, wenn wir Krach hatten, mit mir ins Bett gehen. Danach war für ihn der Streit erledigt. Ich glaub', er hat hat das auch noch als Entschuldigung für sich angesehen, wenn er dann mit mir geschlafen hat... Er hat immer nur an sich gedacht. Nicht, daß er mal auf mich eingegangen wäre. Zärtlichkeiten kannte er nicht. Nur um Krach zu vermeiden, hab' ich lange Zeit immer wieder alles für ihn getan.«

Die Berliner Studie »Hilfen für mißhandelte Frauen« stellt fest: »Ungeachtet dessen, daß sie auf den Mißhandler mit Ekel und Abscheu reagierten, mußten sie bis zuletzt den Geschlechtsverkehr über sich ergehen lassen. Lediglich ein Prozent der Frauen konnte es durchsetzen, die sexuelle Beziehung mit dem Mißhandler zu beenden.« Weiter heißt es: »Männer nehmen offenbar die sexuelle Ablehnung der Frauen nicht als Reaktion auf ihre Brutalitäten wahr: Sie unterstellen der Frau vielmehr sexuelle Interessen und Beziehungen mit anderen Männern, auf die sie eifersüchtig sind, und die für sie einen erneuten Grund zu Mißhandlung abgeben.«

Dagmar: »Er hat mir ständig erfundene Geschichten über andere Männer erzählt. Ich hatte doch viel zuviel Angst, etwas zu machen, ich hab' mich ja gar nicht rausgetraut, wenn der mal nicht da war. Oft hat er, wenn er nachts besoffen nach Hause kam, die Schränke durchsucht. Einmal hat er sich wohl so geärgert, daß er nichts gefunden hatte, da hat er mir das ganze Schlafzimmer kurz und klein geschlagen.«

Die 49jährige Helga, die in zweiter Ehe mit einem Programmierer verheiratet war, erlebte Eifersuchtsszenen von Anfang ihrer dreijährigen Ehe an: »Auf meine Putzstelle war mein Mann schrecklich eifersüchtig und auch auf meinen Sohn

Mike.«

Helga: »Er hat mich als seine Leibeigene betrachtet. Er hat mich wohl dermaßen besitzergreifend geliebt, daß ich mir vorkam, wie eine gekaufte Sklavin.« Über einen Spanienurlaub berichtet sie: »Es ging im Alltag nicht und im Urlaub schon gar nicht. Ich weiß nicht, aus welchen Gründen, ich hab' doch nur für ihn gelebt, aber er fand immer irgendetwas. Er hatte jeden Keks eingeschlossen, jede Zigarette, er hat literweise Brause vernichtet, Wasserhähne aufgedreht, alles nur, um mich wahnsinnig zu machen. Zu Hause hat er mich immer mit Musik berieselt und eingeschlossen, und da ihm dort nichts anderes einfiel, drehte er die Wasserhähne auf. Er war auf alles eifersüchtig, auf meinen Sohn, auf meine Illustrierte, auf mein Strickzeug. Und als er dann eines Abends versuchte, mich vom Balkon zu werfen, dachte ich nur noch 'Bloß weg von diesem Ungeheuer'.«

Als Helga ihrem Mann mit Trennung drohte, schlug er sie nicht mehr. »Aber Morddrohungen gab es weiterhin. Er kam nachts Stunde um Stunde an mein Bett, leuchtete mich mit der Taschenlampe an und sagte: 'Dich mach' ich kalt.'«

Sonja und Helga (»Ich hörte die Glocken im Himmel läuten«) wurden von der Polizei ins Frauenhaus gebracht. Die Jugoslawin Maria, die erst in den letzten beiden Jahren ihrer zwölfjährigen Ehe von ihrem Mann (er hatte eine Freundin) geprügelt wurde, hatte nicht so viel »Glück«. Weil ihr Mann ihr kein Geld mehr gab und sie nichts mehr zu essen hatten, ging sie mit ihren drei Kindern zur Polizei. »Das ist Familienangelegenheit« bekam sie zu hören. Maria nahm Tabletten, versuchte zweimal, sich die Pulsadern aufzuschneiden, sprang vom Balkon: »Mein Mann hat sich nur geärgert, daß es nicht geklappt hat.« Der Schulleiter ihrer Kinder gab dann Maria den Tip mit dem Frauenhaus. »Ich bin so froh, daß ich hier bin.« Helga denkt ähnlich: »Es war wunderschön. Erstmal reden. Wir bekamen ein Zimmer ganz für uns allein, wo nicht jeden Abend das Licht ausging, weil jemand die Sicherung rausgedreht hat.«

Oft werden Frauen auch nach der Trennung von ihrem Partner weiter drangsaliert. Wie Sonja, die von ihrem Freund brutal verfolgt und zusammengeschlagen wurde, als sie schon woanders lebte. Sie zittert immer noch: »Ich hab' unwahrscheinliche Angst. Meine Fingernägel sind total zerbissen, ich beiß mir schon ins Fleisch rein. « Am Anfang hat sie sich bei den kleinsten Geräuschen im Klo verbarrikadiert. Schließlich kommt es immer wieder vor, daß in Frauenhäusern Scheiben eingeworfen werden, daß Männer versuchen, dort einzudringen oder ihren Frauen auflauern, um sie »fertig zu machen.«

Frauenhäuser sind zur Zeit die einzige Hilfe für mißhandelte Frauen. Als Schritt in die Unabhängigkeit. Als Station zur Selbständigkeit. Als Stütze zum Selbstvertrauen.

Doch die Stärkung der Frauen müßte schon früher einsetzen, in der Familie selbst. Die Hamburger »Leitstelle Gleichstellung der Frau« will deshalb durchsetzen, daß auch die Vergewaltigung in *der Ehe* zum Straftatbestand wird, eine Forderung, die aus der autonomen Frauenbewegung kommt. Leiterin Eva Rühmkorf: »Ich glaube, nur mit dieser Gesetzesänderung läßt sich ein neues Bewußtsein erreichen. Männer müssen endlich begreifen, daß die Ehefrau nicht ihr Eigentum ist.«

Die Frauenrechtlerin Hedwig Dohm schrieb 1876: »Wer weiß, am Ende ist die ganze moderne Frauenbewegung nichts als eine Revolte gegen das Mürbeprügeln der Weiber, und sie bezweckt nichts als die Emanzipation des Weibes vom Stock.« 106 Jahre ist das jetzt her.

Konkret 12/82, S. 94

Wolf Donner

Der Büttel im Kopf

»Yol« ist kein militanter Film, aber er macht seine Zuschauer militant. Sein Regisseur Yilmaz Güney hat ihn aus türkischen Gefängnissen heraus und während seiner Flucht vor dem Militärregime in Ankara erarbeitet. Bei den Filmfestspielen in Cannes wurde »Yol« (zusammen mit Costa Gavras' »Missing«) mit der goldenen Palme ausgezeichnet, Anfang Dezember läuft er in unseren Kinos an

Er ist selbstbewußt, klug, beredt, sieht gut aus, wenn auch zehn Jahre älter, als er ist. Mit seinem internationalen Ruhm geht er so selbstverständlich um wie mit den Aufregungen um seine Person, seinen riskanten öffentlichen Auftritten, den Bodyguards beim Festival von Cannes, mit Interpol und faschistischen Todesschwadronen, die hinter ihm her sind.

Yilmaz Güney: Volksschauspieler und Volksheld, Romaneier, Drehbuchautor, Regisseur, Produzent, Revolutionär, Atheist. Der prominenteste Gefangene der regierenden Generäle in der Türkei. Sein Foto hängt in den Küchen und Hütten der Ärmsten, in den Cafehäusern und an den Kasten der Schuhputzer. Seit Oktober 198 1, nach einer bis heute geheimnisumwitterten Flucht, lebt Güney im Exil, erst in der Schweiz, jetzt in Frankreich.

Geboren wurde er 1937 als Sohn eines Landarbeiters in Süd-Anatolien. Der Schüler verkauft Limonade und Sesamkuchen in den Straßen von Adana. Später arbeitet er als Baumwollpflücker, Metzgerlehrling, Schreiber, hilft in den Ferien dem Vater auf dem Feld. Der arbeitet sich hoch zur rechten Hand eines Großgrundbesitzers. »Ich begriff also von klein auf, was es heißt, zwischen den Klassen zu stehen.«

Eine Zeitlang zieht der Junge mit einem kleinen Projektor über die Dörfer. Bald kennt er die Filme auswendig und lernt so die Reaktionen des Publikums kennen. Er geht in die Stadt, beginnt ein Ökonomiestudium. Er sieht alles, was in den Kinos läuft, Western, Krimis, Starfilme aus Hollywood, türkische Sexkomödien und Heimatfilme. Ihn interessieren nur die Schauspieler. Besonders imponieren ihm Burt Lancaster, Jack Palance, Brando in »Viva Zapata«.

Er gerät an eine Filmfirma, bekommt dort einen Gelegenheitsjob. 1958 erhält er eine erste Rolle, und binnen kurzem wird er der beliebteste Schauspieler seines Landes. In wenigen Jahren 105 Filme. Die Produzenten beuten das begehrte Handelsobjekt Güney erbarmungslos aus. 1965 muß er in 27 der rund 250 türkischen Filme auftreten. Er spielt Bauern, Cowboys, Abenteurer, traditionelle türkische Machos, Banditen, gelegentlich mit Robin-Hood-Touch, meist wertlos. Güney: »Es waren volkstümliche Filme, die direkt ins Herz der einfachen Leute zielten. Soviel kann ich zu ihrer Verteidigung sagen.« Das Publikum nennt ihn »der häßliche König«, eine liebevolle Umschreibung für seine letztlich immer sympathischen Outlaws.

Wie einst Vittorio de Sica, an dessen Neorealismus der spätere Regisseur Güney viele erinnern wird, wechselt der berühmte Star bald hinter die Kamera. Er kann seine Drehbücher selbst schreiben und seine Regisseure bestimmen, kann endlich Filme in seinem Sinn machen. Ab 1968 ist Güney sein eigener Produzent, Autor, Regisseur und Hauptdarsteller. Mit »Hoffnung«, 1970, begründet er sein internationales Renommee.

Güney nennt sich einen »revolutionären Demokraten« und tritt für »die reale Volksherrschaft« ein. Tatsächlich hat es eine bürgerliche Demokratie nach westlichem Vorbild in der Türkei nie gegeben. Das alte feudalistische System, den modernen Kapitalismus in den Städten, den rechtsradikalen Terror und die geistige Unfreiheit in seiner Heimat bekämpft Güney ebenso wie ihre reaktionäre Moral, die Ächtung der Frauen, das Mittelalter in den Köpfen der Leute und in den Lebensbedingungen weiter Regionen. Seit dem Putsch vom 12. September 1980 ist er einer der radikalsten und profiliertesten Gegner der Militärjunta.

Schon 1958 wird dem unliebsamen Marxisten zum erstenmal der Prozeß gemacht. Seine Erzählung »Ungleichungen mit drei Unbekannten« wird als kommunistische Propaganda verdammt. Urteil: siebeneinhalb Jahre Gefängnis, zweieinhalb Jahre Verbannung. Er legt Berufung ein, in- und ausländische Proteste setzen das Gericht unter Druck. Im Mai 1961 wird er verurteilt, sitzt ein bis zum Dezember 1962. Im Gefängnis schreibt er seinen ersten Roman.

Weil er rebellische Studenten unterstützt hat, wird Güney 1972 erneut zu zehn Jahren Haft verurteilt. Zwei Jahre später befreit ihn eine Amnestie von Bülent Ecevit. Der Führer der Republikanischen Volkspartei, in den siebziger Jahren dreimal Regierungschef, sitzt zur Zeit selbst im Gefängnis.

Für einen Artikel gegen die Invasion Zyperns wird Güney 1974 wieder angeklagt. Nach einem Streit mit dem ermittelnden Staatsanwalt in einer Kneipe kommt es zu einem Handgemenge, der Richter wird erschossen. Angeblich hatte er Güney und seine Frau offen beleidigt. Der Täter, Güneys Neffe, stellt sich mit der Mordwaffe. Aber der Prozeß wird widerrechtlich von Adana nach Ankara verlegt, ballistische Gutachten und eine Autopsie werden mißachtet, Richter ausgetauscht, Zeugenaussagen manipuliert. Güney bekommt zwanzig Jahre wegen Mord. Jahrelang kämpft er vergeblich um eine Wiederaufnahme des Verfahrens.

Die Behörden, auch die Militärs nach dem Putsch, fürchten den populären Gefangenen. Er darf nicht zum Märtyrer werden, das schützt ihn. Er kommt in ein halb offenes Gefängnis, kann sich frei bewegen, lesen, arbeiten, Besucher empfangen. Drei seiner bekanntesten Filme entstehen hier, realisiert nach seinen Drehbüchern, nach genauen Anweisungen über Spiel, Szenerie und optischen Stil, nach tagelangen Diskussionen mit seinem Assistenten und Ko-Regisseur aus den frühen siebziger Jahren, Serif Gören (»Unruhe«, 1974), und mit dem Regisseur Zeki Ökten (»Die Herde«, 1978 und »Der Feind«, 1979). »Die Herde«, bei den Festivals von Berlin und Locarno präsentiert, wird sein größter internationaler Erfolg.

1980 gibt die Zensurbehörde ein knappes Exposé zu dem Film »Yol« frei. Mit Serif Gören legt Güney den Film, bis in jede Einzelheit fest, spielt ihm und einigen Darstellern die wichtigsten Szenen vor, bleibt während der Dreharbeiten in ständigem Kontakt mit dem Team. Der Mythos des »häßlichen Königs« ist stärker als jede Zensur, Kontrolle und Gefängnismauer.

Der Schweizer Verleiher und Produzent der letzten Güney-Filme bringt im Januar 1981 das Rohmaterial in die Türkei und schmuggelt das belichtete sofort wieder zurück. Über die notwendigen Manöver, Tricks und Transaktionen dabei schweigen sich die Beteiligten wie Güney aus. Für brenzlige Situationen hat der Regisseur seinem Produzenten schnell einen »Notpaß« ausgestellt, hat sich einfach mit ihm fotografieren lassen. Ein gemeinsames Foto mit Güney ist bei der türkischen Bevölkerung wirksamer als jedes amtliche Papier.

Oktober 1981. Güney kehrt von einem Hafturlaub nicht ins Gefängnis nach Isparta zurück. Er flieht in die Schweiz und bittet um politisches Asyl. In Paris und Lausanne arbeitet er an der Fertigstellung von »Yol«. Schon Ende des Monats stehen die ersten Türken vor dem Haus in Zürich, wo er untergetaucht ist. Die internationale Presse, die Polizei, Spitzel und faschistische türkische Gruppen interessieren sich für den geflohenen Künstler. United Artists fragt an, ob er die Geschichte seiner Flucht nicht zu einem Script verarbeiten möchte. Noch ein Reißer aus dem türkischen Knastmilieu wie Alan Parkers »Midnight Express«?

Mai 1982. Kurz vor Beginn der Filmfestspiele von Cannes wird »Yol« als Wettbewerbsbeitrag annonciert, ohne offizielle türkische Genehmigung. Güney gibt eine Pressekonferenz, fliegt nach Athen, kommt zurück und empfängt zusammen mit Konstantin Costa-Gavras (»Vermißt«) die Goldene Palme. Der Preis löst heftige Proteste und eine Presseschlacht in der Türkei aus. Die Generäle setzen Interpol auf den Flüchtling an. Frankreich, die Schweiz und Griechenland verweigern seine Auslieferung, England aber läßt ihn nicht einreisen.

Güney arbeitet jetzt in Frankreich weiter, in Sicherheit bei guten Freunden. In der Türkei stehen rund zehn Prozesse gegen ihn an, das Strafmaß schätzt er auf etwa hundert Jahre. Inzwischen sind sein Erzählungsband »Geschichten für meinen Sohn« sowie seine Filme »Der Feind«, »Die Herde« und »Der Freund« verboten. Serif Gören steht noch unter Anklage. Schon als er frei arbeitete und dann, als er im Gefängnis war, lernte Güney die türkischen Faschisten kennen. Es gab Störaktionen bei Dreharbeiten, Drohungen wegen einer politisch-kulturellen Monatszeitschrift, die er publizierte, Attentate mit Schwerverletzten bei Vorführungen der »Herde« -

Güney über die türkische Militärdiktatur: »Zehn Jahre habe ich geschwiegen, aber jetzt will ich schreien.« - »Yol« ist ein Schrei wie eine traurige Melodie, verhalten, aber unüberhörbar. »Yol« ist poetisch und grausam wie alte Märchen oder Legenden, von lapidarem Pathos wie antike Tragödien. Der Titel klingt einfach und meint vielerlei: Weg, Route, Reise, aber auch Ausweg, Lösung, Durchgang, Orientierung. Und wie immer verarbeitet Güney Erfahrungen von sich selbst, seiner Familie, seinen Freunden und von Leuten, die er befragt, für »Yol« seine Mithäftlinge.

Der Film beginnt im Gefängnis, mit der Postverteilung. Insassen mit Hafturlaub brechen auf. Kleine genaue Beobachtungen, Gesichter, Randszenen, die Ästhetik atmosphärischer Details. Handlungsfäden und Gesichter werden angerissen, Figuren, Orte, Bewegungen etabliert. Erst langsam kristallisieren sich fünf, dann die drei wichtigsten Episoden heraus.

Fünfmal Urlaub auf Ehrenwort, fünf Reisen ins Unglück, in einem Land aus den Fugen: überfüllte Züge, Menschen wie Flüchtlinge in der eigenen Heimat, geduckt unter der ständigen Präsenz des Militärs, der Kontrollen, Schikanen.

Yusuf hat irgendwo seinen Urlaubspaß verloren und wird sofort wieder eingezogen. Den kleinen Käfig mit dem Kanarienvogel für seine Frau hat er umsonst besorgt. Mevlüt besucht seine bürgerliche Verlobte, die nur mit zwei Anstandsdamen ausgehen darf. Er fühlt sich unfrei, observiert, frustriert und rettet sich ins Bordell.

Mehmet kehrt nur zögernd zu seiner Familie zurück, weil er in einem Kampf mit Faschisten aus Angst seinen Schwager den feindlichen Kugeln überlassen hatte. Die Verwandten beschimpfen und bespucken ihn, selbst die Jüngeren wollen dem Verräter an die Kehle; aber seine Frau geht doch mit ihm. Im Eisenbahnklo können sie sich endlich umarmen, da entdeckt sie der Mob, will sie fast lynchen. Das Personal bewahrt die »dreckigen Schweine« im Gepäckwagen. Doch der jüngste Neffe, der ihnen gefolgt ist, erschießt das unselige Paar. Die Sippenehre ist wiederhergestellt, aber zwei kleine Kinder bleiben unversorgt zurück.

Ömer, ein junger Kurde, findet sein Heimatdorf unter Beschuß der Polizei. Die Dorfbewohner schmuggeln, um zu überleben. Keiner von ihnen identifiziert am Morgen einen einzigen der Toten. Auch Ömers Bruder ist darunter. Nach altem Gesetz wird er nun seine Schwägerin heiraten, nicht das schöne Mädchen, das ihm immer von fern zulächelt. Er kehrt nicht ins Gefängnis zurück, sondern geht zu den Partisanen ins Gebirge.

Ein anderes Dorf im wilden Kurdistan, hoch im Gebirge. Seit acht Monaten wird Seyits Frau angekettet wie ein Hund im Stall gehalten, weil sie man sie in einem Bordell gefunden hat. Nähre deinen Haß, mahnt der Clan, sei hart, deine Hand darf nicht zittern. Sie kennt das Gesetz, bittet nicht einmal um ihr Leben. Seyit zieht los mit seinem kleinen Sohn, sie hinterher, er will sie erfrieren lassen im Hochgebirge. Zu spät überkommt ihn das Mitleid.

Alle Themen, Motive und Strukturelemente der Filme Güneys laufen in »Yol« zusammen. Zeichen von Flucht, Auflösung, Angst, Armut. Männer als verbissene Einzelkämpfer, die sich störrisch abmühen, Gefangene ihrer eigenen bornierten Moral, die am Ende nicht weiter wissen, irre werden, sterben, töten. Frauen als Opfer einer schizophrenen Männerherrschaft, verkauft, versklavt, schweigend, leidend.

»Meine Aufgabe ist nicht, militantes Kino zu machen, sondern militante Zuschauer«, sagt Güney. Darum agitiert er nie, sondern zeigt, klärt auf und mahnt. »Es kommt darauf an, jene Büttel vernichten zu können, die wir in unsern Köpfen haben.« Das Gefängnis als Realität eines Landes und das Gefängnis im Kopf seiner Bewohner.

Für das letztere, das grausame Diktat unsinniger, stumpf befolgter Sitten und Rituale, findet Güney die stärksten, erschütterndsten Szenen. Seyits Pferd bleibt stecken im meterhohen Schnee, vergeblich will er es wieder hochprügeln. Später wandern er, sein Sohn und seine Frau an dem Kadaver vorbei, der von Wölfen und Geiern zerfleddert ist. Die Frau, schon halb erfroren, schreit, jammert, bricht zusammen. Seyit läuft zurück, er und der Junge schlagen verzweifelt auf sie ein, um sie nicht entschlafen zu lassen. Aber sie wimmert kaum noch, ist schon starr. Ein Bild, ein Skandalon, eingefroren , zum Mahnmal für Hunderttausende von Frauen in diesem Land.

Yilmaz Güney: etwa zwanzig Filme, über fünfzig Drehbücher, über hundert Rollen. Seine Kunst vereint revolutionären Pragmatismus und dramatische Kraft, Ideologie und Poesie. Seine Epen, Parabeln, Lehrstücke sind einfach, sehr reich, realistisch und aggressiv, zugleich bewegend, Kino für Kopf und Bauch. Filme, die noch Geschichten erzählen, die noch ganz konkrete Wirkungen und Funktionen haben. Beruhigend sinnvoll, aufstörend anders. Diesen Monat läuft »Yol« in unseren Kinos an.

Konkret 12/82, S. 97

Yilmaz Güney, Jürgen Roth

KONKRET-Interview

Jürgen Roth sprach mit Yilmaz Güney über den türkischen Widerstand und die Fehler der Opposition

KONKRET: Vor dem Militärputsch vom 12. September 1980 gab es noch demokratische Strukturen in der Türkei. Was hat sich seitdem geändert?

Güney: Ganz einfach. Früher ermordeten Faschisten die Menschen auf der Straße. Nun tun die Generäle diese Arbeit. Früher wurden Demokraten, Intellektuelle und Revolutionäre von den Faschisten bedroht, jetzt von der Armee. Früher wollten die Konservativen unsere Filme verhindern, das machen jetzt die Kriegsrechtkommandanten. Das ist der Unterschied.

KONKRET: Die linke und sich revolutionär nennende Bewegung in der Türkei war ja nicht unschuldig daran, daß es zum Putsch gekommen ist?

Güney: Unzweifelhaft. Denn die türkische Linke hat sich nie einigen können, hat ihren Kampf nie auf ein richtiges politisches und ideologisches Fundament gestützt. Anstatt die Massen für den Kampf zu gewinnen, versetzte man das Volk in die Rolle von Zuschauern. Und diese Fehler werden bis heute wiederholt.

KONKRET: Ich behaupte, daß die Linken nicht fähig waren, auf die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bauern einzugehen.

Güney: Das ist im allgemeinen richtig. Sogenannte Revolutionäre und Patrioten haben mit ihren politischen Aktionen und ihrem Verhalten das Vertrauen der Bevölkerung mißbraucht. Die große Mehrheit der Bevölkerung hatte daher die Nase voll, sowohl von den Faschisten wie von den Revolutionären. Es gab ja linke Organisationen, die ihre eigenen politischen Freunde durch Erschießungen bestraften. Sie setzten Gewalt nicht nur gegen die Faschisten ein, sondern auch gegen das Volk. Sie brachten sich gegenseitig um.

KONKRET: Was war mit den sogenannten »Vergesellschaftungen«?

Güney:: Einige Organisationen haben einfach im Namen der »Vergesellschaftung« Chauffeure. Lebensmittelhändler und damit die kleinbürgerlichen Kreise, die zu gewinnen gewesen wären, verloren, weil sie beraubt worden sind. Teilweise waren die Aktionsformen der Faschisten mit denen der sogenannten Revolutionäre ineinander verwoben. Und der revolutionäre Kampf von einigen Linken wurde auf die Ebene des Duells mit den Faschisten reduziert.

KONKRET: Ist das der Grund, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Generäle unterstützte?

Güney: Das Volk hatte ja keine Erwartungen und Hoffnungen mehr bei den bürgerlichen Parteien. Und in den Reihen der Revolutionäre hat es kein Vertrauen gefunden. Für das Volk waren die Soldaten das Gute vom Bösen.

KONKRET: Haben auch die türkischen Sozialdemokraten die in sie gesetzten Erwartungen enttäuscht?

Güney: Ihr Fehler war, daß sie sich gegenüber den Reaktionären und Faschisten eher als Schlichter verhalten hatten. Sie bemühten sich, denen als angenehm zu erscheinen. Sie haben ihre Versprechungen nicht gehalten und schließlich Unterdrückungsgesetze verabschiedet ' Andererseits sind sie jetzt eine wichtige Kraft im Kampf gegen die Diktatur.

KONKRET: Die Generäle sprechen ja von der Rückkehr zur Demokratie.

Güney: Vielleicht werden 1984 oder 1985 Wahlen stattfinden. Aber nur von der Generalsbande erlaubte Parteien werden daran teilnehmen. Das Volk wird gezwungen sein, seine eigenen Henker zu wählen.

KONKRET: Werden Sie im Exil die türkische und kurdische Opposition mit ihren Möglichkeiten unterstützen?

Güney: Unterstützung ist ein Ausdruck für diejenigen, die sich außerhalb des Kampfes befinden. Ich kämpfe aber.

Konkret 12/82, S. 100

Kulturnotizen

Film-Politik noch Art der FSK

Die Filmselbstkontrolle (FSK) hat gemäß dem Jugendschutzgesetz zu entscheiden, ob ein Film ab sechs, zwölf, achtzehn Jahren oder gar nicht freigegeben wird. Im Falle der jetzt anlaufenden Dokumentation »Das vergessene Lager« über das KZ Neuengamme bei Hamburg entschied die FSK: »freigegeben ab zwölf Jahren«. Die Urkunde, die dem Verleih zugestellt wurde, gibt den Film dagegen ab sechs Jahren frei.

So sehr die FSK bei ihrer eigentlichen Aufgabe geschlampt hat, so sehr gefällt sie sich in der Rolle des politischen Zensors: »Der Film gibt vor, den Verdrängungsprozeß der Nachkriegsgesellschaft über die Greueltaten im NS-Konzentrationslager Hamburg-Neuengamme zu dokumentieren. Es handelt sich um eine langatmige Verfilmung mit immer wieder durchdringenden propagandistischen Originaltönen der als kommunistische Tarnorganisation verbotenen VVN.« Der Film gibt nicht vor, sondern er dokumentiert tatsächlich. Und er verzichtet dabei weder auf die Nennung derer, die vom KZ profitierten - nämlich Großbetriebe von Blohm & Voss bis VW, die ihre Arbeitssklaven in Neuengamme bestellten -, noch auf Zeugnisse von Überlebenden. Viele von ihnen sind in der VVN organisiert. Erst 1965 wurde auf dem ehemaligen KZ-Gelände eine Gedenkstätte eingeweiht. In Neuengamme wurden 55.000 Menschen ermordet. Weil die VVN nicht verboten ist, konnte sie darauf hinweisen, daß auf dem Gedenkstein bei den Toten eine Null vergessen wurde.

Knastgeschenke

Seit es Raymond Martins Volksverlag gibt, hat er es mit der Justiz zu tun. Haussuchungen und Prozesse wegen Verbreitung pornografischer Schriften wechselten sich mit Haussuchungen und Prozessen wegen Verbreitung von Drogenliteratur ab. Jetzt, wo ihn die Justiz zum ersten Mal in Ruhe lassen will - ein Hauptverfahren wegen Vergehens gegen das Betäubungsmittelgesetz wurde gar nicht erst eröffnet, und in einem Porno-Prozeß gab es einen Freispruch - jetzt also will Volksverleger Martin aussteigen und zum Bhagwan nach Oregon ziehen. Was er in den letzten Monaten nicht verkaufen konnte, verschenkt er: Jeder Häftling aus einem bundesdeutschen Gefängnis, der an den Volksverlag, 8531 Linden, schreibt, bekommt zu Weihnachten ein kostenloses Paket mit einem Kilo Bücher und Comics.

Immer auf den Kleinen

Sie wolle da keinen ursächlichen Zusammenhang feststellen, sagt Lucy Körner, zusammen mit ihrem Ehemann Inhaberin des Mini-Verlags amp in Fellbach. Aber drei Tatsachen sind festzustellen: Erstens ruft der Verlag Harenberg Kommunikation sehr häufig bei ihr an, um Anzeigen für seinen »buchreport« zu erbitten, und Lucy Körner lehnt regelmäßig ab. Zweitens müßte eines der Bücher aus der schmalen amp-Produktion auf den ersten Rängen der »Spiegel«-Bestsellerliste liegen. Von dem Titel »Trotz alledem - Verschenktexte von Kristiane Allert-Wybranietz« wurden innerhalb weniger Monate rund 160.000 Exemplare verkauft. Drittens taucht dieses Buch nicht einmal in den ersten fünfzig Plätzen der Bestsellerliste auf, die im Auftrag des »Spiegel« vom »buchreport« ermittelt wird (KONKRET 10/82).

Den amp-Verlag gibt es seit 1973. Nach einem Rechtsstreit, der sich über ein Jahr hingezogen hat, mußte er seinen Namen jetzt in Körner-Verlag ändern. Der Sach- und Schulbuch-Verlag Kamp in Bochum wollte es so. Kamp produziert im Jahr rund zwei Millionen Bücher, gibt allein eine Million Mark für Werbung aus und fürchtet, mit der Alternativ-Edition amp in Fellbach verwechselt zu werden. Und weil deutschen Richtern kein Ansinnen zu absurd erscheint, wenn nur wirtschaftliche Macht dahintersteht, hat das Düsseldorfer Oberlandesgericht zugunsten des »relativ bedeutenden Verlagsunternehmens« Ferdinand Kamp GmbH & Co.KG entschieden: »Die Bezeichnung amp ist ohne weiteres mit dem Familiennamen Kamp verwechselbar... Beide Zeichen stimmen in drei Buchstaben überein.« Allein an Prozeßkosten müssen die Körners bisher rund 35.000 Mark zahlen, dazu kommen noch mögliche Schadensersatzforderungen von Kamp.

Ein Tip für klagefreudige Verlagsjuristen: Gleich vier identische Buchstaben gibt es bei Suhrkamp.

PAND jetzt international

»Wir haben PAND in der Überzeugung gegründet, daß unser Planet vom Terror der nuklearen Waffen befreit werden kann«, heißt es in einer Erklärung von P.A.N.D. - Performing Artists For Nuclear Disarmament (Darstellende Künstler für nukleare Abrüstung) - wurde nach mehr als einem Jahr Vorbereitung im April '82 in New York gegründet. Hunderte von

bekannten Schauspielern, Musikern, Autoren, Tänzern, Produzenten, Regisseuren und Choreographen - unter ihnen James Taylor, Paul Newman, Sidney Poitier, Harry Belafonte und Jane Fonda - wollen mit dieser Organisation und ihren künstlerischen Mitteln die amerikanische Friedensbewegung unterstützen. Jetzt wurde »PAND international« gegründet: In Schweden, Dänemark, Österreich, Großbritannien, bei uns und in anderen Ländern entstehen zur Zeit Sektionen, die mit bestehenden Organisationen oder lockeren Zusammenschlüssen, wie der Krefelder Initiative »Künstler für den Frieden«, eng zusammenarbeiten werden. Eine gemeinsame Zeitung, Veranstaltungen und Fernsehproduktionen sind geplant. Die zentrale Koordination für Westeuropa soll ihren Sitz in Wien haben.

Annie-Boom

Annie-Regenschirm, Annie-Plattenspieler, Annie-Partygeschirr, Annie-Malbücher, Annie-Puppenhaus, Annie-Stoffhund, Annie-Nachthemd, Annie-Jogginganzug, Annie-Schulranzen, Annie-Auto... Über hundert US-Firmen produzieren Tand mit Annie-Lizenzen. Avon-Kosmetik zum Beispiel hat von Annies Herzmedaillon in wenigen Wochen zehn Millionen Stück verkauft. Das Hollywood-Märchen um Daddy Warbucks (etwa: »Kriegsgewinnler«) und Little Orphan Annie, um die guten Reichen und die schändlichen Armen hat in einem halben Jahr in den USA rund 160 Millionen Mark eingespielt. Am 17. Dezember kommt Annie auch in unsere Kinos.

Zitat

»Lieber ein Theater mehr als eins weniger - und wenn es Franz Josef Strauß persönlich leitet.«

Der Dramatiker Franz Xaver Kroetz in der Münchner Tageszeitung »AZ« zu den Kürzungen des Theater-Etats.

»In Bayern gibt es hinsichtlich der Theater nichts zu fürchten und nichts zu hoffen.«

Der Bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß in der Zeitschrift »Theater heute«.

Zum Jahreswechsel

Von Lutz Rathenow

Der Ostberliner Autor Lutz Rathenow schickte dieses Gedicht an KONKRET, ein Text, »in dem Strauß – freilich nur in der Phantasie – zu Schaden kommt«:

Dummköpfen klar die Meinung zu sagen
Aus Eitelkeit nicht beginnen zu klagen
Reichlich Kaffee und Tee trinken
Kaum aus dein Mund stinken
Kein Freund in Bedrängnis
Wenig Angst vorm Gefängnis
Einen Polizisten freundlich begrüßen
Drei bis vier Dutzend Mädchen küssen
Ab und zu brav sein -
mit dem Kind bald zu drein
Unbekannten Blumen schenken
Keines der beiden Beine verrenken
Nie stramm stehn
und die Macht anflehn
Weisheiten abbaun

Wenn es sein muß: Zuhaun

Nicht rauchen Oft fauchen

Unglaubhafte Ausreden gebrauchen

Das Bezahlen in Bussen und Bahnen vermeiden

Im Streit die Freunde weiter begleiten

Sich vor allzu raschem Beifall scheuen

und auf die eigne Frau sich freuen

Keine Klassikerposen einnehmen

Zum Arzt wegen den Zähnen

Durch die dunklen Straßen gehen

Mehr als jemals möglich sehen

Einmal um die Welt reißen

In alle Paläste öffentlich scheißen

Franz-Josef Strauß beim Frühstück erschießen

Frau Strauß zum Trost die Rosen gießen

Im Empire-State-Building Bomben legen

Zwischen Aufständen seriöse Tischsitten pflegen

Einen Augenblick Glück

Schokoladentafeln zehn Stück

Vorm Krieg Furcht haben

Im Bett keine Schaben

Künftig alles besser machen

Manchmal lachen

Konkret 12/82, S. 102

Winfried Thomsen

»Fast wie im Leben«

13 Milliarden Mark werden dieses Jahr in den USA für Videospiele ausgegeben. Auch bei uns bestimmen sie jetzt das Weihnachtsgeschäft, während gemütliche Alternative noch um den »Klassenkampf« würfeln

Beim »Bruderzwist im Hause Habsburg« ging es mal darum, möglichst viele Schülergenerationen zu nerven. Spaß dagegen macht - wenn wir dem Hersteller glauben wollen - der »Familienzwist im Hause Brockmann«, den uns die Fernsehwerbung als eine Art Fortführung des Dialogs mit der Jugend mit anderen Mitteln vorstellt: »Das darf doch nicht wahr sein, daß Kläuschen besser die Erde gegen außerirdische Angreifer verteidigt als Herr Brockmann ... Aber jetzt greift Frau Brockmann ein.«

Diese neue Form der Familienzusammenführung verdanken wir »Space Invaders«, einem Video-Computer-Spiel der Firma Atari.

In den USA beherrscht diese Tochtergesellschaft des US-Medienkonzerns Warner Brothers den Markt mit einer satten Zweidrittel-Mehrheit, in der Bundesrepublik hat der Spielmacher ein Drittel. Am Anfang war »Pong«: ein Bildschirmball zum Hin- und Herschießen. Damit wurde das Telefeuer eröffnet, und heute liefern sich ganze Generalsfamilien Puschenschlachten um den Sieg im Heimkrieg: die Falklandkrise bleibt auf dem Teppich, der Libanonkonflikt findet am Kamin statt, das Sofa erlebt sein Stalingrad. Vor allem aber erschließt der Fernseher dem Volk ohne Spielraum ganze Welträume: gefüllt mit Monstern, UFOs, Invasoren, ja, wir finden sogar ein Spiel »Freiheitskämpfer im Weltraum«. Fehlen nur noch Afghanen im Wohnzimmer.

Den irdischen Verteidigern ist inzwischen ein wenig die Munition ausgegangen. Eher angesagt sind Verteilungskämpfe. Sieben Millionen mal schon soll Atari den »Pac-Man« verkauft haben, einen ebenso hungrigen gelben Kugelkopf, der auf der Flucht vor Gespenstern frißt, was ihm vor den Schnabel läuft.

Ein bißchen mit dem Reibach schwimmen wollen natürlich noch einige andere Firmen. Parker zum Beispiel, mit einem Telespiel namens »Frogger«, das die Sorgen eines Frosches behandelt, der unbedingt über eine Autobahn hopsen und dann auch noch durch einen Fluß voller Schlangen und Krokodile muß. Dabei ist uns das Schicksal der Frösche tatsächlich höchstens noch eine Frage der nouvelle cuisine.

Wenn in Zeiten der geistigmoralischen Erneuerung kein Sinn schwach genug sein kann, müssen Geschicklichkeitsspiele keine Ausnahme machen. Nicht jeder ist eine Blitz-Birne. Deshalb läßt sich der Fernseher zum Nachhilfelehrer umfunktionieren, zum Beispiel für Mathe. Ein Tele-Lernspiel ersetzt glatt jedes BAFÖG. Und wer gerne in den letzten Zügen liegt, mag sich der Schach-Mattscheibe bedienen. »Das stärkste Schachprogramm der Welt«, preist ein Hersteller seinen »Sargon II« an - ein assyrischer Königsname, den die meisten früher nur im Kreuzworträtsel erbastelten oder im Scrabble zusammenbuchstabierten. Ob nun Sargon II. oder Johannes Paul II.: die traditionellen Spiele kommen nicht zu kurz. Auch Mühle und Dame gibt es in Bildschirmversion. Sie sind nur etwas teurer.

Zwischen 60 und 150 Mark kostet eine Spiel-Kassette. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden in der Bundesrepublik 650.000 Kassetten verkauft, dazu 400.000 Spielecomputer, sogenannte Konsolen, zum Stückpreis von 300 bis 500 Mark.

Die Konsolen sind bedienungsleicht: sie werden nur mit dem Antennenanschluß des TV-Geräts verbunden, und schon kann die Kassette reingeschoben werden: Spiel marsch! Zwar eignen sich die Konsolen der wichtigsten Hersteller Atari, Philips und Mattel nur für Spiele auch dieser Firmen, und die reinen Spieleproduzenten müssen entsprechende Variationen anbieten, der Spielefluß kommt durch Tauschhandel und Leihgeschäft dennoch nicht ins Stocken.

Diese Branche ist im Aufschwung. Die immer um die Erweiterung von Kommunikationsmöglichkeiten besorgte »Welt am Sonntag« ruft die Heimvideo-Spiele zum »Spitzenrenner des Weihnachtsgeschäfts« aus, erwartet für 1983 einen Spielumsatz »von 400 Millionen Mark (ohne das Automatengeschäft)« und jubelt uns - dem Christian von der Post sei Dank - herrlichen Zeiten entgegen: schon bald können wir uns »die Spiele über das Kabelfernsehnetz auf den Bildschirm holen«.

Angesichts des Weihnachtsbaums mit seinen vom sauren Regen braunen Blättern bieten die Telespiele intakte Ersatznatur: mit grünen Tennisplätzen**,** grünen Fußballrasen, grünen Baseballfeldern, grünen Golfplätzen und der allgemeinen Chance, einen McEnroe und Breitner zur Aufgabe zu zwingen.

Beim »Intellivision«-System von Mattel (auch das teuerste) können Fußballer dribbeln, Skifahrer auf die Schnauze fallen und Zuschauer gröhlen, kurz: »Bei Intellivision ist es fast wie im richtigen Leben.« Wunderbar. Draußen in diesem Lande

mag alles zusammenfallen: auf dem Bildschirm ist die Welt - eine Reservewelt - noch in Ordnung. Auch eine Möglichkeit, auszusteigen.

Vielleicht gibt es deshalb noch kein Tele-Monopoly, das - wenn es inzwischen auch einstaubt - doch Kontakt zum realen Leben hält mit der begrenzten Befriedigung, zwischen zwei Mieterhöhungen auch selber mal den Ausbeuter spielen zu können. Monopoly - das war das Spiel des Wirtschaftswunders und mußte vom ideologischen Oberkellnertum der Folgezeit mit gebotenem tierischen Ernst abserviert werden.

Freilich, an seinen Erfolg versuchte die Spielindustrie mit einigen kurzlebigen Epigonen anzuknüpfen. Ein Beispiel: das »Spiel der Nationen«, ein Monopoly um Ölfelder, vorübergehend geeignet für die Ära der autofreien Sonntage - mal seh'n, wann der nächste kommt.

Untauglich schien dies alles aber einer im Cafehaus über die Verhältnisse maulenden Opposition. Sie bastelte sich ihre eigenen Spiele. Da entstand unter dem Motto »Spätkapitalismus, paß bloß auf« der »Klassenkampf« für alle, die hoffen, daß eines Tages alles gut wird. Es stellt die Spieler vor die schlichte Alternative: »Diktatur des Kapitals oder solidarische Gesellschaft« und beantwortet die Frage nach Marx oder Moral mit Bonus- und Malusscheinen, mit denen man ausrechnen kann, wann der dritte Weg ein menschliches Antlitz erhält. Mit seinem ausdrücklichen Lernziel, »wie ernst das Leben ist«, verschwand der Klassenkampf im Regal der Reformpolitik von Schmidt/Genscher und wurde ersetzt durch:

»Provopoli«, das inzwischen aber kein heißer Tip mehr ist, sondern nur noch ebenso kalter wie alter Kaffee aus der Zeit, als wir noch im Volkskrieg siegten.

Für alle, die nach dem Abendessen noch etwas erleben wollen, haben wir das »Endspiel« im Regal. Es will uns lehren, daß nichts endgültig ist - »wie im Leben« -; die beste Methode, mit dem alternativen und/oder Karriereweg ans Ziel zu kommen, ist aber nach dem drittenmal ein für allemal bekannt.

Also auf in die Unterwelt, nachdem so viele ihr Herz für Humphrey Bogart und Wilfried Schulz entdeckten: »Schwarzmarkt« ist ein Spiel für alle, die sich klammheimlich freuen, wenn die Bankräuber im Kino nicht gefaßt werden. Der diskrete Charme der Bourgeoisie in einer Ausgabe für die armen illegalen Verwandten.

Für alle heimlichen, aber verschmähten Liebhaber der FDGO gibt es »Demorakel« mit dem alternativen Weg nach oben. Es will uns animieren, Powereinheiten für eine Karriere della Sera zu verplempern und schreckt vor Kalauern der Qualität »Mc Ronald« nicht zurück, damit wir uns beim nächsten Spiel in einer heilen Scheinwelt erholen und uns durchs »Öko«Leben würfeln können. Empfehlenswert für die Latzhosenfraktion der linken Lehrer und linksradikalen Zahnärzte mit Wochenendhaus.

Für alle Comic-Experten, die wissen, in welcher Schöpfungsphase Donald Duck seine Jacke zweireihig trägt, ist »Razzia« gedacht, das durch die Wohnung der Freak-Brothers führt und verspricht: »Vielleicht wird der Abend doch nicht so langweilig wie befürchtet.« Deshalb sollen »alle mal herhören!«, werden wir in Art des deutschen Humors angemacht, bei dem »Spaß muß sein« und »Es darf gelacht werden« die obersten Gebote sind und keine Erbse kichern darf, wenn es nicht ausdrücklich in den Regeln steht. Tatsächlich darf man sich die Spielfiguren auch eigenscherig ausschneiden, denn jetzt geht es endgültig zurück zur Natur.

Das »Comic-Spielbuch« ruft nach der Umwelt- und Friedensbewegung die Spielebewegung aus und führt uns zum Ringelreihen mit Abklatschen auf die grüne Wiese. Klar, die Scharade kann Spaß machen - nur setzt das »starke Nachschlagebuch für neue (!) Spiele« die » Razzia« - Fröhlichkeit fort -so, als riefe der Gastgeber ständig: »Kinder, nun tanzt doch mal« und schlägt schließlich vor: » Jetzt setzen wir uns noch im Kreis zusammen.«

Auch bei den Alternativspielen ist halt »alles fast wie im Leben«: mal heiter, mal wolkig. Die versuchte Selbstironie verunglückt nicht seltener als der Frosch im Telespiel. Überall rollen Würfel für den Sieg, schlägt ein Schicksal in Kartengestalt zu, erweist sich das Alternative - Straßen, Bahnhöfe und Häuser sind ersetzt durch Bullen, Demopower und Müsli-Plantagen - als umständlich inszenierte Monopoly-Kopie. Aber Hauptsache und in jedem Falle-. es geht voran. All das können wir allerdings auch bei einem gewöhnlichen »Malefiz« haben.

Gewalt-Prono per Videospiel

Eine neue Generation von Videospielen hat die kalifornische Firma American Multiple Industries jetzt in New York vorgestellt: »Swedish erotica«. Vor allem das Programm »Custer's Revenge« hat Proteste der US-Frauenbeweguiig ausgelöst. General' Custer wurde mit seinen weißen Truppen am Little Big Horn von den Indianern vernichtend geschlagen. Seine »Rache« nimmt er auf dem Bildschirm so: Nachdem er einem Hagel von Indianer-Pfeilen entkommen ist, darf der weiße Mann eine Squaw am Marterpfahl vergewaltigen. Weitere Beispiele aus der neuen »Spiel«-Serie, die im New Yorker Hilton präsentiert wurde (alle Programme passen zum Atari-System): Ein Exhibitionist onaniert auf einem

Dach, und unten auf der Straße müssen Passanten seine Tropfen auffangen. Oder das .»Junggesellen-Spiel«, bei dem sich der »Bachelor« gleich über eine ganze Phalanx von Frauen hermachen muß.

Die Proteste hatten erste Erfolge, im Bundesstaat Oklahoma sind derartige Videospiele bereits verboten. Andererseits freut sich Stuart Kesten, der Chef der Hersteller-Firma: »Das bringt eine gute Presse.«

Konkret 12/82, S. 107

Randolph Braumann

Bücher: Ausradieren, aus Prinzip

Wessen Väter Land Palästina ist □ diese Frage beantwortet Abdallah Frangi so, wie es Israel gar nicht liebt: unpolemisch, kühl

Im Frühsommer 1982, wenige Wochen vor der israelischen Invasion, traf ich Abdallah Frangi im Libanon. Ich erinnere mich genau, wie sehr ich mich damals darüber freute, daß endlich einer seine schützende Hand, sozusagen, über mich legen konnte. Bevor ich Frangi über den Weg lief, war ich schon zwei Wochen in Beirut gewesen, und in dieser Zeit hatte es 30 Bombenattentate gegeben, mit vielen, vielen Toten. Fast alle diese Attentate richteten sich gegen Palästinenser oder gegen ihre libanesischen Verbündeten von der »Nationalen Bewegung«.

Israels fünfte Kolonne arbeitete hart daran, die ohnehin schon konfusen Verhältnisse noch chaotischer zu machen. Alle erwarteten den Angriff; Israels »Verteidigungsminister« Sharon hatte das Scenario längst gesetzt. Dank Frangis Vermittlung konnte ich mich dann einige Wochen in den sogenannten »Camps« der Palästinenser aufhalten, die ja längst keine Flüchtlingslager mit Zelten und Baracken, sondern richtige Kleinstädte mit allem Drum und Dran waren.

Nach einigen Tagen in Rashidiye und Ain el-Helweh hatte ich das Gefühl, daß jedes »Camp«, in das auch der Gast eintauchte wie in eine Familie, ein Nest der Menschlichkeit inmitten einer Atmosphäre hysterischer Kriegsangst, inmitten von Terror, Tod und Gefahr war. Ganz unbarbarische - wenn ich das so sagen darf - Perfektion, Zielstrebigkeit und Solidarität erfüllten das tägliche Leben: die zahlreichen Schulen, in denen Mädchen und Jungen nebeneinander saßen; die PLO-Supermärkte mit ihren Sonderpreisen für kinderreiche oder in Not geratene Familien; die erstklassig eingerichteten Krankenhäuser mit ihren in aller Welt ausgebildeten Fachärzten; die Waisenhäuser mit ihrem System der Alternativ-Familie (eine »Mutter« betreute jeweils acht Kinder); die gut funktionierende und mit Gewinn arbeitende »Samed«-Kleinindustrie und Handwerksorganisation; die Sportvereine mit ihren modernen Anlagen und Klubhäusern; die Büros und die militärischen Formationen der al-Fatah, der Volksfront und der Demokratischen Front, miteinander konkurrierend und doch einig.

Dies war, Frangi schreibt es in seinem Buch, die PLO als »erste quasi staatliche Organisation in der Geschichte Palästinas, die Demokratie tatsächlich praktiziert«. Dies sind die Palästinenser, die seit 1920, als sie ihre erste Nationalbewegung als Reaktion auf die zionistische Einwanderungspolitik gründeten, von der Dauerpropaganda immer wieder verunglimpft und wie Ungeziefer bekämpft worden sind: »Terroristen«, »Fremde«. Immer, wenn sie etwas aufgebaut hatten, was sie als ein Staatsvolk legitimierte, mußten sie dafür büßen. Was die Terrororganisationen Irgun, Stern und Haganah vor zwei Generationen begannen, setzten die barbarischen Bombardements von 1982 fort: Ausradierung, aus Prinzip, von allem, was palästinensisches Talent und Genie verrät.

Abdallah Frangi hat es geschafft, eine völlig unpolemische Antwort auf die Frage zu geben, wessen Väter Land denn nun Palästina ist: durch einen historischen Exkurs, der viertausend Jahre vor unserer Zeitrechnung beginnt (»Kanaan und seine Urbevölkerung«) und bis zur PLO, der Palästinensischen Befreiungsorganisation, kommt.

Die neueste Entwicklung bis zum Auszug der PLO aus Beirut konnte Frangi noch mit einbeziehen. Er ist, 1943 in Bersheba (Palästina) geboren, ein typischer Vertreter des Führungskaders einer PLO, die schon seit Jahren ihre Lage mit großer Nüchternheit beurteilt. Von der arabischen Umwelt durchweg mißtrauisch beäugt (denn diese Revolution könnte etliche Potentaten wegfegen), wissen diese Palästinenser, daß sie allein stehen - ganz allein.

Natürlich ist Frangi, PLO-Vertreter in Bonn und PLO-Botschafter in Wien, Partei. Aber in seiner Situation der ständigen Lebensgefahr - eine ganze Reihe von PLO-Repräsentanten in Europa ist schon ermordet worden - hat er sich eine fast fatalistische Souveränität erhalten. Er schimpft nicht, er lamentiert nicht, er stellt fest.

Natürlich wird man an Erich Fried erinnert, »Höre Israel«: »Eure Sehnsucht war, so zu werden wie die Völker Europas, die euch mordeten. Nun seid ihr geworden wie sie.« Und man fragt sich, ob denn den Palästinensern jemals Gerechtigkeit widerfahren kann: in dieser Auseinandersetzung mit einem trickreichen, heuchlerischen Gegner,

der bis heute nicht bereit ist, seine Grenzen zu definieren, der 478 arabische Dörfer zerstört (seit 1948) und allein in der Westbank 20.000 Häuser in die Luft gesprengt hat (seit 1967), der verbissen an seiner »Vision« eines »rein jüdischen Staates« festhält, der Vertreibung »Bevölkerungsaustausch« nennt und es trotzdem schafft, sich als der arme, verfolgte David zu präsentieren.

Aber ich denke, dieses Buch kann entscheidend dazu beitragen, endlich dieses dumme Gerede zu stoppen, daß »zunächst einmal die Palästinenser Israel anerkennen« müßten, weil Israel doch »Sicherheit« brauche. Diese Palästinenser also, die aus Jaffa, Akko und Haifa vertrieben worden sind, die ihre Familien, ihre Häuser, ihre Heimat verloren haben, die auch Jahre nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an Begin den Splitterbomben der israelischen Luftwaffe ausgesetzt sind, die nicht mehr zurück dürfen nach Palästina - diese Menschen haben ein anderes Bild von Israel als jeder Europäer. Von diesen Palästinensern zu verlangen, Garantien für eine Militärmacht abzugeben, die man heute stärker einschätzt als

die meisten europäischen Armeen, ist schlicht lächerlich. Wenn jemand Sicherheit braucht, dann sind es die Palästinenser.

Abdallah Frangi: »PLO und Palästina - Vergangenheit und Gegenwart«, R.G. Fischer Verlag, 312 Seiten, 29,80 Mark

Konkret 12/82, S. 107

Uwe Timm

Bücher: Ein Held, der kein Held sein will

Der kolumbianische Schriftsteller Gabriel Garcia Márquez ist vor allem in Lateinamerika auch für seine journalistischen Arbeiten bekannt. Bei uns erscheint als KiWi-Taschenbuch sein »Bericht eines Schiffbrüchigen«

Sachen gibts, die gibts gar nicht, sagte mein Großvater und erzählte dann eine Geschichte, daß sich die Balken bogen. Immerhin, er war 34 mal um Kap Horn gesegelt.

Auch der »Bericht eines Schiffbrüchigen« von Gabriel Garcia Márquez liest sich wie gut gesponnenes Seemannsgarn: Ein Matrose wird von einer Sturzsee über Bord eines kolumbianischen Zerstörers gespült. Ohne Trinkwasser und Proviant treibt er auf einem Floß in der Karibik. Halb wahnsinnig vor Hunger versucht er, Fische und Möwen zu fangen. Er trinkt Salzwasser, kämpft mit einem Ruder gegen Haie, kentert mit dem Floß und wird endlich nach zehn Tagen an die kolumbianische Küste getrieben.

Jedoch, diese Geschichte ist wahr, so wahr, daß sie dem Autor, der sie vor 27 Jahren geschrieben hat, beinahe Kopf und Kragen gekostet hätte. Das war 1955 in Bogotá: »Kolumbien ‚lebte damals unter der folkloristischen Militärdiktatur von General Gustavo Rojas Pinilla; dessen zwei denkwürdigste Taten waren ein Studentengemetzel im Zentrum der Hauptstadt, als das Heer eine friedliche Kundgebung im Kugelregen zerschlug, und die Ermordung durch die Geheimpolizei von einer nie ermittelten Anzahl sonntäglicher Stierkampfliebhaber, welche die Tochter des Diktators in der Arena ausgepfiffen hatten. Die Presse wurde zensiert, und das tägliche Problem der Journalisten der Opposition bestand darin, Themen ohne politischen Zündstoff zur Unterhaltung des Lesers zu finden.«

So beschreibt Garcia Márquez jene Zeit, in der er als Journalist der kleinen oppositionellen Zeitung »Espectador« arbeitete.

In deren Drei-Mann-Redaktion meldet sich eines Tages jener 20jährige Matrose und bietet die Geschichte seines Schiffbruchs an - zu einem Zeitpunkt, als bereits das ganze Land die Story kennt. Denn der Matrose, inzwischen zum See-Kadett befördert und mit einem vaterländischen Orden dekoriert, ist von den regierungsfreundlichen Medien zum Helden der Nation hochgestemmt worden. Er ist durchs Land gereist von einem Empfang zum anderen, Schönheitsköniginnen haben ihn geküßt, und er hat ein gutes Stück Geld in Werbesendungen gemacht, Reklame für seine Uhr, die in den zehn Tagen und trotz des Salzwassers nicht nachging, und für seine Tennisschuhe, deren Sohle er nicht zerreißen und darum auch nicht essen konnte.

Doch dann ergibt sich im Gespräch, daß mit dieser öffentlich propagierten Heldengeschichte ein Teil der Wahrheit versenkt wurde. Der Zerstörer war nämlich nicht in einen Gewittersturm geraten, wie das Militärregime erklärt hatte; er hatte starke Schlagseite; die Ladung war verrutscht. An Deck standen Waschmaschinen, Eisschränke, Fernsehapparate, Schmuggelgut aus den USA. Der Zerstörer, der normalerweise keine Fracht transportieren darf, war so überladen, daß er die acht Mann, von denen dann sieben ertranken, nicht retten konnte. Es sei denn, der Kommandant hätte den Befehl gegeben, den ganzen Krempel über Bord zu werfen. Das tat er nicht, sondern hielt weiter Kurs auf Kolumbien, wo er nach der Ankunft die acht Mann als vermißt melden ließ. Vier Tage lang wurden sie von Flugzeugen gesucht, dann ließ das Militärregime sie offiziell für tot erklären. Die Sache schien schon vergessen, da wird nach zehn Tagen ein halbtoter Mann an Land gespült: der Matrose Luis Alejandro Velasco.

Die Militärs reagieren sofort. Sie internieren Velasco zunächst in einem Militärkrankenhaus, erklären ihn sodann zum Helden und bringen ihn im tosenden Jubel zum Schweigen.

Gareia Márquez hat nach einem 120-stündigen Gespräch mit Luis Alejandro Velasco auf 164 Seiten die wahre Geschichte geschrieben. Ein lakonischer Ich-Erzähler spricht von seinen Erlebnissen, und das heißt vor allem von seinen unvorstellbaren Qualen, von Hunger und Durst, euphorischen Glücksempfindungen, von Hoffnung und Verzweiflung und der langsam einsetzenden Fühllosigkeit.

Der Bericht ist in 14 Episoden gegliedert, kleine Erzähleinheiten mit dramatischen Höhepunkten und reißerischen Überschriften, und so wurde er dann in 14 aufeinanderfolgenden Tagen im »Espectador« veröffentlicht. Und damit beginnt die Geschichte dieser Geschichte.

Nicht nur die Enthüllung der Fakten erregte Aufsehen, auch der »literarische« Anteil wird zum Politikum. Die genaue einfühlsame Beschreibung der Leiden dieses Matrosen wird als Anklage gegen die Militärdiktatur gelesen. Der Lebenswille Velascos wird von den Lesern als Appell verstanden, die Diktatur zu überleben. Die Auflage des Blatts verdoppelt sich. Das Regime dementiert zunächst die Aussagen des Matrosen, greift dann zu Repressalien und verbietet schließlich die Zeitung. Der Held, der kein Held sein wollte, wird aus der Marine ausgestoßen, und der Journalist Garcia Márquez geht wenig später ins Ausland, in ein langjähriges Exil.

Parallel zu dem »Bericht eines Schiffbrüchigen« schrieb Garcia Márquez Erzählungen und seinen ersten Roman »Laubsturm«. Aber auch später, nach seinem großen Erfolg »Hundert Jahre Einsamkeit«, hat Garcia Márquez noch Reportagen geschrieben, beispielsweise über Cuba, Angola und über die Revolution in Nicaragua. Leider sind all diese Reportagen bei uns noch nicht veröffentlicht. Daher erklärt sich das pikierte Staunen mancher Garcia-Márquez-Leser, als sie hörten, daß der Nobelpreisträger sich von dem Preis eine publizistische Unterstützung im Kampf gegen den US-Imperialismus erhofft. Über den gern und oft zitierten »magischen Realismus« der Romane ist ein wenig vergessen worden, daß ein deklariert linker Autor dahinter steht.

Wie geht das zusammen, die Romane, die wahrlich keine Agitationsliteratur sind, und das dezidiert politische Engagement? Gerade aus der frühen Reportage »Bericht eines Schiffbrüchigen« kann man etwas über die Haltung des Autors zur Wirklichkeit und zur Ästhetik herauslesen. Da ist zunächst ein Interessen an Menschen, an ungewöhnlichen Schicksalen, an Geschichten.

Geschichten werden von Garcia Márquez ohne den theoretischen Skrupel erzählt, ob man noch erzählen kann oder nicht. Er tut es, also kann man es.

Gabriel Garcia Márquez: Bericht eines Schiffbrüchigen. Aus dem Spanischen von Christiane und Curt Meyer-Clason. Kiepenheuer & Witsch, 10,80 Mark, 164 Seiten.

Konkret 12/82, S. 111

Ulf Engberg

Bücher: Die typisch deutsche Waffe

In seinem Buch »Der chemische Alptraum« entwirft Hans Günter Brauch das wahrscheinliche Szenario für den Krieg in Europa

10. Juni 1985. In Saudi-Arabien putscht die Armee und ruft ein »Programm der nationalen Revolution« aus. Die USA und die Sowjetunion greifen über ihre Stellvertreter vor Ort ein. Bei diesem Krieg fällt der Bundesrepublik eine bisher kaum bekannte Rolle zu. Alle operativen Entscheidungen für die amerikanischen Verbände in Südwestasien und die erforderlichen Planungen für das Gebiet des Persischen Golfes werden von der Kommandozentrale des »European Command« in der Nähe von Stuttgart getroffen. Dieses Schaltzentrum wurde bereits während des Korea-Krieges von US-Präsident Harry Truman installiert. Gemäß dem Vorsatz der beiden Supermächte, den Krieg auf Erstschlagwaffen und Kommandozentralen zu begrenzen, greift der Konflikt am 15. Juli 1985 auch auf die Bundesrepublik über. Vierzehn Tage später endet er mit einer Patt-Situation. Durch Einsatz chemischer Kampfmittel konnten die Putschisten an der Zerstörung der Ölfelder gehindert und die Zahl der Toten auf zehn Millionen Mitteleuropäer begrenzt werden.

Dieses wahrscheinliche Szenario für einen Krieg in Europa entwirft Hans Günter Brauch in seinem Buch »Der chemische Alptraum«. Die Vorstellung, daß der nächste Krieg eine atomare Auseinandersetzung auf europäischem Boden sein wird, sei überholt. Hans Günter Brauch, ehemaliger Praktikant in der Abrüstungsabteilung der UNO und heute Lehrbeauftragter an der Universität Stuttgart, beschäftigt sich mit einer neuen Variante des Völkermords: Dem begrenzten Gift-Krieg.

Die NATO-Strategie, einen Konflikt nach dem Prinzip der, »abgestuften Eskalation« notfalls mit Hilfe von Massenvernichtungsmitteln zu begrenzen und die Weigerung der Sowjetunion, einen atomar eskalierten Konflikt als begrenzten Konflikt einzustufen, führt nach Brauch zum Einsatz dieser nichtatomaren Massenvernichtungsmittel

Für eine solche Strategie sind die modernen chemischen Kampfstoffe besonders geeignet. Ihr Sortiment reicht von den»relativ harmlosen« Kampfgasen »CN« und »CS« (KONKRET 11/82) über eine breite Palette von Psychokampfstoffen und Blutgasen bis zum Nervenkampfstoff »VX« (6 Milligramm pro Person führen zum Tod). Die deutsche »Reichsstelle für Wirtschaftsaufbau« vertrat 1938 die Ansicht: »Die chemische Waffe ist die typisch den deutschen Rohstoffbedingungen und der Kapazität der deutschen chemischen Industrie entsprechende Waffe.«

Inzwischen ist aus der Geheimwaffe des Faschismus ein internationaler »Friedensstifter« geworden. Weltweit sorgen chemische Waffen für den inneren Frieden. Richtig dosiert, wie in Vietnam, wo die Amerikaner die Polizeikampfstoffe »CN« und »CS« einsetzten, lassen sich auch Kriege mit einer begrenzten Zahl von Toten führen. Immerhin: Beim beschriebenen Szenario des chemischen Krieges starben 10 Millionen Mitteleuropäer. Zum Vergleich: Die niedrigste Schätzung der Reagan-Administration für einen atomaren Schlagabtausch liegt bei zwanzig Millionen toten Amerikanern. Die Wahl der Mittel dürfte da nicht schwer fallen.

Neben diesen strategischen Überlegungen beschreibt der Autor ausführlich die Entwicklung der chemischen Kampfstoffe in Deutschland. Ein Kapitel über die schon vorhandenen Giftgaslager auf deutschem Boden beweist, wie erschreckend wirklichkeitsnah seine Fiktion ist.

Hans Günter Brauch: »Der chemische Alptraum«, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., 176 Seiten, 14,80 Mark

Konkret 12/82, S. 112

Martin Buchholz

Bücher: Gut geplündert

Jonathan Schells Bestseller »Das Schicksal der Erde« wird von links bis rechts gelobt

Was soll man von diesem Bestseller halten, den Johannes Gross in der »FAZ« (dahinter steckt immer ein Eierkopf) als »säkularisierte Erbauungsliteratur für die Kultgemeinden des Friedens und der Natur« bemäkelt. Ein Buch, das in einem christdemagogischen Biedenkopf dennoch »Betroffenheit« auslöst ebenso wie beim herzensguten Erhard Eppler - wobei der erste die »Leidenschaftslosigkeit« des Autors rühmt, der zweite die »emotionslose Präzision«. Ein Buch, das der New Yorker katholische Bischof Moore zur »Bibel der Friedensbewegung« hochpredigt.

Meine Meinung: Man sollte dieses Buch von Jonathan Schell lesen, zumindest die ersten 114 Seiten. In diesem ersten Teil wird faktenreich beschrieben, was Sache ist: Was passiert eigentlich, wenn die Bombe fällt? Und was muß passieren und kann passieren, bevor das passiert? »Gefahr und Folgen eines Atomkriegs« (so der Untertitel) habe ich bislang noch nicht so klar beschrieben gelesen.

Den zweiten Teil des Buchs mit grundsätzlichen Überlegungen darüber, warum sich die Menschheit gefälligst nicht ausrotten sollte, muß man nicht, kann man aber lesen. Wer die Bücher von Günter Anders »Die Antiquiertheit des Menschen« oder »Die atomare Drohung« (früher: »Endzeit und Zeitende«) im Bücherschrank hat - der sollte lieber da weiterlesen. Es steht fast dasselbe drin, ist aber originaler gedacht und besser geschrieben. Ob Jonathan Schell nun bei Anders abgeschrieben hat oder nicht, soll uns egal sein. Selbst wenn, dann hat er doch diese Nachdenklichkeiten des Vordenkers Günter Anders Millionen von Lesern in den USA und einigen Hunderttausend hierzulande ans Herz und ins Hirn gelegt. »Die gute Verwendung des geplünderten Gutes ist wichtiger als die Tatsache der Plünderung selbst«, meint auch Anders, nach dem zweiten Weltkrieg einer der Initiatoren der internationalen Protestbewegung gegen den Atomkrieg und noch heute, mit über 80 Jahren, einer der aktivsten und agilsten Streiter für die Sache der Vernunft.

Den dritten und letzten Teil von Schells Buch (»Die Alternative«) kann sich jeder sparen, der sich selbst schon für den Frieden in Bewegung gesetzt hat. Da humpeln Schells Ratschläge dieser Bewegung denn doch sehr mühsam hinterher.

Jonathan Schell: »Das Schicksal der Erde«, Piper-Verlag, 269 Seiten, 19,80 Mark

Konkret 12/82, S. 114

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Der fehlende Mangel an Diplompolitologen und Diplompublizisten hat die Bayerische Akademie der Werbung auf eine Idee gebracht:

Dem Konzept liegt eine detaillierte Analyse der heutigen Angebote in Marketing-Kommunikation von der Universität bis zur Berufsschule zugrunde. Mit ihrer Durchführung war Prof. Arnold Hermanns vom Lehrstuhl für Marketing der Bundeswehrhochschule München, beauftragt. Das neue Konzept wird an der BAW München, die mit der deutschen Journalistenschule kooperieren wird, gestartet. In diesem Rahmen bietet die BAW ab Januar als neuen zweijährigen Lehrgang die Ausbildung zum Kommunikationswirt an.

Frohe Nachricht von der Diplommülldeponie: Wer nichts weiß, wird nach zwei Jahren und unter Behilfe der BAW und Bundeswehr: Kommunikationswirt.

Habemus philosophum: er heißt Professor Dr. Odo Marquard, mit weichem d wie Deodorans, aber auch wie Denker, und das tut er denn:

Die Geschichtsphilosophen haben die Welt nur verschieden verändert; es kommt darauf an, sie zu verschonen.

Ich bin nicht so anspruchsvoll. Mir würde es schon genügen, wenn nicht sie sie, sondern bloß: er uns. Odo?

Hans Apel, wenn sich noch jemand erinnert, hat einen Eckermann namens Volker Bredenberg, und man kann nicht sagen, daß der Autor weit von seinem Baum gefallen ist:

In der Nacht zuvor war Hans Apel aufgewacht. Ein neuer Gedanke ließ ihn ins Wohnzimmer gehen. Er arbeitete zwei Stunden, legte sich dann wieder hin und schlief weiter. Ganz der alte!

Ich will nicht damit protzen, daß mich die Gedanken, an denen ich erwache, einen ganz anderen Weg führen als den ins Wohnzimmer (es genügt schließlich, wenn dort schon der Hund hinmacht) - aber daß Apel nach der Erweckung durch einen neuen Gedanken ganz der alte

bleibt, spricht nur dafür, daß jeder den Biographen hat, den er verdient. Zu was anderem ist Bredenberg freilich nicht zu gebrauchen, und wenn's die Redaktion dennoch versucht, braucht sie für den Spott nicht zu sorgen:

Der Staat (und nicht der einzelne Betroffene) sollte nachweisen, daß seine Organe keine Schuld trifft,

wenn der Alte nachts aufwacht.

Es wird mir überhaupt zu viel *gedacht.* Ratio hin oder her - genügt es denn nicht, wenn der Redakteur von der »Morgenpost« oder vom »Stern« sein bißchen Zeug *meint* oder *findet?* Muß denn jeder höher hinaus?

Andere führende FDP-Mitglieder, wie der stellvertretende FDP-Landesvorsitzende und Chefdenker seiner Partei, Heiner Bremer...

Das hältste im Kopf nicht aus!

Manches erledigt sich durch lautes Lesen:

Die Bundesregierung hat den Beschluß der niederländischen Stadt Enschede kritisiert, im städtischen Jugendheim in begrenzten Mengen Haschisch abzugeben. Sie sieht darin eine »Resignation vor dem Drogenproblem«.

Warum? Darum (ganz langsam und deutlich)

Die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium **, Umgard Krawatzki,** *äußerte auf Anfrage des Unionsabgeordneten* **Hermann-Josef Unland...**

Noch Fragen, bitte?

Jetzt schmeißt sich schon der Georg Westermann-Verlag an die deutsche Jugendkonjunktur:

Unter Hinweis auf § 16 UWG nehmen wir Titelschutz in Anspruch für folgende Titel: »Nullbock«, »Null Bock«, »Die Nullbock-Fatalisten« in allen Schreibweisen...

Ich schlage vor, zur Erfassung dieses Gewerbes einen Null-Bockschein einzuführen.

In einer jener Jugendzeitschriften, denen er nicht vorenthalten werden dürfte, preist eine Ludmilla Tüting alternative Reisen nach Österreich an:

Wer es liebt, Steinpilze und Pfifferlinge zu sammeln, über die Berge zu pilgern, von Jauchenstation zu Jauchenstation...

Die Eingeborenen haben mitunter seltsame Bräuche, echt.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk des SPD-Vorsitzenden sein:

Die SPD muß sich zusammenfinden mit den Sozialliberalen aus der FDP, mit den Arbeitnehmern, die zeitweilig irre geworden waren an der zerstrittenen Bonner Koalition.

Mir scheint, als hätten sich die Arbeitnehmer zerstritten über die irre gewordene Bonner Koalition, doch gleichviel: Uns aus dem Elend zu erlösen, müssen wir schon unseren Willy Brandt selber tun lassen.

Ein B. Rabehl erklärt den jungen Leuten in der »Tageszeitung« die Politik Breschnews:

Ökonomisch-soziale Umwälzungen sollen keinerlei soziale-revolutionäre Dimensionen gewinnen.

Das funktioniert natürlich nur, solange ökonomisch-soziale Revolutionen keine sozial-umwälzenden Dimensionen erhalten und die Leser der »Tageszeitung« sich kein Fremdwörterbuch anschaffen.

Ein Kriegsberichterstatter ohne Krieg ist wie ein Hans-R. Karutz, dem man aus Platzmangel den Vornamen verstümmelt hat. Das macht ihm aber gar nichts aus, denn wenn er los! sagt, dann geht er los, der Krieg:

Organisierter Krawall tobte ... ein Phon-Orkan voll phonetischer Vernichtungslust ... tanzten die Derwische des Protests ... die Choreografie des Veits- Tanzes der Emotionen ... jenes Unwetter der Zügellosigkeit ... der Hexensabbat der Rüpel .. die Einpeitscher der Intoleranz ... Stromstöße der Unbarmherzigkeit...

Was war bloß geschehen, an jenem 7. November 1982? Ist die Welt untergegangen? Sind die Russen gekommen? Wachte die minderjährige Witwe, deren Namen keiner weiß, auf und war geschändet? Ach nein, ein paar Jungdemokraten haben von der Galerie des Westberliner Kongreßzentrums ihrem Parteivorsitzenden einige Unfreundlichkeiten zugerufen. Darum der Krawall, der Wort-Orkan voll verbaler Vernichtungslust, der Karutz-Tanz in der »Welt«-Redaktion, wo sonst das ganze Jahr die Sonne der Toleranz scheint. Vielleicht, daß ein Stromstoß der Barmherzigkeit ihn zur Ruhe brächte?

Wie wichtig für meine politische Sozialisation es war, daß Vico Torriani mich rechtzeitig in geographische Eckdaten einweihte - »Kalkutta liegt am Ganges, Paris liegt an der Seine, und daß ich so verliebt bin, das liegt an Madeleine« -, habe ich bei der Lektüre eines »Welt«-Kommentars von Thomas Kielinger empfunden:

Die Rolle der Seestreitkräfte wird überall betont. Darin verrät sich die Entschlossenheit, die strategische Realität der USA, ihre insulare Lage, durch die Doktrin seegetragener globaler Machtentfaltung sozusagen auszugleichen.

Nordamerika ist also eine Insel, sozusagen Capri in groß. Von welchem Kontinent ließe sich das noch sagen! Etwa von Afrika? Von Südamerika? Von Australien? Na ja. Aber von Eurasien? Keineswegs, denn dort leben die Russen, und die sind das Volk von Tundra und Taiga, ihre strategische Realität ist die Steppe. Kein Wort davon, leider, bei Torriani.

Wie gut erst Hering mit Schlagsahne schmecken muß, probiert zur Zeit der »Spiegel«. Für einen Beitrag über »die deutschen Studenten« wurden gleich zwei vorzügliche Autoren bemüht - der Redakteur Malanowski und der Geschäftsführer Glotz:

Wie weit ist die deutsche Universität für den Seelenzustand der Studenten verantwortlich? Der Streit um diese im Umbruch befindliche soziale Institution geht ja seit langem zänkisch hin und her.

Von zänkischer Befindlichkeit wie ich nun einmal bin, hätte ich den Dioskuren Malanowski-Glotz einen wahren Spezialisten fürs Seelisch-Universitäre vorgezogen: den Umbruch-Redakteur.